G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Erich Wulff
Sympathisanten des Terrors
Strauß und Dregger in Chile und Südafrika

Hans Adamo
Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus

Klaus Holzkamp
Die Situation an den Hochschulen
und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulpolitik

Knut Krusewitz
Der Energie-Kompromiß
Zu den jüngsten Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen

Manfred Boni/Birgit Geissler
Die italienischen Gewerkschaften

Vorschläge für eine arbeitnehmerorientierte
Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik

12'77

Dezember 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1977

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1977 1423

KOMMENTARE UND BERICHTE

Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika *Erich Wulff* 1426

Legalität erster und zweiter Klasse? Berufsverbote und Bürgerrechte *Hartmut Geil* 1428

85 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft ..... *Guido Grünewald* 1431

HAUPTAUFSÄTZE

Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus ..... *Hans Adamo* 1436

Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulgesetzgebung und Hochschulfinanzierung *Klaus Holzkamp* 1448

Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Atom-Formel. Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen .... *Knut Krusewitz* 1467

Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes ..... *Manfred Boni und Birgit Geissler* 1476

„Der Rubikon ist noch nicht überschritten." Zu einem Gespräch zwischen Heinz Oskar Vetter und Christian Götze über gewerkschaftspolitische Grundsatzfragen ..... *Frank Deppe* 1491

MEDIENKRITIK

„Herr Filbinger hier ist keine Gremie ..." ..... *Günter Giesenfeld* 1496

BÜCHER

Sozialpolitik in der Krise. Ein Literaturbericht *Richard Albrecht und Eckart Reidegeld* 1497

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1504

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zur Entwicklung der Investitionstätigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1506

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik. Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet von 93 Wissenschaftlern und Gewerkschaftern (Wortlaut) 1509

„Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote." Abschlußappell der internationalen Konferenz in Oldenburg am 12./13. November 1977 (Wortlaut) 1534

Gegen eine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts. Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags (Wortlaut) 1536

Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 22. Oktober 1977: Gegen Einschüchterungen und Provokationen (Wortlaut) 1539

JAHRESREGISTER 1977 I–XIV

Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika

Franz Josef Strauß' Auftritt in Chile und die Reaktionen darauf in seiner eigenen Partei und ihrer Schwesterpartei, der CDU, haben für jeden Bürger der BRD folgendes unmißverständlich klargemacht:

1. Wer unter „Freiheit" das Leben im Mord-, Folter- und KZ-Regime Pinochets versteht, ist, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltermathe festgestellt hat, ein „Sympathisant des Faschismus" („Frankfurter Rundschau" v. 26. November 1977). Dazu braucht Strauß keiner neonazistischen Partei anzugehören. Nicht umsonst haben viele ehemalige Angehörige der NPD in der CSU ihre geistige Heimat gefunden und sind – in durchaus realistischer Einschätzung der Gegebenheiten – zur Überzeugung gekommen, ihre politischen Ziele innerhalb der CSU/CDU (in dieser Reihenfolge sollten die „Schwesterparteien" in Zukunft genannt werden) – am besten durchsetzen zu können.

2. Sympathisanten des Faschismus nehmen es mit der historischen Wahrheit seit jeher nicht genau. In Hitlers „Mein Kampf" finden sie für die Verdrehung der Wahrheit auch brauchbare Rezepte. Strauß versucht, Pinochets Mordbanden dadurch zu einer legalen Regierung hochzustilisieren, daß er behauptet, der chilenische Kongreß habe mit 58% der Stimmen das Militär aufgefordert, Allende abzusetzen. Eduardo Frei, früherer Präsident Chiles, Gegner Allendes und Vorsitzender der chilenischen Christdemokraten, hat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) v. 25. November 1977 unmißverständlich klargemacht, daß Strauß hier gelogen hat. Aber selbst wenn Strauß' Behauptung der Wahrheit entspräche: der chilenische Präsident wird vom Volk direkt gewählt – erreicht der Gewählte keine absolute Mehrheit, so muß der Kongreß seine Wahl nur bestätigen; dies ist – mit Stimmen der chilenischen Christdemokraten – 1970 geschehen. Einen gewählten und vom Kongreß bestätigten Präsidenten kann dieser Kongreß jedoch nicht mehr – und schon gar nicht mit bloß einfacher Mehrheit – wieder absetzen. Wenn Strauß eine Absetzung durch den Kongreß mit einfacher Mehrheit für legal erklärt, so zeigt er damit, welches Verhältnis er zu Verfassungsbestimmungen und zur Gewaltenteilung, einem Grundprinzip der parlamentarischen Demokratie und bei uns maßgeblicher Bestandteil der freien demokratischen Grundordnung, hat.

3. Für Strauß sind die Vertreter der demokratischen Parteien Chiles „greinende, verschlissene Typen" (FAZ v. 25. November 1977), die Parteien selbst sind „verrottet", sie seien mit den Problemen der Armut, die seit der Industrialisierung des Landes bestehen, in 40 Jahren nicht fertig geworden. Abgesehen von der Tatsache, daß kein Regime in Chile zu einer so raschen Verelendung geführt hat wie das Pinochets, können die Straußschen Argumente ebenso wie das Vokabular, in das er sie verpackt, dem Goebbelsschen „Angriff" entnommen sein, der in einem verwandten Geist und mit ähnlichen sprachlichen Wendungen das „verrotte-

te" System der Weimarer Republik lächerlich zu machen versuchte, um Hitlers Machtübernahme zu legitimieren. Ganz deutlich wird aus Strauß' Formulierungen, daß er eine parlamentarische Demokratie, in der er seine eigenen politischen Vorstellungen nicht durchsetzen kann, ähnlich wie Hitler die Weimarer Republik, für überholt, verrottet, notfalls durch einen Militärputsch abschaffbar hält. Ähnlich wie Strauß Pinochets Putsch, hat ja auch Hitler seine eigene Machtübernahme damit begründet, den Kommunisten gerade noch zuvorgekommen zu sein. Wie ernst diese Auffassung Strauß' zu nehmen ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß er selbst die chilenischen Christdemokraten und ihren Vorsitzenden Frei den „greinenden, verschlissenen Typen" zurechnet und daß es ihm schwer fällt, zu bedauern, daß Pinochet die Rückkehr der „verrotteten" Parteien in die Politik des Landes nicht zulassen möchte. Was Strauß unter Rückkehr zur Demokratie versteht, ist offenbar eine Staatspartei und eine Staatsopposition, die sich einvernehmlich die Herrschaft – und auch wesentliche Anteile des Produktes der Arbeit der Bevölkerung – teilen, wie dies auch in einigen andern lateinamerikanischen Staaten der Fall ist.

4. Wenn zwar der RCDS und die Junge Union sich von Strauß' profaschistischen Bekenntnissen distanzieren, der CDU-Vorsitzende Kohl jedoch nicht nur kein Wort der Kritik an Strauß findet, sondern statt dessen die Erklärung von Strauß begrüßt, daß die parlamentarische Demokratie (wir hatten gesehen, wie Strauß sie definiert) in Chile wiedereingeführt werden müsse – dann wissen wir auch, was wir von einer CDU-Regierung unter Kohl (vor der uns nicht der Himmel, sondern wir selber schützen mögen) zu erwarten haben. Der Mitläufer Kohl wird Strauß nicht viel mehr Widerstand entgegenzusetzen haben als 1933 Papen, Hugenberg und Prälat Kaas gegen Hitler mobilisiert haben. Straußschen Ermächtigungsgesetzen wird er – unter entsprechendem Druck – wahrscheinlich zustimmen.

5. Ermutigend ist es, daß große Teile der SPD, der FDP und auch Kräfte innerhalb der CDU gegen das profaschistische Credo Strauß' immerhin protestiert haben. Es wäre an der Zeit, wenn diese Kräfte begriffen, wo ihr Platz in der Verteidigung der durch die Einschränkung der Bürger- und Grundrechte in unserem Lande zunehmend bedrohten Demokratie ist: Nicht an der Seite Straußens und seines profaschistischen Anhangs in der CDU. Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Demokratie in unserem Lande sollten diese Kräfte ihre Abgrenzungspolitik gegen Antifaschisten und Demokraten – unter ihnen auch Kommunisten –, die wie sie für die Grundrechte in unserem Land eintreten, endlich aufgeben und mit ihnen zusammen für die Wahrung der Grundrechte eintreten.

6. Bei der anstehenden Wahl Straußens zum Bayerischen Ministerpräsidenten sollte geprüft werden, ob Strauß tatsächlich jederzeit bereit ist, für die Wahrung unserer Verfassung aktiv einzutreten. Nach seinen Äußerungen in Chile scheint es mir undenkbar, daß Zweifel an seiner Verfassungstreue je auszuräumen wären. Wer in einer so abfälligen und schnoddrigen Weise mit demokratischen Parteien und der parlamentarischen Demokratie verfährt und die Freiheit der Diktatoren für bewahrenswert erklärt, bringt für ein öffentliches Amt die nötige persönliche Eignung nicht mit. Zu prüfen wäre auch, ob Strauß mit seinen Äußerungen nicht eine verbrecherische, terroristische Organisation unterstützt und sich dementsprechend unserem Gesetz nach strafbar gemacht hat. Die Frage verdient umso mehr eine Beantwortung, als in letzter Zeit einer Reihe niedersächsischer Professoren Bekenntnisse vorgeschrieben worden sind, in denen sie sich von der Gewaltanwendung auch politischer Gruppen in Lateinamerika, die gegen die dortigen Diktaturen kämpfen, distanzieren sollen.

7. Der grobe Klotz profaschistischer Äußerungen Franz Josef Strauß' sollte uns

den Blick nicht dafür trüben, daß die Rechte in unserem Land auch zu differenzierteren und geschickteren Rechtfertigungen unmenschlicher und rassistischer Regime in der Lage ist. Mit einer Distanzierung von Strauß' Äußerungen meinen manche, ihre demokratische Pflicht getan zu haben, um nun die sophistischere Rechtfertigung der terroristischen Regime im südlichen Afrika durch Dregger kommentarlos schlucken zu können. Dregger plädiert für „Informationen vor Ort" („General-Anzeiger", Bonn, vom 23. November 1977). Nun gehört es zum Elementarunterricht eines jeden Politikers, zu lernen, daß er bei offiziellen Reisen kaum mehr zu sehen bekommt, als seine Gastgeber ihm zeigen wollen. Reisen verschiedener Politiker ins amerikanisch beherrschte Süd-Vietnam Thieus haben dies ja zur Genüge deutlich gemacht. Informationen „vor Ort", die Dregger mitbringt, sind also Informationen, die ihm von Vorster zugänglich gemacht worden sind. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß Dregger die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika als Terrororganisationen diffamiert. Ein Licht auf Dreggers Demokratieverständnis wirft seine Äußerung, so lange der Idealzustand, daß Menschen aller Hautfarben vollintegriert und gleichberechtigt miteinander lebten, nicht erreicht sei, müsse das Mehrheitsprinzip durch das Konsensprinzip ersetzt werden. Konsensprinzip bedeutet hier schlicht, daß Vertreter der nicht-weißen Bevölkerungsgruppen die Meinung der herrschenden Rassisten übernehmen und deren ungesetzliche Herrschaft aufrechterhalten helfen sollen. Natürlich finden sich immer wieder einige hochbezahlte Verräter und Söldner, die dies im Interesse Vorsters und Smiths auch tun. Das politische Ziel Dreggers ist von demjenigen des F. J. Strauß' kaum zu unterscheiden, er versucht es nur auf eine andere Weise – und an eine andere Klientengruppe – zu verkaufen.

8. Gegen Strauß und Dregger gibt es als Hilfe nur: Die Einheit aller Demokraten in unserem Lande. Sonst müssen wir fürchten, daß das gemeinsame Posieren von Strauß und Pinochet unter dem Motto „Unsern Ahnen" – dokumentiert auf einem UPI-Foto vom 21. November 1977 – „Ahnen" wie Hitler, Himmler, Goebbels und Eichmann zurückbeschwört.

Erich Wulff

Legalität erster und zweiter Klasse?

Berufsverbote und Bürgerrechte

Als sich vor den italienischen Parlamentswahlen im Sommer des vergangenen Jahres eine bedeutsame Kräfteverschiebung zugunsten der Linksparteien abzeichnete, legten die Regierungen verschiedener kapitalistischer Staaten eine bemerkenswerte Aktivität an den Tag. Man machte sich Gedanken darüber, welche Bedeutung eine mögliche Beteiligung der Kommunisten an der Regierung haben könnte. Dabei tat sich der Regierungschef unseres Landes besonders hervor: Er hielt das „Modell Deutschland" den anderen Völkern Westeuropas als leuchtendes Beispiel vor und deutete öffentlich an, daß seine Regierung durchaus bereit wäre, die wirtschaftliche Macht unseres Landes gegen politisch mißliebige Regierungsbündnisse in anderen Ländern einzusetzen.

Dieses Verhalten des Bundeskanzlers weckte die Erinnerung an vergangene Zeiten: Europa hat in diesem Jahrhundert zu sehr unter deutschen „Panthersprüngen" und „Blitzkriegen" gelitten, als daß solche Töne nicht Mißtrauen hervorrufen müßten. Die öffentliche Meinung Europas richtete ihr Augenmerk auf die innenpolitischen Verhältnisse in unserem Land, weil man wußte, daß die Repression nach innen noch stets ein zuverlässiger Gradmesser für hegemoniale Tendenzen in der deutschen Außenpolitik war. Was

man entdeckte, war bedenklich genug: Neofaschistische Banden, ein Fall Kappler, Verschärfungen im politischen Strafrecht und Abbau rechtsstaatlicher Sicherungen im Strafprozeßrecht, legitimiert durch terroristische Gewalttaten, und vor allem eine Berufsverbotepraxis, die Erinnerungen an die finsterste Zeit des Kalten Krieges wachruft.

Das Echo in der westdeutschen Presse – von der rechten Springerpresse bis zur sozialdemokratischen – auf solche Berichte im Ausland war höchst bemerkenswert: Während man die guten Ratschläge und milden Erpressungsversuche von Bundeskanzler Schmidt wohlwollend kommentiert hatte, gab man sich nun empört; Randphänomene wie ein „Le Monde"-Kommentar, in dem sich ein französischer Schriftsteller dazu verstieg, die Terroristen Baader und Ensslin als Freiheitskämpfer zu bezeichnen, wurden dazu benutzt, die Besorgnis des demokratischen Auslands in eine antideutsche Kampagne umzustilisieren.

Die Demokraten Europas wären allerdings schlecht beraten, wenn sie angesichts solcher nationalistischer Töne die Erfahrungen zweier Weltkriege verleugnen würden. Die westdeutschen Politiker, die das Wort „Menschenrechte" ständig im Munde führen, wenn sie sich mit den Ländern Osteuropas auseinandersetzen, werden es sich gefallen lassen müssen, wenn auch ihre Praxis an den Maßstäben des Völkerrechts gemessen wird. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt einige Aspekte derjenigen politischen Praxis in der Bundesrepublik, die in den Berufsverboten für Systemkritiker kulminiert.

Mit der Ratifikation der Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 hat sich die Bundesrepublik auch völkerrechtlich verpflichtet, zu gewährleisten, daß alle Bürger unter allgemeinen Bedingungen der Gleichheit Zugang zu öffentlichen Ämtern in unserem Lande haben sollen (Art. 25), dabei ist insbesondere eine Diskriminierung aufgrund der politischen oder sonstigen Überzeugung des Bürgers untersagt (Art. 2). Die entsprechende Norm des Grundgesetzes lautet: „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte" (Art. 33 Abs. 2). Nach der Rechtsprechung soll zur Eignung die Gewähr der jederzeitigen „Verfassungstreue" gehören. Dem, der die deutsche obrigkeitsstaatliche Rechtstradition nicht kennt, mag dies unverdächtig erscheinen; was kann „Verfassungstreue" in einer parlamentarisch-demokratischen Republik anderes sein als ein altfränkischer Ausdruck für das Befolgen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Gesetze? Und muß dies nicht jedes Gemeinwesen von seinen Beamten wie von jedem seiner Bürger verlangen? Doch den Berufsverbotsopfern wird kein illegales Handeln vorgeworfen: Reisen in die DDR, Mitgliedschaft in legalen Parteien und Organisationen, Kandidatur bei Wahlen, Teilnahme an legalen Demonstrationen, Abhalten von öffentlichen Kursen mit marxistischer Tendenz, kurz: Handlungen, die in der Sprache der Juristen nichts anderes sind als rechtmäßige Ausübung demokratischer Grundfreiheiten. „Verfassungstreue" muß also mehr sein als legales Verhalten – und zugleich weniger. Denn als es im letzten Jahr aufkam, daß der Geheimdienst, der in der Bundesrepublik „Verfassungsschutz" heißt, illegal in die Wohnung eines Bürgers eingedrungen war und Abhöranlagen installiert hatte, fiel es niemandem ein, die zuständigen Beamten und den verantwortlichen Minister mangelnder Verfassungstreue zu bezichtigen.

Maßstab für die Verfassungstreue ist also offenbar nicht das Verhalten, sondern die politische Gesinnung. Der Springpunkt kann aber auch nicht die Haltung zu den *positiven Normen* der Verfassung sein, denn die konservativen Politiker, die vor einigen Jahren eine Totalrevision des Grundgesetzes ventiliert haben, kamen ebenfalls nicht in den Ruf der Verfas-

sungsfeindlichkeit. Wer Verfassungsfreund oder -feind ist, erweist sich offenbar an „Werten", die von den Verfassungsschützern über den positiven Text des Grundgesetzes gesetzt werden. Was das für Werte sind und wie breit der Konsens ist, den sie in unserem Lande finden, erhellen schlaglichtartig die oben zitierten Pressestimmen: Für zulässig gehalten wird die Diskriminierung von Kräften, die in der Sprache der westdeutschen Konservativen „Systemveränderer" heißen, für unzulässig die legale Regierungsbeteiligung einer Partei, die die grundlegende demokratische Veränderung des politisch-ökonomischen Systems auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Daß diese Praxis gegen die Diskriminierungsverbote der Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte verstößt, das ist evident, und selbst der oberflächliche Betrachter der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik bemerkt, daß die Regierung unseres Landes keineswegs dabei ist, diese Diskriminierung abzubauen, daß die Verstöße in Quantität und Qualität vielmehr zunehmen. Diese Praxis wird – und hier liegt der qualitative Unterschied zu den anderen westlichen Demokratien – als Anwendung nationalen Verfassungsrechts ausgegeben von einer Jurisprudenz, die sich an den Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaats orientiert.

Dieses Verfahren bleibt nicht auf die Berufsverbote beschränkt, sondern weitet sich immer mehr auf andere Gebiete des Verfassungs- und einfachen Gesetzesrechts aus. Ich will einige Beispiele dafür aus der neueren Rechtsprechung der Gerichte der Bundesrepublik nennen. Das Landgericht Berlin hatte im Jahre 1976 über eine Klage zu entscheiden, mit der eine Wissenschaftlerin das Honorar für eine Untersuchung verlangte, die sie für ein Institut angefertigt hatte. Dieses Honorar wurde ihr verweigert, nicht weil die Untersuchung, die von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden war, irgendwelche Mängel aufgewiesen hätte. Vielmehr hatte die Wissenschaftlerin den Wahlaufruf einer maoistischen Gruppe unterschrieben, und die Beklagten vertraten die Auffassung, die Untersuchung könne aus diesem Grunde von der Bundesregierung nicht verwertet werden. Das Landgericht Berlin hielt diese Begründung für durchschlagend und wies die Klage ab, obwohl nach deutschem Zivilrecht das Risiko dafür, ob ein mangelfreies Werk auch verwendet werden kann, beim Besteller liegt. Zwar ist der Bundesregierung nicht das Recht abzusprechen, mit einer solchen Untersuchung anzufangen, was sie will, doch zeugt die Begründung der Beklagten von einer erschreckenden Illiberalität. Wenn aber ein Gericht diese Begründung als rechtlich relevant nimmt, dann erhält der Vorgang eine andere Qualität: Die Anwendung von Zivilrecht wird abhängig gemacht von der Gesinnung der Parteien.

Diese Tendenz finden wir im Recht des Ehrenschutzes besonders deutlich: Während die Gerichte konservativen Kräften eine weitreichende Freiheit auf äußerst polemische Meinungsäußerungen zugestehen, verlangen sie von der Opposition Mäßigung und strikte „Sachlichkeit". So wurde das Recht eines konservativen Politikers anerkannt, Plakate des bekannten kritischen Graphikers Klaus Staeck als „typisch faschistische Agitation" zu bezeichnen, während ein Gewerkschaftsjournalist zur Unterlassung der Äußerung verurteilt wurde, das deutsch-national eingestellte „Deutschland-Magazin" sei ein „rechtsradikales Hetzblatt". Da wird wegen Beleidigung bestraft, wer einen gewaltsamen Polizeieinsatz mit tödlichem Ausgang als „Mord" oder „Terror" bezeichnet, während es zulässig sein soll, einen Artikel, der nach der Auffassung des Gerichts keine *eindeutige* Absage an den Terrorismus enthält als eindeutige *Parteinahme* für den Terrorismus zu bezeichnen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen, es ließe sich belegen, wie je nach Gesinnung unterschieden wird zwischen (an-

rüchiger) „Agitation" und (schützenswerter) „Kunst", zwischen (vogelfreier) „Polemik" und (hehrer) „Wissenschaft", wie in Terroristenprozessen über strafprozessuale Schutznormen hinweggegangen wird, weil sie von den Verteidigern mit falscher Gesinnung gebraucht, also „mißbraucht" werden, während dasselbe Verhalten bei rechten Strafverteidigern hingenommen wird.

Wir haben es in der Bundesrepublik also nicht mit einer fallweisen politischen Diskriminierung zu tun, wie sie je nach dem Stand der politischen Verhältnisse in vielen Staaten von Zeit zu Zeit zu finden ist. Was sich in der Bundesrepublik zur Zeit abspielt ist mehr: Eine Superlegalität entsteht, an der sich das Verhalten der Bürger und die positiven Rechtsnormen messen lassen müssen; diese finden nur Anwendung, soweit sie mit jener „höheren Ebene des Rechts" in Einklang stehen. Damit wird tendenziell und unter dem Schein der Rechtsanwendung jene Praxis permanent, die in den meisten Demokratien als besonderes verfassungsrechtliches Institut vorgesehen ist: Die Ersetzung der „rule of law" durch das Opportunitätsprinzip des Ausnahmezustands. Den Ausnahmezustand kennt auch das Völkerrecht. Auch nach der Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte gibt es die Möglichkeit einer notständischen Suspendierung gewisser Menschenrechte. Aber entsprechend der abendländischen Verfassungstradition kann dies nur unter Einhaltung eines formellen Verfahrens und für eine begrenzte Zeit zur Beseitigung einer aktuellen Notlage geschehen.

Die Bundesrepublik auf dem Weg zum permanenten Notstand – das ist die Tendenz, die hier zum Ausdruck kommt. Diese Tendenz im Innern steht gegen die völkerrechtliche Verpflichtung unseres Landes, die Menschenrechte zu garantieren ohne Rücksicht auf die Gesinnung der jeweiligen Bürger. Aber es handelt sich dabei eben nur um eine Tendenz, nicht um eine vollständige Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Es gibt in der Bundesrepublik eine Opposition, diese kann sich äußern, wenn sie auch manchen Repressalien unterliegt und oft zu schwach ist, den weiteren Abbau demokratischer Rechte zu verhindern. Dies ist kein faschistisches oder halbfaschistisches Land, sondern eine parlamentarische Demokratie; eine parlamentarische Demokratie allerdings, in der der demokratische Prozeß strukturelle Defekte aufweist, die nicht bloß im gesellschaftlichen Bereich, sondern auch im Bereich der Rechtsordnung liegen und die ihren Grund in dem politisch-ökonomisch-ideologischen Komplex haben, den wir als die deutsche Misere bezeichnen und der in diesem Jahrhundert soviel Elend über Europa und die Welt gebracht hat. Doch anders als in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat sich die Gemeinschaft der Völker heute eine Rechtsordnung gegeben, an der sich auch die Praxis unseres Staates messen lassen muß. Und es hat sich eine internationale Öffentlichkeit gebildet, die diese Rechtsordnung verteidigt. In vielen Ländern Westeuropas entstehen Berufsverbotekomitees, die den Kampf der deutschen Demokraten auf höchst wirkungsvolle Weise unterstützen. Auch in unserem Land wird der Geist der Hexenjagd gegen die Klugheit und Solidarität der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Europas nicht widerstehen können. Hartmut Geil

85 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft

Während auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad der Versuch unternommen wird, die in Helsinki vereinbarten Ansätze eines auf Zusammenarbeit und Vertrauen gegründeten friedlichen Miteinander zu vertiefen und in der Bundesrepublik nun auch Pazifisten mit Berufsver-

bot belegt werden, feiert die seit 1974 mit der „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) und dem „Verband der Kriegsdienstverweigerer" (VK) in der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG/VK) vereinte „Deutsche Friedensgesellschaft" (DFG) ihren 85. Geburtstag. Dieses Jubiläum bietet Gelegenheit, den bisherigen Weg der DFG, aus deren Reihen mit Suttner, Fried, Quidde, Ossietzky und Schweitzer 5 Friedensnobelpreisträger hervorgegangen sind, kritisch zu betrachten und ihre weiteren Perspektiven zu umreißen.

Noch ehe sich die DFG am 9. November 1892 in Berlin konstituiert hatte, startete der bekannte Militärschriftsteller Generalleutnant z. D. v. Bogulawski den ersten großangelegten Angriff auf die Friedensbewegung, als er sie in seinem Buch „Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Völker" als eine Organisation bezeichnete, die Deutschlands Feinden Vorschub leiste und mit politischem Fanatismus verständliche, aber irreale Wünsche für staatsfeindliche Umtriebe auszunutzen versuche. Dieser Angriff reihte sich ein in eine Vielzahl von Diffamierungen, mit der die DFG von Beginn an überschüttet wurde: Verweichlichung „deutschen Wesens", international-jüdisch-sozialistischer Charakter, staatsfeindliche Haltung. Betrachtet man freilich die politische und gesellschaftliche Situation, so kann die Heftigkeit der Angriffe nicht überraschen: In einer politisch immobilen Gesellschaft, in der ein militanter Nationalismus vorherrschte, die das Wesen des Staates in der Macht sah, kolonialimperialistisch auf einen „Platz an der Sonne" drängte und dem Militär einen bevorzugten Platz im gesellschaftlichen und politischen Leben einräumte, mußte die Gründung der DFG wie ein Anachronismus erscheinen, der zentral gegen das Selbstverständnis der politisch herrschenden Kräfte gerichtet war.

Obwohl sich die DFG zunächst als eine humanitär-unpolitische Vereinigung verstanden hatte, die sich im Einklang mit dem Fortschritt wußte („Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe zivilisierter Nationen", heißt es einleitend im Programm von 1897) und den hauptsächlichen Weg zur Abschaffung des Krieges in Aufklärungstätigkeit und der Erziehung des Einzelnen sah, kristallisierte sie sich vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse bald als markanter Gegenpol auf die zunehmende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens, das Wettrüsten und den Imperialismus. Sie sah sich daher rasch veranlaßt, ihre bisherige politische Abstinenz aufzugeben und sich in den politischen Tageskampf einzuschalten. Sie bezog entschieden Stellung gegen die nationalimperialistischen Propagandaverbände, gegen kolonialistische Exzesse sowie gegen die Erziehung der Jugend in chauvinistischem Geiste und verurteilte scharf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Deutschen Reich. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten standen freilich die Bemühungen um die Verwirklichung ihres Programms eines „konstruktiven" Pazifismus, das die zwischenstaatliche Anarchie durch den Ausbau des Völkerrechts beseitigen wollte und mit den Begriffen Verständigung, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung umrissen werden kann. Sollte die Menschheit vor einem furchtbaren Vernichtungskrieg bewahrt bleiben, so mußte der Kampf aller Nationen gegen alle durch die Errichtung einer internationalen Rechtsgemeinschaft ersetzt und die Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel gewaltloser Konfliktlösung ausgebaut werden. Im Wettrüsten erblickten die Pazifisten eine sinnlose Verschwendung, die die Staaten ökonomisch in den Ruin treibe und die Sicherheit nicht erhöhe, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr vergrößere.

Im Sinne dieses konstruktiven Programms, das von Alfred Herrman Fried zu einer eigenständigen Theorie ausgebaut wurde („organisatorischer Pazifismus"), unterstützte die DFG die Bestrebungen der Haager Konferenz, wenn auch die Er-

gebnisse zunächst Ernüchterung hervorriefen.

Wies der Pazifismus der DFG im Kaiserreich so durchaus realistisch-friedenspolitische Ziele auf, so machte sich als Defizit bemerkbar, daß die DFG eine ausgesprochen bürgerliche Organisation ohne Verbindung zur Arbeiterbewegung war und keinerlei gesellschaftsreformerische Vorstellungen besaß. Ihr Friedensbegriff war rein außenpolitisch orientiert; die sozialen Voraussetzungen des Friedens waren ausgeblendet.

Obschon der Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Pazifisten zunächst mit tiefer Hoffnungslosigkeit erfüllt hatte und ein Teil der Mitglieder sich dem Kriegslager anschloß – die Mitgliederzahl der DFG sank von 10 000 im Jahre 1914 bis Kriegsende auf 6000 –, erholte sich die Gesellschaft rasch von ihrer Lähmung. Zwar wurde ihre Tätigkeit durch Verbotsmaßnahmen der Militärbehörden stark eingeschränkt, doch sicherte die Gründung der Ersatzorganisation „Zentralstelle Völkerrecht" den Pazifisten auch während des Krieges einen gewissen Handlungsspielraum. Die DFG bejahte die Pflicht zur nationalen Verteidigung, da sie den Krieg als einen dem Reich aufgezwungenen Notwehrakt betrachtete, wandte sich aber sofort entschieden gegen alle Annexionspläne, als die Idee des Eroberungskrieges in den Vordergrund rückte. Oberstes Ziel ihrer Friedensbemühungen war die Schaffung einer konfliktvorbeugenden und -vermeidenden Friedens- und Rechtsgemeinschaft der Völker, die durch den Ausbau des Haager Werks erreicht werden sollte. Die DFG begrüßte daher den 14-Punkte-Vorschlag Präsident Wilsons und bemühte sich, Kaiser und Regierung zu einem Verständigungsfrieden zu bewegen. Die starr auf einen Siegfrieden ausgerichtete Haltung des Reiches löste jedoch in der Friedensbewegung einen bedeutsamen Prozeß aus: Ohne daß sich die Organisation konkret auf die Demokratie als Staatsform festgelegt hätte, setzte sich in der DFG die Überzeugung durch, daß eine Verwirklichung der pazifistischen Friedenskonzeption ohne die Zerschlagung des deutschen Militarismus und eine Demokratisierung im Innern scheitern müsse. Die Idee des Weltfriedens und der Demokratie gingen jetzt eine Verbindung ein.

Hatte sich die Friedensbewegung im Kaiserreich in einer eindeutigen Minderheitenposition befunden, so erlebte sie nach dem Krieg zunächst einen starken Aufschwung. Die Mitgliederzahl der DFG stieg bis 1927 auf 30 000, ihre Tätigkeit vervielfachte sich. Bedeutsam wurde vor allem der Beitritt ehemaliger Generale (Freiherr v. Schönaich, v. Deimling), bekannter Literaten (Tucholsky, v. Ossietzky) und Sozialdemokraten (Ströbel, Siemsen, Seger, Löbe), der der Gesellschaft einen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft zuführte und eine Annäherung an die SPD mit sich brachte. Ideologisch untermauert wurde diese Entwicklung durch die Herausbildung des „radikalen Pazifismus" oder „Jungpazifismus", der durch den wachsenden Zweifel an der Effektivität des organisatorischen Pazifismus sowie die Erkenntnis, daß erst die Wehrpflicht dem Krieg seinen totalen, massenmordenden Charakter gegeben hatte, geprägt war und in der Kriegsdienstverweigerung, der Arbeitsverweigerung und dem Generalstreik seine konstitutiven Techniken besaß. Grundlegend für den radikalen Pazifismus waren das Prinzip der Gewaltlosigkeit sowie die Grundsätze der Heiligkeit des menschlichen Lebens und des Urrechts des Einzelnen auf Leben. Wie die organisatorischen Pazifisten, trat er für den Ausbau des Völkerbundes zu einer demokratisch strukturierten Rechtsgemeinschaft ein, hielt dies jedoch allein für unzureichend und setzte der Maxime „Friede durch Recht" den Grundsatz „Friede durch Tat" entgegen. Der radikale Pazifismus besaß eine starke Affinität zu sozialistischen Vorstellungen. Sein Ziel war die soziale Absicherung des Friedens durch den Ausbau der formalen zur inhaltlichen Demokratie. Er

lehnte die Reichswehr daher nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen ab, sondern auch, weil er in ihr ein gefährliches innenpolitisches Machtinstrument erblickte, während der organisatorische Pazifismus diese Gefahr geringschätzte und an der Reichswehr festhielt, da er auch jetzt für die Vaterlandsverteidigung eintrat und die Kriegsdienstverweigerung weiter ablehnte. Das Friedenskonzept der organisatorischen Pazifisten, die politisch überwiegend der Deutschen Demokratischen Partei nahestanden, blieb auch weiterhin vor allem außenpolitisch bestimmt.

Die DFG erkannte zwar die Mitschuld Deutschlands am Ausbruch des Kriegs an – ein großer Teil der aktiven Mitgliedschaft vertrat sogar die Alleinschuldthese –, setzte sich jedoch für eine Revision des Versailler Friedens ein, da ein derartiger Diktatfriede ihrer Meinung nach unweigerlich neue Kriege nach sich ziehen mußte und für die junge deutsche Demokratie eine unerträgliche Belastung darstellte. Als Voraussetzung für eine Revision betrachtete sie die Verständigung mit Frankreich und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den es zu einer demokratisch strukturierten internationalen Rechts- und Kulturgemeinschaft auszubauen galt.

Hatte sich die Tätigkeit der DFG im Kaiserreich vorwiegend auf die Bemühungen um die Durchsetzung ihrer friedenspolitischen Ziele beschränkt, so nahmen jetzt der Kampf für die Erhaltung der Republik und gegen die geheime Rüstung eine vorrangige Stellung ein. Die DFG bekämpfte die nationalistischen und völkischen Gruppen entschieden und trat offensiv für die Republik ein. Bereits im Frühjahr 1924 warnte sie mit der Parole „Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang" vor dem aufkommenden Faschismus. Die Folge eines derartigen Engagements waren zunehmende Drohungen und Terror seitens der politischen Rechten: Versammlungssprengungen, Überfälle, Mißhandlungen und Morde an einzelnen Mitgliedern sowie Verbote pazifistischer Versammlungen und Zeitungen waren in der Weimarer Republik ständig wiederkehrende Ereignisse. Den besonderen Zorn der politischen Reaktion erregte der mutige Kampf der Pazifisten gegen die illegale Rüstung (Schwarze Reichswehr), die sie in ihren Zeitungen und in Eingaben an Regierung und Reichstag aufdeckten und öffentlich anprangerten. Die Antwort waren wiederholte Verbote pazifistischer Zeitschriften und eine Vielzahl von Landesverratsverfahren: Quidde wurde 1924 verhaftet, mußte aber nach heftigen Protesten des Auslands wieder freigelassen werden, während Küster/Jacob, Röttcher und v. Ossietzky zu Festungshaft und Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Obwohl die DFG durch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen radikalen und organisatorischen Pazifisten in grundlegenden Fragen (Reichswehr, Kriegsdienstverweigerung, Kriegsschuld) stark geschwächt war, intensivierte sie ihre antifaschistische Kampagne in der Endphase der Republik noch einmal. Die einzige Möglichkeit zur Verhinderung der Machtergreifung des Nationalsozialismus erblickte sie in der Bildung einer Einheitsfront von der KPD bis zu den Organisationen der „Eisernen Front", die zum Mittel des Generalstreiks greifen mußte. Wenn auch der kämpferische Elan der Pazifisten ungebrochen blieb und das „Andere Deutschland" als größte pazifistische Wochenzeitung noch am Vorabend der letzten Wahlen mit der Schlagzeile „Keine Stimme den Volksverderbern!" erschien, so wurde die Organisation doch schon 1933 zerschlagen.

Nach dem Zusammenbruch Nazideutschlands konstituierte sich die DFG bereits 1945, wobei sie überwiegend auf ältere Mitglieder zurückgreifen konnte. In den Mittelpunkt ihrer Forderungen rückten jetzt die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die Forderung nach allgemeiner und vollständiger Ab-

rüstung, in deren Durchführung sie nach den grauenvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und angesichts der Entwicklung qualitativ neuartiger Massenvernichtungsmittel die Hauptaufgabe der Epoche erblickte. Die DFG beteiligte sich daher aktiv an der Bewegung gegen die Remilitarisierung sowie später an der Kampagne „Kampf dem Atomtod" und der Ostermarschbewegung. Die Aufgabe Deutschlands sah die Gesellschaft in einer Haltung der aktiven Neutralität, die sich gegen die Erstarrung der Weltpolitik in den beiden großen Blöcken richten und in der Zusammenarbeit der neutralen Staaten im Dienst des Friedens wirksam werden wollte. Sie trat daher bereits frühzeitig für Verhandlungen mit der DDR und den übrigen östlichen Nachbarstaaten ein und entwickelte in der eigens eingerichteten „Deutschlandkommission" verschiedene Vorschläge für die Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage, die vom Gedanken der Verständigung getragen waren. Derartige Aktivitäten führten in der Hochzeit des Kalten Krieges quasi automatisch dazu, daß die DFG staatlicherseits als kommunistische Tarn- und Hilfsorganisation verdächtigt wurde. Mehr als diese Diffamierung machte der Organisation jedoch die Tatsache zu schaffen, daß ihre Handlungsmöglichkeiten infolge spürbaren Nachwuchsmangels stark eingeschränkt waren. Da die DFG die Idee der Massenkriegsdienstverweigerung nach den Erfahrungen des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges kritisch betrachtete und die Kriegsdienstverweigerung im Rahmen ihrer Propagandatätigkeit in den Hintergrund stellte, schlossen sich die jungen Pazifisten und Antimilitaristen überwiegend der IdK oder dem VK an, für die die Kriegsdienstverweigerung im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stand.

Dennoch blieb die DFG auch in den 60er Jahren aktiv und war an der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, dem Protest gegen die US-Intervention in Vietnam und an der Gründung der „Hilfsaktion Vietnam" beteiligt, ehe sie 1968 in München mit der IdK zur „Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner" (DFG-IdK) fusionierte.

Betrachtet man den Kampf und die Ziele der DFG in historischer Perspektive, so ist vieles bei entsprechener Modifizierung erstaunlich aktuell. Entgegen weitverbreiteten Vorurteilen haben die Pazifisten nicht abstrakt die Utopie einer friedlichen und harmonischen Welt aufgestellt, sondern durchaus realistische zeitbezogene Vorstellungen entwickelt und sich auch nicht gescheut, sich in das harte Geschäft des politischen Tageskampfes zu begeben. Der Grundgedanke der Friedensbewegung ist heute angesichts der Quantität und Qualität der angehäuften Massenvernichtungsmittel aktueller denn je: Will die Menschheit sich nicht selbst vernichten, so muß sie sich unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten von der Konfrontation zur Kooperation bewegen und an die Stelle des internationalen Drohsystems ein auf Zusammenarbeit und Vertrauen gegründetes kollektives Sicherheitssystem setzen, in dem Feindbilder und Wettrüsten keinen Platz mehr haben. In Helsinki ist dazu ein ermutigender Anfang gemacht worden, der freilich dringend der Ergänzung durch Abrüstungsmaßnahmen bedarf. Voraussetzung für eine auf Entspannung und Abrüstung ausgerichtete Politik ist der Kampf im eigenen Land gegen die Kräfte des Kalten Krieges und die politische Reaktion, die den irrsinnigen Amoklauf politischer Desperados zum Vorwand für den Versuch nimmt, in der Bundesrepublik Friedhofsruhe zu etablieren und damit auch jedes Engagement für Entspannung und Frieden zu kriminalisieren. Die DFG/VK hat aus der Geschichte gelernt: Sie verbindet den Kampf für Abrüstung und Entspannung mit dem Eintreten für den Erhalt der Grundrechte. Abrüstung als kollektiver Gewaltverzicht ist die logische Fortführung der Kriegsdienstverweigerung, beide aber sind ohne Demokratie im Inneren nicht durchführbar.

Guido Grünewald

Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus

Von Hans Adamo

Die innenpolitische Diskussion über die Ursachen des Terrorismus in der Bundesrepublik hält unvermindert an. Der von der CDU am 30. November und 1. Dezember mit einem großen Aufgebot an Soziologieprofessoren veranstaltete Kongreß „Der Weg in die Gewalt" hat als ein kalkulierter Versuch, die gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus abzuleugnen oder umzudeuten, erneut die politische Relevanz einer gründlichen Analyse dieses Phänomens deutlich gemacht. Die „Blätter" setzen im vorliegenden Heft mit dem Aufsatz von Hans Adamo eine in Heft 10/1977 durch Wolfgang Abendroth begonnene und in Heft 11/1977 von Gerhard Stuby weitergeführte Artikelreihe zu dieser für die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik wichtigen Thematik fort. In einem der folgenden Hefte wird Hans Heinz Holz einen Beitrag zu den ideologischen Wurzeln des Terrorismus veröffentlichen. D. Red.

Die Frage nach den Ursachen des Terrorismus ist eines der zentralen Themen, die die Öffentlichkeit unseres Landes beschäftigen. Es ist in der Tat ein Phänomen: alle politischen Kräfte und Richtungen, Parteien, Kirchen, Massenmedien sind sich in der Ablehnung des Terrorsmus einig. Aber in dem Versuch, seine Ursachen zu ergründen, gehen die Meinungen bis zur extremen Polarisierung weit auseinander. Die Führung der CDU/CSU und die mit ihr verbundenen konservativen Kräfte in den Medien haben die leicht erkennbare Absicht, das politische Klima in unserem Land weiter zu verschärfen und die Rechtsentwicklung zu forcieren. Sie setzen an die Stelle der objektiven Analyse Intoleranz und Denunziation und inszenieren eine deutsche Spielart des McCarthyismus, indem sie den Begriff des Sympathisanten gegen alle auch nur im Ansatz systemkritischen Kräfte anwenden. Bar jeder gesellschaftspolitischen Alternative zu den brennenden Fragen unserer Zeit, dient der Terrorismus den Konservativen als willkommenes Ablenkungsmittel von wirtschaftlichen und sozialen Konflikten in unserem Land. Die Freiheitsdemagogie der CDU/CSU findet heute ihre nahtlose Ergänzung in dem Mißbrauch der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung, dies mit der doppelten Zielsetzung, den autoritären und obrigkeitsstaatlichen Mechanismus weiter auszubauen und im Klima einer weiteren Rechtsentwicklung parteiegoistische Ziele, gerichtet auf die Wiedereroberung der Regierungsgewalt, durchzusetzen. Sofern sich die CDU/CSU bisher mit den geistigen Ursachen des Terrorismus befaßt hat, geschah dies zur ideologischen Untermauerung dieser politischen Ziele. Insbesondere die Ende November durchgeführte „Fachtagung" zum Thema „Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen" hatte hier die Funktion pseudo-

wissenschaftliche Konstruktionen für bereits vorgefertigte politische Klischees zu liefern. Seit geraumer Zeit treten die konservativen Kräfte immer wieder mit dem Anspruch auf, die geistige Führung in der BRD wiederzuerlangen. Dies kommt im Schlagwort von der Tendenzwende ebenso wie in der Grundwertediskussion zum Ausdruck. Die Mehrheit der Intellektuellen in unserem Land befindet sich in kritischer Distanz zur CDU/CSU, weil sie aufgrund ihrer Stellung in diesem System mit dessen Hauptvertretern in Konflikt geraten müssen, und weil andererseits durch die fortschreitende Proletarisierung der Intelligenz das Potential kritischer Intellektueller zunimmt, und dies dem von der CDU proklamierten geistigen Führungsanspruch entgegensteht. Die CDU/CSU konstruiert deshalb eine Verbindungslinie zwischen der Verursachung und der Sympathie für den Terrorismus und den Intellektuellen. Dabei geht es nicht nur um vordergründige Verketzerung; es verbergen sich dahinter auch langfristige Absichten: nämlich das Bündnis von Intellektuellen und Arbeiterschaft, das angesichts der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus neue Dimensionen nicht nur erfordert sondern auch ermöglicht, zu verhindern. Deshalb war auch die Taktik des Terrorismus-Kongresses der CDU darauf abgestellt, den Angriff vor allem gegen kritische und progressive Intellektuelle zu richten, weil diese wie CDU-Vorsitzender Kohl meinte, „bereits ein Stück politischer Macht" hätten[1]).

Jede ernsthafte Diskussion über die Ursachen des Terrorismus hat von der Tatsache auszugehen, daß es für ihn eine Vielzahl gesellschaftlicher Ursachen gibt. Mit Recht hat daher auch der Hamburger SPD-Parteitag in einer Entschließung festgestellt, daß der Terrorismus „mannigfache Ursachen" hat. Er hat jedoch in diesem Zusammenhang mehr Fragen gestellt als beantwortet: „Woher stammt der Nihilismus, der aus den Taten der Terroristen spricht? Wodurch wurden sie zu Verbrechern und wodurch werden sie in ihrem verbrecherischen Tun bestärkt?"[2]) Der Feststellung, daß eines der Kennzeichen des Terrorismus der Realitätsverlust und ein Zerrbild des gesellschaftlichen Leben sei und daß die Terroristen das Lebensrecht des Einzelnen mißachten, kann man zustimmen. Aber hier werden Erscheinungsformen und nicht Ursachen angesprochen. Man verbaut sich den Zugang zu einer wirklichen Analyse, indem man den Terrorismus aus seiner gesellschaftlichen Bedingtheit herauslöst und als eine rein kriminelle Verbrechensform darstellt. So betont Herbert Wehner ausdrücklich, daß der Terrorismus nicht einzuordnen sei, da die Terroristen „weder eine politische Richtung noch Strömung" seien, da sie „‚politische' Begriffe lediglich zur Tarnung ihres verbrecherischen Handelns" mißbrauchten[3]). Wäre der Terrorismus tatsächlich ein unpolitisches Phänomen, dann hätte Helmut Schmidt nicht auf dem Hamburger Parteitag der SPD feststellen können, daß er eine der „zentralen Herausforderungen" für die Bundesrepublik sei, dann hätten nicht wochenlang Krisenstäbe getagt, und dann würden sich nicht die politischen Kräfte dieses Landes mit solcher Intensität mit dem Terrorismus beschäftigen. Aus der Tatsache, daß terroristi-

1) Redemanuskript S. 3.
2) Antrag Nr. 75 beschlossen vom SPD-Parteitag in Hamburg vom 15.–19. November 1977, „Terrorismus in der Bundesrepublik", Antragsunterlagen, S. 105.
3) Herbert Wehner, Terror gegen die Politik, in: „Die Neue Gesellschaft", 10/1977, S. 797.

sche Aktionen als Kampfmittel für die demokratischen und sozialistischen Kräfte nicht in Frage kommen, kann nicht geschlossen werden, daß der Terrorismus nicht politisch motiviert sei. Eine solche Position birgt permanent das Dilemma der Defensive in sich, in die sich die SPD ständig drängen läßt; sie bringt aber auch den Widerspruch zum Ausdruck, der die SPD insgesamt kennzeichnet, nämlich daß sie darauf verzichtet sozialökonomische und gesellschaftliche Ursachen anzusprechen, die im Wesen und in der Krise des kapitalistischen Systems begründet liegen.

Die linken und entschieden demokratischen Kräfte können sich demgegenüber nicht darauf beschränken, sich vom Terrorismus zu distanzieren und nachzuweisen, daß die Rechtskräfte ihn zur Kriminalisierung ihrer Gegner und zur Forçierung der politischen Rechtsentwicklung mißbrauchen wollen. Wollen sie in eine offensive Position gelangen, so gilt es, die vielfältigen Beziehungen von Kapitalismus und Terrorismus aufzudecken. Eine Analyse, die die wirklichen Urachen und Bedingungen des Terrorismus zum Inhalt hat, muß auch berücksichtigen, daß bestimmte Begriffe nicht gleichgesetzt oder in unzulässiger Weise vermengt werden. Die Gleichsetzung von Anarchismus und Terrorismus, die uns häufig begegnet, gibt zunächst Veranlassung, auf die Frage einzugehen, worin die Ursachen für die Entstehung des Anarchismus bestehen, wie seine Beziehungen zum heutigen Terrorismus sind und worin sich beide unterscheiden.

I

Der Anarchismus entstand im vorigen Jahrhundert mit dem Aufkommen des industriellen Kapitalismus als Ausdruck der Unzufriedenheit und des Protestes der durch den Kapitalismus bedrohten, ruinierten und verzweifelten kleinbürgerlichen Schichten. Sie erblickten aber nicht im System des Kapitalismus, sondern fälschlicherweise im Staat, dessen Klassencharakter sie nicht erkannten, die Ursache allen Übels. Deshalb wollten sie auch nicht nur den Staat abschaffen, sondern überhaupt jede politische Organisation, Disziplin und Autorität und propagierten die absolut uneingeschränkte persönliche Freiheit. Friedrich Engels wies darauf hin: „Das Bestehen einer solchen Richtung ist ganz unvermeidlich in Deutschland, dem Land des Spießbürgertums par excellence und zu einer Zeit, wo die industrielle Entwicklung dieses alteingewurzelte Spießbürgertum gewaltsam und massenweise entwurzelt."[4])

Eine schematische Gleichsetzung des klassischen Arnarchismus mit dem heutigen Terrorismus ist schon deshalb nicht zulässig, weil der Anarchismus keine politisch-ideologische Geschlossenheit, sondern verschiedenartige Strömungen aufwies. Diese Strömungen widerspiegelten sich vor allem in Max Stirners abstrakt-philosophisch begründeten individualistischen Anarchismus, im Proudhonismus, der eine reformistische Lösung sozialer Konflikte propagierte, sowie im Bakunismus, der auch mit den Mitteln des individuellen Terrors eine sofortige Abschaffung jeder Zentralisation und Staatsmacht anstrebte. Auch im Anarcho-Syndikalismus, der sich gegen Ende des

4) Friedrich Engels, Vorwort zur 2. Auflage: Zur Wohnungsfrage, MEW 21, S. 328f.

19. Jahrhunderts in einigen Ländern Europas und Lateinamerikas verbreitete, gab es verschiedenartige Strömungen und Erscheinungen bis hin zu vorrangig pazifistischen und ökonomistischen. Ein Vergleich mit unserer heutigen Zeit darf die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der klassische Anarchismus in gewissem Maße eine ideologische und politische Strömung des kleinbürgerlichen Radikalismus *innerhalb* der Arbeiterbewegung war. Er verbreitete sich vor allem, als die Arbeiterbewegung noch nicht entwickelt war und über wenig eigene Kampferfahrungen verfügte. Der wissenschaftliche Sozialismus war zu dieser Zeit keineswegs die dominierende Auffassung in der Arbeiterbewegung. Noch beherrschten die verschiedenen Richtungen des utopischen Sozialismus, des kleinbürgerlichen und bürgerlichen Philanthropismus das Denken fortschrittlicher Arbeiter, die sich politisch zu organisieren begannen. Es ist das geschichtlich unbestreitbare Verdienst des Marxismus, der heute als Hauptverursacher des Terrorismus dargestellt werden soll, daß er den Anarchismus theoretisch und politisch in der Arbeiterbewegung zurückdrängte. Dieses Sektierertum, so bemerkten Marx und Engels, ist eben „die Kinderkrankheit der Proletarierbewegung, wie die Astrologie und die Alchi-

Wohin treibt der Rechtsstaat?

Soeben erschienen

Michael Blank / H. J. Brauns / Helmut Fangmann / Rolf Uesseler

Wohin treibt der Rechtsstaat?

Ein Arbeitsbesuch zu Verfassungsentwicklung, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat

Kleine Bibliothek Bd. 113, 328 Seiten, DM 14,80

Juristen glauben, das Recht abstrakt, unabhängig von seiner Entstehungsgeschichte und gesellschaftlichen Funktion verstehen zu können, während Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler wenig Zugang zum Recht und zur Rechtsideologie finden. Für lehrende und lernende Juristen, Politologen, Pädagogen, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler bietet dieses Buch erstmals einen praktisch erprobten didaktischen Leitfaden zu den historischen Traditionen des heutigen Verfassungsrechts sowie zu den grundlegenden Problemen der Demokratie, der Grundrechte, des Rechtsstaats, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Sozialstaats der BRD im gesellschaftswissenschaftlichen Zusammenhang. Es demonstriert die Rolle der Rechtsideologen und der Justiz als Ersatzgesetzgeber und die Entwicklung zur doppelten Legalität. Es konfrontiert die Ideologie des Rechtsstaats anhand empirischen Materials mit den heute tatsächlich herrschenden Verhältnissen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Pahl-Rugenstein

mie die Kindheit der Wissenschaft" sind. „Damit die Gründung der Internationalen zur Möglichkeit wurde, mußte das Proletariat diese Entwicklungsstufe überschritten haben."[5]) Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen, der Anarchismus, wie immer auch seine Spielarten waren, war nie eine Erscheinung, die innerhalb der Arbeiterbewegung selbst entstand, sondern er wurde immer von radikalisierten Positionen kleinbürgerlicher Kräfte in sie hineingetragen. Heute spielt dieser Anarchismus in der Arbeiterbewegung längst keine Rolle mehr. Der Anarchismus der Nachkriegszeit, wie er vor allem in Teilen der Studentenbewegung der 60er Jahre zum Ausdruck kam, hatte mit dem „klassischen" Anarchismus nur noch wenig gemein. Er stand nicht nur völlig *außerhalb* der Arbeiterbewegung, er war auch, was den Versuch seiner theoretischen Begründung betrifft, durchsetzt mit trotzkistischen und maoistischen Ideen. Der Terrorismus, wie wir ihn heute erleben, ist eine weitere Pervertierung der negativsten Seiten des Anarchismus. Man könnte ihn als Anarcho-Terrorismus definieren, als irrationale und scheinrevolutionäre Gegengewalt isolierter und sektiererischer Gruppen, als Ausdruck von Verzweiflung, Resignation und Perspektivlosigkeit radikalisierter Kleinbürger gegenüber staatlich etablierter Gewalt- und Machtausübung des kapitalistischen Systems in seiner Niedergangsphase. Der Versuch einer solchen Definition soll zunächst andeuten, daß kleinbürgerlicher Radikalismus eine Quelle für Anarchismus und Terrorismus sein kann. Die Ursache für die Radikalisierung von Teilen des Kleinbürgertums liegt heute jedoch nicht mehr in den Folgeerscheinungen der Aufstiegsphase des Kapitalismus, sondern resultiert aus seiner staatsmonopolistischen Endphase, die alle Elemente seiner Überholtheit und Auflösung zur Entfaltung bringt. Der Begriff Anarcho-Terrorismus soll ebenfalls deutlich machen, daß es auch andere Formen von Terror gibt wie er sich in besonders reaktionären Regimen rassistischer, kolonialer und neokolonialer Art und im Faschismus äußert. Der Begriff des Anarcho-Terrorismus schließt auch jede Gleichsetzung mit dem bewaffneten Kampf von Volksbefreiungsaktionen gegen nationale, soziale und rassistische Unterdrückung aus.

II

Der Anarcho-Terrorismus ist nicht voraussetzungslos entstanden. Er hat sozialökonomische Wurzeln, aus denen er sich aber nicht automatisch, sondern nur vermittels konkreter Bedingungen entwickelt. Zu ihnen gehören die gesellschaftliche Struktur, die Geschichte und das geistig-politische Klima. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstärkte den Differenzierungs- und Auflösungsprozeß in Teilen des Kleinbürgertums und schuf ökonomische und soziale Bedingungen, in deren Folge zahlreiche Angehörige des Kleinbürgertums ihre bisherige Arbeits- und Lebensweise aufgeben mußten. Durch die wissenschaftlich-technische Revolution hat sich in den letzten Jahrzehnten auch die Lage der Intellektuellen erheblich verändert. Die Stellung der traditionell „freien" Intellektuellen wurde immer zwie-

5) Karl Marx/Friedrich Engels, Die angeblichen Spaltungen in der Internationale, MEW 18, S. 34.

spältiger und widersprüchlicher; sie wurden immer stärker proletarisiert und teilweise in direkte Lohnempfänger verwandelt, so daß ihre sozialökonomische Lage sich der von Industriearbeitern immer mehr annäherte. Diese Veränderungen haben gemeinsam mit den Folgen der gewaltigen Bürokratisierung bei vielen Angehörigen der Mittelschichten und der Intelligenz zu einem Verlust oder zumindest einer Beeinträchtigung ihrer vermeintlich unabhängigen Lebensweise und ihrer individuellen Persönlichkeitsmerkmale geführt. Der Zwang zur Verwissenschaftlichung der Produktion unter den Bedingungen des verschärften ökonomischen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt hat einerseits in gewisser Weise zur Öffnung der Hochschulen und Universitäten in Richtung auf eine Ausbildung von „Fachidioten" geführt, hat aber andererseits die damit verbundenen neuen Bedürfnisse nach humanen und demokratischen Bildungsinhalten, nach beruflichen Perspektiven nicht befriedigen können. Der so entstandene Widerspruch äußert sich heute auch in der Tatsache, daß es in der BRD bereits 40 000 arbeitslose Akademiker gibt, daß sich arbeitssuchende Akademiker und Graduierte in immer größer werdender Zahl darauf einstellen, Arbeiten zu übernehmen, die ein Studium nicht erfordern. Etwa 30% aller arbeitslosen Akademiker sind Berufsanfänger. Während früher anarchistische Bestrebungen sich auf Teile der kleinbürgerlichen Schichten wie Handwerker, Kleinbauern usw. stützen konnten, sind es seit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem Angehörige der Intelligenz, die das Potential des kleinbürgerlichen Radikalismus vergrößern. So kommt denn auch die große Mehrheit der Terroristen der BRD aus einem sozialen Milieu, das man hierzulande als Oberschicht bezeichnet. Es sind solche Kreise, die ihrer Lebensweise und politischen Einstellung nach in der Regel zum Konservatismus der CDU/CSU tendieren. Viele, die unter den heutigen Bedingungen kaum noch die Möglichkeit zum Aufstieg in Kommandofunktionen des gesellschaftlichen Lebens haben, wollen sich diesem System nicht mehr unterordnen und entschließen sich zu subjektivem Protest.

Weil sich unter den Bedingungen des staatsmonopolitischen Kapitalismus die sozialen und ökonomischen Prozesse, sowie auch die Herrschaft der Monopole immer mehr als eine Form des unmittelbaren staatlichen Zwangs darstellen, entwickelt sich bei einem Teil der jungen Generation und der Intelligenz die Auffassung, daß nicht im kapitalistischen System, sondern in einem scheinbar verselbständigten Staatsapparat die Ursachen für soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit liegen. Den Staat als solchen, losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen und Klassenbeziehungen, als Hauptfeind zu sehen, erweist sich als eine wesentliche Bedingung für die Belebung anarchistischer Ideen, so wie sie es im vorigen Jahrhundert für die Entwicklung des Anarchismus überhaupt war. Der kleinbürgerliche Radikalismus als Voraussetzung für den Anarcho-Terrorismus wird heute von geschichtlich neuartigen Konfliktfeldern und einem sozialen Differenzierungsprozeß genährt, der neue Formen von Armut und sozialem Elend produziert. Selbst amtliche Statistiken nennen Zahlen, die für sich sprechen: 800 000 Obdachlose, 300 000 Stadt- und Landstreicher, über 4 Millionen leiden an körperlicher

und geistiger Behinderung, jeder 5. Bürger der BRD ist oder war psychisch krank, 1,2 bis 1,8 Millionen Suchtkranke, 6 Millionen Vorbestrafte usw. Die Selbstmordrate junger Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ist um 40% und die Rate der Selbstmordversuche um das 15fache gestiegen[6]). Ein Drang zur Beschäftigung mit solchen Randgruppen kennzeichnete das Betätigungsfeld eines Teiles der auch moralisch motivierten Studentenbewegung: Ulrike Meinhofs Stück „Bambule" ist ein Beispiel dafür. Das Erlebnis dieses sozialen Elends, die Erfahrung der von diesem System eng gesetzten Grenzen für seine Veränderbarkeit und die Aussichtslosigkeit des Kampfes in diesem Bereich (da er isoliert geführt wurde), haben sehr schnell zu Frustration und Empörung geführt, die teilweise in scheinradikalen Positionen mündete. Als Ausdruck von Verzweiflung, Resignation und Perspektivlosigkeit steht der Anarcho-Terrorismus in ursächlicher Beziehung zu den politischen Bedingungen in der BRD. Besonnene Persönlichkeiten wie Max Frisch haben über diesen Zusammenhang bemerkenswerte Äußerungen gemacht; er stellte die Frage nach dem Wirkungsraum, der der jungen Generation eingeräumt wurde, um das Potential ihrer Erwartungen in die Praxis einbringen zu können. „Erwartet wurde ihre Ergebenheit, erwartet wurde ihre Unterwerfung. Geblieben sind im Extrem gesprochen die Resignation, verbunden mit Karriere, die Glaubensverlust und daher Selbstverlust nie aufhebt und die Paranoia der Terroristen . . . Außer der Einladung zum fröhlichen Konsum als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum – was finden sie denn vor, die Heranwachsenden, welches Ziel – über die eigene Person hinaus – welchen Daseinssinn? . . . Gesetzt den Fall, man wollte Demokratie nicht nur retten, sondern man wollte sie herstellen. Das aber heißt mehr Demokratie."[7])

Mehr Demokratie wurde in diesem Land zwar in dutzendfachen Variationen proklamiert, aber nie verwirklicht. Das Entstehen einer allgemein-demokratischen Bewegung, deren Bestandteil auch die Studentenbewegung ist, war die Reaktion auf den systematischen Abbau demokratischer Grundrechte und Freiheiten und war ein Ausdruck dafür, daß auf demokratische Hoffnungen und Vorstellungen immer wieder autoritär mit z. T. polizeistaatlichen Methoden reagiert wurde. Die unüberbrückbare Diskrepanz zwischen den demokratischen Erwartungen und der autoritären antidemokratischen Wirklichkeit ergeben sich auch aus den konkreten geschichtlichen Bedingungen sowohl der Entwicklung der Bundesrepublik als auch aus den Traditionen der deutschen Geschichte, die in ihr lebendig sind. Die Bundesrepublik war von Beginn an mit den Negativseiten deutscher Geschichte belastet und behaftet: nicht die Ideale der bürgerlich-demokratischen Revolution und des antifaschistischen Befreiungskampfes haben ihre Entwicklung bestimmt, sondern die Gedanken der Restauration und der Absicherung reaktionärer Machtpolitik. Deshalb weist auch die BRD seit ihrem Bestehen besonders autoritäre, antisozialistische und antikommunistische Züge auf. Nach der Zerstörung des Faschismus kam es nicht zu einer tiefgreifenden demokratischen Erneuerung; von der Bewältigung der Nazi-Vergangenheit wurde zwar viel geredet, aber

6) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 26. 11. 1977.
7) Nach dem unkorrigierten Parteitagsprotokoll des Hamburger SPD-Parteitages Nr. 17, S. 63.

sie wurde nicht vollzogen. Die alten kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse wurden restauriert und ihre geistigen und materiellen Träger, die nicht willens und nicht fähig waren, umzudenken, erhielten bestimmende Positionen in Wirtschaft, Staat, Justiz, Bundeswehr, Massenmedien usw. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß in keinem anderen Land Westeuropas der Kalte Krieg auch nach innen mit solcher Vehemenz geführt wurde wie in der BRD. Remilitarisierung, Eingliederung in die NATO, KPD-Verbot und Notstandsgesetze, dies alles wurde gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung unserem Land aufgezwungen. Die heute immer wieder beklagte Staats- und Parteienverdrossenheit geht ursächlich auf eine Zeit zurück, in der große Teile der jungen Generation, insbesondere der studentischen Jugend, in ihrem zunächst emotionalen und moralischen Protest gegen die US-Aggression in Vietnam, gegen die Manipulation der Springer-Presse in erste Konflikte gerieten mit einer Realität, die in Widerspruch stand zu moralischen Wertvorstellungen, die ihnen in Elternhaus und Schule vermittelt worden waren. Gerade diejenigen, die mit dem Anspruch auftraten, die „freie Welt" zu repräsentieren und zu verteidigen, und die der jungen Generation abstrakte und verbale Freiheits- und Menschenrechtsbegriffe vermittelt hatten, reagierten aggressiv, als diese begann, damit Ernst zu machen. Die versteinerten Verhältnisse der BRD begannen in genau dem Moment zu tanzen, wo ihnen ihre eigene Melodie vorgespielt wurde. Jene bürgerlichen Ideologen, die heute nach den Ursachen des Terrorismus „forschen", antworteten damals dem Aufbegehren von Teilen der jungen Generation und der Studenten mit Verhöhnung, polizeilichen Großeinsätzen und staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren. Ihre Unfähigkeit, auf neue Erfordernisse demokratisch reagieren zu können, hat eine Gruppe junger Intellektueller, die die Begrenztheit des moralischen Protestes nicht zu überwinden vermochte, auf den Abweg des Anarcho-Terrorismus geführt. Die Folge dieser Vielzahl von Enttäuschungen und der gleichzeitigen Unfähigkeit, aus moralischen Bewertungen von Mißständen richtige politische Schlußfolgerungen zu ziehen, war der Umschlag in Haß und undifferenzierte Feindseligkeit gegen alles Bestehende und „Etablierte".

Wie der Kapitalismus die Trugbilder, die enttäuschten Hoffnungen und die Unsicherheit produziert, so produziert er auch die Gewalt, von der sich der Anarcho-Terrorismus nährt. Die Vorstellung, man könne durch einzelne physische Gewaltakte soziale und politische Veränderungen herbeiführen, ist nicht sozialistischen, sondern bürgerlichen Ursprungs. „Keine Klasse hat so dem Glauben gehuldigt, daß die Person eines mächtigen Einzelnen zu beseitigen, eine große geschichtliche Tat sei, als gerade das Bürgertum, und zwar von den Tagen der alten Griechen an bis in unser Zeitalter."[8]) Als man der Sozialdemokratie im vorigen Jahrhundert terroristische Attentate anzulasten versuchte, um sie zu kriminalisieren und damit das Sozialistengesetz zu begründen, veröffentlichte August Bebel in seiner Rede „Attentate und Sozialdemokratie" eine umfangreiche Liste über Attentate auf Kaiser, Könige und

8) August Bebel, Attentate und Sozialdemokratie, Rede vom 2. 11. 1898 in Berlin, zit. nach I. Fetscher, Terrorismus und Reaktion (Anhang), Köln/Frankfurt/M. 1977, S. 131 f.

Päpste, die von Adligen, Geistlichen und Bürgern verschiedenen Standes, also Angehörigen der herrschenden Klassen verübt wurden. Unter diesen Attentätern befand sich, wie Bebel nachwies, kein einziger Sozialdemokrat, denn sie gab es damals überhaupt noch nicht. Die Überbetonung der Bedeutung der Personen im Geschichtsprozeß, die Überbetonung ihrer Rolle als Gestalter des Geschichtsprozesses gehört zum Wesen der bürgerlichen Ideologie. Individueller Terror von Anarchisten ist von daher nur die konsequente Vollendung dieser bürgerlichen Ideologie. Bebel bemerkte daher auch in diesem Zusammenhang: „Die Sozialdemokratie sieht, entsprechend der Marxschen Lehre von den Klassenkämpfen, nicht in den Personen, sondern in den Klassen und ihren materiellen Interessen die Faktoren, die herrschen oder beherrscht werden. Daher kämpft die Sozialdemokratie, als die politische Vertretung der Arbeiterklasse, nicht gegen die Herrschaft von Personen, sondern gegen die Herrschaft einer Klasse, der Kapitalistenklasse, in deren Interesse die Träger der Staatsgewalt handeln. Und ihr Ziel ist die Eroberung der politischen Macht, um mit deren Hilfe die soziale Umgestaltung durchführen zu können, d. h. eine soziale Ordnung zu schaffen, die auf der vollen Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung aller beruht."[9])

Das kapitalistische System ist, wie Marx im „Kapital" enthüllte, nicht anders als durch Gewalt, blut- und schmutztriefend zur Welt gekommen; seine Geschichte ist zugleich die Geschichte unzähliger Verbrechen und Gewalttaten für Profit- und Kapitalinteressen, gegen die Arbeiterklasse und den gesellschaftlichen Fortschritt. Marx zitiert in einer Fußnote im „Kapital" den „Quarterly Reviewer", in dem es heißt: „. . . Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20%, es wird lebhaft; 50%, positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren."[10]) Daraus lassen sich denn auch Weltkriege und Konterrevolutionen, Neokolonialismus und zahllose Morde, Mordversuche und Anschläge imperialistischer Geheimdienste wie des CIA gegen Repräsentanten fortschrittlicher Bewegungen, zahllose Invasionen und Aggressionen, Putsche und Putschversuche ableiten. Die Gewalttätigkeit des Kapitalismus durchdringt das normale Alltagsleben: es ist auch eine Form von Gewalt, wenn Millionen Menschen das Recht auf Arbeit und Bildung verwehrt wird, wenn ihnen das Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit genommen wird; tagtäglich eignet sich eine kleine Gruppe von Kapitalbesitzern die Werte an, die das arbeitende Volk schafft; Gewalt ist die geistige Manipulation, die Verrohung und Verdummung der Menschen, die Mobilisierung gegen ihre eigenen humanistischen Zukunftsinteressen. Inhalt und Existenzgrundlage des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ein perfektes System offener und versteckter Gewalt; der Kapitalismus hat in seinem Niedergangsstadium in gigantischem Ausmaß Empörungs- und Konfliktfelder geschaffen: er produziert und provoziert gewissermaßen gesetzmäßig auch solche Formen

9) A.a.O., S. 128 f.
10) Karl Marx, Das Kapital, in: MEW 23, S. 788.

irrationaler Gegengewalt, wie sie sich auch im Anarcho-Terrorismus äußern. Nicht zuletzt spiegeln sich die Niedergangserscheinungen des Kapitalismus auch in einer Moral und Kultur wider, die Gewalt und Brutalität verherrlichen und ständig den Eindruck suggerieren, man könne durch sie alles erreichen: die Millionenauflagen der Trivialliteratur und eine Vielzahl von Fernsehsendungen und Filmen schaffen tagtäglich ein Bild vom „Gesetz des Stärkeren" und präsentieren aus komerziellen Gründen ständig Brutalität und Gewalttätigkeit. Anläßlich der Mitgliederversammlung der Aktion Jugendschutz in Nordrhein-Westfalen teilte der Landtagsabgeordnete Norbert Schlottmann kürzlich mit, eine Untersuchung von brutalen Darstellungen in den beiden Fernsehprogrammen habe ergeben, daß dort innerhalb einer Woche 417 Verbrechen mit 103 Toten, 52 Schlägereien und 27 Schießereien über die Bildschirme geflimmert seien. Die Kinder- und Jugendkriminalität habe seit 1952 um 80% zugenommen[11]). Elemente dieser Gewalt, die die Menschen vom bewußten politischen Handeln abhält, finden sich auch im Anarcho-Terrorismus.

Weitere Quelle und Wesensmerkmal sowohl des klassischen Anarchismus wie des Anarcho-Terrorismus ist der übersteigerte Individualismus. Max Stirner hat ihn als Reflexion des extremen subjektiven Idealismus philosophisch begründet, von dem viele bürgerliche Radikale unter den deutschen Intellektuellen seinerzeit beeinflußt waren. Marx und Engels legten in der „Deutschen Ideologie" dar, daß in der extrem individualistischen Konzeption Stirners das Selbstbewußtsein jener Schichten zum Ausdruck kam, die weder die Macht des Kapitals noch die Macht der organisierten Arbeiterklasse hinter sich wußten. Philosophisch drückte sich dies in einem extremen Subjektivismus aus, der das eigene Ich als das einzig Reale ansah und nicht bereit war, außerhalb seiner selbst eine andere Realität anzuerkennen. Die kleinbürgerlichen Subjektivisten waren nicht in der Lage, im Proletariat die Kraft zu erkennen, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß als einzige in der Lage ist, wirkliche soziale Veränderungen zu bewirken. Ihre ganze Radikalität reduzierte sich denn auch auf blinde Empörung und revolutionäre Phrase. Diese extreme Form des bürgerlichen Individualismus äußerte sich auch in den Auffassungen der Baader-Meinhof-Gruppe, als die „erste Generation" der Anarcho-Terroristen immerhin noch den Versuch unternahm, ihre Aktionen politisch-ideologisch zu rechtfertigen: „Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische, republikanische Traditionen."[12]) Aus dieser für den Anarchismus typischen Ignorierung der gesellschaftlichen Realität und aus der subjektivistischen Blindheit gegenüber den Anknüpfungspunkten für fortschrittliche Politik in der Bundesrepublik, ergab sich folgerichtig, daß man sich selbst die führende Rolle im Kampf gegen den Kapitalismus zusprach.

Auch eine nur oberflächliche Betrachtung zeigt, daß es zwischen Anarchismus und Marxismus keinerlei Gemeinsamkeit gibt. Das gilt vor allem auch für

11) Progreß Presse Agentur, Meldung v. 23. 11. 1977.
12) Vgl. „Der Spiegel", 4/1975, S. 55.

den heutigen Anarcho-Terrorismus. Der Einwand, daß dieser sich auf den Marxismus berufe und seine Zielsetzung als sozialistisch und antiimperialistisch ausgebe, läßt die Tatsache außer acht, daß es für den Marxismus eindeutig bestimmbare Kriterien gibt. Sie ergeben sich aus seiner wissenschaftlichen Begründung und der Verallgemeinerung geschichtlicher Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterbewegung. Das wichtigste Kriterium ist die Erkenntnis der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission. Sie wird von den Anarcho-Terroristen nicht nur nicht verstanden, sondern ausdrücklich geleugnet. Zum Wesen des Marxismus gehört seit jeher seine Parteitheorie. Diese wird von den Anarcho-Terroristen ausdrücklich als überholt erklärt. Anstelle der marxistischen Partei der Arbeiterklasse setzen sie eine „politisch-militärische Avantgarde". Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Die Selbsternennung zu Marxisten kann nicht bedeuten, daß es sich hier tatsächlich um Marxisten handelt. Dies ist natürlich auch den Konservativen nur zu gut bekannt, die die Verwendung pseudoideologischer Begriffe, wie dies in der ersten Phase der sogenannten RAF geschah, zu einem Angriff auf den Marxismus nutzen. CDU-Generalsekretär Geissler verkündete auf der Bonner CDU-Veranstaltung: „Der Marxismus gehört auf den wissenschaftlichen Prüfstand."[13]) Gegen eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus hätten die Marxisten selbst am allerwenigsten etwas einzuwenden. Aber in der Bundesrepublik spielt sich die Beschäftigung mit dem Marxismus auf einer völlig anderen Ebene ab: sie wird von Seiten der Herrschenden geführt mit verfassungswidrigen Berufsverboten, obskuren Verfassungsschutzberichten, mit der systematischen Ausschaltung aus den Massenmedien und permanenten Verbotsdrohungen gegen die DKP aus den Reihen der CDU/CSU.

Die Entstehung einer anarcho-terroristischen Szene in der BRD geht eindeutig auch auf das Konto jener bürgerlicher Ideologen, die aus ihren antikommunistischen Vorurteilen heraus alle jene Strömungen in das System der bürgerlichen Ideologie zu integrieren versuchten, die den realen Sozialismus bekämpften. Die Konfusion und der Romantizismus der „Neuen Linken" wurden gegen den „orthodoxen" Marxismus und gegen den „etatistischen" Sozialismus ausgespielt; trotzkistische und maoistische Gruppen wurden aufgewertet, um sie den konsequent marxistischen Kräften unseres Landes entgegenzustellen. Um den Kritikern der bestehenden Verhältnisse in der BRD den Zugang zum konsequenten Marxismus zu verbauen, wurden alle möglichen Theoretiker wie Trotzki, Bakunin, Stirner, Proudhon, Kropotkin und viele mehr von den bürgerlichen Verlagen zu Vorkämpfern der Freiheit und zu „authentischen" Marxisten emporstilisiert. So forderte z. B. der bürgerliche Ideologe Arnold Künzli 1968 dazu auf, mit Hilfe des Anarchismus „nachzuweisen", daß „sich die Voraussagen von Marx immer mehr als falsch und diejenigen der Anarchisten immer mehr als richtig erweisen . . ."[14]) Es waren denn auch bürgerliche Verlage, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit der systematischen Herausgabe anarchistischer Schriften begannen; 1972

13) Redemanuskript, S. 7.
14) Vgl. FR v. 12. 3. 1968.

schließlich brachte ausgerechnet der reaktionäre Ullstein-Verlag das Hauptwerk Bakunins „Staatlichkeit und Anarchie" zum erstenmal in deutscher Sprache heraus. Bis 1973 wurden in der BRD mindestens 23 Neuerscheinungen von anarchistischen Schriften und Texten verlegt. Diese Entwicklung wurde begleitet von einer Vielzahl von Artikeln in bürgerlichen Medien. So wurde im August 1968 in einem ganzseitigen Artikel in der „Zeit" bedauert, daß die rebellierenden Studenten „zu viel mit Marx und zuwenig mit Bakunin" redeten. Und weil der Name Bakunins nach Auffassung der „Zeit" viel zu wenig bekannt sei, sah sie ihre Aufgabe darin, Bakunin im Gegensatz zu Marx als den großen Revolutionär herauszustellen, dem „Dabeisein ... immer wichtiger als theoretische Feinarbeit an kniffligen Fragen der Theorie" war[15]). Den Kult um Bakunin hat kaum ein bürgerliches Blatt ausgelassen, wobei in antikommunistischer Blindheit übersehen wurde, daß gerade im Bakuninschen Anarchismus der individuelle Terror eine zentrale Rolle spielt. Der Vollständigkeit halber sei hier noch hinzugefügt, daß noch zum Zeitpunkt der Schleyer-Entführung im Fernsehen eine zweiteilige Fernsehsendung lief, in der der Anarchismus und auch der Bakunismus nicht nur idealisiert und glorifiziert wurden, sondern auch als Helfer gegen die Oktoberrevolution und ihre angebliche Entartung in „Staatssozialismus", „Bürokratensozialismus", „Oligarchie" usw. vereinnahmt wurden. Auf diesem Hintergrund ist nichts absurder als die Behauptung, daß der Marxismus die geistige Vaterschaft für den Anarchoterrorismus habe. Vor dem Hintergrund der Sympathie vieler bürgerlicher Ideologen mit dem Anarchismus erweist es sich vielmehr als ein großes Ablenkungsmanöver, wenn nun die Marxisten, gegen die damals der Anarchismus lobend hervorgehoben wurde, der theoretischen Urheberschaft des Terrorismus bezichtigt werden.

Eine Analyse der Ursachen und Bedingungen für die Entwicklung und das Wirken des Anarcho-Terrorismus muß zunächst zu dem Ergebnis führen, daß es für ihn nicht eine ausschließliche Ursache, sondern vielmehr ein System sozialökonomischer, politischer und ideologischer Ursachen gibt. Die Belebung des Anarcho-Terrorismus in den letzten Jahren ist kein zufälliges Ereignis, „keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ... sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche"[16]). Es ist unverkennbar, daß die bürgerliche Terrorismusforschung ihre wichtigste Aufgabe darin sieht, von den gesellschaftlichen Ursachen des Anarcho-Terrorismus abzulenken. Auf dem bereits erwähnten CDU-Kongreß in Bonn erklärte Prof. Graf Kielmannsegg, daß eine Analyse gesellschaftlicher und politischer Bedingungen „nicht ungefährlich" sei. „In ihrer Summe können die Feststellungen, die wir einer nach dem andern treffen, und von denen jede für sich plausibel sein mag, von niemandem gewollt, schließlich den Eindruck hervorbringen, die innere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt führe geradewegs und mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in den politischen Terrorismus hinein. ... Alle Thesen über ursächliche Zusammenhänge müssen mit großer Zurückhaltung formuliert werden."[17])

15) Vgl. „Die Zeit" v. 23. 8. 1968.
16) W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Lenin, Werke 21, S. 243.
17) Redemanuskript, S. 1 f.

Abschließend muß noch hervorgehoben werden, daß die Belebung des Radikalismus unter kleinbürgerlichen Schichten bedingt durch die Krise und Zerfallserscheinungen des Kapitals immer ein Ausgangspunkt gefährlicher politischer Entwicklung ist. Die spektakulären Aktionen kleinster Gruppen von Anarcho-Terroristen dürfen nicht übersehen lassen, daß andere weitaus größere Gruppen des kleinen und mittleren Bürgertums aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit in eine Richtung gedrängt werden können, die weitaus gefährlicher ist: es darf nicht vergessen werden, daß der Faschismus vor allem in ihnen seine soziale Basis hatte. Natürlich ist der Faschismus keine akute Gefahr für die BRD; gefährlich ist jedoch die Schaffung einer rechten Sammlungsbewegung unter Strauß, die mit nationaler und sozialer Demagogie diese Schichten zu formieren sucht. Die CDU/CSU als Hauptrepräsentant eines Systems, das die materiellen und geistigen Bedingungen für den Anarcho-Terrorismus, wie auch für jede andere Art von Terror produziert, benutzt ihn zugleich in einer perfiden Art zu seiner Erhaltung. Zunächst als Ablenkungsmanöver von seiner tiefgreifenden Krise, dann aber auch, um ein System polizeistaatlicher und juristischer Methoden zu schaffen, das beliebig gegen systemkritische Kräfte eingesetzt werden kann. Schließlich darf an der geschichtlichen Erfahrung nicht vorbeigegangen werden, daß verschärfte juristische und staatliche Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nicht seine eigentlichen Ursachen berühren. „Man ändere die soziale Ordnung von Grund aus", bemerkte Bebel in seiner bereits zitierten Rede „Attentate und Sozialdemokratie", „und gebe ihr den entsprechenden politischen Überbau, und man kann die Köpfe der Gegner in Frieden lassen."

Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulgesetzgebung und Hochschulfinanzierung*)

Von Klaus Holzkamp

I

Die staatliche Hochschulpolitik in der Bundesrepublik und Westberlin seit 1968 ist nicht hinreichend gekennzeichnet, wenn man sie nur als die Ge-

*) Referat, gehalten am 25. November 1977 auf dem hochschulpolitischen Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in Hamburg.

schichte einer Reform und ihrer Zurücknahme durch schrittweise Gegenreform betrachtet. Die Reform wurde hier nicht einfach zurückgenommen, sondern eher auf eine bestimmte Weise verkürzt und pervertiert. In der Reform gab es Ansätze zur Überwindung der Gesellschaftsferne und ständisch-autoritären Verkrustung der alten Universität durch Versuche einer planvollen Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf und einer Ermöglichung kooperativer Arbeitsformen bei demokratischer Mitbestimmung der betroffenen Hochschulangehörigen über ihre eigenen Angelegenheiten. Am im Hochschulrahmengesetz (HRG) kodifizierten Ende des Abbaus der Reform steht aber keineswegs wieder die alte, scheinautonome Ordinarienuniversität. Vielmehr trat an die Stelle der Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf die weitgehende Ausrichtung am Partialinteresse des Kapitals, und an die Stelle von Ansätzen zur Kooperation durch demokratische Mitbestimmung trat ein dichtes Netz staatlicher Kontroll- und Reglementierungsmöglichkeiten aller Selbstverwaltungs-Aktivitäten der Universitätsmitglieder. Die alte Universität als scheinbar gesellschaftsfreier Raum autonomer Wissenschaft wurde also über Versuche ihrer Öffnung gegenüber gesellschaftlichen Notwendigkeiten in eine staatlich formierte Universität überführt.

In dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen der Reform und ihrer Pervertierung tritt hier durch die besonderen ökonomischen und politischen Bedingtheiten hindurch ein allgemeineres Dilemma der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus zutage. Einerseits wächst mit den Produktivkräften auch der Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften, die neue Technologien entwickeln und bedienen können, an Sozialtechnologen, die die aus dem verschärften Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und den privaten Formen der Aneignung und Verfügung entstehenden neuen sozialen Spannungen bewältigen helfen, usw. Andererseits aber wächst mit der im Kapitalinteresse notwendigen Verbesserung der Ausbildung zur Höherqualifikation von Arbeitskräften in verschiedenen Ebenen und Bereichen gleichzeitig das kritische Potential; Denken und Urteilskraft haben in sich die Tendenz zum Hinterfragen immer weiterer Voraussetzungen, und wachsendes Wissen ist immer auch die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit von noch mehr und noch genauerem Wissen und fördert die Erkenntnis des Zusammenhangs von Wissen und Macht zur Bestimmung über die eigenen Lebensverhältnisse. Die daraus für das Kapital entstehende Gefahr ist im Hausblatt der BRD-Kapitalisten, dem „Arbeitgeber", von einem gewissen Giesecke folgendermaßen auf den Begriff gebracht worden: „Aber nicht nur ein Kostendruck wird von den Massen höher qualifizierter Mitarbeiter ausgehen, sondern auch ein Mitbestimmungsdruck . . . Höhere Bildung . . . hat die Menschen immer schon selbstbewußter und auch widerspenstiger gemacht. Diejenigen, die in der Vergangenheit eine höhere Bildung der Mehrheit verhindert haben, haben dies auch immer gewußt."[1]) Aus diesem Dilemma des Kapitals und seiner Sachwalter ergibt sich ein allgemeiner Bezugsrahmen zum Verständnis unserer Hochschulreform und ihrer Pervertierung.

1) H. Giesecke, „Bildungspolitik – gebildetes Proletariat", „der arbeitgeber", 16/1971, S. 680.

Es ist klar, daß die alte deutsche Traditionsuniversität den Anforderungen, die aus dem Sprung der Bundesrepublik in die Reihe der potentesten kapitalistischen Industrienationen entstanden, nicht gewachsen war. Durch die über die Privatinteressen der Ordinarien vermittelten und naturwüchsig sich durchsetzenden Lehrinhalte und -formen der Universität konnte der neue Bedarf an wissenschaftlich fundierter Technologie und Sozialtechnologie und ihrer Multiplikation, auch zur Erfüllung des wachsenden Anspruchs der Bevölkerung auf Erhöhung der sozialen und kulturellen Lebensqualität, nicht mehr hinreichend befriedigt werden. Ebensowenig waren die absolutistischen Herrschafts- und Lebensformen an der alten Universität dazu geeignet, die soziale Kompetenz, Wendigkeit, Kooperationsfähigkeit angemessen zu entwickeln, die die neue akademische Elite dazu befähigte, sich in der komplexen Realität einer hochentwickelten kapitalistischen Industrienation und ihren Institutionen zu orientieren, durchzusetzen und effektiv zu funktionieren bzw. diese Tugenden an andere weiterzuvermitteln. Die Hochschulreform, die aus Anlaß der Studentenbewegung von 1968 an unternommen wurde, war also auch im wohlverstandenen Interesse des Kapitals zu dieser Zeit nicht nur fällig, sondern überfällig geworden.

Am Anfang der Reform waren die staatlichen Stellen offenbar in dem Glauben, durch die Planung zur Steigerung der Effektivität der Hochschulen, verbunden mit dem Zugeständnis von Mitbestimmungsmöglichkeiten der Universitätsangehörigen, den erhöhten Anforderungen der kapitalistischen Produktion genügen und dabei gleichzeitig die Unruhe an den Hochschulen beseitigen zu können. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß die fortschrittlichen Hochschulangehörigen die ihnen gegebenen Möglichkeiten nutzten, indem sie ihre eigene Reform zu machen begannen. Sie betrachteten die Mitbestimmung keineswegs nur als Spielwiese, als Feld zur Einübung formaldemokratischer Tugenden oder zum Training für Teamwork, sondern gingen daran, den gesellschaftlichen Verwendungszusammenhang ihrer Wissenschaften zu reflektieren, demokratische, am Interesse der Bevölkerung orientierte Wissenschaftsinhalte zu erarbeiten und ihre Positionen institutionell und personell an der Universität zu verankern. Dabei entwickelten sie ein umfassenderes wissenschaftliches Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen heraus und in die hinein Wissenschaft wirksam ist. Die Universität begann in Teilen ihre Funktion als Instanz wissenschaftlicher Kritik der bestehenden Lebensbedingungen der Bevölkerung zu erfüllen, Alternativen zur gegebenen politischen Praxis zu entwickeln und die Notwendigkeit und Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen aufzuweisen. Dabei blieb es nicht bei lediglich theoretischen Erwägungen. Die aufklärerische Intention und Verpflichtung jeder wirklichen Wissenschaft als Anleitung zu vernünftiger Lebenspraxis wurde wiederentdeckt, es wurde begriffen, daß der Wissenschaftler, wenn er diesen Namen verdienen will, mit seiner ganzen Person für seine Erkenntnisse einzustehen und im Bündnis mit den Betroffenen für deren praktische Umsetzung zu kämpfen hat. Die Ausstrahlung solcher kritischen und demokratischen Wissenschaftspraxis in andere Bereiche der Gesellschaft wurde auf diese Weise immer größer.

Die staatlichen Instanzen waren auf diese Entwicklung anfangs offensichtlich kaum vorbereitet. Sie hatten das kritische Potential an den Hochschulen und in Teilen der Bevölkerung und die Überzeugungskraft der Argumente demokratischer Wissenschaft unterschätzt und zu sehr auf die automatische Regulierungsfunktion der bürgerlichen Ideologie und die Gleichschaltung des Bewußtseins im Selbstlauf durch gemeinsame antikommunistische Überzeugungen vertraut. Sie hatten nicht in Rechnung gestellt, daß die sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüche, die eine Reform der Hochschulen in Anpassung an die neuen Erfordernisse der Systemerhaltung notwendig machten, gleichzeitig viele Selbstverständlichkeiten der bürgerlichen Ideologie brüchig werden ließen.

Als die staatlichen Reformer endlich aufzuwachen begannen, war es in gewisser Hinsicht bereits zu spät. Die Angehörigen der neuen kritischen Intelligenz waren nicht nur an der Universität, sondern auch in weiten Bereichen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens, der kulturellen Arbeit und der Massenmedien anwesend und auf schwer überschaubare Weise wirksam. Das Wissen über die wesentlichen Züge unserer bürgerlichen Klassenwirklichkeit ließ sich dabei nicht mehr einfach zurückdrehen. Wer einmal etwas begriffen hat, der ist nur sehr schwer wieder davon herunterzubringen. Der frühere Ausgangszustand der Unschuld (sprich: der bewußtlos-freiwilligen Systemkonformität) war verloren und nicht wieder herstellbar. So muß es nicht verwundern, daß die begrenzt reformbereiten Kräfte in den Regierungen und Parteien gegenüber den offen reaktionären Kräften ins Hintertreffen gerieten. Diese Kräfte konnten darauf verweisen, daß das durch die Reform angerichtete Unheil jetzt nur noch durch massiven staatlichen Eingriff wieder halbwegs einzudämmen sei. Es ist also, auf dem Hintergrund der sich verschärfenden gesamtgesellschaftlichen Krise, verständlich, daß schließlich auch die ursprünglichen Reformer einer Politik der offenen Repression gegenüber den Hochschulen und der Intelligenz zustimmen mußten, ja, sich zur Zurückgewinnung verlorengegangenen Bodens bei der Durchsetzung dieser Repressionspolitik teilweise sogar besonders hervortaten.

Schärfster Ausdruck einer solchen Politik staatlicher Repression sind die Berufsverbote. Sie erscheinen den reaktionären Kräften und denen, die von ihnen in die Enge getrieben wurden, offensichtlich als das wirksamste und deshalb unverzichtbare Mittel, die kritische Intelligenz einzuschüchtern, zu korrumpieren, ihre Glaubwürdigkeit vor sich selbst und anderen zu untergraben, ihre Moral zu zerstören, ihre persönliche Integrität zu vernichten, damit sie das Denken vergißt, sich unterwirft und zu Kreuze kriecht. Anders ist nicht zu erklären, warum man dumpf, geduckt und unbelehrbar an der Berufsverbotspraxis festhält, obwohl doch allmählich niemand mehr leugnen kann, daß dadurch unserer verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Ordnung schwerster, nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt wird, und obwohl die Empörung der demokratischen Welt über diese Art Deutschland ständig wächst. Aber auch die verschiedenen Teilmaßnahmen des Hochschulrahmengesetzes – vom Verbot des politischen Mandats der Studentenschaft, Regelstudienzeit, Prüfungsverschärfungen und Ordnungsrecht über den Abbau

der Mitbestimmung und der staatlichen Formierung der Personalpolitik bis zur Installierung persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse, zum Auseinanderreißen von Forschung und Lehre und zur Reglementierung von Studieninhalten durch staatliche Fachaufsicht – müssen allesamt als Versuche der Entmündigung der Wissenschaft und derer, die in ihrem Dienst arbeiten, angesehen werden. Man möchte das politische Bewußtsein der Wissenschaft, wenn man es schon nicht mehr direkt aus den Köpfen vertreiben kann, wenigstens in seinen Auswirkungen einschnüren und in die praktische Folgenlosigkeit zwingen.

Auch die Tatsache, daß mit der ersten Reformphase ein Ausbau der Universitäten durch Erweiterung der Ausstattung und des Personalbestandes verbunden war, die folgende Gegenreform aber mit drastischen Mittelkürzungen, Bau- und Stellenstopps und aufgezwungenen Rationalisierungsmaßnahmen einherging, muß im Zusammenhang mit dem Versuch der Formierung der Universität und der Gleichschaltung der Intelligenz gesehen werden. Es ist hier keineswegs hinreichend, diese Einspar- und Rationalisierungsmaßnahmen einfach als Mitbetroffenheit der Universitäten von der ökonomischen Krise unserer Gesellschaft zu interpretieren. Das Ausmaß und die Art, in denen dabei die Lasten der Krise auf die Universitäten abgewälzt und ökonomische Schwierigkeiten für die Einengung, Disziplinierung, Einschüchterung der Hochschulangehörigen funktionalisiert werden, sind nur verständlich als Teilaspekt der Maßnahmen *gegen* die Universitäten, deren wachsendes politisches Bewußtsein und soziales Engagement einem zutiefst mißliebig und verdächtig geworden sind.

Es ist nicht schwer zu zeigen, daß die Einsparungen und Rationalisierungen in verschiedenen Bereichen geradezu als flankierende Maßnahmen der unmittelbaren Aktivitäten zur Einschüchterung und Entmündigung der Universitätsmitglieder fungieren.

– Die Berufsverbotsdrohung entfaltet erst ihre volle Wirksamkeit, wenn dabei gleichzeitig durch Stellenstreichungen und rigorose Zeitverträge die Konkurrenz zwischen den Mitarbeitern um den Erhalt oder die Gewinnung von Arbeitsplätzen verstärkt wird, weil erst so die Existenzangst, die einen zur Verleugnung seiner Einsichten und zum Verrat an seinen begründeten Überzeugungen führen soll, das gehörige Ausmaß erreicht.

– Bei den Regelstudienzeiten ist die Funktionalität des ökonomischen Arguments zur Erzeugung von Konformitätsdruck offensichtlich. In die gleiche Richtung wirken die Raumnot und die durch die „Überlast-Quote" bedingte Überfüllung der Seminare, in denen eine kritische Aneignung des Stoffes über Fragen und Diskussionen unmöglich ist und nur noch blinde Rezeption übrigbleibt.

– Die Dichotomisierung der Dozenten in wenige forschende Hochschullehrer und das Gros der Mitarbeiter, die selbst kein Recht auf Forschung haben, sondern auf die „mindere Lehre" als Zuarbeit und als Vermittlung von fremden Auffassungen reduziert sind, muß – einerseits als Rationalisierung ausgebbar

– andererseits zur Unfähigkeit der Mitarbeiter zu kritischer Stoffvermittlung und engagierter Auseinandersetzung führen: Für wissenschaftliche Konzeptionen, die man nicht selbst forschend erarbeitet hat, ist man auch nicht verantwortlich, man hat weder das Interesse noch die Potenz, sie gegen Angriffe zu verteidigen, man *muß* deswegen die Tendenz haben, Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Studenten zu vermeiden; durch den fremdbestimmt vorgegebenen Lehrstoff ist dabei eine Modifizierung des Verlaufs der Veranstaltungen unter Berücksichtigung von Diskussionsergebnissen nicht möglich, man muß hier auf der Durchnahme des vorgeschriebenen Stoffes bestehen, etc. Die blinde Rezeptivität, die schon durch die Lernbedingungen begünstigt wird, muß mithin hier von den Lehrenden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen, auch noch aktiv gefordert werden. So gewinnt das Ordnungsrecht, das den Studenten das Fragen verbietet, hier eine Art subjektiver Notwendigkeit für die Lehrenden.

– Die Kapazitätsverordnung, die berühmte „Kapvo", die eine Rationalisierung durch Ausnutzung aller personellen, räumlichen und zeitlichen Ressoursen ermöglichen soll, ist gleichzeitig ein Mittel zum immer perfektionierteren sachfremd-bürokratischen Hineinregieren in die Universitäten und zur Kontrolle des Verhaltens der Hochschulangehörigen. In womöglich noch höherem Maße gilt dies für die verschärften haushaltsrechtlichen Bestimmungen, wo unter dem Vorwand der Sparsamkeitsforderung immer unverblümter fortschrittliche und kritische Wissenschaftsansätze benachteiligt werden. (So ist unserem Institut jüngst verboten worden, die jährlich rund 400 DM für die Anschaffung der neuen, kritischen Marx-Ausgabe, der MEGA, auszugeben, mit der Begründung, daß sie ja in der Universitätsbibliothek stehe. Unser Argument, daß es sich hier um ein täglich gebrauchtes Handwerkzeug des kritischen Sozialwissenschaftlers handele und das solche Doppel-Anschaffungen doch unter diesem Gesichtspunkt sonst akzeptiert würden, wurde hinweggefegt. Die Durchsetzung des Verbots wurde von einem Mitglied der zentralen Bibliotheks-Kommission der FU mit den Worten kommentiert: „So, den Marx hätten wir geschafft.")

Diese Beispiele für die Verflochtenheit von Einspar- und Rationalisierungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur Disziplinierung von Hochschulangehörigen und zur Formierung der Universität ließen sich beliebig vermehren. Den allgemeinen Hintergrund bildet dabei die Ausmünzung der ökonomischen Krise zur Stimmungsmache gegen die Universitäten und die Intelligenz in der Öffentlichkeit. Nicht nur, daß hier ein Gegensatz konstruiert wird zwischen der Bevölkerung, die zurückstecken und den Gürtel enger schnallen muß, und den Hochschulangehörigen, die diskutieren, statt zu arbeiten, Utopien nachjagen und unser System als die Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen zerstören wollen; darüber hinaus werden die Hochschulen und die Intelligenz geradezu als Sündenbock für die gegenwärtige Misere hingestellt, als Feindbild aufgebaut, das als Ersatz für die schwindende integrative Kraft der bürgerlichen Ideologie die Bevölkerung unter dem Banner der Verteidigung unserer Grundwerte und freiheitlichen Ordnung gegen die Zersetzung durch die intellektuellen Systemveränderer einen soll.

II

Wenn man die geschilderten Formierungs- und Sparmaßnahmen des Staates gegen die Universitäten zusammenfassend in ihren allgemeinen Auswirkungen betrachtet, so wird deutlich: Der eingangs aufgewiesene Zusammenhang zwischen dem Grad wirklicher Qualifikation und dem Grad politischer Bewußtheit, womit die Herrschenden das eine nicht haben oder unterdrücken können, ohne das andere ebenfalls zu fördern oder zu behindern, schlägt auch in der Gegenreform-Phase, diesmal in umgekehrter Richtung, durch. Während man bei der Reform mit der Modernisierung der Ausbildung in Anpassung an die neuen Erfordernisse der Produktion gleichzeitig und ungewollt das kritische Bewußtsein der Hochschulangehörigen förderte, trifft man mit den gegenwärtigen Formierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen, durch welche die gesellschaftskritische Bewußtheit und das soziale Engagement der Universitätsmitglieder unterdrückt werden sollen, gleichzeitig die zentrale Qualifikation der universitären Forschung und Lehre: deren *Wissenschaftlichkeit*. Dies gilt nicht nur für die direkten Auswirkungen der Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen, die die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten einschränken. Dies gilt in viel gravierenderer Weise für die Versuche zur Disziplinierung und Einschüchterung der Universitätsmitglieder, zur Gleichschaltung ihres Denkens im Sinne der herrschenden Auffassungen. Wissenschaft ist ihrem Wesen nach radikal und kritisch, sie geht der Sache rücksichtslos auf den Grund. Wo sie dies nicht mehr darf, wo sie sich rückversichern und den Auffassungen der Herrschenden anmessen soll, da verliert sie ihre Identität als Wissenschaft, kann also auch die Aufgaben nicht mehr erfüllen, deren Bewältigung man weiterhin von ihr verlangt. Wenn man Studenten durch Einschüchterung das *kritische* Denken austreiben will, so treibt man ihnen gleichzeitig die Fähigkeit zum *wissenschaftlichen* Denken aus: Sie werden die Rezeptivität, Unengagiertheit, Konformität, in die man sie so hineingetrieben hat, fürderhin auch gegenüber jenen wissenschaftlichen Inhalten und Problemen an den Tag legen, deren produktive Aneignung und weiterführende Klärung man von ihnen erwartet.

Die Mitarbeiter, denen man durch Berufsverbotsdrohungen, Zeitverträge, Arbeitsplatzunsicherheit, Ausschluß von der Forschung, neue Abhängigkeit von Hochschullehrern, die Selbständigkeit, Standfestigkeit und Risikobereitschaft zum Einstehen für ihre gesellschaftskritischen Einsichten und Überzeugungen nehmen möchte, werden kaum selbständig, standfest und risikobereit sein, um später das Abenteuer langfristiger wissenschaftlicher Forschungsarbeiten mit ja stets ungewissem Ausgang auf sich zu nehmen und dabei unbestechlich und unbeirrbar an den erkannten Wahrheiten festzuhalten und für ihre praktische Durchsetzung zu kämpfen. Sie werden also kaum jenem wissenschaftlichen Fortschritt hinreichend dienen können, auf den auch die Herrschenden angewiesen sind. Die Tatsache, daß man mit den gegenwärtigen Formierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen irgendwie über das Ziel hinausgeschossen ist, daß man Kritik nicht teilen kann und mit ihrer Unterdrückung den Lebensnerv der Wissenschaft trifft, wird in maßgeblichen Kreisen gelegentlich schon gesehen. So äußerte sich der neue Präsident der

Treue-Bücher

zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement:	20 % Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement:	25 % Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement:	30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 25,– DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 25,– DM zahlen Sie bitte 1,– DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein-Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
1	*Abendroth u. a.* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
128	*Abendroth* Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 142 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
129	*Ahlemeyer/Schellhase (Hg.)* **Soziologie im Arbeitnehmerinteresse.** Positionen zum 18. Deutschen Soziologentag, 120 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
130	*Ahrbeck* **Morus – Campanella – Bacon.** Bildbiographie. 120 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
118	*Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a.* Materialismus-Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt, 259 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
131	*Axt* **Staat, Multinationale Konzerne und Politische Union in Westeuropa,** 450 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
2	*Badstübner/Thomas* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, 512 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
132	*Balzer* Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert, Vorw. W. Abendroth, 2. A. 296 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
133	*Bayertz/Schleifstein* **Mythologie der „Kritischen Vernunft". Kritik an Karl Popper.** 270 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
134	*Berthold/Lozek u. a. (Hg.)* **Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung.** 4., völlig überarb. u. erw. Aufl., 751 S. 48,– DM	**38,40**	**36,–**	**33,60**
135	*Blank/Brauns/Fangmann/Uessler* **Wohin treibt der Rechtsstaat?** Arbeitsbuch zur Verfassungsentwicklung, 350 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
136	*Bock/Thoms* **Unter dem Regenbogen.** Hist. Porträts der frühbürgerlichen Revolution, 255 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
137	*Böttger* **Kultur im alten China.** Mehrfarb. Abb. u. Illustr. Großformat, Ln. Schutzumschlag, 260 S. 32,– DM	**25,60**	**24,–**	**22,40**
138	*Booß* **Ansichten der Revolution.** Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach 1830, 272 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
139	*Bracht u. a. (Hg.)* **Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen i. d. BRD,** 400 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
5	BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
141	*Buhr* **Vernunft, Mensch, Geschichte.** Klassische bürgerliche Philosophie, 383 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
101	*Buhr/Irrlitz* Der Anspruch der Vernunft. Bürgerliche deutsche Philosophie als Quelle des Marxismus, 280 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
122	*Butterwegge* Alternativen der Wirtschaftslenkung, 200 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
142	*Butterwegge* **Probleme der marxistischen Staatsdiskussion,** 220 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
143	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 4. Aufl. 165 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
144	*Dammann* **Tarifvertrag und Arbeitskampf.** Rechtl. Rahmenbedingungen aktiver Lohnpolitik, 390 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
102	*Deppe* Arbeiterbewegung u. westeuropäische Integration, 358 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
145	*Deppe/Fülberth/Harrer u. a.* **Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,** 500 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1977

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bde. Je 700 S. Großformat, Ln. mit Schutzumschlag, Abb. und Tafeln, je Band 42,– DM			
13a	Band 1: 1939–1941	33,60	31,50	29,40
13b	Band 2: 1941–1942	33,60	31,50	29,40
146	*Dress/Hansen u. a.* **Wir Verfassungsfeinde.** Dok. zum Berufsverbot mit 100 Porträts und Abb., 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
16	*Engelberg (Hg.)* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
147	*Finker* **Stauffenberg und der 20. Juli 1944,** 40 Abb., 488 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
148	*Foltin/Würzburg* **Arbeitswelt im Fernsehen.** Programmanalyse, 126 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD)* Schwangerschaft und der neue § 218. Hdb. für Frauen, 203 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
19	*Freyberg/Fülberth u. a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 2. Aufl., 457 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
149	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Interessen und Ziele des liberalen Bürgertums, 304 S. 48,– DM	38,40	36,–	33,60
26	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
150	*Haug* **Der hilflose Antifaschismus,** 4. Aufl., 180 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
151	*Haumann (Hg.)* **Vom Hotzenwald bis Wyhl.** Demokratische Traditionen in Baden, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
152	*Herrmann* **Spuren des Prometheus.** Aufstieg der Menschen zwischen Naturgeschichte und Weltgesch., Farbfotos u. Abb., 272 S. Ln. 29,80 DM	23,85	22,35	20,85
105	*Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
29	*Hofschen/Ott* SPD im Widerspruch. Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
119	*Huffschmid/Schui (Hg.)* Gesellschaft im Konkurs? Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976, 530 S. 16,80 DM	13,45	12,60	11,75
153	*Jürß* **Von Thales zu Demokrit.** Frühe griechische Denker, Bildbiographie, 130 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
124	*Kahl* Positivismus als Konservatismus (Topitsch), 301 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
33	*Kramer* Freizeit u. Reproduktion d. Arbeitskraft, 2. Aufl., 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
38	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. u. 13 Abb., 2., verb. Aufl., 524 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
154	*Kühnl/Hardach* Zerstörung der Weimarer Republik, 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
155	*Lange* **Technik im Kapitalismus.** Kapituliert die bürgerliche Wissenschaft? 200 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
156	*Loth* **Apartheid und Kirchen.** Christen im Widerstand, 310 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
39	*Maase* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
157	*Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch,** 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
158	*Markov/Soboul* **1789. Die große Revolution d. Franzosen,** 480 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
61	*Mayer/Stuby* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
159	*Mayer/Stuby* **Das lädierte Grundgesetz.** Verfassungsgeschichte 1949 bis 1976, 340 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
99	*Menschik* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
160	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis, 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
175	*Metscher* **Kunst und sozialer Prozeß.** Zur Theorie der ästhetischen Erkenntnis, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
161	*Meyer* Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, 557 S. 40,– DM	32,–	30,–	28,–
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. 10,– DM	8,–	7,50	7,–
162	*Nowak* **Arbeiter und Arbeit in der westdeutschen Literatur 1945–1961,** 182 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
163	*Oduev* **Auf den Spuren Zarathustras.** Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, 453 S. Ln. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
164	*Opitz* **Europastrategien des deutschen Kapitals.** 1900–1945, 1069 S. 68,– DM	54,40	51,–	47,60
165	*Plath/Sandkühler (Hg.)* **Theorie und Labor.** Dialektik als Programm der Naturwissenschaft, 200 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
166	*Preiß* Humanisierung der Arbeitswelt. Entstehungsbedingungen, Konzepte und Modelle, 132 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
52	*Räuschel* Die BASF. Anatomie eines multinat. Konzerns, 264 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
167	*Sandkühler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** Kontroverse, 225 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
120	*Simon* Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT, 237 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
54	*Schleier* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
171	*Hofmann* Jan Amos Comenius. Lehrer der Nationen, Bildbiographie, 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
70	*Keseling* Sprach-Lernen in der Schule, 2. Aufl., 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
71	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
172	*Koch/Rocholl* **Kleinkinderziehung als Privatsache?,** 221 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
173	*Kossakowski u. a.* **Psychologische Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung im pädagogischen Prozeß,** 416 S. 25,– DM	20,–	18,75	17,50
72	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie, 544 S. Ln. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
74	Materialistische Wissenschaft und Psychologie; 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
48	*Parygin* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
174	*Tripp* **Betr.: Piaget.** Philosophie oder Psychologie? 220 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
113	Wörterbuch der Psychologie. 2500 Stichwörter, über 100 Abb., 596 S., Großformat Ln. 28,– DM	22,40	21,–	19,60

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

für Postscheckkonto Nr.

2809 90-503

DM | Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite).

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

DM | Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Ausstellungsdatum — Unterschrift

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

Postscheckkonto Nr. des Absenders

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Köln**

DM | Pf

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Absender der Zahlkarte

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

DM | Pf

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
168	*Schlette* **Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna.** Kulturgeschichte, 262 S., Fotos, Abb. Ln. 24,– DM	19,20	18,–	16,80
59	*Stiehler* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
60	*Streisand* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Aufl., 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
169	*Stuby/Wulff (Hg.)* **Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile,** 263 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
65	*Tumanow* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
170	*Wollgast/Marx* Johannes Kepler. Bildbiographie, 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
	Pädagogik · Psychologie			
140	*Braun/Holzkamp (Hg.)* **Kritische Psychologie.** Marburger Kongreß-Bericht 1977. Ref. u. Disk., 2 Bde. 1000 S. 30,– DM	24,–	22,50	21,–
67	*Christian* Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
104	*Gerhard-Sonnenberg* Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH), 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Porto (unter 25,–)		+ 1,–
B	Kaufbetrag	

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchA:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM

(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Steinlin, besorgt über die erschreckend „unkritische Haltung" vieler Studenten, die in ihrer weit überwiegenden Zahl zwar „eifrig und seriös" studieren, jedoch oft nicht mehr wagten, sich mit kritischen Fragen zu exponieren, sondern lediglich den Wunsch hätten, mit ihrem Studium reibungslos fertig zu werden[2]). Bekannt sind auch die permanenten Versicherungen vieler SPD-Politiker, daß man Resignation und Duckmäusertum an den Universitäten ja doch keinesfalls wolle. Es fragt sich nur, warum die SPD dann genau jene Politik initiiert hat und weiterhin verfolgt, die Resignation und Duckmäusertum hervorrufen muß.

Wenn also mit Berufsverboten und Hochschulrahmengesetz, mit Einsparungen, Rationalisierung und Bürokratisierung die wesentliche Qualität der Universitäten, die *Wissenschaftlichkeit* ihrer Lehre und Forschung, getroffen ist, so bedeutet dies, daß die gegenwärtige staatliche Hochschulpolitik sich gegen die *elementaren Lebensinteressen der Bevölkerung* richtet. Wissenschaft ist ja kein Luxus oder die Privatangelegenheit einer kleinen Gruppe, sondern wird mit dem Wachsen der Produktivkräfte immer mehr zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der Existenz aller.

Am offensichtlichsten ist dies im Bereich der Gesundheitsversorgung. Hier sieht wohl jeder ein, daß die Bevölkerung nicht nur auf eine genügende Zahl gut ausgebildeter Ärzte angewiesen ist, sondern auch auf die Resultate einer produktiven wissenschaftlichen Forschung, durch welche die Diagnose und Therapie der Krankheiten verbessert, die Auswirkungen der Lebensbedingungen hochindustrialisierter Gesellschaften auf die Gesundheit erkannt und kontrolliert, Arzneimittelschäden vermeidbar werden etc. Die Behinderung der wissenschaftlich fundierten Forschung und Lehre auf diesem Gebiet muß auf dem Hintergrund der Tatsache, daß die Bundesrepublik in der medizinischen Versorgung ohnehin ein besseres Entwicklungsland ist, und daß gegenwärtig die Gesundheitsversorgung, z. B. durch Bettenstreichungen und Krankenhausschließungen, weiter verschlechtert wird, als besonders gravierend angesehen werden.

Genau so schwerwiegend in ihren Folgen für die Bevölkerung ist die Minderung der wissenschaftlichen Qualität der Lehrerausbildung. Dies bedeutet nicht nur eine Verminderung des allgemeinen Bildungsstandes, damit eine Beschränkung der Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes in der Zukunft, sondern angesichts der Struktur unseres Schulsystems eine wachsende Benachteiligung der Kinder aus der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den höheren Schichten. Die Lage an den Hauptschulen ist schon jetzt katastrophal, bis zu 20% der Schüler erreichen keinen Hauptschulabschluß. Durch die verschlechterte Lehrerausbildung muß sich diese Zahl noch vergrößern und der gesellschaftliche Wert der Hauptschulausbildung weiter sinken. Damit haben die Hauptschul-Abgänger, insbesondere aber die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, immer weniger Chancen in der Situation allgemeiner Jugendarbeitslosigkeit eine Ausbildungs- und Arbeitsstelle zu bekommen. Die Entwissenschaftlichung der Lehre und Forschung an der

2) TPS v. 18. 11. 1977.

Hochschule durch Einsparungen und Disziplinierungen führt hier also indirekt zu einer relativen Erhöhung des Anteils der unteren Bevölkerungsschichten an der Jugendarbeitslosigkeit.

Durch Verminderung der Wissenschaftlichkeit der Lehre und Forschung im Bereich der Sozialwissenschaften, etwa der Soziologie, Sozialpädagogik und Psychologie, muß nicht nur die psychologische Versorgung innerhalb von Kindertagesstätten, Heimen, Erziehungsberatungsstellen, bei der Bekämpfung von Lernstörungen in der Schule etc. immer schlechter werden. Man wird auch den großen krisenbedingten Existenzgefährdungen der Jugendlichen durch Alkoholmißbrauch und Drogensucht immer hilfloser gegenüberstehen, da weder die Ursachen und Überwindungsmöglichkeiten dieser Erscheinungen hinreichend erforscht werden können, noch ausreichend Fachkräfte zur praktischen Umsetzung der zu gewinnenden Erkenntnisse zur Verfügung stehen.

Schließlich soll noch auf die Folgen der Entwissenschaftlichung universitärer Ausbildung und Forschung im natur- und sozialwissenschaftlichen Bereich bei der Bewältigung der für das Leben der Bevölkerung immer bedrohlicheren Umweltprobleme hingewiesen werden. Wissenschaftlich tragfähige und von den Wissenschaftlern engagiert verfochtene Erkenntnisse über menschliche und unmenschliche Arbeitsbedingungen, Unfallursachen, über Städteplanung, Freizeitmöglichkeiten, menschengerechtes Wohnen, Umweltverschmutzung, Gefährdung durch Kernenergie etc. müssen so immer seltener werden. Die unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen ohnehin geringen Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Gegensteuerung gegen das hemmungslose Profitstreben des Kapitals werden so immer weniger gegeben sein. Der Konformitätsdruck auf die Wissenschaft muß hier nicht nur eine Verminderung der Lebensqualität, sondern ein unüberschaubares Anwachsen der Gefährdung menschlicher Existenz nach sich ziehen. Entsprechendes gilt für die Friedensforschung, für die Erforschung internationaler Beziehungen, insbesondere aber die Erforschung unserer Gesellschaftsordnung mit ihren permaneten Krisen in ihren wirklichen Ursachen und Überwindungsmöglichkeiten.

Wenn die Wissenschaft ihre gesellschaftliche Aufgabe im Dienst der Bevölkerung erfüllen soll, so muß sie nicht nur bei gesamtgesellschaftlicher Kritik, sondern auch in den genannten Teilbereichen gegen den Strom schwimmen, Vorurteile auflösen, vorgefaßte Meinungen durchbrechen, wobei die Wissenschaft ohnmächtig und damit wirkungslos und überflüssig ist, wenn die Wissenschaftler nicht in der Lage sind, im Bündnis mit fortschrittlichen Kräften durch politische Aktion ihren Erkenntnissen gegen Standesborniertheiten, Tendenzen zur Privilegiensicherung, Gruppenegoismen, besonders aber gegen die all dies umgreifenden Partialinteressen des Kapitals reale gesellschaftliche Geltung zu verschaffen. Wer die Wissenschaft entpolitisieren, gleichschalten und mundtot machen, damit ihrer kritischen, d. h. wissenschaftlichen Potenz berauben will, der setzt die Zukunft unseres Landes und seiner Bevölkerung aufs Spiel.

Neu zur Hochschulpolitik

Ulla Bracht / Bernd Hülsmann / Dieter Keiner (Hrsg.)

Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

Kleine Bibliothek Bd. 111, 360 Seiten, DM 12,80

Der Band enthält die wichtigsten Informationen sowie orientierende Beiträge und Dokumente zur Auseinandersetzung um das Hochschulrahmengesetz (HRG) und für die Anpassung der Länderhochschulgesetze an das HRG. Hauptadressaten sind Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und alle Studenten.

Ausgehend von einer allgemeinen Beurteilung der Entwicklung von Hochschule und Wissenschaft unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen, gehen einzelne Beiträge ein auf den Stand der internationalen Entwicklung (Dänemark, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien) und behandeln konkrete Maßnahmen und Auswirkungen staatlicher, technokratischer Hochschulreform in der BRD. Aus der Widersprüchlichkeit der Anforderungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an die Reform der Hochschulen werden Perspektiven für eine demokratische Wissenschafts- und Hochschulpolitik entwickelt.

Gerhard Bauß

Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin

Handbuch
Kleine Bibliothek Bd. 108, 353 Seiten, DM 14,80

Gegen Ende der sechziger Jahre erreichte die studentische Protestbewegung, die aufsehenerregendste und – in der Kontinuität – heftigste außerparlamentarische Bewegung einer spezifischen sozialen Gruppe der bisherigen BRD-Geschichte, den Höhepunkt ihrer damaligen Entwicklungsphase.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diese Bewegung zusammenhängend historisch darzustellen und anhand ihrer entscheidenden Themen und Handlungsanlässe ihre Ursachen und Entwicklungsfaktoren, ihre Bewegungselemente sowie ihre theoretisch-ideologischen und strategischen Probleme zu analysieren. Damit wird zugleich das Agieren einer politisch-sozialen Bewegung zwischen den Polen der Orientierung auf die Arbeiterbewegung und des spontaneistischen Antikommunismus beschrieben.

Pahl-Rugenstein

III

Aus der Tatsache, daß die Formierungs- und Einengungsaktivitäten des Staates gegen die Universitäten sich damit eigentlich gegen die gesellschaftliche Wirksamkeit nicht korrumpierter Wissenschaft richten, ergeben sich die Formen und Ziele unseres gegenwärtigen Kampfes gegen Berufsverbote und HRG. Diese Formen und Ziele sind falsch bestimmt, wenn man hier lediglich auf die Nöte und Schwierigkeiten einer bestimmten Gruppe, der Hochschulangehörigen bzw. der Intelligenz, aufmerksam machen will. Wenn es nur *darum* ginge, könnten wir tatsächlich bei der Bevölkerung, die gegenwärtig teilweise ganz andere Nöte und Schwierigkeiten hat, nicht viel Unterstützung erwarten. Es muß uns vielmehr gelingen, in der Öffentlichkeit die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Staat mit seinem Angriff auf die Universitäten und die Intelligenz das *elementare Lebensinteresse der Bevölkerung* trifft, da ohne die kritische und politisch wirksame Wissenschaft, die hier gleichgeschaltet und korrumpiert werden soll, die Lebensqualität der Bevölkerung nicht erhalten und entwickelt werden kann, ja, ihre menschenwürdige Existenz immer zentraler bedroht ist.

Wenn man diese Kampfperspektive erkannt hat, so wird auch deutlich, daß sich hier jede Art von nur gruppenspezifischen Lösungen gegenwärtiger Schwierigkeiten der Hochschulangehörigen prinzipiell verbietet. Selbsthilfe-Aktionen wie der Grottian-Plan, demzufolge die Akademiker-Arbeitslosigkeit durch Gehaltsverzicht und Umverteilung im öffentlichen Dienst reduziert werden soll, basieren, abgesehen von ihrer sonstigen Problematik, auf der in gruppenborniertem Standesdenken befangenen Vorstellung, die Wissenschaft sei nur eine Angelegenheit der Wissenschaftler. Wenn man hier den Staat großzügig aus seiner Verantwortung zum Ausbau der Wissenschaft entläßt und Konzeptionen entwickelt, um sich in Anpassung an die bestehenden Verhältnisse etwas besser einzurichten, so vollzieht man die vom Staat intendierte Beschneidung der kritisch-politischen Funktion der Wissenschaft quasi freiwillig durch Selbstkastration. Es hat zudem einen zutiefst elitären Zug, wenn man die Arbeitslosigkeit innerhalb der eigenen Gruppe durch scheinbar „vernünftige" Übereinkunft trotz des Fortbestandes der Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung beseitigen will. Man tut damit kund, daß man die praktische Kritik an einer Gesellschaft, die das elementare Menschenrecht auf Arbeit nicht einlösen kann, aufgegeben und sich mit der Arbeitslosigkeit generell abgefunden hat. Man muß sich deshalb nicht wundern, wenn der Applaus für den Grottian-Plan hier auf der richtigen Seite, nämlich der CDU, kommt. Es gehört zentral zur gesellschaftlichen Funktion der Wissenschaft, daß sie gemäß ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung auch für die gesamtgesellschaftliche Ermöglichung wissenschaftlicher Forschung, Ausbildung und Praxis einzutreten hat. Der Wissenschaftler hat gar nicht das Recht, sich mit der staatlichen Einschränkung wissenschaftlicher Entwicklung abzufinden und „bescheiden" gruppenspezifische Lösungen anzubieten, weil hier nicht nur die Interessen seiner Gruppe, sondern das Lebensinteresse der auf kritische und politisch potente Wissenschaft angewiesenen Bevölkerung betroffen ist, über das er nicht zu disponieren hat. Falls bestimmte Wissenschaftler

ein schlechtes Gewissen wegen der von ihnen genossenen Privilegien haben sollten, so hilft dagegen nur eins: Sich entschlossen ohne Rücksicht auf Standesnormen und gruppeninternes Ansehen und ohne Rücksicht auf den Beifall der Herrschenden am Kampf gegen die Einschnürung und Disziplinierung der Hochschulen durch den Staat zu beteiligen und so mit der eigenen Person für die Durchsetzung kritischer, also wirklicher Wissenschaft im Interesse der Bevölkerung einzustehen.

Unter dieser Perspektive verbietet es sich mithin auch, sich auf von Kapitalseite und deren staatlichen Repräsentanten vorgebrachte Argumente über angebliche „Sachzwänge", durch welche die Erhöhung von Bildungsausgaben in der gegenwärtigen Krise unmöglich sei, einzulassen. Die Redeweise von der „zu kurzen Decke", die eben nicht überall hinreiche, und der Notwendigkeit, im Bildungsbereich zugunsten gegenwärtig wichtigerer Bereiche zurückzustecken, ist nichts weiter als eine interessenbedingte Irreführung der Öffentlichkeit. Die Bundesrepublik ist keine am Existenzminimum vegetierende Eskimo-Gesellschaft, sondern eines der reichsten Länder der Erde. Ihre Ausgaben für die NATO sind am zweithöchsten unter allen NATO-Mitgliedern. Sie liegt hinsichtlich der Bildungsausgaben, bezogen auf das Brutto-Sozialprodukt, innerhalb der kapitalistischen Industrieländer eher im unteren Mittelfeld, und natürlich weit hinter den entwickelsten sozialistischen Ländern, wie der Sowjet-Union. Wenn also in Krisenzeiten die dadurch entstehenden Lasten bevorzugt auf den Bildungsbereich, auch die Hochschulen, abgewälzt werden, so handelt es sich dabei nicht im geringsten um irgendeinen „Sachzwang", sondern um *politische Prioritäten gegen den Bildungsbereich,* um politisch zu verantwortende Entscheidungen für die kurzfristige Befriedung mächtiger ökonomisch-militärischer Interessengruppen auf Kosten der Zukunft unseres Landes und seiner Bevölkerung. Wem dies als „schreckliche Vereinfachung" erscheint, der übersieht, daß die Sachlage hier genau so schrecklich und so einfach ist. Eine Veränderung dieser Proportionen verlangt allerdings eine Änderung der gesamten Politik der Bundesrepublik nach innen und nach außen. Aber eben jene Änderung ist es ja, für die wir langfristig kämpfen.

Wenn die gegenwärtigen staatlichen Formierungs- und Einschnürungsmaßnahmen gegen die Hochschulen nicht mit sachlichen Notwendigkeiten begründbar sind, sondern allein falschen, d. h. gegen die Interessen der Bevölkerung gerichteten politischen Entscheidungen entspringen, so sind bei einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse auch andere, vernünftige und weitsichtige Entscheidungen möglich. Manche glauben, daß eine solche Änderung der Kräfteverhältnisse gegenwärtig nicht erreichbar ist, so daß man, statt zu kämpfen, lieber stillhalten und überwintern sollte. Wer so denkt, der hat aber noch nicht begriffen, welche Veränderungen gegenwärtig bei den Kräften, die in unserer Situation allein eine Gegenmacht gegen die Kapitalinteressen bilden können, den Gewerkschaften, vor sich gehen. Es ist ja prinzipiell klar, daß – wenn die staatlichen Angriffe gegen die Hochschulen sich in Wahrheit gegen eine kritische und politisch potente Wissenschaft im Interesse der Bevölkerung richten – die Gewerkschaften dazu aufgerufen sind, zur

Verteidigung der elementaren Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung diese Angriffe im Bündnis mit den fortschrittlichen Hochschulangehörigen zurückzuweisen.

Wichtig ist aber, daß man dies in den Gewerkschaften – anders als viele Hochschulangehörige – auch begriffen hat und in die Praxis umzusetzen beginnt. Da sind nicht nur die 23 Forderungen des DGB zur Hochschulreform, die heute noch ohne Einschränkung vertreten werden; da sind nicht nur die Ergebnisse der Bildungspolitischen Konferenz des DGB vom November 1976, da ist nicht zuletzt die Rede des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter im Juli 1977 auf einer Veranstaltung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Marburger Universität zum Thema „Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?"; diese Rede scheint mir ein Markstein und Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Hochschulen zu sein. Wichtig zur Bestimmung der allgemeinen Kampfperspektiven ist die Tatsache, daß die Hochschulangehörigen inzwischen nicht mehr allein stehen, daß sie im Begriff sind, die Gewerkschaften, in denen die stärksten fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft wirken, als Bündnispartner zu gewinnen. Wenn diese Entwicklung voranschreiten soll, dann müssen allerdings auch die Hochschulen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung immer stärker und immer konkreter berücksichtigen und sich ihrerseits für die Gewerkschaften als zuverlässige Bündnispartner erweisen. So sollte es denn nur ein Anfang sein, wenn z. B. 30 000 in Stuttgart gegen das Landeshochschulgesetz demonstrierende Studenten und Lehrer Anfang November die Unterstützung der ÖTV, GEW und IG Druck und Papier fanden, wobei deren Vorstandsmitglied Detlef Hensche den Demonstrierenden zurief: „Die Gewerkschaften können nicht schweigen, wenn die Gegenreformation auch in die Hochschulen einzieht, wenn die mühsam erkämpften Reformen der 60er Jahre wieder abgebaut werden sollen."

IV

Aus der damit wiedergegebenen Gesamteinschätzung leitet sich ab, daß der Bund demokratischer Wissenschaftler die Forderungen der demokratischen Bewegung an den Hochschulen, deren Teil er ist, sich rückhaltlos zu eigen macht:

– Ersatzlose Aufhebung des Radikalenerlasses, der politischen Treueprüfungen und Berufsverbote. Solange die Berufsverbotsdrohung besteht, ist die Rede von Regierung und Parteien, man habe Verständnis für die Nöte der akademischen Jugend und wolle ihre Lage verbessern, blanker Hohn. Der Radikalenerlaß ist eine radikale Kampfansage des Staates gegen die freie, kritische und sozialengagierte, also die wirkliche Wissenschaft und gegen die fortschrittliche Intelligenz. Wir nehmen die Herausforderung an. In dieser Frage wird es niemals ein Zurückweichen und niemals Kompromisse geben.

– Abschaffung aller Bestimmungen, die einer politischen Deaktivierung und Entmündigung der Studenten dienen sollen. Also: volles Politisches Mandat,

Satzungs- und Finanzautonomie für die Verfaßte Studentenschaft; ersatzlose Streichung des Ordnungsrechts; keine Regelstudienzeiten.

– Volle Mitbestimmung aller funktionalen Gruppen in allen Universitätsgremien gemäß der Drittelparität, wie sie in den 23 DGB-Forderungen definiert ist: Gleiche Stimmenzahl von Arbeitnehmern mit Lehraufgaben, Arbeitnehmern ohne Lehraufgaben und Studenten. Die Mitbestimmung hat sich überall, wo sie praktiziert wurde, bewährt. Das Kompetenz-Argument ist hier unsinnig, da es zur Urteilsfähigkeit erwachsener Menschen gehört, ihre eigenen Kompetenzen richtig einschätzen zu können. Die Behauptung von reaktionärer Seite, bei Verwirklichung der vollen Mitbestimmung würden die Dienstkräfte über wissenschaftliche Spezialfragen wie ostasiatische Altertumskunde befinden wollen, ist eine Frechheit und eine Beleidigung der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten. Der Kampf für die Mitbestimmung an den Hochschulen ist ein Teil des gewerkschaftlichen Kampfes für die Mitbestimmung in der Produktion. Es sind die gleichen reaktionären Kräfte, die im einen wie im anderen Bereich die Mitbestimmung verhindern wollen.

– Aufhebung aller Bestimmungen, die der inhaltlichen Reglementierung der Wissenschaft und der Einschnürung ihrer kritischen, also wissenschaftlichen Potenz durch den Staat dienen sollen. Also: Abschaffung der staatlichen Fachaufsicht über Studienpläne und Prüfungsordnungen; Beendigung von sachfremden, durch die herrschende politische Meinung bestimmten Eingriffen des Staatesn in Personalauswahl und Stellenbesetzungsverfahren; Aufhebung der Möglichkeit zur Formierung oder Oktroyierung von Wissenschaftsinhalten durch staatlich bzw. von Fachverbänden dominierte sogenannte „Studienreform-Kommissionen".

– Aufhebung aller Bestimmungen zur Reduzierung der wissenschaftlichen Urteilsfähigkeit, zur Entpolitisierung und Disziplinierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Also: Keine Bedrohung der Arbeitsplätze durch Zeitverträge, die Zeitverträge entsprechen in ihrer disziplinierenden Funktion den Regelstudienzeiten für Studenten; keine Abhängigkeitsverhältnisse zu Hochschullehrern; keine rigorose Erhöhung der Lehrverpflichtungen – dies entspricht in seiner Funktion der Erhöhung des Lernstunden-Deputats bei den Studenten; das Recht auf selbständige Forschung für alle wissenschaftlichen Mitarbeiter; Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre bei Mitarbeitern wie Studenten; Aufbau eines umfangreichen, selbständigen, von Weisungen unabhängigen studentischen Tutorenwesens zur Reduzierung der Isolierung der Studenten in der Massenuniversität und der Dichotomisierung von Lehrenden und Lernenden.

– Aufhebung aller Stellenstreichungen, Baustopps, willkürlichen Mittelkürzungen an den Universitäten. Orientierung an den von den Universitäten erarbeiteten, an den wirklichen Notwendigkeiten von Lehre und Forschung ausgerichteten Entwicklungsplänen und an dem realen Bedarf der Bevölkerung. Zu diesem Punkt hat der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) einen Wissenschaftler-Bedarfsplan für die Jahre 1978 bis 1980 erarbeitet,

demzufolge bis 1980 insgesamt 28 000 bis 36 300 Wissenschaftler an den Universitäten eingestellt werden müssen, wenn auch nur die dringendsten Erfordernisse eines sinnvollen Studiums bei Abbau der Numerus clausus und der dringendste gesellschaftliche Bedarf berücksichtigt werden sollen.

Dieser Katalog von Forderungen ist nicht eine Wunschliste oder ein rhetorisch hingestelltes Maximal-Programm. Es handelt sich vielmehr durchgehend um Minimalforderungen, die wir, wie aus unserer Gesamteinschätzung hervorgeht, im Bündnis mit den Gewerkschaften sämtlich für langfristig realisierbar halten. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist auch eine unabdingbare Notwendigkeit, denn unter den Vorzeichen von Berufsverboten, HRG, Einsparungen und materieller Misere sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen für alle Gruppen: Studenten, nichtwissenschaftliches und wissenschaftliches Personal, absolut unzumutbar und unerträglich. Unter diesen Bedingungen können wir nicht arbeiten, und wir sind außerstande, die Lehre und Forschung an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert zu praktizieren und zu entwickeln. Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis der Staat begriffen hat, daß er hier den Bogen überspannte, daß es auch für die Sachwalter der bestehenden Verhältnisse Grenzen gibt, jenseits derer man nicht mehr aus politischer Opportunität ungestraft die Lebensinteressen und die Zukunft der Bevölkerung mit Füßen treten kann.

Der Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der demokratischen Bewegung ist gleichbedeutend mit dem Kampf um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Wir dürfen nicht bei der Negation stehen bleiben, sondern müssen immer bessere Konzeptionen darüber vorlegen können, auf welche Weise die Universitäten optimal kooperative Arbeitsformen unter Einbeziehung fortschrittlicher Kräfte außerhalb der Universität zur Entwicklung sozial engagierter, gesellschaftlich verantwortlicher Wissenschaft und Wissenschaftler aufbauen können. Erfahrungen darüber liegen aus den jetzt geblockten Reformversuchen ja vielfältig vor. Die Richtung, die dabei einzuschlagen ist, läßt sich mit den folgenden Worten von Heinz Oskar Vetter aus seiner Marburger Rede verdeutlichen: „Aber die Geschichte geht ja weiter: Diese Institution Universität braucht ja nicht auf ewig vorrangig den Interessen von Wirtschaft und politischem Konservativismus verpflichtet zu sein! Wissenschaft als produktive Kraft kann ja auch zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft, zur bewußten Förderung des sozialen Fortschritts genutzt werden! Wissenschaftsfreiheit braucht nicht die Freiheit weniger Priviligierter zu bleiben! Und sie darf es nicht! Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß *Geschichte* machen, d. h. er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet."[3])

3) „Blätter", 8/1977, S. 969 ff.

Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Atom-Formel

Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen

Von Knut Krusewitz

> *„An den Aktienbörsen hat sich die Stimmung (. . .) deutlich verbessert. Im Vordergrund standen wieder die Kernkraft-Aktien, also Titel von Unternehmen, die vom Kernkraftwerksbau profitieren. Der nachlassende Widerstand gegen den verstärkten Einsatz der Kernenergie regt die Phantasie an." „Die Welt" (Wirtschaftsteil), v. 12. November 1977*

Bevor Antworten auf Fragen nach den Ursachen des „nachlassenden Widerstands gegen den verstärkten Einsatz der Kernenergie" versucht werden, mag es nützlich sein, die Verlaufsform der innerparteilichen und -gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die zukünftige staatliche Energieprogrammatik und -planung chronologisch zu rekonstruieren. Den Vorteil dieser Ermittlungstechnik mag man darin sehen, daß sie systematisch vermittelt und einsichtig macht, was in einem „Spiegel"-Report über die Ratlosigkeit der Bonner Energiepolitik (gerade rechtzeitig zum Beginn des SPD-Parteitages veröffentlicht) bloß hypothetisch formuliert wurde: „Parteitagsbeschlüsse, wie immer sie aussehen, bedeuten (. . .) kein ernsthaftes Risiko, ob sie Kernkraftwerke pauschal befürworten, ob sie es nur bei lockerer oder strenger Lösung der Entsorgungsprobleme tun oder zunächst gar nicht. Parteitagsbeschlüsse sind hier wohlfeil und unverbindlich und können alles übertünchen – bis auf weiteres."[1])

Anfang Oktober 1977: In der Wirtschaftspresse wird eine Mitteilung des Vorstands der Brown, Boverie & Cie. AG (BBC) ausführlich erörtert, wonach der Konzern durch den Kraftwerkstopp zu Entlassungen gezwungen sei. Dieser falsche Kausalzusammenhang, wonach der „Kraftwerkstopp" und nicht eine gesellschaftspolitisch fragwürdige Kapitalverwertungsstrategie im Energiesektor zu Beschäftigungsproblemen in Kraftwerke produzierenden Produktionsbereichen geführt haben soll[2]), fließt ungebrochen in den Argumentationshaushalt der „Frankfurter Allgemeinen" (FAZ): „Als erstes der drei deutschen Großunternehmen der Elektrotechnik muß BBC als Folge des Kraftwerkstopps Entlassungen aussprechen."[3]) Die nötige Therapie lieferte der BBC-Vorstandsvorsitzende Hans Göhringer denn auch gleich mit: Er machte

1) „Der Spiegel", 47/1977, S. 74.
2) Hans Michaelis, Kernenergie, München 1977.
3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 4. 10. 1977.

in einem Memorandum an die Bundesregierung und den Bundestag darauf aufmerksam, daß der Kraftwerkstopp nicht nur bedrohliche Auswirkungen für die Stromversorgung in der Bundesrepublik haben werde, sondern auch die Beschäftigungslage im eigenen Unternehmen verschärfen müsse, wenn nicht 1977 oder 1978 im Bereich Großmaschinen und Kraftwerke mindestens ein Steinkohlekraftwerk und ein Kernkraftwerk für den deutschen Markt in Auftrag genommen werden können. Beispielhaft kommentierte die „Frankfurter Rundschau" (FR) den kapital-logischen Zusammenhang von Ursachenbestimmung und Lösungskonzept. Es hieß da: „Die Lage ist vertrackt. Bei BBC zeigen sich mit aller Schärfe die wirtschaftlichen Konsequenzen der derzeitigen energiepolitischen Situation: (. . .) Die Umweltbelastung wird mit jedem Kraftwerk drückender. Die Sorgen um die Reaktorsicherheit und die Lagerung des radioaktiven Materials konnten nicht zerstreut werden. Andererseits werden Kraftwerksaufträge, wohlgemerkt nicht nur für Kernreaktoren, im Werte von 16 Milliarden DM blockiert. (. . .) In dieselbe Lage wie BBC sieht sich Siemens (KWU) versetzt. Hochqualifiziertes Personal kann nicht entsprechend eingesetzt werden, muß kurzarbeiten, wird entlassen. (. . .) Ausbaden muß die Ratlosigkeit um den Kraftwerksbau der kleine Angestellte und der Arbeiter, weil sie auf die Straße gesetzt werden. BBC macht den Anfang . . ."[4]) Kein Wunder, daß auch die IG Metall, Mannheim, sich „von den Entlassungen betroffen" (FAZ) zeigte.

Auf eine andere Art von Betroffenheit machte ein Vertreter der Bürgerinitiativen in einem „Zeit"-Leserbrief aufmerksam: „Die BBC-Geschäftsleitung wird (. . .) unglaubwürdig, wenn sie einerseits laut von Entlassungen im Kraftwerksbereich spricht, andererseits – ohne Schlagzeilen – bei der BBC-Haushaltsgeräte GmbH Mannheim 160 direkte Entlassungen vornimmt und letztere als ‚Strukturveränderungen' herunterspielt." Der Schlußfolgerung des Verfassers ist zuzustimmen, wenn er sagt, es liege „der Verdacht nahe, daß hier durch die groß angekündigten ‚Entlassungen' eine Emotionalisierung der Diskussion um die Atomenergie in Gang kommen soll. Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist offensichtlich kalkuliert: nämlich in Hinblick auf die bevorstehenden Parteitage der SPD und FDP, bei denen es um die Frage eines Baustopps für Atomkraftwerke geht."[5]) In der Tat: Die BBC-Argumentation und ihre Kommentierung lieferten sämtliche energiepolitischen Versatzstücke einer an einzelkapitalistischen Verwertungszwängen orientierten elektrizitätswirtschaftlichen Investitionslogik, die unmittelbar danach von Gewerkschaften und Regierungsparteien zu einem fragwürdigen gewerkschafts- und parteipolitischen Begründungszusammenhang verfugt wurden. Der Baustopp von Kernkraftwerken soll, folgt man dieser Konzern-Vernunft, zu einem konjunkturlabilisierenden Investitionsstau geführt haben (Helmut Schmidt: Der Investitionsstau verursacht eine höhere Arbeitslosenquote von mehr als einem Prozent[6]), wodurch wiederum negative Beschäftigungseffekte bewirkt sein sollen und wachstumshemmende Strom-

4) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 4. 10. 1977.
5) „Die Zeit" v. 11. 11. 1977.
6) FAZ v. 14. 11. 1977.

defizite absehbar seien; Gewerkschaften, Regierung, Parlament und Parteien hätten deshalb die Pflicht, den restriktiven Bedingungszusammenhang der bedrohten Kapitalentfaltung im Kraftwerksbereich zu überprüfen, und, entscheidender noch, kapital-richtungsweisend zu verändern.

Mitte Oktober 1977: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg entschied am 17. Oktober 1977, daß das Kernkraftwerk Brokdorf nicht weitergebaut werden dürfe. „Es ist die erste Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichts, mit der der Baustopp für ein Kernkraftwerk bestätigt wurde. Er hat Bedeutung auch für die anderen Kernkraftprozesse und markiert die Tendenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit, den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken so lange abzubremsen oder gar anzuhalten bis die Probleme der Entsorgung, der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente und der Endlagerung radioaktiven Mülls eindeutig überschaubar und vor allem beherrschbar sind. Offenkundig wollen die Gerichte nicht länger hinnehmen, daß mit Milliardenaufwand vollendete Tatsachen geschaffen werden, deren Rücknahme sich später politisch und juristisch um so schwieriger gestalten könnte, je weiter sie schon gediehen sind."[7])

Ende Oktober 1977: Zwei Wochen vor dem „großen Energiestreit auf dem SPD-Parteitag" („Spiegel") wurde Forschungsminister Hans Matthöfer eine Studie des Frankfurter Battelle-Instituts über „Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten" übergeben, von der der „Spiegel" meinte, sie bewiese, daß die „Ablehnung der Kernenergie bei den Bundesbürgern eher wächst." Dabei hatte der SPD-Minister Matthöfer „mit einer drei Millionen Mark teuren Aufklärungskampagne die Bundesbürger für die Atomenergie zu gewinnen versucht, hatten die Elektrizitäts-Unternehmen in aufwendigen Anzeigen-Aktionen, hatten Bonns Wirtschaftspolitiker – allen voran der Bundeskanzler – vor Energielücken und Massenarbeitslosigkeit gewarnt, wenn sich der Bau von Reaktoren verzögern sollte"[8]). Offiziell nahmen Gewerkschaften und Regierungsparteien auf die verbreitete Anti-KKW-Stimmung in der Bevölkerung und bestimmte Entscheidungen und Beschlüsse von Verwaltungsgerichten – zum Kohlekraftwerk Voerde, zum Kernkraftwerk Brokdorf, zum Schnellen Brüter Kalkar – bis Anfang November durch „Moratoriums"-Beschlüsse Rücksicht. Danach änderten sich die energiepolitische Haltung und die entsprechenden Legitimationsmuster innerhalb einer Woche.

Wandel der DGB-Position

Am 8. November 1977 gab der DGB-Bundesvorstand eine Stellungnahme zum „Bau von Kernkraftwerken"[9]) ab, in der es heißt: „Der Bundesvorstand des DGB hat am 5. April 1977 in seiner umfassenden Stellungnahme ‚Kernenergie und Umweltschutz' festgestellt, daß die deutschen Gewerkschaften bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie davon ausgehen, daß die Sicher-

7) „Der Spiegel", 44/1977, S. 105.
8) „Der Spiegel", 45/1977, S. 139.
9) Diese Stellungnahme ist nachzulesen in: „Deutsche Post" v. 20. 11. 1977, S. 18.

heit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden können. Der DGB hat überdies auf den Zusammenhang zwischen Wachstum, Vollbeschäftigung und Energiebedarf hingewiesen und betont, daß er der Erreichung des Vollbeschäftigungszieles absoluten Vorrang zumißt. Die in dieser Stellungnahme aufgestellten Bedingungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie sowohl im Reaktorbetrieb wie auch im Brennstoffkreislauf haben dazu geführt, daß die Sicherheitsbestrebungen intensiviert wurden. Sowohl die Diskussion im politisch-parlamentarischen Raum als auch die inzwischen erstellten Gutachten belegen, daß die Interessen der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Bevölkerung stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt wurden." Und dann wird ein Befund präsentiert, der auf den FDP- und SPD-Parteitagen zum taktischen Schlüssel-Argument avancieren sollte: „Das Ergebnis des Sicherheitsgutachtens der Strahlenschutzkommission und der Reaktorsicherheitskommission hat ergeben, daß das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar sei." Deshalb sei der „Bundesvorstand des DGB (. . .) nunmehr der Ansicht, daß die politisch Verantwortlichen schnellstmöglich die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum erteilen sollten. Es muß weiterhin sichergestellt werden, daß das Wiederaufbereitungs- und Entsorgungszentrum so schnell wie möglich fertiggestellt und in Betrieb genommen wird."

Anschließend werden in der Stellungnahme drei Gründe angeführt, die belegen sollen, warum ein längerfristiger Baustopp für Kernkraftwerke „nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen":

a) Bei den am Bau von KKW beteiligten Unternehmen gingen Arbeitsplätze verloren;

b) das erreichte technische und wissenschaftliche Niveau und die hochentwickelte Technologie im Energiebereich müßten erhalten und weiterentwikkelt werden, weil „jeder Rückschritt" hier „unmittelbar unvertretbare Auswirkungen auf die Beschäftigten im Energiebereich und auf die Beschäftigungslage insgesamt" hätte;

c) ein „Teil der Lebensqualität in der Zukunft" würde davon abhängen, „ob wir auch weiterhin international in Forschung, Entwicklung und Anwendung dieses erreichte Niveau sichern und ausbauen."

Deshalb sei der DGB-Bundesvorstand der Meinung, „daß die Baugenehmigung für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten Fällen erteilt werden kann. Dabei ist der Energiebedarf ebenso zu berücksichtigen wie die Beschäftigungssituation und die Erhaltung des technologischen Standards der kerntechnischen Industrie. Die deutschen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung bei Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden." Durch Preisgabe des ursprünglichen Genehmigungs-Essentials, wonach der Bau neuer Kernkraftwerke an eine erste Teilgenehmigung für ein integriertes Entsorgungssystem

(Gorleben) zu koppeln sei, gab der DGB unmittelbar vor den Parteitagen von FDP und SPD zu erkennen, daß er bereit war, die organisierten Arbeitnehmer auf den Interessen- und Begründungszwang des Atom-Kapitals zu verpflichten.

Vordergründig schien dieser Positionswandel nur die Übernahme regierungsamtlicher Argumentationsmuster zu reflektieren: Die Bundesregierung war schon seit geraumer Zeit der Ansicht, daß die Baugenehmigungen für KKW schon dann erteilt werden sollten, wenn die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission den Sicherheitsbericht für die Entsorgungskonzeption positiv beurteilen sollte. Und dieser gewünschte Bescheid wurde von der Kommission im Oktober denn auch geliefert.

Um wessen Interessen es tatsächlich geht, hat Karl Feldengut anschaulich in einem „Vorwärts"-Aufsatz dargestellt, der sich ausführlich mit den energiepolitischen Anträgen zum SPD-Parteitag befaßt: „Die Kraftwerks-Industrie und das deutsche Atom-Forum sind bereits im August dieses Jahres, im Anschluß an einen Beschluß des FDP-Bundeshauptausschusses, der (. . .) die Genehmigung neuer Kernkraftwerke an eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für die Entsorgungsanlage knüpft, mit umfangreichen Dokumentationen an die Öffentlichkeit getreten, in denen vor diesem Junktim gewarnt wird. Fehlende Kraftwerksleistung, fehlende Stromerzeugung, Beschäftigungsausfall durch Nichtbau der Kernkraftwerke sowie Ausfall an Arbeitsplätzen durch unzureichende Stromversorgung sind nach Meinung der Verfasser dieser Dokumentation die zwangsläufigen Folgen."[10]) Über Feldenguts Schlußfolgerung aus seinen „Zweifel(n) an der angedrohten Stromlücke", derzufolge es „keine sinnvolle energiepolitische Strategie sein" könne, aus „beschäftigungspolitischen Gründen Großkraftwerke zu bauen, für die kein gesicherter Bedarf besteht", wird noch zu reden sein.

Allerdings können selbst vor diesem Hintergrund einige Peinlichkeiten anläßlich der Gründung der „größten und bedeutendsten Bürgerinitiative im Lande" durch „Bergarbeiterführer" (FAZ) Adolf Schmidt am 10. November 1977 in Dortmund kaum als Regiefehler von Gewerkschaftsführern deklariert werden, die es kaum noch gewohnt sind, Massenauftritte von Werktätigen zu organisieren. Daß die Dortmunder Veranstaltung der Umsetzung der energiepolitischen Beschlüsse des DGB-Vorstandes bei Mitgliedern und Funktionären diente, aber auch als Signal an die SPD-Führung und den linken Flügel der Partei verstanden wurde, mag noch angehen. Nur: Mußten sich die beteiligten Gewerkschaftsführer „ihre Pro-Atomkraft-Demonstration (. . .) praktisch von der interessierten Industrie bezahlen" lassen?[11]) Nachgerade peinlich muß der Auftritt des „Arbeiterführers" Adolf Schmidt erscheinen, den die FAZ so wiedergab: „Mit dieser Kundgebung, sagte der Bergarbeiterführer Schmidt, begründe man die größte und bedeutendste Bürgerinitiative im Lande. Die Arbeiter hätten ernste Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Den Fleiß, mit dem man sich in Jahrzehnten Wohlstand, soziale Sicherheit und Freiheit

10) Karl Feldenhut, „Zweifel an der angedrohten Stromlücke", in: „Vorwärts", 43/1977, S. 5.
11) Wolfgang Kaden, „Augen zu und durch!", in: „Der Spiegel", 48/1977, S. 23.

geschaffen habe, lasse man sich von niemandem gefährden oder gar zerstören."[12]) Man weiß hier nicht genau, ob Zynismus oder Borniertheit am Werke waren oder eine Mischung aus beiden, die bekanntlich das Geschäft mit der Apologetik besonders einträglich erscheinen lassen.

Der energiepolitische FDP-Kompromiß

Kurz vor Beginn ihres Parteitags setzte die FDP eine Arbeitsgruppe ein, die einen mehrheitsfähigen „Leitantrag" zur Energiepolitik erarbeiten sollte. Der frühere Beschluß, der einen faktischen Baustopp bis 1981 bedeutet hätte, sollte durch den Leitantrag insoweit relativiert werden, daß „bis 1981 die schon jetzt beantragten fünf bis sechs Kernkraftwerke genehmigt werden" können; danach sollte „wieder die ursprüngliche Saarbrücker Formulierung gelten"[13]). Am 7. November 1977 verkündete die „Welt": „In Kiel hat die FDP-Führung ein neues Konzept zur friedlichen Nutzung der Kernenergie beschlossen." Das einzig Neue an diesem Konzept bestand darin, daß aus dem früheren Beschluß der Passus gestrichen wurde, wonach Neugenehmigungen für Kernkraftwerke so lange zu unterbleiben hätten, bis die Teilerrichtung eines Entsorgungsstandorts vorliege. Der Parteivorstand einigte sich mehrheitlich auf einen Leitantrag, in dem die Erteilung von Neubaugenehmigungen für Kernkraftwerke von „den bereits vorliegenden Gutachten der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission sowie ersten positiven Ergebnissen von geologischen Untersuchungen zum Nachweis der Eignung"[14]) abhängig sein soll. Dieser Leitantrag wurde schließlich von der Parteitagsmehrheit unverändert angenommen.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß eine wichtige Gruppe der Delegierten beim Versuch, den Bau- und Genehmigungsstopp wieder in den Leitantrag einzufügen, nur mit „stets knappen Mehrheiten" scheiterte. Und: „In einer Kampfabstimmung über ein Moratorium für Schnelle Brüter konnte sich die Vorstandslinie nur mit 163 gegen 161 Stimmen behaupten."[15]) Den Fortgang der energiepolitischen Debatte in der FDP wird man also aufmerksam beobachten und beurteilen müssen.

Die Kompromiß-Formel der SPD

Am 12. November 1977 meldete die „Welt", daß die nordrhein-westfälische SPD „mit einem geschlossenen energiepolitischen Konzept" zum Hamburger Bundesparteitag kommen werde. „Sie will eine Entscheidung der Partei, die den Bau neuer Kernkraftwerke nicht mehr zwingend an eine Teilerrichtungsgenehmigung für die Entsorgungsanlage in Gorleben binden. Der Energie-Experte und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Christoph Zöpel erklärte, daß man andernfalls eine vierjährige Pause in Kauf nehmen müsse. (. . .) Die von ihm aufgezeigte NRW-Richtung hält Zöpel für ‚mehrheitsfähig'. In das Gesamtpaket, ‚das starke Parallelen zur Kieler FDP-Position zeigt', müsse

12) FAZ v. 11. 11. 1977.
13) FR v. 4. 11. 1977.
14) FR v. 9. 11. 1977.
15) „Die Welt" v. 9. 11. 1977.

auch die Notwendigkeit zum Energie-Sparen eingebunden werden." Am deutlichsten wurde die entsprechende Gegenposition kurz vor Beginn des SPD-Parteitages vom Landesverband Schleswig-Holstein vertreten: „Auch nach den Positionsänderungen von FDP und DGB zur Kernenergie hat sich nach Auffassung des schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Günther Jansen keine neue Entwicklung in der Sache ergeben, die der Diskussion in der SPD eine neue Richtung geben könnte. In Kiel bekräftigte Jansen die Forderung seines Landesverbandes nach einem Bau- und Genehmigungsstopp aller Kernenergieprojekte. (. . .) Durch einen Baustopp entstehende Arbeitsplatzverluste können nach den Worten Jansens durch den Bau von Kohlekraftwerken, durch Energiesparmaßnahmen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltschutzbereich ausgeglichen werden."[16])

Am 9. November 1977 erarbeiteten Herbert Ehrenberg und Adolf Schmidt einen Änderungsantrag zum Vorstandsbeschluß, der „inhaltlich genau dem DGB-Vorstandsbeschluß vom Vortage"[17]) entsprach.

Die Kraftwerk Union AG (KWU) wählte den Zeitpunkt zwischen den Parteitagen der FDP und der SPD, um ein Nach-Dortmund-Wort an die Hamburger SPD-Delegierten zu richten. In der „Süddeutschen Zeitung" (SZ) v. 11. November 1977 las sich das so: „Der Kurswechsel der FDP in der Kernenergiefrage ist in der deutschen Energiewirtschaft ‚mit Erleichterung' aufgenommen worden. Der Beschluß des FDP-Parteitages, wonach der Bau weiterer Atomkraftwerke nicht durch ein Moratorium behindert werden soll, definiert nach Ansicht der Kraftwerk Union AG (KWU) Bedingungen, unter denen die zur Energieversorgung des Landes ‚unentbehrlichen neuen Kraftwerke' ohne nenneswerte Unterbrechung genehmigt und gebaut werden könnten."

Daß diese Meldung in der SZ neben einem Bericht über die Vorstellung des energiepolitischen Programms der CDU stand, der mit der Bemerkung eingeleitet wurde: „Die CDU hat auf die Kursänderung der Regierungsparteien SPD und FDP zur Kernenergie mit Hohn und Spott reagiert", wird wohl *die* Sozialdemokraten am ehesten verbittern, die sich am seltensten durch einen kritischen Blick in den Wirtschaftsteil der Presse darüber informieren, wer die Spielregeln im Atom-Poker bestimmt. Denn dort hätten sie ihre gemeinwohlorientierten Atom-Bemühungen noch viel ärger verhöhnt gefunden: „Noch mehr als an den Vortagen standen die Aktienmärkte gestern (10. November 1977) im Zeichen einer teilweise stürmischen Nachfrage nach Werten, die mit dem Bau von Kernkraftwerken zu tun haben, während alle anderen Bereiche mehr oder weniger vernachlässigt wurden. Nachdem jetzt nicht nur die Gewerkschaften und die FDP, sondern auch Teile der SPD sich mehr und mehr für einen Ausbau der Atomstromversorgung ausgesprochen hatten (vor dem SPD-Parteitag, wohlgemerkt), hat gestern die Nachricht über einen iranischen Großauftrag für Atomkraftwerke einen weiteren kräftigen Anstoß gegeben."[18]) Die höchste Kurssteigerung wurde übrigens für BBC-Aktien no-

16) „Süddeutsche Zeitung" v. 12. 11. 1977.
17) FR v. 10. 11. 1977.
18) „Tagesspiegel" v. 11. 11. 1977.

tiert![19]) So schätzt das Finanzkapital die Entwicklung des KKW-Bereichs im BBC-Konzern ein . . .

Zu Beginn des Parteitages setzte der Parteivorstand eine aus Vertretern verschiedener energiepolitischer Richtungen zusammengesetzte Arbeitsgruppe ein, die einen Kompromißantrag vorlegen sollte. „Der Kanzler und die Regierungsmitglieder verfochten die Kompromißvorlage als ausgewogen, maßvoll und realistisch. Schmidt, Forschungsminister Matthöfer und Arbeitsminister Ehrenberg vertraten die Ansicht, daß die Regierung mit einem Kompromißbeschluß des Parteitages in der Energiepolitik ausreichend handlungsfähig sein könnte."[20]) Den vom Plenum mehrheitlich verabschiedeten Kompromiß interpretierte Matthöfer anschließend sicher angemessen, wenn er feststellte: „In erster Linie rationeller Umgang mit Energie, Entwicklung neuer Quellen wie etwa Sonnenenergie, Priorität für heimische Energieträger wie Kohle, die es umweltfreundlich zu entwickeln gilt, und schließlich keine dogmatische Sperre für Kernenergie."[21]) Kurzum: „Die Regierenden erhielten die Vollmachten, mit der einen oder anderen Bedingung verbrämt, zu tun, was sie für nötig halten: rosige Zeiten für die Kraftwerk Union."[22]) Genau diesen Zusammenhang schien Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wohl auch gemeint zu haben, als er zwei Wochen nach dem SPD-Parteitag feststellte, die Beschlüsse der Parteitage von FDP und SPD ermöglichten es der Bundesregierung, „ihre konsequente Arbeit in der Energiepolitik" fortzusetzen[23]).

Die SPD am Ende einer monatelangen energiepolitischen Auseinandersetzung: Endlich als Gesamtpartei im Besitz einer vorzeigbaren Energie-Strategie, die, durch die trinitarische Formel des Atom-Kapitals ideologisch vermittelt, „ausgewogen, maßvoll und realistisch" ist. „Realistisch" ist sie, weil sie die durch Kraftwerks- und Elektrizitätsversorgungskonzerne geschaffenen Realitäten festschreibt; „maßvoll" bleibt sie, solange auf radikale Durchsetzung von Umweltschutznormen verzichtet wird, und „ausgewogen" wird man sie nennen, solange Exportinteressen der KKW produzierenden Monopole verbürgt erscheinen.

Energie-Kompromiß: wie lange?

Mit der Einigung auf die Kernenergie-Kohle-Formel haben Gewerkschaften und Sozialdemokraten zwar einen Energiefrieden stiftenden Beitrag zur Bonner Wachstums- und Beschäftigungspolitik sowie zur Stabilisierung der Gewinnmaximierungsstrategie der Energiewirtschaft geleistet, aber es gibt deutliche Hinweise darauf, daß der Frieden nicht von langer Dauer sein wird.

a) Nach dem SPD-Parteitag sehen sich die Bürgerinitiativen „mehr denn je veranlaßt, ihren Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie fortzusetzen und die Zusammenarbeit mit allen Kräften innerhalb und außerhalb der Par-

19) FAZ v. 11. 11. 1977; BBC plus 16,10 DM, Siemens plus 4,60 DM.
20) FAZ v. 18. 11. 1977.
21) „Die Zeit" v. 25. 11. 1977.
22) Wolfgang Kaden, a.a.O. (vgl. Anm. 11), S. 21.
23) „Tagesspiegel" v. 29. 11. 1977.

teien und des DGB zu suchen, um ein sinnvolles und zukunftsweisendes Energiekonzept zu erarbeiten und der Öffentlichkeit als Alternative anzubieten"[24]). Wenn auch die SPD die Stärke einer organisierten „ökologischen Bewegung" kaum einzuschätzen kann, einig sind sich repräsentative Vertreter darin, „daß der SPD ein ernst zu nehmender Gegner erwachsen kann"[25]).

b) Es bedarf einer genaueren Analyse der Gründe für das Abstimmungsverhalten zahlreicher SPD-Parteitagsdelegierter, das oft in krassem Widerspruch zu vorher gefaßten Beschlüssen auf Bezirksebene stand. Wie dauerhaft lassen sich solche Widersprüche in der Partei vermitteln? Man denke etwa an den Widerspruch zwischen dem jetzt gültigen Formel-Kompromiß und dem Beschluß des Bremer Bezirks-Parteitags, in dem es hieß: „Vollständiger Baustopp für alle im Bau befindlichen Anlagen, keine Inbetriebnahme bereits fertiger Reaktoren, Betrieb laufender Reaktoren nur, wenn sichere Entsorgung nachgewiesen ist, Exportverbot von Reaktoren, Annullierung des Brasilien-Vertrags."[26])

c) Die Strompreisentwicklung beginnt genau den Zusammenhang zu gefährden, der mit dem bornierten Kraftwerkskonzept stabilisiert werden sollte: Die Beschäftigungslage. Die „Wirtschaftswoche" dazu: „Die Energieversorger bitten zur Kasse. Obwohl sie noch nie so gut verdienten wie im Vorjahr, sollen die Strompreise nochmals kräftig steigen. Der größte unter den Strom-Monopolisten, das RWE, verlangt (von industriellen Großabnehmern) gleich 7,7 Prozent mehr. Grund genug für die Industrie, über Abwanderung nachzudenken." Und: „ ‚Neuerliche Erhöhungen sind für viele Chemieunternehmen der Anlaß zu Überlegungen, mit der Produktion in Länder mit niedrigen Strompreisen auszuweichen', prophezeit Hubert Nachtsheim, Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie in Frankfurt. Und Günter Bock, Sprecher des Bundes-Unternehmens Vereinigte Aluminium-Werke in Bonn, meldet ähnliche Tendenzen bei einigen Aluminiumhütten." Diese monopolitische Strompreispolitik stelle „die Bundesrepublik als Standort für neue Aluminiumhütten generell in Frage und kann die Schließung bestehender Hütten bedeuten"[27]).

Günther Klätte, der „Tarifmacher" im Vorstand der RWE, ließ gleichwohl keine Zweifel darüber aufkommen, daß die Strompreisentwicklung als Dauererscheinung zu begreifen ist. Für höhere Tarife „sorgen die enorm steigenden Kraftwerkskosten, die uns Strompreise in bisher unbekannter Höhe bescheren werden. Weil jedes neue Kraftwerk erheblich teurer ist als alle seine Vorgänger, muß das Strompreisniveau nach oben gehen." Kurz: Die Investitionskosten sind „explodiert". Klätte belegt das mit Zahlen: „Während ein 1975 in Betrieb genommenes Ölkraftwerk je installierte Kilowattstunde (kWh) 450 Mark gekostet hat, muß für ein heute bestelltes Steinkohlekraftwerk, das den Betrieb 1981/82 aufnimmt, mit 1550 Mark je kWh gerechnet

24) Birgit-Ingeborg Loff, „Die Bürgerinitiativen sind von den Sozialdemokraten enttäuscht", in: FR v. 21. 11. 1977.
25) „Der Spiegel", 48/1977, S. 17.
26) „Wirtschaftswoche", 47/1977, S. 22.
27) „Wirtschaftswoche", 47/1977, S. 40f.

werden." Und für ein 1983 in Betrieb gehendes KKW rechnet man mit Investitionskosten von 2500 Mark je Kilowatt. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was der erste Biblis-Block gekostet hat. Und bei nur „3000 Stunden Auslastung ist der Atomstrom einen guten Pfennig teurer als der Kohlestrom"; erst „bei 6500 Stunden rund 2,3 Pfennig billiger"[28]).

Rechnet man zu diesen Bedingungsfaktoren der weiteren Energiedebatte noch die Problemfelder hinzu, die aus der offiziellen Diskussion der letzten Wochen ausgeblendet wurden (Verstaatlichungsforderung einiger SPD-Energiefachleute; die Bedeutung einer vom Innenministerium angeforderten Studie über „Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes"[29]), die belegen will, daß Umweltschutzausgaben von 1970 bis 1980 pro Jahr einen Beschäftigungseffekt von 370 000 Arbeitsplätzen haben; Rationalisierungsstrategien des Kapitals; sinkende Wachstumsraten trotz KKW-Bauprogrammen), dann wird erkennbar, daß die Anti-KKW-Bewegung im November 1977 an der Kernkraft-Front zwar eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren hat.

Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes

Von Manfred Boni und Birgit Geissler

I

Der Wahlsieg der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) in Regionen und Gemeinden 1975, der zu einer Ablösung vieler Stadt- und Regionalverwaltungen der Democrazia Cristiana (DC) durch linke Bündnisse geführt hat, und der spektakuläre Anstieg der PCI-Stimmen auf 34% bei den aufgrund der Dauerkrise der DC-Kabinette vorgezogenen nationalen Wahlen im Juni 1976 haben zu einer innenpolitischen Patt-Situation geführt (DC = 38% der Stimmen). In der westdeutschen Öffentlichkeit hat sich seitdem das Interesse verstärkt dem PCI und seiner Strategie des Historischen Kompromisses zuge-

28) Günter Kemmer, „Strompreise: Immer schneller höher", In: „Die Zeit" v. 25. 11. 1977.
29) Werner Meißner/Erich Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, Westberlin 1977.

wandt. Während der Historische Kompromiß als *politische* Strategie – als neues Verhältnis des PCI zum Parlamentarismus, zum Pluralismus, zur Außenpolitik Italiens – diskutiert wird, tritt jedoch ein anderer Aspekt zu oft in den Hintergrund: Der Historische Kompromiß erhebt den Anspruch, die politische Antwort auch auf die ökonomische und soziale Krise Italiens zu sein, die nur mit seiner Hilfe zu bewältigen sei. Als Strategie des PCI hat sich der Historische Kompromiß ab 1971 und endgültig Ende 1973, nach dem Militärputsch in Chile, durchgesetzt. Nach dem Scheitern der Regierungsbündnisse von DC und PSI, der „Mitte-Links-Koalition", hatte sich die soziale und politische Krise so zugespitzt, daß Lösungsmöglichkeiten für die sich verschärfende Wirtschaftskrise von den konservativen regierenden Parteien nicht zu erwarten waren.

Die Gewerkschaftsbewegung hatte zwar mit Erfolg die von den Mitte-Links-Regierungen versprochenen, aber nicht realisierten Strukturreformen wieder in die Diskussion gebracht, in Mobilisierungskampagnen auch einige Teilreformen (z. B. eine Neuregelung der Renten) in Gang gebracht, aber alle zentralen Forderungen – zum Gesundheits- und Bildungswesen, zur Verkehrsplanung, zu Stadtentwicklung und Wohnungsbau, zur Steuerpolitik – waren an der Hinhaltepolitik von DC, Regierung und Parlament mehr und mehr gescheitert. Die Gewerkschaften sehen ihre Erfolge auf diesen Gebieten als unzureichend und stagnierend an.

Als Bedingung der Krisenbewältigung fordert der Historische Kompromiß eine neue politische Konsensbildung im parlamentarischen System, die die außen- und innenpolitische Handlungsfähigkeit der Regierung garantieren und erweitern soll; diesen Konsens herzustellen, ist die unmittelbare Aufgabe, die allein den Weg aus der Krise eröffnen kann, und hierauf konzentriert sich der PCI. *E. Krippendorf* faßt die *außenpolitische* Absicht des Historischen Kompromisses in diesem Sinn zusammen: „Der Historische Kompromiß bedeutet also vor allem die Absicherung kommunistischer Regierungsbeteiligung nach außen, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik: weder SPD noch CDU könnten ihren angedrohten ökonomischen Boykott mit all seinen unabsehbaren Konsequenzen für die westeuropäische Wirtschaft wahrmachen, wenn die DC mit den Kommunisten gemeinsam in der Regierung sitzt und der mächtige FIAT-Chef Agnelli dem Historischen Kompromiß seinen Segen gegeben hat." [1])

Innenpolitisch steht für den PCI ein grundlegender Machtwechsel, eine Ablösung der DC also, genausowenig auf der Tagesordnung wie eine unmittelbare Überwindung des Kapitalismus, denn eine klassenkämpferische Konfrontation soll vermieden werden. Ein neuer und breiter innenpolitischer Konsens soll die Gewähr dafür bieten, daß ein anderes Entwicklungsmodell in Gang gesetzt werden kann, das die konjunkturelle und strukturelle Krise Italiens überwindet. Der erste unmittelbare Schritt in dieser Richtung wird in der gegenwärtigen Austeritätspolitik, der von der Regierung verordneten und mit dem PCI abgesprochenen Spar- und Verzichtspolitik, gesehen, für die der Hi-

1) E. Krippendorff, Italien: Der Historische Kompromiß, in: „Kursbuch", 46/1976, S. 55ff.; hier: S. 69.

storische Kompromiß die möglichst breite politische und soziale Zustimmung der Arbeiterklasse sucht. Auf einer Konferenz im Januar 1977 erklärte *E. Berlinguer:* „Die Austeritätspolitik ist heute nicht allein ein Instrument der Wirtschaftspolitik, auf das man zurückgreifen muß, um eine temporäre konjunkturelle Schwierigkeit zu überwinden, um den Wiederaufschwung und die Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen und sozialen Mechanismen erlauben zu können. So wird die Austeritätspolitik von den herrschenden Gruppen und den konservativen politischen Kräften konzipiert und vorgestellt. Aber so gilt sie nicht für uns. Für uns ist die Austeritätspolitik das Mittel, um den Wurzeln eines Systems entgegenzutreten und die Basis zur Überwindung eines Systems zu legen, das in eine strukturelle und grundsätzliche, nicht in eine konjunkturelle Krise getreten ist, jenes Systems, dessen typische Charakterzüge die Vergeudung und Verschwendung sind, die Exaltierung von völlig ungezügelten Partikularismen und des Individualismus, des unsinnigsten Konsumismus. Die Austeritätspolitik bedeutet Strenge, Effizienz, Ernsthaftigkeit, und sie bedeutet Gerechtigkeit; also das Gegenteil von all dem, was wir bis jetzt gekannt und bezahlt haben, und was uns zur schwersten Krise geführt hat, deren Schäden sich seit Jahren häufen und die sich heute in Italien in ihrer ganzen dramatischen Tragweite zeigt." [2])

Letztlich gründet die Krise Italiens auf dem strukturellen Konflikt zwischen der Weltmarktintegration einerseits und der Lösung des Beschäftigungsproblems andererseits. Während in den 50er Jahren die Arbeitslosigkeit vor allem in der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Südens bestand, überlagerte sie sich seit Beginn der 60er Jahre zunehmend mit der technologisch bedingten Freisetzung, die als Folge der intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals auftrat, die der norditalienischen Industrie durch die Konkurrenz in Westeuropa aufgezwungen wurde. In der augenblicklichen Situation steht – nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers *A. Graziani* – Italien erneut vor derselben dramatischen Alternative, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits einmal entschieden werden mußte: „Gleichzeitig muß die italienische Wirtschaft eine tiefgreifende Umwandlung ihres produktiven Apparats angehen und das Beschäftigungsproblem lösen, ohne im selben Maß wie in der Vergangenheit auf die Auswanderung zählen zu können. . . . Italien findet sich ein weiteres Mal in der Wahl zwischen einer Zukunft der wirtschaftlichen Integration . . . und einer unabhängigeren, wenn auch langsameren Entwicklung." [3])

Während *A. Graziani* hier die Alternative eines protektionistischen Kurses anklingen läßt, lehnt der PCI diesen Weg grundsätzlich ab: Vor allem die Rohstoffabhängigkeit Italiens verbietet eine Abschließung des italienischen Wirtschaftsraums, die, abgesehen davon, wegen der Mitgliedschaft Italiens in der EG, wegen seiner vertraglichen Bindungen kaum zu realisieren ist. Wenn der außenwirtschaftliche Weg des Protektionismus aber verschlossen ist, dann muß die Vereinbarkeit von Weltmarktintegration und Beschäftigungs-

2) E. Berlinguer, Austerità, occasione per trasformare l'Italia, Rom 1977, S. 13.
3) A. Graziani, Mercato interno e relazioni internazionali, in: L'Italia Contemporanea 1945–1975. A Cura di V. Castronovo, Turin 1976, S. 307 ff., hier: S. 334.

ausweitung über die innere Wirtschaftspolitik versucht werden, und eine Alternative zur Austeritätspolitik scheint kurzfristig ausgeschlossen.

Welchen Inhalt aber hat diese Politik? Wiederherstellung der Rentabilität des Kapitals ist die Aufgabe. So soll die italienische Industrie modernisiert und im europäischen Maßstab wieder konkurrenzfähig werden. Die Sanierung der Staatsfinanzen hilft hierbei nur soweit, wie sie inflationäre Tendenzen dämpft. Entscheidend ist der Abbau des von den Löhnen ausgehenden Drucks auf die Profitrate. Im letzten Winter wurde deshalb die Senkung bzw. Begrenzung im weiteren Steigen des „costo del lavoro", der Bruttolohnkosten, durchgesetzt, eine Maßnahme, die als Bedingung für einen Kredit vom Internationalen Währungsfonds gesetzt worden war. Gegenüber dieser Politik ergibt sich „die Schwierigkeit für Gewerkschaften und Arbeiterparteien . . . daraus, daß es auf katpitalistischer Grundlage bei starker Verflechtung in den kapitalistischen Weltmarkt kurzfristig keine andere Lösung des Problems (zwischen Weltmarktintegration und Abbau der Arbeitslosigkeit als dem Kern der Krise, d. Verf.) gibt und daher Kapital und Regierung die ‚Logik der Sachzwänge' auf ihrer Seite haben"[4]).

II

Die Gewerkschaften sind als die Organisationen der Arbeiter und Angestellten von der Politik des PCI, die die Sparpolitik der Regierung *G. Andreottis* erst durchsetzbar macht, in ihrer Arbeit direkt betroffen. Die Maßnahmen, die die Inflation begrenzen sollen, können dieses Ziel nur langfristig erreichen; kurzfristig bedeuten sie durch die Kürzung der Staatsausgaben eine weitere Vertagung selbst der dringendsten Reformen bis auf ungewisse Zeit und durch Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst und Kürzung der öffentlichen Aufträge weitere Arbeitslose, z. B. in der Bauindustrie. Darüber hinaus bewirken sie auch in der Privatwirtschaft wegen der restriktiven Geldpolitik ebenfalls eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit anstelle der dringend notwendigen und von PCI und Gewerkschaften geforderten Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen. Die Einkommenspolitik der Regierung greift das System der gleitenden Lohnskala, des Inflationsausgleichs für Löhne und Gehälter, an; doch konnte dieses System grundsätzlich von den Gewerkschaften verteidigt werden. Eine Aussetzung der Anpassung an die Inflationsrate konnte von der vereinten Front von Regierung und Unternehmern nur für Einkommen über 6 Mio. Lire im Jahr (= 16 000 bis 18 000 DM) durchgesetzt werden, trifft damit aber bereits viele Angestellte. Weder Gewerkschaften noch linke Parteien haben in der Diskussion um den „costo del lavoro" eine eigene offensive Position vertreten. Dies gilt auch für die linken Gruppen, die die einzigen sind, die die PCI-Politik offen wegen der Vernachlässigung der Interessen der Arbeiterklasse kritisieren.

Die Gewerkschaften sehen sich 1976/77 in einer grundsätzlich anderen Lage als in dem Kampfzyklus der Jahre ab 1968/69 und in der erfolgreichen Tarif-

4) R. Genth/E. Altvater, Eurokommunismus als Strategie in der Wirtschaftskrise in Italien, in: „Prokla", 26/1976, und 27/1977, hier 26, S. 83.

bewegung von 1973. Sie stehen vor einer ungleich komplexeren Situation als die Parteien: sie müssen einerseits mit einer gravierenden Verschlechterung ihrer Aktionsmöglichkeiten auf in ihrem ureigensten Gebiet, der Verteidigung der Arbeitsplätze und in der Tarifpolitik fertig werden; zugleich müssen sie sich mit einem Kurswechsel der stärksten politischen Partei der Arbeiterbewegung auseinandersetzen: sie müssen auf die Krise *und* auf den Historischen Kompromiß reagieren.

Warum können die Gewerkschaften sich nicht mit den Auswirkungen der Krise und mit dem Historischen Kompromiß offensiv auseinandersetzen, indem sie eine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Alternative entwickeln? Zunächst gilt, daß in der Krise bei steigender Arbeitslosigkeit durch die Verschärfung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander und durch die Verkleinerung des finanziellen Spielraums der Unternehmer die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften generell eingeschränkt sind. Unter solchen Bedingungen nehmen gewerkschaftliche Aktionen nur ausnahmsweise offensiven Charakter an; die Regel sind Abwehrkämpfe gegen Entlassungen oder Betriebsschließungen, gegen Übergriffe der Unternehmer, die die Arbeitsmarktlage ausnutzen, um frühere Erfolge rückgängig zu machen. Dies gilt in Italien schon für die nationale Tarifbewegung 1976, in der im wesentlichen nur früher erreichte Positionen abgesichert und verallgemeinert und durch Lohnerhöhungen Reallohneinbußen verhindert werden konnten. Auch die betrieblichen Forderungen, die ab Herbst 1976 aufgestellt wurden, hatten zum Ziel, der Verschlechterung der Lebensbedingungen entgegenzuwirken. Im Unterschied dazu konnten in der vorletzten allgemeinen Tarifbewegung (1973), die in einem relativen Konjunkturhoch ausgetragen wurde, noch einschneidende Verbesserungen, was die Einstufung in Lohngruppen und die Arbeitsbedingungen anging, erkämpft werden. Trotzdem werten die Gewerkschaften das Ergebnis von 1976 als einen Erfolg. Denn sie konnten vor allem zwei entscheidende Forderungen der Arbeitgeber zurückweisen: Einmal sollten nämlich die Lohnerhöhungen an geringe Fehlzeiten gebunden werden; das hätte die Gewerkschaften in den Kampf gegen den Absentismus eingespannt. Zum zweiten sollten die Gewerkschaften auf die die nationale Tarifbewegung ergänzenden betrieblichen Verhandlungen verzichten; damit wäre eine Voraussetzung der Dezentralisierung und Demokratisierung der Gewerkschaften in Frage gestellt worden. Diese Forderung bedeutete einen Angriff auf einen wichtigen organisationsinternen Erfolg der Basisbewegung.

Die zwischen 1968 und 1971 entstandenen einheitlichen gewerkschaftlichen Basisstrukturen im Betrieb, Delegierte und Fabrikräte, die die betrieblichen Strukturen der drei Richtungsgewerkschaften abgelöst haben, funktionieren heute noch. Diese Institutionen, die die betrieblichen Verhandlungen im wesentlichen tragen, wurden in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern mit verteidigt. Doch kann man schon seit etwa 1972 beobachten, daß die angestrebten weiteren organisatorischen Veränderungen in Richtung auf Demokratisierung und Vereinheitlichung auch oberhalb der betrieblichen Ebene von den sie vertretenden Gruppen (vor allem in den Industriegewerkschaften)

nicht mehr durchgesetzt werden konnten. Die organische Einheit der Gewerkschaften konnte wegen der bei Rückgang der Kämpfe wieder an Bedeutung gewinnenden zwischen- und innergewerkschaftlichen Differenzen nicht realisiert werden. Statt der Ausdehnung des unitarischen Prinzips von unten nach oben, schlossen sich die Gewerkschaftsbünde zu einer formalen Föderation zusammen, die aber immerhin die Aktionseinheit gegenüber Regierung und Unternehmerverbänden sichert. Die Beibehaltung der alten Organisationsstruktur in den Einzelgewerkschaften und den lokalen Untergliederungen der Gewerkschaftsbünde (der sogenannten „horizontalen Ebene") führte zu einer „Normalisierung" auch in den Fabrikräten; die Verwirklichung basisdemokratischer Grundsätze, wie etwa der Rotation der Ämter, blieb die Ausnahme. Die gewerkschaftliche Hierarchie oberhalb der Betriebe spielte sich wieder ein, die Initiative, die im Kampfzyklus sowohl von den Betrieben als auch vom gewerkschaftlichen Apparat ausging, sich wechselweise verstärkte, ging wieder an den Apparat über.

Diese Entwicklung ist heute für die Politik der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Krise und in Auseinandersetzung mit dem Historischen Kompromiß von Bedeutung, weil diese „Normalisierung" einherging mit einem Nachlassen der Beteiligung und Eigeninitiative der Arbeiter und Angestellten. Das Kampfniveau ist zwar nach wie vor sehr hoch, wie an zahllosen Einzelkonflikten, betrieblichen Verhandlungen, Verhinderungen von Entlassungen, Betriebsbesetzungen und Solidaritätsstreiks gezeigt werden könnte. Dennoch ist – vor allem für überbetriebliche Kampfmaßnahmen – die Mobilisierung ungleich schwerer als vor einigen Jahren; weil die innergewerkschaftliche Demokratisierung stagniert, der Einheitsprozeß und die Ausdehnung der Rätestrukturen gescheitert sind, hat sich das Engagement geschwächt. Es ist sicher richtig, daß 1969/70 die Gewerkschaftsbewegung diejenige gesellschaftliche Kraft war, die entscheidende Veränderungsinitiativen gegeben hat. Über bedeutende Lohnerhöhungen hinaus hat sie Zugeständnisse mit weitreichender Wirkung, das Arbeiterstatut und die Dezentralisierung der Tarifpolitik durch das Recht auf betriebliche Verhandlungen erreicht. Spätestens Ende 1970 verlagerte sich das Gesetz des Handelns jedoch wieder in die politische Sphäre.

Flankiert von der „Strategie der Spannung" der Faschisten und politischer Repression, setzten die Unternehmer Kapitalflucht und Investitionsverweigerung als zusätzliche Druckmittel zu den ersten auftretenden Krisenphänomenen ein, um die Gewerkschaften in die Defensive zu drängen. Regierung und lokale Verwaltungen widersetzten sich den Aktionen linker Gruppen und von Teilen der Gewerkschaften, die mit dem Selbstverständnis der „neuen Gewerkschaft" den herkömmlichen Aufgabenbereich der Gewerkschaften erweiterten und das traditionelle Politikverständnis der Parteien irritierten. Indem sie den Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse thematisierten, gingen sie über den Bereich des Betriebs hinaus. Mit den Versuchen zur selbstorganisierten Stadtteilarbeit, mit Wohnungsbesetzungen und alternativen Freizeit- und Kulturangeboten, mit Ansätzen zur Preiskontrolle und mit der Einbeziehung von Hausfrauen, Ju-

gendlichen und Alten sollte die Bewegung in den Betrieben erweitert und ergänzt werden. Diese Aktivitäten stärkten den gewerkschaftlichen Kampf für die sozialen Strukturreformen, sie verbanden die zentralen Mobilisierungen (Generalstreiks u. ä.) mit dezentralisierten und selbstorganisierten Kampfformen.

Für die Gewerkschaften bedeutete die Unterdrückung bzw. das Scheitern dieser Aktionsformen eine Zurückführung des Handlungsradius im wesentlichen auf betriebsbezogene Gewerkschaftspolitik. Die Vertretung der Reformforderungen verlagerte sich in der Folge immer mehr zu den Spitzengremien der Gewerkschaften hin, die Eigeninitiative der Basis schwand. Mit der Verlagerung in die Kompetenz der Gewerkschaftsführung entstand eine Diskrepanz zwischen der nach wie vor vorhandenen Stärke der Gewerkschaften in der Durchsetzung tarifpolitischer und betriebsspezifischer Forderungen, für die die Mobilisierbarkeit und Initiative der Arbeiter und Angestellten vorhanden sind, und ihrer allgemeinpolitischen Schwäche. Diese Schwäche drückt sich in der untergeordneten Rolle aus, die die Gewerkschaften bei Verhandlungen mit der Regierung, den Parteien und den Unternehmerverbänden spielen. Probleme der Wirtschaftspolitik, der Reformen, der öffentlichen Investitionen und konkrete Regierungsmaßnahmen wie neuerdings das – unzureichende – Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Jugendliche werden zunächst in der Regierung und (wie zur Zeit) zwischen der DC und den anderen Parteien und mit den Unternehmern diskutiert; die Gewerkschaften werden lediglich angehört, sie konnten ihre Forderungen bisher nicht durchsetzen.

Die Parteien versuchen, seit dem Rückgang der Bewegung Anfang der 70er Jahre verlorenen Boden in den Gewerkschaften wiederzugewinnen: PCI und PSI sowohl in der Mitgliedschaft durch Aktivierung ihrer Betriebsgruppen als auch in der Gewerkschaftsführung durch Reorganisation und personelle Veränderungen der Fraktionen; die DC über ihre Fraktion in der CISL. Das Scheitern der organischen Gewerkschaftseinheit Anfang 1972 war schon indirekt auf den wieder steigenden Einfluß der Parteien zurückzuführen, vor allem natürlich derjenigen, die sich in die Minderheit gedrängt sahen. Nur die Metallgewerkschaften konnten sich 1971/72 dem Einspruch der Parteien noch entziehen und formell eine Einheitsgewerkschaft, die FLM, bilden.

Die Austeritätspolitik fordert von den Gewerkschaften über die Akzeptierung der zentral beschlossenen Maßnahmen – Verlegung von Feiertagen, um das „Blaumachen" zu erschweren, Modifizierung der scala mobile, Tariferhöhungen öffentlicher Dienstleistungen, Benzinpreiserhöhung – hinaus, die Verzichtspolitik auf Fabriksebene zu vertreten. Ohne diese Ausdehnung der Austeritätsstrategie auf das Forderungsniveau der Gewerkschaften im Betrieb wäre ihr Effekt bald verpufft. Die Gewerkschaftsbewegung als Ganze akzeptiert dies als Rahmenbedingung der allgemeinen wie der betrieblichen Politik. Der offizielle Aufruf der Föderation für die regionalen Generalstreiks im Oktober 1976, mit denen das gewerkschaftliche Programm der wirtschaftlichen und sozialen Reformen unterstützt werden sollte, beginnt mit folgen-

den Absätzen: „Einschränkung des Konsums und Ausdehnung der Investitionen müssen sich entsprechen, um die Steigerung der Beschäftigung zu bewirken, vor allem im Süden. Die Verzichtspolitik und die Opfer müssen dem Einkommen entsprechend auf die ganze Bevölkerung verteilt werden."[5])

Dennoch haben sich viele Belegschaften bei der Aufstellung der Einzelforderungen für die betrieblichen Verhandlungen, etwa der empfohlenen Obergrenze des zu fordernden Geldbetrags, dem Druck nicht gebeugt. Besonders in Norditalien nämlich stiegen 1976 bis Frühjahr 1977 die Profite wegen der gestiegenen Arbeitsproduktivität, die bei gesunkener Gesamtbeschäftigung allein schon aus dem Rückgang des Absentismus folgte. Gerade in den norditalienischen Großbetrieben konzentriert sich eine unterschiedlich starke Opposition gegen die Linie der Gewerkschaftsbünde; sie hat Schwerpunkte, zum Teil lokale Mehrheiten, in den Industriegewerkschaften, landesweit bildet sie eine Minderheit. Diese Opposition setzt sich zusammen aus Mitgliedern und Sympathisanten von PSI und Democrazia Proletaria (DP), die den Historischen Kompromiß, nicht den PCI, ablehnen, und – zum größten Teil – aus parteipolitisch nicht gebunden Gewerkschaftern, die die Aufrechterhaltung der „harten" Interessenvertretung fordern. Von dieser Seite wird der Vorwurf erhoben, die Gewerkschaften, vor allem die CGIL, würden von PCI für die Regierungspolitik instrumentalisiert. In jenen Gebieten und Industriezweigen, wo diese Opposition stark ist, zeigt sich die Gefahr einer Polarisierung zwischen den Gewerkschaftsbünden – der größte Teil der CGIL auf der einen und Teile der CISL und der UIL auf der anderen Seite –, die punktuell sogar die Aktionseinheit in Frage stellt.

III

Diese Auseinandersetzungen bestimmten die Vorbereitungen für die nationalen Kongresse, die die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL in diesem Sommer abhielten. Im Bereich der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften war nur eine Bestätigung und Bekräftigung der bisherigen Linie zu erwarten: Im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Programmierung müßten endlich die Beschäftigung ausgedehnt, die produktive Basis in Industrie und Landwirtschaft erweitert und neue Investitionen in Süditalien vorgenommen werden. Delikater hingegen versprach die Diskussion um die gewerkschaftliche Autonomie, die Unabhängigkeit von den politischen Parteien, zu werden. Konservative Kräfte mögen gehofft haben, daß sich in dieser Debatte über den Vorwurf, die Gewerkschaften würden durch den PCI instrumentalisiert, Widerstand gegenüber den Gewerkschaftsspitzen artikulierte, der das innergewerkschaftliche und schließlich auch das innenpolitische Gewicht des PCI schwächen könnte. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Die Debatte verstand sich nicht als Austragung abstrakter „Flügelkämpfe". Vielmehr wurden Positionen präzisiert, die innerhalb der Arbeiterbewegung bestehen und die die ökonomische und politische Lage unterschiedlich beurteilen, die aber dennoch grundsätzlich von dem Bewußtsein

5) „Rassegna Sindacale", 370, 28. 10. 1976.

getragen sind, daß nur die Einheit die notwendige politische Rolle der Gewerkschaftsbewegung im Leben Italiens garantieren kann. Die Diskussion über die gewerkschaftliche Autnomie forderte nicht parteipolitische Unabhängigkeit als Abstinenz oder Agnostizismus, sondern es ging ihr darum, das Verhältnis zwischen gewerkschaftlichen und parteipolitischen Initiativen, das Verhältnis von Gewerkschaft und Parteien der Arbeiterklasse in der gegebenen Situation zu konkretisieren.

Die CGIL eröffnete die Serie der nationalen Kongresse. In Rimini fand vom 6. bis 11. Juni der 9. nationale Kongreß statt. Unter den Delegierten waren der PCI mit 55–56%, der PSI mit 32–33% und die DP mit 5–6% vertreten. Der Generalsekretär L. Lama begann seine Eröffnungsrede mit einer Selbstkritik, denn die Ziele des letzten Kongresses von 1973, als Vollbeschäftigung, die Entwicklung des Südens und der Ausgleich regionaler und sozialer Ungleichgewichte gefordert wurden, konnten nicht erreicht werden. Er bekräftigte die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Programmierung der Wirtschafts- und Investitionspolitik. In seiner politischen Aussage ging *L. Lama* davon aus, daß eine Änderung der Wirtschaftspolitik nur durch eine politische Wende zu erzielen ist. „Die Erfahrung dieser Jahre zeigt, daß der Vorschlag einer Wirtschaftspolitik und von Reformen, der von der Gewerkschaft vorgelegt wurde, nicht zu verwirklichen ist, wenn nicht präzise Entscheidungen getroffen und angemessene Maßnahmen von seiten der Regierung und einer parlamentarischen Mehrheit angewandt werden, die imstande ist, diese Politik kohärent zu unterstützen und Widerstände gegen sie zu überwinden. Das zentrale Problem, das die Gewerkschaft heute zu lösen sich gezwungen sieht, ist deshalb verbunden mit der Herstellung externer Bedingungen, auch politischer Bedingungen, die den Vorschlag einer neuen wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Ordnung für das Land zu verfolgen möglich machen."[6])

Niemand widersprach L. Lama darin, daß eine Regierung, die nach links offen ist, auch für die Gewerkschaft einen Schritt vorwärts bedeutet. Jedoch drückten die Vertreter der Minderheitenströmungen die Sorge aus, daß sich die CGIL zu stark an die Strategie des PCI binde.

M. Didò (PSI) warnte, daß trotz der formalen Öffnung des politischen Systems nach links eine restaurative Politik durchgesetzt werde, die schließlich die von den Gewerkschaften geforderte Restrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft unmöglich machen könne. Wenn nicht bereits die aktuelle Wirtschaftspolitik beeinflußt werde, dann werde ein weiteres Abwarten statt dessen zu einer nur den Marktgesetzen folgenden „wilden Restrukturierung" führen. Er erinnerte an die Erfahrungen der Mitte-Links-Regierungen der 60er Jahre, unter Einschluß des PSI, deren positive Ansätze im Bereich der Programmierungspolitik nicht hatten realisiert werden können, weil der ausschlaggebende Druck auf die alte herrschende politische Klasse fehlte. *E. Giovannini* (DP) sah die Gefahr, daß die CGIL zu einem Instrument wird,

6) Temi per il dibattito congressuale, in: „rassegna sindacale", settimanale della CGIL (XXIII), suppl. al Nr. 2, 20 genn. 1977, S. 10.

das nur noch den Konsens der Massen zu einer allein zwischen den Parteien entschiedenen Politik organisieren soll. Er warf die Frage auf, wie sich die CGIL bei einem Regierungseintritt des PCI verhalten solle. Die Minderheiten von PSI und DP wollen die Autonomie der CGIL sichern, indem sie versuchen, die Haltung der Gewerkschaft so weit wie möglich an ein eigenes konkretes wirtschaftliches und soziales Programm zu binden. Unabhängig von politischen Veränderungen soll dieses Programm verfolgt werden, und es soll zugleich die Kriterien enthalten, nach denen die Regierungstätigkeit beurteilt wird. *A. Marianetti* (PSI) beschrieb das gewerkschaftliche Dilemma so: Entweder wird die Gewerkschaft Protagonist der Politik, die die Krise Italiens überwindet, oder sie wird an den Rand des politischen und gesellschaftlichen Lebens gedrängt. Sie wird Protagonist der Entwicklung sein, wenn sie ein eigenes Programm vorlegt, sie wird aber in eine subalterne Rolle gedrängt und langfristig geschwächt, wenn sie sich in Wartestellung begibt gegenüber den Entwicklungen des politischen Systems.

In der einstimmig verabschiedeten Schlußresolution des Kongresses wurden die wirtschaftspolitischen Forderungen bestätigt. Ihr politischer Teil läßt jedoch die unterschiedlichen Interpretationen über die Bedeutung des Forderungsprogramms und über das Verhältnis zum politischen System weiter zu. Der Gewerkschaftsjournalist *S. Rivelli* faßte sie für die beiden Hauptströmungen der CGIL so zusammen: „Die Kommunisten in der CGIL wünschen eine Veränderung des politischen Systems mit einer Erweiterung der Regierungsmehrheit nach links; sie versichern die Autonomie der Gewerkschaft und die Notwendigkeit, ein Programm zu formulieren, das den politischen Kräften des Landes zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Änderung der Gesellschaft vorgelegt werden soll. Auch die Sozialisten in der CGIL wünschen eine Veränderung des politischen Systems mit einer Erweiterung der Regierungsmehrheit nach links, aber sie fürchten, daß die Gewerkschaften, und besonders die CGIL, benutzt – manche sagen instrumentalisiert – werden könne, um den Eintritt der kommunistischen Partei in die Regierung zu erleichtern. Aus diesem Grund bestehen sie darauf, daß die Autonomie der Gewerkschaft durch die Formulierung eines klaren wirtschaftlichen und sozialen Programms gestärkt wird, das auch die Gewerkschaft selbst in ihrem Verhältnis zu den politischen Kräften näher bestimmt." [7]

Die CISL hielt ihren 8. nationalen Kongreß vom 14. bis 18. Juni in Rom ab. Für die Debatte lagen zwei Thesenpapiere vor. Eine Minderheit um *F. Marini* und den Sekretär der Landarbeitergewerkschaft *P. Sartori* hatte Gegenthesen vorgelegt. *F. Marini* wandte sich dagegen, daß das programmatische Abkommen zwischen den Parteien, mit dem gerade zu dieser Zeit eine parlamentarische Mehrheit für das Minderheitenkabinett *G. Andreottis* geschaffen werden sollte, auch von den Gewerkschaften abgesegnet wird. „Das würde bedeuten, aus der Gewerkschaft eine siebte Partei werden zu lassen. . . . Uns beunruhigt an der Rede Lamas und an der Art, wie die CGIL ihren eigenen Kongreß über die politische Lage geschlossen hat, daß das Prestige der Ge-

7) „Corriere della Sera" v. 11. 6. 1977, S. 2.

werkschaft benutzt wird für eine direkte Einschaltung in das politische Kräfteverhältnis, für eine politische Richtung, die die der Linie des Historischen Kompromisses ist . . . und gegenüber der in der CISL viele Reserven bestehen."[8]) Diese Opposition hatte ihre Basis zunächst in den DC-Mitgliedern der CISL, zu denen auch die Verfasser der Gegenthesen gehören und die in erster Linie die Minderheitenregierung G. *Andreottis* schützen wollen. Aber dieser Widerstand reflektiert auch bestimmte organisatorische Besonderheiten der CISL. Stärker als die CGIL, deren Mitgliedschaft in der norditalienischen Arbeiterklasse konzentriert ist, organisiert die CISL viele Süditaliener und besonders Landarbeiter; dies gibt der „katholischen Inspiration" der CISL auch heute noch eine objektive soziale Basis, und es erklärt darüber die Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur DC. Zum zweiten steht die CISL als Organisation für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stärker als die CGIL in Konkurrenz zu einer Vielzahl von sogenannten autonomen Gewerkschaften, die nicht der Föderation von CGIL-CISL-UIL angehören. Bedeutsam unter ihnen sind die Gewerkschaften der Eisenbahner, viele sind nur lokal und auf eng begrenzte Berufsgruppen beschränkt. Sie reflektieren eine Mittelschichtenmentalität, die grundsätzlich gegen den „roten Syndikalismus" eingestellt ist, auch wenn sie ihre Gruppeninteressen teilweise mit avantgardistischen Argumenten vertreten. Die Ideologie und Militanz dieser autonomen Gewerkschaften, die vielfach das Bild vom „streikfreudigen" Italien prägen, drängt die CISL oft auf Distanz zur CGIL, um nicht Mitglieder zu verlieren.

Die Thesen, die von der knappen linken Mehrheit des Kongresses getragen wurden, sind Ausdruck der norditalienischen und besonders der Mailänder und Turiner Gruppen. Sie werden von der Metall- und Chemiegewerkschaft unterstützt, ihr wichtigster Exponent ist der Metallgewerkschafter *P. Carniti*. In der Selbstkritik dieser Mehrheitsthesen wurde die bisherige unzureichende Reformpolitik für „eine Verstärkung korporativistischer Tendenzen, der Gruppenegoismen, eine tiefe Involution des demokratischen Lebens, das Anwachsen der Ungleichheiten und der Zonen gesellschaftlicher Marginalisierung" verantwortlich gemacht[9]). Um diese Lage zu verändern, müssen sowohl die Isolierung der Gewerkschaft wie ihre Abhängigkeit und Subordination vermieden werden. „In der aktuellen politischen Situation, in der die Angriffe und die Drohungen auf die Gewerkschaftsautonomie offener vorgetragen werden, genauso wie die Versuche, die Gewerkschaft auf eine Hilfskraft der Parteien zu reduzieren, . . . bleibt die Autonomie ein Grunderfordernis des Gewerkschaftslebens. Sich für die Autonomie einzusetzen, bedeutet jedoch nicht, sich darauf zu beschränken, die Gewerkschaft vor externen Einmischungen und den formalen Pluralismus der Positionen zu verteidigen. Die Autonomie impliziert, daß die politische Verarbeitung im Innern der Gewerkschaft . . . mit induktiver Methode und folglich nicht dogmatisch, in einer Anstregung kollektiver Suche, die Notwendigkeit angeht, in Übereinstimmung mit den bestehenden Prinzipien einen eigenen Plan auszuarbeiten, um den Bereich aller Probleme der Arbeiter abzudecken, und dabei gleichzeitig die Pro-

8) „Corriere della Sera" v. 14. 6. 1977, S. 2.
9) Tesi 1, in: „Conquiste del lavoro", settimanale della CISL, Nr. 78, 14. 3. 1977, S. 5.

bleme der Lebensverhältnisse und Interessen der marginalisierten Schichten und der Volksmassen zu übernehmen."[10])

L. Macario, amtierender Sekretär der CISL nach dem Rücktritt von *B. Storti,* war bemüht, einen Bruch sowohl innerhalb der CISL wie gegenüber der CGIL und der UIL zu verhindern. Er sprach von einer „gewerkschaftlichen Linie der Arbeiterklasse", die zu verfolgen sei. Danach darf sich die Gewerkschaft nicht für bestimmte Regierungsformeln aussprechen, denn dann bände sie ihr Schicksal an Erfolg oder Mißerfolg der Regierungsparteien. „Die Gewerkschaft wird nicht zur siebten Partei, noch betritt sie Gebiete, die ihr nicht zustehen."[11]) Während *L. Macario* damit die Opposition der Minderheit beruhigen konnte, ließ er für die Debatte offen, wie die Felder zu bestimmen sind, auf denen die Gewerkschaft ihre autonome Rolle zu spielen hat. *P. Carniti* nutzte diesen Raum, um gegen den wieder auflebenden Widerstand der Minderheit eine Konzeption vorzulegen, nach der die Gewerkschaft und ihre Aktionen aggressiver und verstärkt auf die Schwierigkeiten in den Betrieben antworten müssen. Er bestand auf Kämpfen, in denen Investitionen, die industrielle Umwandlung, die Entwicklung des Südens, die Ausdehnung der Beschäftigung und vor allem die Verbesserung der Lage der marginalisierten Schichten, besonders der Frauen, Jugendlichen und Unterbeschäftigten, gefordert und erreicht werden.

Ein Bruch innerhalb der CISL bahnte sich an, als *P. Carniti* zwei Listen für die am Ende des Kongresses anstehende Wahl des Generalrats verlangte, um so das innere Kräfteverhältnis zahlenmäßig dokumentiert zu sehen. Die Minderheit um *F. Martini* war für eine Einheitsliste, in der vorab ein Ausgleich zwischen Mehrheit und Minderheit sowohl dem Inhalt wie der personellen Postenverteilung nach vorgenommen werden sollte. *L. Macario,* der zwar der Linken nahesteht, befürwortete die Einheitsliste, denn wenn seine Wahl zum Generalsekretär nur mit einer knappen Mehrheit über die Liste *P. Carnitis* und gegen die Stimmen der Minderheitenliste erfolgt wäre, dann würde seine Integrationskraft und -fähigkeit geschwächt und die innere Einheit der CISL auch für die Zeit nach dem Kongreß bedroht. Aber auch die Vermittlungsversuche, die er noch in letzter Minute unternahm, scheiterten. Nach einer immer polemischeren Debatte, in der die inhaltlichen Ziele von der Konfrontation überdeckt wurden, wurden schließlich zwei Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt. Ihnen entsprachen zwei Listen mit den Namen der Gewerkschafter, die den neuen Geralrat bilden sollen. Die Liste *Carniti-Macario* gewann überraschend hoch mit 60% der Stimmen der knapp 1000 Delegierten. Damit wurde eine Resolution angenommen, in deren politischer Aussage es heißt: „Die CISL betrachtet das Regierungsprogramm (über das die Parteien im Sommer verhandelten, d. Verf.) als Terrain der Begegnung und des Kampfes, und in diesem Sinn verweigert sie jede Unterordnung oder vorbeugende Unterstützung für Regierungsformeln und -aufstellungen: nicht aus politischem Agnostizismus heraus, sondern aus der Überzeugung, daß die alltägliche Gewerkschaftsaktion selbst wesentlicher Teil der Politik ist und, wenn sie nicht

10) Tesi 1, a.a.O., S. 30.
11) „Corriere della Sera" v. 15. 6. 1977, S. 2.

reine Kanalisierung des Massenkonsens wird, ist sie die Garantie für die Erweiterung einer substantiellen Demokratie und für die Realisierung einer positiven Beziehung zu den politischen Institutionen, gegenüber jeder Form von Autoritarismus, Konformismus und Passivität."[12])

IV

Die Gewerkschaften sind in der aktuellen Krise mit einer für Italien spezifischen Entwicklung, der Dezentralisierung der Produktion in den letzten Jahren, konfrontiert. In Italien war der Anteil der in Heimarbeit, die häufig zugleich Schwarzarbeit ist, produzierten Güter immer schon höher als in anderen Ländern. Nachdem in den letzten Jahren kampfstarke Belegschaften von Groß- und Mittelbetrieben einschneidende Lohnerhöhungen, Einfluß auf die Arbeitsbedingungen, soziale Verbesserungen und Rechte für die Gewerkschaften im Betrieb erkämpft haben, werden von vielen Unternehmern systematisch Teile der Produktion in Heimarbeit oder an Kleinbetriebe in Auftrag gegeben und die eigene Produktion entsprechend reduziert. Auf die Löhne, Arbeitsbedingungen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte dieser Arbeiter haben weder der Fabrikrat der auftraggebenden Firma noch die Gewerkschaften Einfluß, weil die Bereiche der Heimarbeit und der zahllosen Kleinbetriebe bisher nur in sehr geringem Maße organisiert sind.

Diese Strategie der Unternehmer hat für die Gewerkschaftsbewegung in mehrfacher Hinsicht negative Auswirkungen. Zum einen werden die Belegschaften der Groß- und Mittelbetriebe im Norden geschwächt. In diesen Betrieben hat jedoch immer die Basis der Kampfkraft der Gewerkschaften gelegen, und sie sind auch der Kern der jetzigen Abwehrkämpfe. Deshalb fordern die Gewerkschaften in diesen Betrieben eine Aufrechterhaltung der Beschäftigungszahl durch feste Neueinstellung für alle Abgänge, um das weitere Absinken der Zahl der fest Beschäftigten zu verhindern. Die Heimarbeiter und auch die in den Fremdfirmen Beschäftigten sind völlig von der Produktionsstrategie des Unternehmens abhängig, was die Dauer ihrer Beschäftigung und ihre Arbeitsbedingungen betrifft; sie sind sozial weit weniger abgesichert als andere Arbeiter und schwerer organisierbar. Diese Faktoren bedeuten schon für sich genommen eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Diese prekär Beschäftigten bilden zusammen mit den Arbeitslosen – davon allein über eine Million arbeitslose Jugendliche – ein Millionenheer von „emarginati", gesellschaftlich marginalisierten, an den Rand gedrängten Menschen, für die zur Zeit selbst der seit der Jahrhundertwende übliche Weg der Emigration verschlossen ist.

So ist es nicht übertrieben, von einer tendenziellen Spaltung der Arbeiterklasse zu sprechen, die zu einem Zerfall der Arbeiterbewegung in einzelne Gruppen führen kann. Ansätze zur Organisierung in Gruppen, etwa als Arbeitslose, als Jugendliche oder als Frauen, in Abgrenzung von den anderen – den beschäftigten Arbeitern und von den Gewerkschaften – sind bereits vorhanden: ein quasi korporativistischer Zerfall der Gesellschaft, der in Italien

12) „Corriere della Sera" v. 19. 6. 1977, S. 2.

eine Tradition hat. Nach der Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung nach 1968/69 bedeuten diese Spaltungstendenzen, die überdies noch weitgehend durch den Nord-Süd-Gegensatz (überwiegende Beschäftigungs- gegen überwiegende Arbeitslosigkeits-Region) verstärkt werden, eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Eine Zersplitterung der Abwehrkämpfe gegen die Auswirkungen der Krise und ein Gegeneinander innerhalb der Arbeiterbewegung könnte zu einer historischen Niederlage führen. Die Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse, auch der Arbeitslosen, ist ein traditionell von den Gewerkschaften vertretener Anspruch. Aktuell stehen sie vor der Aufgabe, ein organisatorisches Konzept zur Einlösung dieses Anspruchs zu entwickeln, denn die Industriegewerkschaften, die ihre – beschäftigten – Mitglieder in einem Industriezweig vertreten, sind dazu nicht in der Lage. Angestrebt wird eine Stärkung der unteren horizontalen Ebene, der lokalen und regionalen Strukturen der Gewerkschaftsbünde, um unabhängig von den Problemen und Interessen einer Branche die Interessen von Arbeitslosen, Jugendlichen und prekär Beschäftigten gemeinsam vertreten zu können. Trotz solcher Ansätze müssen die Gewerkschaften beunruhigt bleiben, weil sich Passivität und Resignation weiter auszubreiten scheinen.

Aber in den Fabriken haben die Gewerkschaften keine vorwärtstreibende Strategie entwickeln können. Die Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze führt sie sogar manchmal zu von vornherein verlorenen Kämpfen. Die mittelfristig geforderte Restrukturierung der italienischen Wirtschaft macht neben der Kapitalmobilisierung auch die inner- und zwischenbetriebliche Mobilität der Arbeitskräfte nötig; nur so läßt sich das Ziel, die Beschäftigung an *produktiven* Arbeitsplätzen auszudehnen, erreichen. Kurzfristig bedeutet dies aber, bestehende soziale Errungenschaften – wie den Kündigungsschutz über das System der „cassa d'integrazione" – nicht in Anspruch zu nehmen, wenn die Verteidigung solcher Arbeitsplätze schließlich doch nicht die Schließung unrentabler Betriebe verhindern kann. Andererseits gilt es, der Unternehmerstrategie zu widerstehen, unter der Parole „Erhöhung der Arbeitsmobilität" nur einen Abbau des Kündigungsschutzes, eine Erleichterung von Entlassungen zu erreichen.

Die Forderung nach einer vorwärtstreibenden Strategie kann nicht eine voluntaristische Offensive verlangen. Das Beispiel der Arbeitsmobilität zeigt, wie schwierig die richtige Antwort zu finden ist. Aber die Verteidigungskämpfe, mit denen hier und heute die Krisenlasten zu bewältigen versucht werden, müssen sich in ein Aktionsprogramm einbetten, das die aktuellen Probleme aufnimmt, realistische und mit den mittelfristigen Forderungen vereinbare Lösungen propagiert und hierfür mobilisiert. Statt dessen scheinen die Tagesprobleme vertagt bis nach der zentralen politischen Veränderung. Das Warten auf die Wandlung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien lähmt die italienische Arbeiterbewegung, hierin liegt die Ursache für die zunehmende Passivität und Resignation, die die Verschiebung im innenpolitischen Kräfteverhältnis nach den Wahlen 1975 und 1976 aufzuheben drohen.

Der Historische Kompromiß des PCI ist zwar – vielleicht nach der ersten Mitte-Links-Regierung von 1963 – die bedeutendste politische Veränderung in der italienischen Nachkriegsgeschichte. Aber das Ausbleiben unmittelbarer Ergebnisse dieser Strategie im sozialen Bereich fördert die politische Passivität. Denn die kurzfristige Zielsetzung des Historischen Kompromisses bezieht sich auf die Wandlung des Kräfteverhältnisses im politischen System, in seinem sozial-ökonomischen Inhalt ist er mittelfristig, auf einen Zeitpunkt danach, orientiert. Mit der Vertagung der aktuellen Probleme aber verschärft sich die Krise nicht nur objektiv, sondern vor allem auch subjektiv, weil Resignation Mobilisierung verhindert. Verstärkung der Organisierung und Aktionen mit sofortigen Ergebnissen sind notwendig, gerade um die Entmutigung aufzuhalten. Und deswegen dürfen auch die bisherigen Ergebnisse, so begrenzt sie sein mögen, nicht unterschätzt und vergessen werden: Denn dies würde die Verbreitung von Ratlosigkeit und Mißtrauen verstärken und die Glaubwürdigkeit der Initiativen und Kämpfe schwächen, die zu entwickeln mehr denn je notwendig ist, um den Lauf der Wirtschafts- und Sozialpolitik Italiens zu ändern. Im Januar 1977 sagte der Generalsekretär der CGIL, *L. Lama:* „Auf dem Spiel steht nicht . . . ein normaler Lohnkampf, die Verteidigung dieser oder jener – wenn auch wichtigen – Position der Gewerkschaft. Auf dem Spiel steht ein tiefer Wandel der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Neugestaltung der italienischen Wirtschaft, die Erkämpfung einer gerechteren Gesellschaft. Und ein so hohes Ziel erobert man nicht ohne Opfer und Opferwillen und härteste Kämpfe. Aber es lohnt der Mühe!"[13])

13) L. Lama, Il sindacato nella crisi italiana, Rom 1977, S. 278.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

77 *Haug* **Kritik des Absurdismus.** J.-P. Sartre. 256 S. DM 9,80
81 *Kahl* **Positivismus als Konservatismus.** 301 S. DM 14,80
82 *Butterwegge* **Alternativen der Wirtschaftslenkung.** 155 S. DM 9,80
83 *Mayer/Stuby (Hg.)* **Das lädierte Grundgesetz.** 356 S. DM 14,80
84 *Hinrichs/Peter* **Industrieller Friede?** 298 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* **„Kritische Vernunft": Popper.** 270 S. DM 14,80
87 *Menschik* **Feminismus.** 358 S. DM 12,80
88 *Kühnl/Hardach* **Zerstörung der Weimarer Republik.** 290 S. DM 12,80
89 *Apel* **Umfrage UdSSR.** Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 *Preiß* **Humanisierung der Arbeitswelt.** 132 S. DM 12,80
96 *Sandkuhler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

„Der Rubikon ist noch nicht überschritten"

Zu einem Gespräch zwischen Heinz Oskar Vetter und Christian Götz über gewerkschaftspolitische Grundsatzfragen*)

Von Frank Deppe

Als 1969 der stellvertretende Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Heinz Oskar Vetter, die Nachfolge von Ludwig Rosenberg im Amt des DGB-Vorsitzenden antrat, galt er weithin als ein „unbeschriebenes Blatt". Viele betrachteten ihn als einen „Verlegenheits-" bzw. „Kompromißkandidaten", nachdem – unter mehr als peinlichen Umständen – der Versuch des rechten Flügels im DGB gescheitert war, seinen Kandidaten Kurt Gscheidle – damals stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, heute Bundesverkehrsminister – durchzusetzen. Inzwischen zweifelt jedoch kaum noch jemand an der Autorität von Heinz Oskar Vetter; denn er hat es verstanden, sich menschlich und gewerkschaftspolitisch Respekt zu verschaffen. Wie auch das von Christian Götz – Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV – beigefügte „Kleine Lexikon" mit Aussagen des DGB-Vorsitzenden zu gewerkschaftlichen und politischen Grundsatzfragen deutlich werden läßt, hat sich Vetter vor allem durch sein Engagement in der gesellschaftspolitischen Reformdiskussion seit dem Ende der 60er Jahre profiliert. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Krisenhaftigkeit der sozialökonomischen und ideologischen Verhältnisse in der BRD, aber auch der wachsenden Erfahrung von Grenzen „klassischer" gewerkschaftspolitischer Erfolgsmuster hat er sich immer wieder um die Verdeutlichung grundsätzlicher Orientierungen und Handlungsperspektiven der Gewerkschaften bemüht. Offensichtlich nimmt er die Erkenntnis ernst, daß „Beschränkung nur auf Pragmatismus . . . in der absoluten Geistlosigkeit (endet)".

Die Vorgänger von Vetter standen gleichsam „von Kindesbeinen an" in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung: Hans Böckler wurde 1894 Mitglied des DMV und war schon seit 1903 hauptamtlicher Sekretär; Christian Fette war bereits 1920 in Bremen Vorsitzender des Deutschen Buchdruckerverbandes; Walter Freitag und Willi Richter waren seit 1907 bzw. 1913 Mitglieder des DMV, und Ludwig Rosenberg amtierte schon vor 1933 als Bezirksgeschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Heinz Oskar Vetter hingegen wird erst 1946, knapp 30 Jahre alt, Gewerkschaftsmitglied – 1952

*) Alle Angaben im Text beziehen sich – soweit nicht anders angegeben – auf das aus Anlaß des 60. Geburtstags des DGB-Vorsitzenden herausgegebenen Buches: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977.

übernimmt er seine erste hauptamtliche Funktion und wird Mitglied der SPD. Er hat sich also – was keineswegs ein Nachteil sein muß – schrittweise und langsam auf die Arbeiterbewegung zubewegt –, und er versichert seinem Gesprächspartner Christian Götz, daß er jeden dieser Schritte reiflich durchdacht habe. Dabei wird schon der Einfluß deutlich, der die Vorstellungswelt und Weltanschauung des DGB-Vorsitzenden bis heute nachhaltig prägt: er entstammt einer überzeugt christlichen Beamtenfamilie mit „ein wenig pietistischem Einschlag" und gehört auch heute noch der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands an. Dennoch wird man den von Christian Götz genannten „drei Quellen" der Persönlichkeitsbildung – gewerkschaftliche Überzeugung, sozialdemokratische Orientierung und glaubensmäßige und kirchliche Einbindung – noch eine vierte hinzufügen müssen: die geschichtlich-politische Erfahrung; denn es ist unverkennbar, daß die gewerkschaftspolitischen und sozialethischen Überzeugungen Vetters durch die Erfahrung von Faschismus, Krieg, Kriegsgefangenschaft und Nachkriegsrestauration geformt worden sind.

Wenn Vetter – neben dem Sozialdemokraten Fritz Erler – Hans Böckler als „Vorbild" nennt, so mag dabei schon das Bewußtsein anklingen, daß die Gewerkschaftsbewegung in der BRD seit einiger Zeit – spätestens jedoch seit der Krise nach 1974 – in eine Periode eingetreten ist, in der um grundlegende gesellschaftspolitische Entscheidungen gerungen werden muß, in der der Gegensatz von „Neuordnung" und „Konservierung" bzw. „Restauration" der krisengeschüttelten kapitalistischen Gesellschaft alle Einzelfragen gewerkschaftlicher Politik durchdringt. Er betont die Notwendigkeit einer „kritischen Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte", sieht die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung angesichts der heraufziehenden faschistischen Gefahr in den Jahren 1930 bis 1933. Zugleich weiß er, daß nach 1945 „der ‚große Wurf' (der Neuordnung) nicht gelungen ist", daß eine „Restauration ‚alter Kräfte' stattfand". Während also in Zeiten der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche nur der entschlossene Kampf zum Ziel führen kann, haben sich die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen – so Vetter – seit 1952 grundlegend gewandelt: „Praktisch ist seit den Tagen, wo wir vor dem Parlament standen und um das Mitbestimmungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz gerungen haben, der ‚revolutionäre' Zustand beendet. Wir befinden uns seitdem im Zustand der Evolution, d. h. der permanenten prozessualen Entwicklung auf die Ziele der Arbeitnehmerschaft hin."

Man könnte mit Recht über diese Unterscheidung von „revolutionär" und „evolutionär" streiten, zumal es schwer fallen dürfte, die Zeit von 1945 bis 1952 als einen „revolutionären Zustand" anzuerkennen. Gleichwohl wollen wir uns eingehender mit der vom DGB-Vorsitzenden – auch im Hinblick auf die Ergebnisse des „Evolutionsprozesses" und die gegenwärtigen gewerkschaftspolitischen Aufgaben – gestellten Fragen beschäftigen: „Wurde bereits der Rubikon überschritten, wo die Menge des Erreichten umschlägt in eine neue Qualität der gesellschaftlichen Ordnung? 1971 mußten die Gewerkschaften das verneinen. Und diese Antwort gilt im Prinzip auch heute noch."

Was aber heißt: „den Rubikon überschreiten"? „Zunächst die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen über Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie auf allen notwendigen Ebenen verwirklichen. Dadurch kämen wir in die Phase der Erfahrung, ob wirtschaftliche Demokratie in Verbindung und im Zusammenwirken mit politischer Demokratie ausreicht, um sagen zu können, Herrschaftsverhältnisse und Abhängigkeiten hätten sich grundsätzlich zugunsten der Arbeitnehmerschaft gewandelt." Vetter betont immer wieder, daß nach seiner Überzeugung „ein dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschritten werden soll. Der Kapitalismus und die Klassengesellschaft müssen durch Reformen schrittweise im Sinne der Wirtschaftsdemokratie und des Sozialstaatspostulates des Grundgesetzes verändert werden. Dabei „übernimmt die Mitbestimmung eine entscheidende Funktion", obwohl damit nur eine Zwischenetappe im Kampf um die qualitative Demokratisierung angegeben werden kann: „Die Verwirklichung der qualifizierten Mitbestimmung auf allen Ebenen ist der Beginn und nicht das Ende einer gesellschaftlichen Gestaltung der Zukunft." Als weiteres Instrument der Veränderung bezeichnet der DGB-Vorsitzende die „Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung", denn: „der ‚dritte Weg' . . . ist eine Gesellschaft des Teilens, und zwar des Teilens der Macht und – prosaisch ausgedrückt – des Geldes." Dabei nennt er allerdings die Selbstverwaltung der Vermögensfonds durch die Arbeitnehmer als unverzichtbaren Bestandteil der gewerkschaftlichen Konzeption.

Nun würde es der Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Situation und angesichts ihrer praktischen Aufgaben wenig hilfreich sein, in eine extensive theoretische Diskussion über die Konzeption des „dritten Weges" (der es schließlich an erfolgreichen geschichtlichen Vorbildern mangelt) und des organischen Bildes von der „Kette von aufeinander aufbauenden Reformen" einzutreten. Wichtiger ist auf jeden Fall die Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt, den der Gesprächspartner von Vetter, Christian Götz, vor einer Zeit klar benannt hat: Die Gewerkschaften haben seit 1949 zwar ihrer Schutzfunktion erfolgreich entsprochen; „der hohe Preis bestand (aber) darin, auf dem zweiten und zumindest gleichrangigen Feld der gesellschaftspolitischen Gestaltungsfunktionen keine wesentlichen Fortschritte durchsetzen zu können. Es wurde nicht angestrebt bzw. gelang letztlich in keinem Fall, Vorstellungen, die auf eine strukturelle Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gerichtet waren, zu realisieren" [1]). Ganz offensichtlich besteht also ein Zusammenhang – zumindest im Hinblick auf die tatsächliche Entwicklung der BRD und der Gewerkschaftspolitik – zwischen der evolutionistischen Konzeption eines „organischen Reformprozesses" und der Restauration und Konsolidierung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der ihnen entsprechenden Klassengesellschaft – ein Zusammenhang, der in den verschiedenen Entwicklungsphasen der Gewerkschaftspolitik selbst immer wieder die Verwirklichungsbedingungen gesellschaftspolitischer Reformziele in Frage stellt.

1) Christian Götz, Die Hoffnungen auf eine neue Gesellschaft erfüllten sich nicht, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/1974, S. 630ff., hier S. 632.

Vetter selbst formuliert den Inhalt und die Perspektive des Kampfes um Reformen eindeutig: „Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns." Diese Einsicht muß gerade im Zusammenhang des bisherigen Scheiterns vieler gewerkschaftlicher Reformprojekte zwischen 1969 und 1977 – von der Mitbestimmung bis zur Bildungsreform – auch zu weiterführenden Erkenntnissen über den Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes im gesellschaftspolitischen Raum führen. Jeder Schritt zur Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, der auch nur in geringem Maße die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals einschränkt, ruft den entschlossenen Widerstand der politischen und ideologischen Repräsentanten der existierenden Herrschaftsverhältnisse hervor. Das ist die politische Grunderfahrung des vergangenen Jahrzehnts. Die Gegenoffensive der „konservativen Kräfte" konnte eben auch deshalb nicht geringe Erfolge verbuchen, weil in den Gewerkschaften erhebliche Unklarheiten darüber bestanden und noch bestehen, wie die gesellschaftspolitischen Reformziele in der Praxis durchzusetzen sind – und: weil die weit verbreitete Hoffnung auf die sozialdemokratische Regierungspartei – als dem angeblich wirkungsvollsten politischen Anwalt von Arbeitnehmerinteressen – enttäuscht wurde. So bestätigen diese Erfahrungen, daß in einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung alle gewerkschaftspolitischen Fragen „Machtfragen" sind, daß es keine innere Logik der Durchsetzung für den organischen Reformprozeß gibt, sondern daß jeder Reformschritt – auch bei solch bescheidenen Reformen, die zunächst einmal das bestehende System im Interesse der Arbeitnehmer verbessern wollen – Bestandteil einer harten Machtauseinandersetzung ist und daß sich erst in dieser bewußt geführten Auseinandersetzung die gewerkschaftliche Autonomie, das gesellschaftliche Bewußtsein der Lohnabhängigen und – als Bestandteil davon – deren gewerkschaftliche Kampferfahrung zu entwickeln und zu bewähren vermag.

Ein zweiter wesentlicher Punkt betrifft den Zusammenhang zwischen der Gewerkschaftspolitik und der schweren Krise des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Vetter spricht auch diesen Zusammenhang an: „Gerade in Krisensituationen wird den Arbeitnehmern und Gewerkschaften doch immer wieder schmerzhaft bewußt, daß die beschriebene und geforderte qualitative Veränderung eben doch noch fehlt." Dennoch verzichtet Vetter darauf, systematisch über die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Krise nachzudenken und diese mit den Aufgaben und der Zielbestimmung der Gewerkschaftspolitik zu verknüpfen. Er weiß, daß der Erfolg der Gewerkschaftspolitik durch „die breite wirtschaftliche Rezession, die uns mitten ins Ruder lief", in erheblichem Maße beeinträchtigt wurde. Damit wird jedoch die gesamte Konzeption des organischen Reformprozesses in den Zusammenhang der Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise einbezogen.

Auch hier zeigt sich wiederum, daß der „Rubikon" nicht nur die Grenze zur qualitativen Demokratisierung der Gesellschaft, sondern auch die Grenze des programmatischen Selbstverständnisses der Gewerkschaften markiert. Das Grundsatzprogramm von 1963 geht – was aus der damaligen wirtschaftlichen

Situation noch verständlich sein mag – auf das Problem der Krise und einer gewerkschaftlichen Strategie der Krisenverhinderung und -überwindung überhaupt nicht ein. Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre, und der auch in Zukunft fortbestehenden sozialen Widersprüche (u. a. Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Leistungen) wird aber ein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm nicht darauf verzichten können, zu diesen existentiellen Fragen Stellung zu beziehen. Mitbestimmung und Vermögensbildung können Instrumente sein, Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit voranzutreiben – sie reichen aber als Instrumente nicht aus, um die Krise zu überwinden oder in der Zukunft zu verhindern. Vetter hat dieses Problem schon vor dem Eintritt in die Wirtschaftskrise prinzipiell angesprochen: „Unsere Forderung nach Investitionssteuerung ist nur *ein* Beitrag zur Neuordnung der Wirtschaft. Der andere liegt in der Sozialisierung. Das DGB-Grundsatzprogramm stellt dazu fest, daß Schlüsselindustrien und andere markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen sind. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Passage unseres Grundsatzprogramms in der nächsten Zeit aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt wird."

Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten vor allem den folgenden Hinweis des DGB-Vorsitzenden nicht überhören: „Den Programmentwurf (für ein neues Grundsatzprogramm des DGB) werden wir in den Gewerkschaften bis unten, bis in die letzten Einheiten, zur Diskussion stellen. Das geschieht in dieser Breite zum ersten Mal . . . Gelingt das Experiment, so bekäme das neue Grundsatzprogramm eine neue Qualität, einen neuen politischen Anspruch, der aus der breiten Mitgliedschaft kommt und in die breite Mitgliedschaft zurückwächst." Dabei muß der Hinweis von Christian Götz ermutigen, daß „Heinz Oskar Vetter . . . ein guter Verbündeter all jener Menschen und politischen Kräfte (ist), die den heutigen ‚Status quo' in unserer Gesellschaft nicht hinnehmen, sondern – unter dem Gesichtswinkel der elementaren politischen und sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten – überwinden und verändern wollen."

HANDWÖRTERBUCH INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber W. Woyke
Aktuell * umfassend * handlich * unentbehrlich
70 Stichwörter von Abrüstung bis Zypernkrise *
rund 400 Seiten * Sach- und Personenregister *
gb. 36,- DM * kt. UTB 702: 22,80 DM * **Leske**

Medienkritik

„HERR FILBINGER IST HIER KEINE GREMIE . . ."

Mit dieser etwas exotischen Formulierung gab der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Rau seiner Überzeugung Ausdruck, in seinem Land sei die liberalste Fernsehanstalt zu Hause. Solche denkwürdigen Worte fielen in eben dieser Anstalt, und der Intendant, ebenfalls zugegen, versicherte, es sei „nicht nötig, die Zuschauer in diesem Lande aufzurufen, endlich die Freiheit im Westdeutschen Rundfunk herzustellen".

Solches versichert ein Intendant seinen Zuschauern auf dem Bildschirm nicht alle Tage, und daß es an diesem Sonntagabend, 4. Dezember, geschah, dazu noch in Abänderung des ARD-Programms, hat Gründe. Mehrere bekanntgewordene Fälle von Verhinderung und Zensur kritischer Sendungen hatten zur Konstituierung einer Initiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" geführt, die einige Tage später eine öffentliche Veranstaltung durchführen würde. Da sah man offenbar eine vorbeugende Beschwichtigung als nützlich an: eine liberale Diskussion, zu der die Angst vor der Öffentlichkeit die Herren vor die Mikrophone trieb.

Zur Sprache kamen Vorfälle der letzten Zeit und drohende strukturelle Änderungen, die, wie die Kritiker, die man sich dazugebeten hatte, hart, klar und überzeugend darlegten, alle dieselbe Tendenz verraten: Beschneidung, Entschärfung und Verbot von Sendungen kritischen Inhalts. Und in der Folge solcher Maßnahmen die weiter reichende innere Zensur, Angst und Anpassungstendenzen in den Redaktionen. In allen konkret angesprochenen (und z. T. durch Ausschnitte dokumentierten) Fällen waren die von Intendanz und Programmdirektion gegebenen Begründungen für Zensurmaßnahmen nicht nur wenig überzeugend, sondern erschreckend, wenn man sie daraufhin untersucht, was sie an Vorstellungen über *Qualität* und *Dramaturgie* (so das neue Wort für die Sache, die südlich der Mainlinie noch *Ausgewogenheit* heißt) einer Sendung entlarvten.

So meinte Programmdirektor Hübner, der Film über Wallraffs Tätigkeit bei der „Bildzeitung" sei „schlecht", nur 2 oder 3 *filmische* Sequenzen seien darin, sonst nur Monologe von Wallraff. Dies ist gewiß richtig, aber daß man in solchen Ausnahmefällen, wo ein normales dokumentarisches Arbeiten unmöglich ist, nicht diese üblichen Maßstäbe anlegen darf und daß der Film auch so ein außergewöhnliches Dokument über einen unser politisches Leben wesentlich bestimmenden Gegenstand ist, haben wohl die zahlreichen ausländischen Fernsehanstalten, die den Film sendeten, richtig eingeschätzt.

So meinte Programmdirektor Hübner zu Äußerungen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern über das Fernsehen: „Hier werden Behauptungen aufgestellt, von den Arbeitern, über Dinge, die sie nicht wissen können, z. B. daß die Rundfunkräte und die Parteien das Programm machen." Über eine solche Meinung von Zuschauern müßte man auch dann diskutieren, wenn sie falsch wäre. Aber ist sie falsch?

Angesprochen auf den Vorwurf der Arbeiter, das Fernsehen sei unternehmerhörig, verweist Hübner darauf, „gerade neulich" hätte er auf einer Unternehmertagung den Vorwurf hören müssen, das Fernsehen bringe viel zu viel über Gewerkschaften. Und ebenso schlitzohrig verteidigt sich Intendant v. Sell gegen den Verdacht, er gebe bestimmtem Druck von außen zu gerne nach, mit dem Hinweis, er habe die Entscheidung über die Absetzung getroffen, noch ehe irgendeine Stimme sich gegen sie erhoben habe – glauben die beiden naiven Herren, solch biedere Treuherzigkeit in Worten könne den Eindruck verwischen, den ihre Taten erwecken?

Denn die „Gremie Filbinger", das heißt der politische Druck der reaktionären Kräfte, setzt sich auf andere Weise durch. Wenn Wallraff seine Identität wechseln muß, um zu beweisbaren Informationen über die Methoden der Unternehmerherrschaft oder der Volksverdummung im Interesse der Unternehmer zu kommen, so nützt man den Unternehmern, wenn man solche Kritik unter dem Vorwand unterdrückt, man lehne die *Methode* ab, mit der sie einzig möglich ist.

Im Schlußwort wandte sich Intendant v. Sell gegen das „Pathos" der Formulierund „Rettet die Rundfunkfreiheit"; so könne man doch nicht zu „Verständnissen kommen". Es ist zu fürchten, daß die Rettung der Freiheit nicht durch solche *Verständnisse* möglich ist. Besser wäre, die Zuschauer nähmen das selber in die Hand.

Günter Giesenfeld

Bücher

Sozialpolitik in der Krise

Ein Literaturbericht

I

Sowohl historisch als auch aktuell haben Konzentrationstendenzen, Strukturveränderungen und Krisen der gesellschaftlichen Wirtschaft weitreichende und vielschichtige, wie auch immer vermittelte, physische und psychische Auswirkungen auf die Lebens- und Existenzbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung gehabt. Für diese Mehrheit der Bevölkerung ist der Lohnabhängigenstatus zunehmend typisch; diese Mehrheit reproduziert ihre Existenzbedingungen entweder über die Verwendung der Lohn- und Gehaltseinkommen und/oder über gesellschaftliche und öffentlich organisierte Sozial- und Reproduktionsleistungen. Die historischen und aktuellen Entwicklungen in Ökonomie und Politik treffen immer *beide* Formen der Reproduktion, beschränken sich also z. B. keineswegs auf die arbeitslos gemachten Menschen und treffen in den verschiedenen Erscheinungsformen auch jene Personen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr in einem Lohnarbeitsverhältnis stehen.

In der Bundesrepublik Deutschland – jedoch nicht nur hier – waren und sind die realen Entwicklungen und Krisen in Ökonomie und Politik auf wissenschaftlicher Ebene Anlaß zu mehr oder weniger grundlegenden und grundsätzlichen Diskussionen und Kontroversen in den Wirtschaftswissenschaften geworden. *J. Goldberg* dokumentierte in dieser Zeitschrift (Heft 7/1977, S. 874–884) diese Diskussion der neuesten Zeit (soweit und sofern sie an der Arbeiterbewegung orientiert ist).

Die wesentlichen sozialen Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Entwicklungen und Krisen (besonders ab 1973) sowie die immer kostspieligeren staatlichen Reaktionsweisen und die zunehmende zeitliche, sachliche und soziale Angewiesenheit immer breiterer Bevölkerungsschichten auf das Handeln sozialpolitischer Institutionen widerspiegeln sich in sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen in einem „neu" erwachten – häufig durch staatliche Forschungsmittelvergabe alimentierten – soziologischen „Interesse" an Sozialpolitik.

Am Beispiel dreier Buchveröffentlichungen[1]) und einiger Literaturhinweise soll in unserem Bericht diese Entwicklung nachgezeichnet und nachvollziehbar gemacht werden, die neben der traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und sozialethisch-ideologischen Behandlung von *Sozialpolitik* zunehmend an Raum gewinnt[2]).

II

Der von *A. Murswieck* herausgegebene Sammelband umfaßt durchgehend Beiträge, die die Ebene der Fragestellung nach der Existenzweise des Staates in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht unterschreiten bzw. umgehen und die diese Fragestellung auf die Sozialfunktion des bürgerlichen Staates hin konkretisieren und verdichten (Politik, 12). *K. P. Japp* (Politik, 13–34) skizziert eine ökonomisch begründete Theorie öffentlicher Produktionsaktivitäten, welche die Aufspaltung in eine ökonomische und politische Theorie der „spätkapitalistischen Formation" unterlaufen soll (Politik, 13). Der Beitrag von *G. Bechmann* (Politik 35–61) schildert die sich letztlich aus der ökonomischen Krise ergebenden Enttäuschungen der in den frühen 70er Jahren mit erheblichen finanziellen Mitteln staatlich geförderten „So-

1) Axel Murswieck (Hrsg.), Staatliche Politik im Sozialsektor. München 1976 (zit.: „Politik"). – Bernhard Badura/Peter Gross, Sozialpolitische Perspektiven, München 1976 (zit.: „Perspektiven"). – Christian v. Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19/1977 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Opladen 1977 (zit.: „Soziologie"). – Arthur Böpple, Sozialpolitik in der Krise, Frankfurt/M. 1977 (zit. „Krise").

2) Vgl. als neuere in diesem Zusammenhang nicht besprochene, überwiegend oder ganz sozialwissenschaftlich argumentierenden Veröffentlichungen: Hans Peter Widmaier, Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat, Reinbek bei Hamburg, 1976. – Wolf-Dieter Narr/Claus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln, 1975.

horizont

sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

horizont

Berliner Verlag,
DDR-1056 Berlin,
Karl-Liebknecht-
Straße 29

bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

Ein Probeexemplar kann beim Verlag direkt angefordert werden.

— — — — — — — — —

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag, 4000 Düsseldorf, Ackerstraße 3

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 78,– zuzüglich Portogebühren DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name _____ Vorname _____

PLZ, Ort _____ Hausnummer _____

zial-Indikatoren-Bewegung"[3]). Diese „Bewegung" wollte und will im Rahmen der Maßnahmen zur „Professionalisierung der inneren Reform", vornehmlich in naiver, gleichwohl schlagseitiger Überschätzung der Bedeutung sozialer Daten für die Handlungsspielräume des bürgerlichen Staates, „aktive Sozialpolitik" theoretisch und informatorisch fundieren. Bechmann skizziert als mögliche und/oder tatsächliche Handlungsformen des bürgerlichen Staates Krisenmanagement, Strukturplanung und Gesellschaftsplanung und bestimmt vor diesem Hintergrund den möglichen und/oder tatsächlichen Stellenwert und die Funktion von Sozialindikatoren. Murswieck (Politik, 62–91) argumentiert aus der Perspektive kritischer politologisch-soziologischer Verwaltungsforschung. Nach Überlegungen zur theoretischen Bestimmung staatlicher Politik im Sozialsektor (Politik, 64–70) skizziert Murswieck den Modus der „Entscheidungsproduktion" (d. h.: Gesetz-, Verordnungsgebung) im Staatsapparat (Politik, 70–83). Abschließend diskutiert der Autor die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Partizipation im Sozialsektor. *J. Ueltzhöfer* versucht für die BRD eine empirische Fundierung der politökonomischen (auch in der BRD zunehmend diskutierten) Konzeption von O'Connor[4]), der die Finanzkrise des Staates u. a. durch die Kapitalisierung weiter Bereiche des Sozialsektors als theoretisch bewältigbar ansieht (Politik, 94). Ueltzhöfer prüft die Ausmaße privatwirtschaftlicher Produktion sozialer Leistungen für die BRD und teilt zahlreiche empirische Daten mit. Für die BRD sieht der Autor eine wesentliche Verstärkung der aktuellen Reprivatisierungstendenzen als unbedingte Voraussetzung der Kapitalisierung des Sozialsektors an. Abschließend begründet Ueltzhöfer die These, daß die Reprivatisierung keine echten Kostenvorteile für die öffentlichen Haushalte erbringt (Politik, 116). *F. Naschold* (Politik, 126–138) behandelt am „Politikbereich" Gesundheit die strukturellen Ursachen der Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Entgegen herrschender Interpretation und entsprechenden Lösungsstrategien weist er einige wenig veröffentlichte Ursachen nach: Allgemeine Gefährdung der Reproduktion der Arbeitskraft im Kapitalismus, zu geringe Zugriffsmöglichkeiten des Staates in den Reproduktionssektor, profitwirtschaftlich ausgerichtete Angebotsstrukturen (Politik, 132 f.). Eine Lösung der aktuellen Probleme sieht er in einer tiefgreifenden Umstrukturierungspolitik, die letztlich nicht ohne gewerkschaftliche Kämpfe, d. h. durch Politisierung von Fragen der Gesundheit und Krankheit, erreicht werden kann (Politik, 137 f.).

F. Tennstedt (Politik, 139–165) rekonstruiert in deutlicher Anlehnung an die noch immer lesenswerte Arbeit von *Ch. v. Ferber*[5]) die historischen und aktuellen Entstehungsbedingungen der Verrechtlichung und Monetarisierung/Ökonomisierung von Sozialpolitik, d. h. die durchgängige Abgeltung sozialer „Schwächen" in bar nach Maßgabe von wahrgenommenen und durchgesetzten Rechtsansprüchen durch die Leistungsverwaltung. Aus dieser Zustandsbeschreibung und Kritik der sozialen Auswirkungen von Verrechtlichung, Monetarisierung/Ökonomisierung und Bürokratisierung des sozialpolitischen Handelns leitet Tennstedt die Notwendigkeit der Abkehr von diesem vorherrschenden Politiktyp und seinen Vollzugsmodalitäten ab. *U. Billerbeck* (Politik, 166–187) entfaltet und überprüft am Beispiel der Alters- und Invaliditätsproblematik die These, „daß besondere Formen staatlicher Institutionen (. . .) und besondere politische Inhalte (. . .) helfen, die Interessensartikulation bei Lohnabhängigen in systemimmanenten Grenzen zu halten" (167). In diesem Zusammenhang interessiert Billerbeck vor allem die Frage, wie sich der Schein politisch autonomer Institutionen im Bewußtsein und Handeln von Lohnabhängigen herstellt. *H.-G. Isenberg* (Politik, 188–212) geht auf die aktuellen Entwicklungen zur Privatisierung und Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung in ihren Auswirkungen auf die Arbeitssituation der öffentlich Bediensteten ein. Ausgangspunkt seines Ansatzes ist die Analyse der Existenzweise des Staates in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; Isenberg diskutiert „staatliche Form- und Funktionsbedingungen im Zusammenhang mit internen Struktur- und Entwicklungsproblemen des öffentlichen Dienstes" (189). Der Autor skizziert die Möglichkeit, daß Veränderungen der Arbeits- und Existenzbedingungen im öffentlichen Dienst zu einer politisch-bewußten

3) Vgl. als „Standardwerke" der „Indikatoren-Bewegung": Wolfgang Zapf (Hrsg.), Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze I–III. Frankfurt/New York 1974/1975; sowie: Ders. (Hrsg.), Sozialindikatoren IV. Gesellschaftspolitische Zielsysteme. Frankfurt/New York 1976. – Rudolf Werner, Soziale Indikatoren und politische Planung. Reinbek bei Hamburg 1975.

4) James O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/M. 1974.

5) Christian v. Ferber, Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft, Hamburg 1967.

Allgemeinwohlorientierung der staatlichen Lohnarbeiter führen können (Politik, 206 ff.).

III

B. Badura und *P. Gross* machen es sich, ausgehend von der Krise des „Wohlfahrtsstaats", zur Aufgabe, die nach ihrer Meinung traditionellen wissenschaftlich-theoretischen Annahmen, Sozialpolitik sei Korrektur und Kompensation von Marktprozessen und könne nur durch den Staat veranstaltet werden, zu relativieren und vorsichtig in Frage zu stellen (Perspektiven, 10). Sie wollen damit Vorarbeiten einer „Emanzipation" der Sozialpolitik-Theorie von der Wirtschaftstheorie leisten. Nach der ungeordneten Benennung von – nach Meinung der Autoren – wichtigen Fragestellungen in sozialpolitischen Bereichen (Fragen hauptsächlich nach der sozialen Problemerzeugung, staatlichen Problembewältigungen und Problemlagen) entfalten die Autoren die monetären Dimensionen staatlicher Sozialpolitik (Perspektiven, 51–60). Anschließend, vor dem Hintergrund einer „Theorie" der „postindustriellen Gesellschaft" (!) und den üblichen – staats- und gesellschaftstheoretisch nicht ausreichend überprüften und begründeten – Annahmen einer Expansion in Richtung auf eine „Dienstleistungsgesellschaft" wird die Vielfalt der sozialen Dienste in die theoretische Nähe von Interaktion und Kommunikation gestellt (Perspektiven, 65). Einige allgemeinste Merkmale von Dienstleistungen werden gekennzeichnet. In den entfalteten interaktions- und kommunikationstheoretischen Ansätzen, die der Sozialpolitik als Dienstleistungsstrategie übergestülpt werden, drohen freilich die Besonderheiten der sozialen Dienste unterzugehen: Arzt, Sozialarbeiter, Polizei, Lehrer usw. – alle befänden sich in ihrer Tätigkeit und im Zuge eines allgemeinen Trends zur „Dienstleistungsgesellschaft" in fließendem Übergang zur Interaktion; von dort aus führt dann allerdings nur noch beschwerlich ein Denkweg auf komplexere gesellschaftliche Analyseebenen. Anschließend wird – gleichsam in einem historiographischen Rundumschlag – die Entwicklung von Gesellschaft und Sozialpolitik in der BRD bzw. Deutschland synchronisierend nachgezeichnet (Perspektiven, 89–109): vom „Mittelalter" zur „sozialen Frage" von heute reicht das großflächige Panorama. Nach Abschluß dieses exkursartigen Abschnitts wird „versucht, die gegenwärtige Diskussion sozialpolitischer Optionen und ihre Schwächen" darzustellen (Perspektiven, 109–131). Diese Gedankenführung leitet über zu einer an Vorstellungen von *Th. S. Kuhn*[6]) angelehnten „paradigmatischen Analyse sozialpolitischer Ansätze" (Perspektiven, 132–183). Die breite Rezeption von Kuhn durch Badura und Gross soll hier nicht wiedergegeben werden, obwohl sich bei der Lektüre dieser Passage unser Eindruck verstärkt, daß kaum ein neuerer „kritischer" Versuch der Aufarbeitung sozialwissenschaftlicher Theorieentwicklung – in welchem Bereich immer – ohne Anklänge an Kuhns Paradigmawechsel abgeht. Die „theoretischen Basisoptionen in der Lehre von der Sozialpolitik" werden in ein ökonomisches Paradigma nichtmarxistischer Prägung, ein ökonomisches Paradigma marxistischer Prägung, ein soziokulturelles Paradigma nichtmarxistischer Prägung und ein soziokulturelles Paradigma marxistischer Prägung gezwängt. Die Autoren betonen, daß die Ansätze des herkömmlichen ökonomischen Denkens die Problematik der Dienstleistungsproduktion theoretisch nicht mehr allein bewältigen können (Perspektiven, 183). Sie kehren damit nach ausgedehnten Streifzügen durch den exotischen Garten sozialwissenschaftlicher „Theorien" zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zurück. Badura und Gross halten in der gegenwärtigen gesellschaftstheoretischen Diskussion besonders folgende Unternehmungen für vordringlich: a) eine Theorie der Bedürfnisevolution, b) eine Theorie der Dienstleistungsproduktion (Perspektiven, 183).

Im Anschluß an ihre wissenschaftssoziologischen Überlegungen analysieren die Autoren die zwei Problembereiche „Armut und Sozialhilfe" und „Krankheit und Gesundheitspolitik" aus historischer Sicht und im Lichte ihrer vorher begründeten Paradigmata und Kriterien. Diese zettelkastige Passage verliert sich dann in Reflexionen über das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialwissenschaften im allgemeinen. Diesen Fluchtpunkt halten wir für einen innerprofessionellen Ausdruck einer von staatlicher Seite[7]) ebenso wie von wissen-

6) Th. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M.

7) Vgl. z. B.: Positionspapier zur Förderung anwendungsbezogener gesellschaftswissenschaftlicher Forschung durch das BMFT, Bonn 1976; Regierungserklärung v. 18. 1. 1973; Forschungsberichte IV und V der Bundesregierung; Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1974, 2764 f. (programmatische Erklärung zu Haushaltstitel 68506); H. Matthöfer/V. Hauff (Hrsg.), Forschungspolitik für eine lebenswerte Zukunft, Grafenau-Döffingen 1974 (dort bes. der Beitrag von C. A. Lutz).

schaftsmanagerieller Seite[8]) angestrebte vermehrte Dienstbarmachung von Sozialwissenschaften (bes. Soziologie) für spätbürgerliche Politik. Badura und Gross geben Daten US-amerikanischer Vernutzung von Sozialwissenschaft wieder (Perspektiven, 245–247). Diese forcierten Indienstnahmeprozesse führen in der BRD ins Spannungsfeld von Sozialwissenschaft, Sozialpolitik und Wissenschaftspolitik und – gleichsam als minimale Selbstreflexion – zu nicht unerheblichen begrifflichen Anstrengungen dieser Finalisierung; sofern und soweit die Autoren selbst Zuwendungsempfänger des Staates geworden sind, versuchen sie, sich wissenschaftlich und als Wissenschaftler zu legitimieren. So schlägt der konkret-historische Hintergrund zunehmender ökonomischer und sozialer Probleme und Krisen (gefiltert und ausgerichtet durch ein staatliches Planungs-, Legitimations- und Handlungsinteresse und mehr oder weniger vermittelt) auf den wissenschaftsinternen Exkurs durch.

Sozialwissenschaft in der Krise schafft auf sozialwissenschaftlicher Ebene eine Krisenwissenschaft; die These von der Selbststeuerung der Wissenschaften wird vor diesem Hintergrund in Frage gestellt. Badura und Gross skizzieren gegen Ende ihrer Ausführungen die Möglichkeiten, Grenzen und Entwicklungen von Dienstleistungsstrategien (Perspektiven, 267–299); abschließend wird der Gedanke einer Beteiligung und Aktivität der Adressaten als Voraussetzung der Effektivität von Dienstleistungsstrategien gefordert (so läuft z. B. die Gesundheitsvorsorge leer, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird). Die Autoren konstatieren zusammenfassend, daß der Bürger seinerseits erst noch lernen müsse, daß die staatliche Dienstleistungsproduktion ein Unternehmen darstelle, an dessen Leistungen und Verlusten er sowohl ökonomisch, politisch, sozial und gesundheitlich direkt beteiligt sei; der Bürger sei in diesem Sinn als „Sozialpartner" auch des Staates zu begreifen (Perspektiven, 305 f.).

8) Vgl. z. B.: Rainer M. Lepsius, Zur forschungspolitischen Situation der Soziologie, in: Zwischenbilanz der Soziologie, Stuttgart 1976. Ders., Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, in: „Mannheimer Berichte", 7/1973, S. 169–176; F.-X. Kaufmann/R. Lohan, Multidisziplinäre Verbundforschung in den Sozialwissenschaften. Erste Erfahrungen mit einem neuen Typus der Forschungsförderung, in: Zwischenbericht des Förderungsschwerpunktes „Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt", verv. Ms., Bielefeld 1976 (erscheint im Scriptor Verlag).

IV

Das Sonderheft 19/1977 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" stellt auf 649 Seiten hauptsächlich die überarbeiteten Beiträge aus der neu einzurichtenden Sektion „Sozialpolitik" der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie" (vorgetragen auf dem 18. „Deutschen Soziologentag" vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld) vor. Recht deutlich – und das verweist in den Rahmen unserer Besprechungen – wird darauf hingewiesen, daß die auf dem Soziologentag forcierte und bezielte Kooperation von Soziologie und Sozialpolitik wissenschaftsextern gesteuert, d. h. von staatlicher Seite genährt wird (vgl. dazu die Ausführungen von *Ch. v. Ferber, F.-X. Kaufmann, M. Wingen*; Soziologie, 1–34; 35–75; 629–649). So werden dann erhebliche Reflexionsleistungen zum Verhältnis von Soziologie und Staatsadministration bzw. „Anwendungsbezug" geleistet. In Kaufmanns Beitrag zu einem Konzept einer „Pragmatik der Sozialwissenschaften" erhalten diese Reflexionen den Status einer Wissenschaftslehre zur Vermaschung von Planungs-, Legitimations- und Handlungserfordernissen des Staates und der Soziologie. Der erste Teil des Sonderhefts („Zur Theorie der Sozialpolitik") enthält, neben den schon erwähnten Beiträgen von Ferber und Kaufmann, weitere konzeptionelle Beiträge aus verschiedenen Richtungen: den staatstheoretischen von *G. Lenhardt* und *C. Offe*; den herrschaftssoziologischen von *H. Baier*; den abweichungssoziologischen von *H. Haferkamp*; den bedürfnissoziologischen von *K. O. Hondrich*; den vermögenstheoretischen von *H.-G. Krüsselberg* sowie eine Vorstellung des normativen Konzepts *G. Weissers* durch *T. Stelzig*. Hervorzuheben ist der Versuch der Verklammerung von „Staatstheorie und Sozialpolitik" von Lenhardt und Offe, der im konservativen Konzept von Baier enthaltene Hinweis auf den Zusammenhang von Herrschaftssicherung und Sozialstaat, die vor dem Hintergrund der politikanbieterischen Konzeptionen erfrischend prinzipielle (von Stelzig vorgestellte) Konzeption von Weisser, sowie die zarte Andeutung einer Interessensperspektive im Beitrag von Haferkamp. Der Eindruck der anderen Beiträge ist, daß mit ihnen dem besonderen Gegenstandsbereich „Sozialpolitik" weitstreckig herkömmliche Konzepte übergestülpt werden sollen. Im zweiten Teil (Soziologie, 290–324) werden unter dem Leitthema „Arbeitsverfassung und Sozialpolitik" von *F. Böhle* einige Wechselwirkungen von Produktions- und Re-

produktionsbereich benannt. Der Autor macht auf bedeutende Defizite staatlicher Reproduktionspolitik aufmerksam: zahlreiche „Risiken", Belastungen und Gefährdungen werden aktuell von der Sozialpolitik weder erkannt noch abgedeckt. In diesem Abschnitt wird ein sozialintegratives Modell einer Arbeitsgruppe im Sinne reformerischer Betriebs- und Gewerkschaftsstrategien vorgestellt (*W. Fricke,* Soziologie, 325–352) sowie ein Überblick hauptsächlich der Reaktionen von Kapital und Gewerkschaften auf sozialwissenschaftliche Beiträge und Forschungen zur Mitbestimmung (*H. Hartmann,* Soziologie, 331–352) gegeben. Im dritten Teil des Sonderhefts, „Organisation als Problem der Sozialpolitik", finden sich im Beitrag von *D. Lucht* (353–360) kritische Anmerkungen zur Ausgestaltung der bürokratisch/rechtsförmig bestimmten Vermittlung von gesellschaftlichen Leistungen an das jeweilige Publikum; sodann vonBadura und Gross in Weiterentwicklung der Konzeptionen einer Soziologie sozialer Dienstleistungen (vgl. dazu: Perspektiven, bes. 60 ff.) ein theoretisch gemeinter Beitrag, der jedoch ständig in die Nähe der Auflösung von sozialpolitischem Handeln in allgemeine Kommunikations- und Interaktionsmerkmale und Abläufe gerät (Soziologie, 361–385). Hinzu kommt der inzwischen wenig originelle Versuch, ein mehr oder weniger selbstgenügsames Sozialindikatoren-Konzept als Mittel der Erfolgskontrolle politischer Programme anzubieten (*R. Werner,* Soziologie, 463–482) sowie das vorgeblich polit-ökonomisch fundierte Konzept einer Theorie der Durchsetzung sozialer Bedürfnisse (*H. P. Widmaier,* Soziologie, 438–462). Wenngleich sie sich weitgehend an die Vorgabe der Herausgeber halten – die Organisationsebene als Ebene der Analyse –, werden die Beiträge von *E. Standfest* zu Problemen der Partizipation in der Sozialpolitik (Soziologie, 424–437) und von *D. Grunow* zur Problematik organisierter Hilfe für alte, zumeist ehemals lohnarbeitende Menschen und ihre Angehörigen konkreter und lassen sich auch tatsächlich auf die Interessen der von öffentlichen Leistungen abhängigen Menschen beziehen. Der vierte und letzte Teil des Sonderhefts mit dem Oberthema „Der Beitrag der Soziologie zur Fundierung sozialpolitischen Handelns" enthält einmal einen materialreichen Beitrag zur Hilfe für ‚Behinderte und psychisch Gestörte' von *F. Hegner* und *E. H. Schmidt* (Soziologie, 524–568). Hervorzuheben ist der Beitrag von *U. Herlyn* (Soziologie, 577–590), der, ausgehend von Offes Disparitätenthese, dem Zusammenhang von Bevölkerungszusammensetzung und Versorgung mit sozialen Infrastrukturen nachspürt und den Infrastrukturausgleich als sozialpolitische Aufgabe benennt; richtungsweisend für rechts- und verwaltungssoziologische Detailanalysen erscheint uns der Beitrag von F. Tennstedt (Soziologie, 483–523), der am Beispiel der Sozialversicherungen verschiedene Ebenen ‚sozialwissenschaftlicher Zweckforschung' skizziert. Tennstedt rückt aus rechtssoziologischer Perspektive das Merkmal der Verrechtlichung in das Zentrum seines Beitrags. Der Autor verweist, indem er sozialpolitische Programmatik und Praxis zu vernetzen versucht, auf die wahrscheinlichen und/oder tatsächlichen Schwierigkeiten einer sozialwissenschaftlichen Fundierung von Sozialpolitik. Darüber hinaus findet sich in diesem Abschnitt noch ein Beitrag von *W. Stumme* zu dem Thema „Psychiatrie-Enquête und empirische Sozialforschung" (Soziologie, 569–579) sowie von *K. Lüscher* zur „Sozialpolitik für das Kind" (Soziologie, 591–628). Abschließend identifiziert M. Wingen (Soziologie, 629–649) Kommunikations- und Übersetzungsschwierigkeiten in den gegenwärtigen Bedingungen des Kommunikationsprozesses zwischen Wissenschaft und Politik und konzipiert ‚Kriterien für ein optimales Wissenschaft-Politik-Verhältnis', das er sich als kritisches Wechselverhältnis' vorstellt[9]).

V

Versucht man abschließend, das „neue" Interesse der Sozialwissenschaft an der Sozialpolitik abzuschätzen, dann ist uns zunächst einmal die große Uneinheitlichkeit, gleichsam Beliebigkeit des „Theoretisierens" aufgefallen. Es fehlt eine verbindende Klammer der einzelnen Ansätze und Konzeptionen. Bereits ausgearbeitete, an der Arbeiterbewegung orientierte und umfassende sozialwissenschaftliche Konzeptionen – wie sie J. Goldberg für die Wirtschaftswissenschaften in Heft 7/1977 dieser Zeitschrift dokumentieren konnte – von wissenschaftlicher Sozialpolitik fehlen in den bisher vorgestellten Arbeiten nahezu gänzlich. Eher im Gegenteil: sehr viel deutlicher ist die „Sorge", sich der Politik nicht „effektiv" dienstbar machen zu können, die „Sorge" um die Voraussetzungen des Verbleibs und des Eintritts

9) Vgl. zum Problemfeld wissenschaftlicher Beratung und sozialpolitischer Praxis: Jürgen Krüger, Wissenschaftliche Beratung und sozialpolitische Praxis, Stuttgart 1975.

in Beratergremien (dies besonders deutlich in einigen Beiträgen des Sonderhefts der „Kölner Zeitschrift für Soziologie"). Vor dem Hintergrund einer Sozialpolitik in der Krise und um sich greifender Abbautendenzen gesellschaftlicher Leistungen spielt damit zumindest ein Teil der (west-)deutschen Soziologie die staatlich angesonnene Rolle. Lediglich die Beiträge in dem von A. Murswieck herausgegebenen Band („Staatliche Politik im Sozialsektor"), bestimmen fast durchweg in allen Beiträgen in wünschenswerter Weise die gesellschaftlichen, ökonomischen und staatlich/politischen Bedingungen von Grundlagen, Funktionen, Inhalten, Reichweiten und Grenzen der staatlichen Sozialpolitik: kein Wunder, daß die in diesem Band angedeuteten Reformvorschläge den eng gezimmerten Rahmen der „Machbarkeit" tendenziell sprengen. Konzeptionen jedoch, die unterhalb dieser Ebene sowie organisationstheoretischer, rechtssoziologischer und sozialstruktureller Überlegungen und Berücksichtigungen „kommunikationstheoretisch", „interaktionstheoretisch", „bedürfnistheoretisch" (oder wie immer spezialistisch-„theoretisch") argumentieren, sind nicht nur durchgängig von ihrem „Erbe", den „Klassikern", den „Kathedersozialisten", dem „Verein für Sozialpolitik", den reformistischen Strategien am Rande der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik usw. usf. meilenweit entfernt, sondern verfremden und verflüchtigen darüber hinaus – neben Fragwürdigkeiten der Konzeptionen im einzelnen – die Spezifizität des Gegenstandes in allgemeinste Kategorien der Soziologie bzw. Psychologie, die im Grundzug nichts anderes als Methodik sein können; damit aber um so „verwertbarer" werden im Sinne sozialintegrativen und legitimatorischen Handeln des spätbürgerlichen Staates.

Im Gegensatz zu den genannten sozialwissenschaftlichen Arbeiten zur Sozialpolitik ist das durchgängige Interesse der in dem von A. Böpple herausgegebenen und von ihm eingeleiteten Sammelband „Sozialpolitik in der Krise" wiedergegebenen Beiträge ein offen praktisch-politisches: nämlich wissenschaftliche und politische Zugänge zur Entfaltung der sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiterschaft und anderer antikapitalistischer Gruppen und Schichten zu diskutieren und vorzustellen. Der Band gibt hauptsächlich die Referate des vierten Arbeiterseminars „Sozialpolitik in der Krise – Analyse, Alternative" wieder. Dieses Arbeiterseminar wurde von Herausgebern und Redaktion der Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" in Frankfurt/M. veranstaltet; die Seminarteilnehmer sind aktive Gewerkschafter und Funktionäre der DGB-Gewerkschaften (Krise, 8).

Diese Teilnehmerzusammensetzung spiegelt sich in Form und Inhalt der Beiträge wieder: durchaus verständlich gestaltete Texte, deren Anliegen sowohl die umfassende Dokumentation aktueller Abbautendenzen von Sozial- und Reproduktionsleistungen ist als auch der betriebsnahe bzw. gewerkschaftliche soziale und politische Kampf gegen diese Abbautendenzen und für eine bessere und umfassendere Sozialpolitik besonders für Gruppen, deren ohnehin bestehende „Benachteiligung" in der Krise noch deutlicher wird; es sind dies vor allem: Jugendliche, Studierende, Ausländer, arbeitende Frauen, Sozialmieter, Rentner.

Das einleitende Referat von A. Böpple (Krise, 12–60) stellt eine umfassende und kenntnisreiche Dokumentation des Leistungsabbaus in wesentlichen Bereichen der gesellschaftlichen Lebens- und Existenzsicherung in der BRD dar, nicht ohne grundsätzliche Einschätzung dieser von ihm letztlich aus der entwickelten spätkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform abgeleiteten Erscheinungen. A. Böpple bemüht sich darüber hinaus um die Verdeutlichung einer politischen Perspektive (bes. Krise, 47 ff.). Er faßt seine Ausführungen thesenhaft zusammen (Krise, 61–68) und fügt eine 22 Punkte umfassende „Liste der sozialen Demontage" an (Krise, 71–78). Auf dieses grundsätzliche und lesenswerte Referat von A. Böpple folgt eine ganze Reihe kurzer und kürzester Beiträge. So begründet W. Lang (Krise, 79–82) die Forderung nach Schaffung eines Kurzarbeiter-Ausgleichfonds bei der Firma Opel in Rüsselsheim – und nicht nur dort – zur finanziellen Absicherung der Belegschaft und zum Abbau von Sonderschichten. K. Pickshaus (Krise, 83–88) entfaltet die tarifpolitischen Möglichkeiten zur Durchsetzung sozialpolitischer Verbesserungen. H. Weichert (Krise, 89–94) beschäftigt sich mit der aktuellen Gefährdung der Arbeitsplätze in der Druckindustrie und dem aus dieser Situation entstandenen „Aktionsprogramm der IG Druck und Papier". K. Priester (Krise, 95–101) stellt in seinem Beitrag zur „Arbeitssicherheit in der Sicht der Unternehmer und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte" auch stark auf den Widerspruch zwischen wirksamem Unfallschutz und „Profitmaximierungsprinzip" ab. W. Beckers (Krise, 102–106) Ansätze zum „Recht auf Arbeit" drehen sich be-

sonders auch um die materiellen und psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit sowie deren gesellschaftsstrukturelle Ursachen. H. Offner (Krise, 107–112) untersucht die Folgen von Rationalisierungen für abhängig Beschäftigte und stellt einen eigenen Forderungskatalog auf (S. 111f.). U. Koch (Krise, 113–119) schreibt zum Thema „Abrüstung sichert Arbeitsplätze", B. Goergens (Krise, 120–122) zum Thema „Soziale Probleme bei der Deutschen Bundespost", W. Stöhr (Krise, 123–128) skizziert die Auswirkungen des sogenannten Haushaltsstrukturgesetzes auf die materielle und soziale Lage öffentlich Bediensteter, K. Seibert (Krise, 129–130) äußert sich zur Situation der arbeitslosen bzw. (noch) arbeitenden Jugend, H. Hoffmann (Krise, 131–135) zur betrieblichen Ausbildungssituation in der aktuellen Wirtschaftssituation, J. Niebuhr (Krise, 136–139) zu sozialen Problemen der studentischen Jugend. U. Jochimsen (Krise, 140–145) beschreibt die soziale Lage der in der BRD lebenden und arbeitenden Ausländer und gibt die Forderungen des türkischen Arbeiterkongresses zur Verbesserung der Lage der Ausländer in der BRD wieder (144f.). Es folgen kurze Beiträge von R. Schmucker (Krise, 146–151) zu sozialen Problemen der arbeitenden Frauen, von H.-U. Deppe (Krise, 152–157) zu Fragen und Gründen der sogenannten Kostenexplosion im Gesundheitswesen und zu konkreten gewerkschaftlichen Reformvorschlägen. E. Gierth (Krise, 158–165) befaßt sich mit der Explosion der Krankenhauskosten und Arzthonorare, er gibt einen sich darauf beziehenden Forderungskatalog der „Demokratischen Ärzte" wieder (164f.). H.-W. Staar (Krise, 166–171) präzisiert unter der Überschrift „Arbeitsmedizin – Betriebsärztegesetz und gewerkschaftliche Standpunkte" wichtige Forderungen vor allem zur Ausbildung und innerbetrieblichen Stellung des Betriebsarztes. P. Kruse (Krise, 172–175) befaßt sich mit der „Krise der Krankenkassen", R. Warncke (Krise, 176–182) besonders mit der Mietkostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau, B. Palmetshofer (Krise, 183–188) mit gewerkschaftlichen Beschlüssen zu Miet- und Wohnungsproblemen. H. Schwert (Krise, 189–194) äußert sich zum schleichenden Rentenabbau in der BRD, H. Czymek (Krise, 195–201) zu „Soziale Aspekte der Kommunalpolitik – Aufgaben, Grenzen, Möglichkeiten". L. Müller (Krise, 202–210) befaßt sich ausführlicher mit dem Thema „DKP und Sozialpolitik". W. Nicklas (Krise, 211–217) greift die Diskussion um die von H. Geißler – heute CDU-Generalsekretär – ins politisch-taktische Spiel gebrachte „Neue soziale Frage" auf. H. Schäfer (Krise, 218–223) verdeutlicht einige Probleme der Finanzierung der Sozialpolitik, F. Rische (Krise, 224–230) beschäftigt sich mit Fragen der Staatsfinanzen und der Steuerpolitik. W. Petschick (Krise, 231–237) nennt Punkte für eine „Überarbeitung des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms unter Berücksichtigung von Problemen der Sozialpolitik". Der von A. Böpple herausgegebene Sammelband wird mit einem Beitrag von G. Siebert abgeschlossen, der sich überblickhaft mit „Sozialpolitik im Sozialismus" besonders am Beispiel der DDR beschäftigt.

Es ist zum Abschluß dieser anzeigenden Literaturübersicht – wir betonen: leider – nicht möglich, inhaltlich zu werden. Freilich sind sowohl im konzeptionellen Leitbeitrag von A. Böpple als auch in den einzelnen keineswegs bloß illustrativen Beiträgen hier in der Breite das Material und die theoretischen Gedankengänge zusammengestellt, die als Substrat und Leitideen zur tendenziellen (und unter *praktisch-theoretische Handlungsperspektive* gestellten) Aufhebung des in vielen sozialwissenschaftlichen Ansätzen zur Sozialpolitik festgestellten Theoriedefizits beitragen können. Insofern ist auch und gerade den sozialwissenschaftlichen häufig lediglich soziologisch-*einzelwissenschaftlich* ausgerichteten Theoretikern, ebenso aber vor allem interessehandelnden aktiven Gewerkschaftern der Band über das Arbeiterseminar „Sozialpolitik in der Krise – Analyse, Alternative" zur Lektüre und Diskussion anzuempfehlen.

Richard Albrecht und Eckart Reidegeld

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Beziehungen

Leonhard Harding/Manfred Schulz/Hermann Vogt, Die Südafrikapolitik der UNO und der Kirchen, Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1977, 271 S., 28,50 DM. – Die Wissenschaftliche Kommission des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden gibt seit einigen Jahren eine Schriftenreihe „Studien zum Kon-

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Der Investitionstätigkeit gilt nach wie vor das Hauptaugenmerk der Konjunkturforscher. Von ihr werden die entscheidenden Impulse für die Wirtschaftsentwicklung erwartet, von ihr hängen auch die längerfristigen Wachstumsaussichten ab. Trotz aller Bemühungen zu ihrer Belebung über eine Verbesserung der Unternehmergewinne ist aber der erwartete Investitionsaufschwung ausgeblieben.

Gesamtwirtschaftliche Anlageinvestitionen[1])

	In Mrd. DM	*In % gegen Vorjahr*	*Investitionsquote in %*
1970	*173,7*	*+ 23,9*	*25,6*
1971	*199,6*	*+ 14,9*	*26,4*
1972	*214,3*	*+ 7,4*	*25,9*
1973	*225,4*	*+ 5,2*	*24,5*
1974	*216,4*	*− 5,0*	*21,9*
1975	*214,5*	*− 0,9*	*20,8*
1976	*232,9*	*+ 8,5*	*20,7*
1977[2])	*248,5*	*+ 6,5*	*20,7*

1) In jeweiligen Preisen.
2) Schätzung des „Herbstgutachtens" 1977 der Wirtschaftsforschungsinstitute.
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1977, S. 511, „DIW-Wochenbericht", 42–43/1977, S. 373.

Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt, ist seit 1972 rückläufig. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß sie Anfang der 70er Jahre auf einem besonders hohen Niveau lag, eine Folge des Booms 1969–1971. Mit der Verlangsamung der Investitionsentwicklung war aber auch ein gewisser Wandel in der Zusammensetzung verbunden.

Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen[1])

Unternehmen	*darunter: Industrie[3])*		*Staat*	*Ausrüstungen*	*Bauten[2])*	*Wohnungsbauten*
1970	*82,3*	*20,4*	*17,7*	*39,4*	*34,8*	*25,8*
1971	*83,3*	*18,6*	*16,7*	*38,3*	*34,1*	*27,6*
1972	*84,2*	*16,0*	*15,8*	*35,8*	*33,0*	*31,2*
1973	*84,4*	*15,2*	*15,6*	*35,4*	*32,4*	*32,2*
1974	*81,2*	*15,4*	*18,8*	*35,4*	*34,8*	*29,8*
1975	*81,2*	*15,2*	*18,8*	*38,4*	*34,0*	*27,6*
1976	*83,0*	*14,7*	*17,0*	*39,2*	*32,8*	*28,0*

1) Zusammensetzung in %.
2) Ohne Wohnungsbauten.
3) Verarbeitende Industrie.
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1977, S. 512; „Wirtschaftskonjunktur", Beilage zu 9/1977.

Die staatlichen Investitionen haben einen etwas kontinuierlicheren Verlauf, wobei ihr Anteil insgesamt leicht rückläufig war. Diese Tendenz wurde nur durch den ruckartigen Rückgang der unternehmerischen Investitionen in den Jahren 1974/75 unterbrochen. In den letzten Jahren ist auch der Anteil der Ausrüstungen (Maschinen und Anlagen) angestiegen, was teilweise als Ausdruck der verschärften Rationalisierung gewertet wird. Denn bei Rationalisierungsinvestitionen ist der Bautenanteil niedriger als bei Erweiterungsinvestitionen, die oft auch Neubauten erfordern. Im übrigen wird hier auch deutlich, in welchem Maße die Wohnungsbauinvestitionen die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit bis 1973 gestützt, dann aber die rückläufige Tendenz kräftig verstärkt haben.

Am stärksten ausgeprägt, schon seit 1971, war die rückläufige Tendenz aber bei den industriellen Investitionen. Hier lag der Rückgang bereits schwerpunktmäßig in den Jahren 1971 bis 1973. Die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft wurden zunächst jedoch durch den Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen mehr als kompensiert. Diese stiegen von 1970 bis 1973 um fast 28 Mrd. DM an, während die industriellen Investitionen im gleichen Zeitraum „nur" um etwa 1,1 Mrd. DM zurückgingen.

Industrielle Investitionen[1])

	In Mrd. DM	*In % gegen Vorjahr*	*Kapazitäts-auslastung in %*	*Lohnkosten je Produkt in % gegen Vorjahr*
1970	*35,5*	*+27,0*	*90,8*	*+9,9*
1971	*37,2*	*+ 5,0*	*87,5*	*+9,7*
1972	*34,3*	*– 8,0*	*85,6*	*+5,8*
1973	*34,3*	*0,0*	*86,7*	*+7,7*
1974	*33,4*	*– 3,0*	*81,7*	*+8,7*
1975	*32,7*	*– 2,0*	*77,1*	*+7,7*
1976[2])	*34,2*	*+ 4,0*	*81,7*	*+0,3*
1977[2])	*36,6*	*+ 7,0*	*82,7*	*–*

1) Verarbeitende Industrie in jeweiligen Preisen.
2) Schätzung.
Quelle: „Wirtschaftskonjunktur", Beilage zu 9/1977; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1976/77, S. 241; „Ifo-Schnelldienst", 17/1977.

Insgesamt weisen die industriellen Investitionen eine größere Konjunkturreagibilität auf als andere Bereiche. Auf keinen Fall aber ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Investitionstätigkeit sichtbar, wie er von der herrschenden Wirtschaftslehre und -publizistik unterstellt wird. Selbst wenn man die Daten des Sachverständigenrates über die „Lohnkosten" je Produkteinheit benutzt, kann das nicht behauptet werden. Diese Größe enthält einmal alle von den Unternehmen zu den „Personalkosten" gerechneten Beträge – einschließlich der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen – und wird zum anderen auf das Produkt bezogen, klammert also die Preiserhöhungen durch die Unternehmen aus. Dabei wird die These von der „Lohn-Preis-Spirale" stillschweigend als gültig unterstellt. Allerdings zeigt eine Gegenüberstellung der so berechneten „Lohnkosten" mit der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise, daß auch diese Annahme nicht den Tatsachen entspricht: in den Jahren 1970 und 1971, den Höhepunkten der Lohnsteigerungen, stiegen die Industriepreise nur langsam an und erreichten erst 1974 den Höhepunkt der Steigerungsraten.

Die Lohnerhöhungen der Jahre 1970 und 1971 gingen einher mit teilweise noch beträchtlichen Investitionszunahmen, während die Verlangsamung der Lohnentwicklung von Investitionsrückgängen begleitet war. 1972 bis 1974 erhöhten sich die „Lohnkosten" wieder etwas stärker, gleichzeitig aber schnellten die Industriepreise in die Höhe, so daß der Lohnanteil am Umsatz der Industrie zurückging. Trotz dieser tatsächlichen Entlastung von seiten der Löhne setzte sich der Investitionsrückgang fort. Schließlich bewirkte auch der Stillstand der Lohnentwicklung je Produkteinheit im Jahre 1976 keine Wende.

Während ein direkter Zusammenhang zwischen Löhnen und Investitionen nicht nachweisbar ist, fällt die Parallelentwicklung von Investitionen und Kapazitätsauslastung auf, ein Zusammenhang, der zudem wesentlich plausibler ist als die Lohnkostenthese. Vor allem für 1976 und auch für das laufende Jahr erweist sich die unzureichende Kapazitätsauslastung als das entscheidende Hemmnis der Investitionstätigkeit.

Das wird noch deutlicher, wenn man die Struktur der industriellen Investitionen nach ihrem Zweck untersucht. Dabei muß auf die Ergebnisse der regelmäßig vom Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführten Unternehmensbefragungen zurückgegriffen werden, der praktisch einzigen relativ aktuellen Quelle über die Investitionsstruktur. Man muß sich dabei der Tatsache bewußt bleiben, daß diese Daten auf den subjektiven Angaben der Unternehmer beruhen, also keineswegs unabhängig von deren Auffassungen und Interessen sind.

Investitionen der Industrie nach Zielsetzung[1])

	Erweiterung		*Rationalisierung*		*Ersatzbeschaffung*	
	Mrd. DM	*%*[2])	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1970	19,5	55	12,1	34	3,9	11
1971	18,2	49	13,0	35	6,0	16
1972	13,4	39	14,8	43	6,2	18
1973	14,1	41	14,4	42	5,8	17
1974	11,3	34	15,0	45	7,0	21
1975	7,8	24	16,4	50	8,5	26
1976	8,2	24	15,4	45	10,6	31
1977[3])	*9,7*	*25*	*15,7*	*43*	*11,7*	*32*

1) In jeweiligen Preisen in der verarbeitenden Industrie.
2) Zusammensetzung in %.
3) Schätzung.
Quelle: „Wirtschaftskonjunktur", Beilage zu 9/1977, S. 14; eigene Berechnungen.

Die Tabelle zeigt, daß das Tempo und der absolute Umfang der Rationalisierungsinvestitionen kaum zugenommen hat. Berücksichtigt man zudem die Preissteigerungen, so hat sich im Beobachtungszeitraum real überhaupt keine Zunahme ihres Umfangs ergeben. Die Besonderheit der Investitionsentwicklung seit 1970 ist also nicht etwa eine absolut beschleunigte Rationalisierungstätigkeit – geht man vom Umfang der Rationalisierungsinvestitionen aus –, sondern vielmehr die Halbierung der Erweiterungsinvestitionen. Hier fällt der absolute Rückgang nach der Preisbereinigung noch deutlicher aus: real machen die Erweiterungsinvestitionen im Jahre 1977 nur ein Drittel der Erweiterungen des Jahres 1970 aus. Eine deutliche Zunahme, sowohl nominal als auch real, verzeichnen dagegen die Ersatzinvestitionen. Die Zunahme der industriellen Investitionen seit 1975 entfällt vollständig auf diese Investitionsart. Damit erweist sich der Ersatzbedarf als einer der wenigen inneren Auftriebsfaktoren der konjunkturellen Entwicklung seit Überwindung des Tiefpunkts der zyklischen Krise.

Da die Kapazitätsauslastung im 2. Halbjahr 1977 nach bisher vorliegenden Zahlen wieder gesunken ist, wird sich in absehbarer Zeit weder am Umfang noch an der Zusammensetzung der Investitionen etwas Wesentliches ändern, vor allem die Erweiterungsinvestitionen werden stagnieren, die Schätzung für 1977 kann sogar schon überhöht sein. Das belegen auch die Prognosen sowohl der Wirtschaftsforschungsinstitute als auch des Sachverständigenrates: obwohl beide von einer Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne ausgehen, rechnen sie trotzdem nicht mit einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit. Offensichtlich glauben ihre Autoren selbst nicht ganz an die Existenz der von ihnen behaupteten Lohnabhängigkeit der Investitionen. Daher herrscht bei ihnen offensichtlich auch wenig Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Rezepte.

Jörg Goldberg

Autoren dieses Heftes

Dr. Erich WULFF, Professor für Psychiatrie an der Medizinischen Hochschule Hannover, Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta gegen die Menschlichkeit. • • • *Hartmut GEIL,* geb. 1948, Assessor, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Gießen; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Guido GRÜNEWALD,* geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK. • • • *Hans ADAMO,* geb. 1931 in Duisburg, Dipl.-Soziologe, Referent beim Parteivorstand der DKP; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Klaus HOLZKAMP,* geb. 1927, Professor für Psychologie an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Knut KRUSEWITZ,* geb. 1941 in Hildesheim, Lehrbeauftragter an der TU Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. • • • *Dr. Manfred BONI,* geb. 1947 in Düsseldorf, Studium der Soziologie an den Universitäten Bochum, Berlin (FU) und Marburg, Promotion in Politischer Wissenschaft. • • • *Birgit GEISSLER,* geb. 1949, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Pädagogik an der Universität Tübingen; Doktorandin an der Universität Bremen; 1976/77 Studienaufenthalt in Mailand. • • • *Dr. Frank DEPPE,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Richard ALBRECHT,* geb. 1945, Diplom-Sozialwissenschaftler, Angestellter und Lehrbeauftragter in Köln. • • • *Eckart REIDEGELD,* geb. 1947, Sozial- und Erziehungswissenschaftler (Diplom-Handelslehrer), Angestellter und Lehrbeauftragter in Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats November 1977

1. 11. – U N O. Im Sicherheitsrat scheitert am Veto Frankreichs, Großbritanniens und der USA eine Resolution über ein Waffenembargo sowie wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Südafrika; Kanada und die Bundesrepublik stimmen mit den drei Westmächten. Die Ablehnung wird vor allem mit den vorgesehenen Wirtschaftssanktionen begründet. Nach längerer Debatte verhängt der Rat am 4. 11. ein unbefristetes Waffenembargo gegen Südafrika. Die Entscheidung fällt einstimmig. Das Embargo bezieht sich auf die Lieferung von Waffen und militärischer sowie paramilitärischer Ausrüstung und schließt auch die Lizenzerteilung für die Herstellung oder Wartung von Waffen ein. Weiter wird jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Herstellung oder Entwicklung von Kernwaffen untersagt. UN-Generalsekretär Waldheim, der bis zum 1. Mai 1978 über die Durchführung berichten soll, erklärt nach der Abstimmung, er hoffe, daß Südafrika unverzüglich mit der „Wiederherstellung der grundlegenden Menschenrechte für die ganze Bevölkerung beginnen" werde, „ohne die es keinen Frieden geben kann". – Am 3. 11. fordert die Generalversammlung in einer Resolution die Mitgliedstaaten auf, Flugzeugentführungen und Geiselnahmen durch

strengere Sicherheitsmaßnahmen zu verhindern und Flugzeugentführer zu verfolgen oder auszuweisen.

2. 11. – Bundesregierung. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht eine „Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine ‚Landshut'". Die Chronologie beginnt mit dem 5. September 1977, dem Tag der Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Köln und endet mit dem 20. Oktober 1977. An diesem Tag hatte Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag eine Regierungserklärung über die Aktion des Bundesgrenzschutzes auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) zur Befreiung der Geiseln in der entführten Lufthansa-Maschine und über den Tod der Häftlinge Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim (beides am 18. 10.) sowie über den Tod von Schleyer (am 19. 10.) abgegeben.

2.–3. 11. – UdSSR. In Moskau treten das Zentralkomitee der KPdSU und der Oberste Sowjet der UdSSR aus Anlaß des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution zu einer Festsitzung zusammen. In seiner Rede unterbreitet Generalsekretär Breschnew am 2. 11. neue Abrüstungsvorschläge. Breschnew erklärt u. a.: „Heute schlagen wir einen radikalen Schritt vor: zu vereinbaren, daß alle Staaten gleichzeitig die Produktion von Kernwaffen einstellen, und zwar jeder derartigen Waffen, seien es Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben bzw. -granaten. Gleichzeitig könnten die Kernmächte sich verpflichten, mit einer schrittweisen Reduzierung der . . . Vorräte zu beginnen und so diese Waffen nach und nach und schließlich restlos, ‚hundertprozentig' zu vernichten." Breschnew regt weiter an, neben „dem befristeten Verbot aller Kernwaffenversuche ein Moratorium für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken" zu vereinbaren.

6. 11. – ILO. Nach Ablauf der zweijährigen Kündigungsfrist wird der Austritt der Vereinigten Staaten aus der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization/ILO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, wirksam. In Washington wird dazu eine Erklärung von Präsident Carter veröffentlicht, in der es heißt: „Die USA bleiben bereit, wieder beizutreten, wenn die ILO wieder zu ihren eigenen Grundsätzen und Verfahren kehrt." Das Austrittsverfahren war von Außenminister Kissinger mit einem Brief vom 5. November 1975 eingeleitet und u. a. mit der „Politisierung der Organisation in wachsendem Maße" begründet worden. – Am 9. 11. teilt ILO-Generaldirektor Francis Blanchard (Frankreich) in Genf mit, der Botschafter der VR China habe ihm mitgeteilt, daß China nicht beabsichtige, „sich in absehbarer Zukunft an der Arbeit der ILO zu beteiligen oder Beiträge zu zahlen".

6.–8. 11. – FDP. Die Freie Demokratische Partei hält in Kiel ihren Parteitag ab, der sich vor allem mit Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sowie mit Problemen der Kernenergie beschäftigt und ein programmatisches Papier („Kieler Thesen") verabschiedet. Der Parteivorsitzende Hans Dietrich Genscher und seine beiden Stellvertreter Wolfgang Mischnick und Uwe Ronneburger werden in ihren Ämtern bestätigt. Zum dritten Stellvertreter (als Nachfolger von Hans Friederichs; vgl. „Blätter", 10/1977, S. 1160) wird Lieselotte Funcke (mit 257 von 335 Stimmen) gewählt.

9. 11. – Naher Osten. Vor der Volksversammlung in Kairo deutet Präsident Sadat seine Bereitschaft an, nach Jerusalem zu kommen, um dort vor der Knesset den ägyptischen Standpunkt darzulegen. – Am 11. 11. antwortet Ministerpräsident Begin in einer Rundfunkansprache, Israel sei bereit, Präsident Sadat zu empfangen. – Am 15. 11. stimmt die Knesset mit 83 gegen 3 Stimmen einer formellen Einladung des ägyptischen Präsidenten zu, die durch die amerikanische Botschaft in Kairo übermittelt wird. – Am 17. 11. nimmt Sadat die Einladung an. Der ägyptische Außenminister Fahmi reicht daraufhin seinen Rücktritt ein und läßt erklären, er könne seine Amtspflichten „wegen neuer Umstände in der gegenwärtigen Lage" nicht mehr ausüben. – Am 18. 11. dankt Begin in einem Interview mit Radio Israel dem rumänischen Staatspräsidenten Ceausescu für seine Vermittlung; Begin hatte vom 26.–30. August d. J., Sadat vom 29.–31. Oktober d. J. Rumänien besucht. – Vom 19.–21. 11. hält sich Sadat in Jerusalem auf, wo er am 20. 11. vor der Knesset spricht. Sadat formuliert im Hinblick auf eine Friedensregelung folgende Punkte: 1. Beendigung der Besetzung der von Israel im Jahre 1967 okkupierten Gebiete; 2. Realisierung der „fundamentalen Rechte des palästinensischen Volkes", seines Rechts auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechts zur Errichtung eines eigenen Staates; 3. Garantie der Grenzen „aller Staaten

dieser Region"; 4. Verzicht auf die Anwendung von Gewalt und „Lösung der gegenseitigen Differenzen mit friedlichen Mitteln"; 5. Beendigung „des vorhandenen Kriegszustandes in dem Gebiet". Die PLO wird von Sadat nicht erwähnt. Ministerpräsident Begin, der in seiner Antwort nicht auf die fünf Punkte eingeht, befürwortet Verhandlungen auch mit Jordanien, Syrien und dem Libanon sowie die Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz. Dritter Redner vor der Knesset ist Oppositionsführer Peres (Arbeiterpartei). Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluß des Besuches wird mitgeteilt, Begin und Sadat seien übereingekommen, den Dialog fortzusetzen. Ein Termin für eine Reise von Begin nach Kairo wird nicht festgesetzt. – Vom 21.–22. 11. verhandelt der PLO-Vorsitzende Arafat mit der syrischen Regierung in Damaskus. In einem Kommuniqué wird die Reise Sadats nach Israel als „Kapitulation" bezeichnet. Weiter heißt es: „Dieser Besuch, durch den die arabische Nation bloßgestellt und die palästinensische Frage ernsten Gefahren ausgesetzt wird, erfordert ein gesamt-umfassendes arabisches Entgegenwirken." Heftig kritisiert wird die Reise Sadats ebenfalls von den Regierungen des Irak, Libyens und Algeriens. – Am 26. 11. verteidigt Sadat vor dem Parlament in Kairo seine Reise nach Israel und regt Vorgespräche zur Wiederaufnahme der Genfer Konferenz in der ägyptischen Hauptstadt an.

13. 11. – S o m a l i a. Die Regierung gibt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba und die Kündigung einiger Verträge mit der UdSSR (darunter der Freundschaftsvertrag vom Juli 1974) bekannt und fordert gleichzeitig die Abreise der im Lande tätigen sowjetischen Fachleute und Entwicklungshelfer. Begründet wird die Entscheidung mit der Parteinahme Kubas und der Sowjetunion für Äthiopien. – Am 15. 11. heißt es in einer autorisierten Erklärung der Nachrichtenagentur TASS, der eigentliche Grund für den Schritt Somalias sei die Unzufriedenheit darüber, daß die Sowjetunion die territorialen Ansprüche Somalias nicht unterstütze und sich weigere, „einen brudermörderischen Krieg am Horn von Afrika" zu fördern.

15.–19. 11. – S P D. Unter dem Motto „Verantwortung für unseren Staat" findet in Hamburg der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Den Delegierten liegen 841 Anträge zu Bereichen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik, darunter zur Kernenergie vor. Der Vorsitzende Willy Brandt wird (mit 413 von 433 Stimmen) wiedergewählt; Stellvertreter bleiben Helmut Schmidt (395 Stimmen) und Hans Koschnick (394 Stimmen). Der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Dietrich Stobbe, erhält (als Nachfolger von Klaus Schütz) einen Sitz im Parteivorstand.

20. 11. – G r i e c h e n l a n d. Aus den vorgezogenen Neuwahlen geht die Partei von Ministerpräsident Konstantin Karamanlis mit einer geschwächten Mehrheit hervor; sie verliert 47 ihrer bisher 220 Parlamentssitze. Die Partei von Andreas Papandreou kann die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 92 erhöhen. Zusammensetzung des neuen Parlaments (300 Abgeordnete): Neue Demokratie 173, Pasok 92, Edik 15, Kommunisten 11, Nationales Lager 5, Neoliberale Partei 2, Progressive Linke 2 Sitze (zu den Wahlen vom 17. November 1974 vgl. „Blätter", 12/1974, S. 1209).

21.–25. 11. – P o l e n / B R D. Bundeskanzler Schmidt hält sich als Gast von Parteisekretär Edward Gierek in Polen auf (vgl. „Blätter", 10/1977, S. 1161). Der Bundeskanzler, zu dessen Begleitung der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner gehört, führt Gespräche über politische und wirtschaftliche Probleme in Warschau und unternimmt eine Rundreise, die ihn auch in das ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager Auschwitz führt. Schmidt und Gierek unterzeichnen eine „Gemeinsame Erklärung", in der u. a. ein Meinungsaustausch zwischen Regierungsvertretern über die Abrüstung vorgesehen ist.

22. 11. – S p a n i e n / P o r t u g a l. Die Ministerpräsidenten Adolfo Suarez-Gonzales (Spanien) und Mario Soares (Portugal) unterzeichnen einen auf zehn Jahre befristeten Freundschafts- und Kooperationsvertrag. Der Vertrag löst den „Iberischen Pakt" vom März 1939 ab, der zwischen Franco und Salazar geschlossen wurde.

24. 11. – E u r o p a r a t. Spanien wird als 20. Mitgliedsstaat in die Organisation aufgenommen. Außenminister Oreja unterzeichnet in Straßburg die Beitrittsurkunde.

30. 11. – W a r s c h a u e r V e r t r a g. Die Verteidigungsminister der Organisation treten zu einer Konferenz in Budapest zusammen. Den Vorsitz führt der ungarische Verteidigungsminister Lajos Czinege.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik

Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet von 93 Wissenschaftlern und Gewerkschaftern

(Wortlaut)

In den DGB-Gewerkschaften wächst das Interesse an konkret ausgearbeiteten demokratischen Alternativüberlegungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. So hat beispielsweise der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier (Oktober 1977) in seiner wirtschaftspolitischen Hauptresolution neben dem Austritt des DGB aus der konzertierten Aktion die Erstellung eigener gewerkschaftlicher Jahreswirtschaftsberichte und die Beauftragung gewerkschaftsorientierter Wissenschaftler mit Gutachten zur wirtschaftspolitischen Lage gefordert. Dieses gewerkschaftliche Interesse kann an die Ansätze arbeitnehmerorientierter Wissenschaft anknüpfen, wie sie in dem Memorandum „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" (Wortlaut in: „Blätter", 11/1975, S. 1287–1293) und in den von 75 Wirtschaftswissenschaftlern zum 1. Mai 1977 veröffentlichten, stark beachteten „Vorschlägen zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit" (Wortlaut in: „Blätter", 5/1977, S. 625–645) vorgelegt wurden.

Mit der nachstehenden Erklärung wird diese Reihe von Alternativansätzen fortgesetzt. Sie ist das Ergebnis einer mehr als einjährigen Diskussion im „Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft", Dortmund, der sich mit wissenschaftlichen und praktisch-politischen Fragen der Raumentwicklung und raumbezogenen Politik vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Bevölkerung aus beschäftigt. Bis Ende November 1977 haben sich dieser Erklärung bereits 93 Wissenschaftler und Gewerkschafter angeschlossen. D. Red.

VORBEMERKUNG

Die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren – besonders im Vergleich mit vergangenen Zeiten raschen wirtschaftlichen Wachstums – erheblich verschlechtert. Dies wird vor allem deutlich durch die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Verschlechterung der betrieblichen Arbeitsbedingungen und der außerbetrieblichen Lebensbedingungen. Diese Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, durch die insbesondere die abhängig Arbeitenden und ihre Familien betroffen sind, wirkt sich in den verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik sehr unterschiedlich aus. Schon seit langem haben sich die Unterschiede zwischen hochentwickelten Ballungsräumen und schwach entwickelten Randräumen in der Bundesrepublik verstärkt, wobei den Einwohnern der Randräume weitere Verschlechterungen der Arbeitsmarktlage und der Versorgungsmöglichkeiten aufgebürdet wurden, aber auch die Einwohner der Ballungsräume im Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltbereich zunehmend belastet wurden.

Durch die seit 1973/74 andauernde Wirtschaftskrise kommen neue Lasten hinzu, vor allem die besonders hohe Arbeitslosigkeit in vielen unterentwickelten, noch stärker landwirtschaftlich geprägten Teilräumen und in Teilräumen mit überalterter oder einseitiger Industriestruktur, wobei die ökonomische und soziale Situation in solchen Gebieten vielfach noch verschärft wird durch die Knappheit öffentlicher Mittel für die Aufrechterhaltung und Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen. Darüber hinaus gewinnen auch allgemeinere, räumlich bedeutsame Störungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und der natürlichen Umwelt ein bedrohliches Gewicht: die bedenkenlose Fortführung der Ansiedlung von Kernkraftwerken, die Zerstörung der Landschaft durch industrielle Großanlagen, die Beeinträchtigung gegebener Lebensbedingun-

gen durch großspurige Verkehrsanlagen und die Vernichtung innerstädtischer Wohnquartiere sind nur einige Beispiele. Schließlich ist aufgrund verschiedener Prognosen damit zu rechnen, daß die Massenarbeitslosigkeit in den kommenden Jahren drastisch steigen wird, wodurch sich die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der verschiedenen Problemräume der Bundesrepublik noch wesentlich zuspitzen würden.

Die Raumordnungs- und Regionalpolitik hat diesen Entwicklungstendenzen bislang kaum entgegengewirkt. Schlimmer noch: für sie werden im Zusammenhang mit der Konzeption von „Krisenbewältigungsstrategien" Veränderungen diskutiert, deren Verwirklichung die räumlichen Ungleichgewichte mit ihren Belastungen für die arbeitende Bevölkerung noch weiter verstärken würde. Die vorherrschende Art und Weise der politischen und wissenschaftlichen Behandlung der räumlichen Probleme hat bislang fast keine Überlegungen hervorgebracht, die einer Umorientierung der Raumordnungs- und Regionalpolitik auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung förderlich wären. Daher sehen sich die unterzeichnenden Planer, Ökonomen, Soziologen und Gewerkschafter, die in Praxis und Theorie mit Problemen der räumlichen Entwicklung zu tun haben, zu der folgenden Erklärung veranlaßt, die auf die verstärkten räumlichen Fehlentwicklungen aufmerksam macht und eine neuartige Raumordnungs- und Regionalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der abhängig Arbeitenden, fordert; wobei es erst einmal ausreichen soll, dies in bezug auf großräumigere Raumordnungs- und Regionalprobleme zu tun und daran zu erinnern, daß sich die großräumigen Vorgänge ja ganz wesentlich auf der jeweils örtlichen Ebene durchsetzen.

Diese Erklärung hat das Ziel, die Kollegen, die praktisch und theoretisch mit Raumordnungs- und Regionalproblemen zu tun haben und die die Notwendigkeit einer alternativen Raumentwicklung sehen, in ihrer Auffassung zu bestärken und dabei gleichzeitig erste Vorschläge für eine alternative Raumordnungs- und Regionalpolitik zur Diskussion zu stellen. Wir sind der Auffassung, daß die Ausformulierung einer solchen alternativen Politik schließlich nur in einem breiten Diskussionsprozeß erfolgen kann, an dem möglichst viele Kollegen und darüber hinaus möglichst

SOPO 42
Dez.'77 DM 6.-

Dialektik-
Kapitallogik und Ideologie
P. Dammerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre: Probleme der materialist. Dialektik / P. Ruben: Kapitallogik / A. Mazzone: Marxist. Ideologietheorie (1) / W. R. Beyer: Menschenrechte bei Hegel

Fragen zum Sozialismus
B. Gransow, V. Gransow: Ursprünge der pol. Ökonomie des Sozialismus / Rilling: **Arbeitsbedingungen in der DDR (zu Prokla 27)**

Fragen zur Krise und Planbarkeit

Diss. zur Diktatur des Proletariats
W. Goldschmidt: Sozialismus und Demokratie / Steinborn: **Vor dem Machtwechsel in Frankreich**

Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird.

Vierteljährlich herausgegeben in Westberlin
Verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

ab Heft 43 (1/78)
Preis des Einzelheftes DM 9,80
Jahresabo (4 Hefte) DM 36,- (incl. Porto

viele der durch die räumlichen Fehlentwicklungen Betroffenen teilnehmen. Wir hoffen, daß eine solche Diskussion, in der unsere Vorschläge kritisch verarbeitet und weiterentwickelt werden sollten, bald in Gang kommt und eine breite Beteiligung findet.

Um deutlich zu machen, von welchen gemeinsamen Einschätzungen und Überzeugungen die Unterzeichner dieser Erklärung ausgehen, sollen im folgenden zunächst die Haupttendenzen gegenwärtiger Raumentwicklung (Teil I) und der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik (Teil II) kritisch dargestellt werden. Sodann sollen einige Grundzüge der auf Raumentwicklung bezogenen fachwissenschaftlichen Diskussionen dargestellt und bewertet werden (Teil III). Im Anschluß daran sollen Grundsätze, Stellenwert und gesellschaftliche Träger einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik bezeichnet werden (Teil IV). Schließlich sollen die wichtigsten Ansatzpunkte von unmittelbaren wie von weiterreichenden Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik benannt werden (Teil V).

I. HAUPTTENDENZEN DER GEGENWÄRTIGEN RAUMENTWICKLUNG

1. Gesetzliche Zielvorstellungen und tatsächliche Entwicklung der Regionen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet die Regierungen des Bundes und der Länder, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren (Grundgesetz, Art. 72 [3] und 106 [4]). Die Raumordnungspolitik zielt daher erklärtermaßen darauf hin, Verdichtungsräume mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in zurückbleibenden Gebieten zu verbessern (Raumordnungsgesetz § 2). Die Regionalpolitik hat die Aufgabe, die Wirtschaftsstruktur in denjenigen Regionen zu verbessern, die wirtschaftlich schwach oder einseitig sind oder dies zu werden drohen (Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GRW § 1). Diesen – keineswegs neuen – Zielen steht eine räumliche Entwicklung gegenüber, die gekennzeichnet ist

– durch eine Verfestigung und Verstärkung der großräumigen Unterschiede zwischen den hochentwickelten Ballungsgebieten und den unterentwickelten Randgebieten der Bundesrepublik, die an einer sehr ungleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte, der Wirtschaftsunternehmen und der Arbeitsplätze abzulesen sind und die auch an tiefgreifenden räumlichen Unterschieden in der Siedlungsstruktur und in der Infrastrukturausstattung des Gesamtgebiets der Bundesrepublik deutlich werden;

– durch die Entwicklung neuer Unterschiede zwischen alten Industriegebieten (z. B. dem Ruhrgebiet und dem Saargebiet), denen Arbeitsplätze entzogen werden, und neueren Standorten entwicklungsfähiger Wachstumsindustrien, die sich – in rücksichtsloser Ausnutzung internationaler Kapitalmobilität – insbesondere in der „Schiene" Südostengland – Benelux – Rheintal – München – Norditalien zusammenballen;

– durch zunehmende Unterschiede auch innerhalb sowohl der Verdichtungsgebiete als auch der Entleerungsgebiete, indem Standorten mit großzügiger Infrastrukturausstattung Teilräume mit schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen gegenüberstehen; hier wirkt sich die Konzentration von Betrieben, vor allem aber von Dienstleistungseinrichtungen auf zentrale Orte in den ländlichen Gebieten als besondere Einschränkung der Erreichbarkeit aus.

2. Ursachen und soziale Auswirkungen regionaler Entwicklungsunterschiede

Diese ungleichmäßige Entwicklung reicht weit in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte unseres Landes zurück. Sie ist wesentlich durch die Ansiedlung von Arbeitsplätzen bestimmt, das heißt durch das Investitionsverhalten der privaten Unternehmen zustandegekommen. Schon immer bevorzugten vor allem die großen expansiven Unternehmen und Unternehmensverbindungen die Standorte, die aufgrund von zunächst natürlichen, dann zunehmend gesellschaftlich hergestellten Ausstattungs- und Lagevorteilen den Gewinn auf das eingesetzte Kapital nachhaltig förderten, womit die abhängig beschäftigten Arbeitskräfte zu einer entsprechenden Wohnortwahl gezwungen waren. Nur in Zeiten von Wirtschaftsaufschwung und relativer Vollbeschäftigung – wie vor allem in den 60er Jahren – nutzte die große Industrie die Arbeitskräfte dort, wo sie – z. B. aus der selbst zunehmend kapitalistisch entwickelten Landwirtschaft – freigesetzt wurden: aller-

Letztens wollte einer zwölf Zeitschriften lesen

Ein Magazin für Tierfreunde

Ein politisches Magazin

Eine Rock-Enzyklopädie

Ein deutsches Kampfblatt

Ein Literatur-Magazin

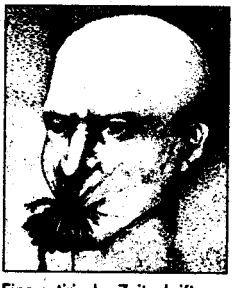
Ein Poesie-Album

Ein Oppositions-Manifest

Ein Sammler-Journal

Ein Ärzte-Fachblatt

Eine kurzweilige Lektüre



Eine satirische Zeitschrift

Ein Mode-Magazin

Er kaufte sich pardon

dings war die Errichtung von Arbeitsstätten, zumal von „verlängerten Werkbänken" auf dem Lande und in kleinen Städten, mit hoher Krisenanfälligkeit verbunden. Inzwischen haben die Wirtschaftskrise und der beschleunigte Einsatz von neuer Technik eine wachsende Zahl von Arbeitslosen erzeugt und die Erweiterung und Neugründung gewerblicher Arbeitsstätten außerordentlich eingeschränkt. Betrachten wir diese Entwicklung in ihren konkreten Erscheinungen, so ergibt sich ein recht klares Bild von der Umsetzung der ungleichmäßigen räumlichen Entwicklung in eine bestimmte Verteilung ihrer Vor- und Nachteile auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen der Bevölkerung:

a. Die seit langem schon schwächer entwickelten Räume sind im wesentlichen ländliche Gebiete mit zentralen Orten durchaus unterschiedlicher Größe, insbesondere im Nordwesten und im Südosten der Bundesrepublik; sie zeichnen sich durch einen erheblichen Mangel an Arbeitsplätzen und durch schlechte und teuere Versorgungsmöglichkeiten für die Bevölkerung aus. Mit geringerem Industriebesatz, mit vielfach leistungsschwächeren Klein- und Mittelbetrieben und oft mit schrumpfenden Industriebranchen versehen, sind sie durch schlechtere Arbeitsplätze, unterdurchschnittliche Einkommen und vor allem durch besonders hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Diese ökonomische und soziale Situation wird meist noch durch verdeckte Arbeitslosigkeit, aber auch durch vorhergegangene Abwanderung von Erwerbspersonen verschärft. Die im Vergleich zu den Verdichtungsräumen qualitativ weitaus schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Regionen sind Folge – und wieder neue Voraussetzung – „erzwungener Mobilität". Auch wegen der großen Zahl von Betriebsstillegungen und des meist überdurchschnittlichen Mangels an Ausbildungsplätzen werden vor allem jüngere Einwohner gezwungen, nach Arbeits- und Lebenschancen außerhalb dieser unterentwickelten Räume zu suchen. Zurück bleiben ältere und weniger mobile Bewohner mit geringeren Beschäftigungschancen. Insgesamt muß festgestellt werden, daß diese Regionen in einen sich selbst verstärkenden Prozeß sozial-ökonomischer Auszehrung hineingeraten sind oder hinein zu geraten drohen.

b. Die hochentwickelten Verdichtungsgebiete haben sich entlang der sogenannten Rheinschiene und zunehmend in den südlichen Teilen der Bundesrepublik herausgebildet; sie ziehen in besonderem Maße die Investitionen *technologisch hochstehender Wachstumsbranchen* und kapitalkräftiger Großunternehmen auf sich. Hier wird die Belastung des Raumes, zumal der natürlichen Ressourcen, auf die Spitze getrieben. Die Innenstädte werden entsprechend den Expansionsbedürfnissen und Standortpräferenzen der privaten Kapitale verstärkt durch *kommerzielle* Einrichtungen genutzt, wodurch das Stadtgebiet funktionell weiter entmischt wird und die Verdrängung von Wohnbebauung, die Verödung der Stadtkerne, das Verkehrschaos und die Bau- und Bodenspekulation zunehmen. Die abhängig arbeitende Bevölkerung ist angesichts großer Mietpreissteigerungen auf Stadtrandsiedlungen verwiesen, die vom öffentlichen Nahverkehr meist unzureichend erschlossen und infrastrukturell mangelhaft ausgestattet sind und von den sozialen Verhältnissen her eher Gettos werden können. Insgesamt ergibt sich also als Preis für die Ballungsvorteile der großen Kapitale eine noch zunehmende finanzielle, zeitliche und ökologische Belastung hauptsächlich für den Teil der Bevölkerung, der abhängig arbeitet. Hinzu kommt, daß einige spezifische Vorteile von Ballungsgebieten in Frage gestellt werden, indem sich hier die Arbeitsbedingungen besonders verschlechtern; das ergibt sich aus dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Verschärfung von Arbeitsbedingungen infolge vermehrter Rationalisierungsinvestitionen in den ohnehin technisch hochentwickelten Branchen der Industrie und seit einiger Zeit auch verstärkt im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsbereich.

c. Die ungleichmäßige räumliche Verteilung von Industrie, Verkehr, Handel und Dienstleistungen und der Wohn-, Versorgungs- und Erholungsmöglichkeiten der Bevölkerung wird noch verstärkt durch Entwicklungstendenzen in der Industriestruktur, die sich aus der mit der gegenwärtigen Krise verbundenen Reorganisation der internationalen Arbeitsteilung ergeben. Zu diesen Tendenzen gehören die Schrumpfung arbeitsintensiver Produktion und die Verlagerung derartiger Betriebe (z. B. große Teile der Bekleidungs- und Lederbranche, Montagestufen der Elektroindustrie, Teile der metallverarbeitenden Industrie), aber auch von Betrieben stark exportorientierter Industriezweige (z. B. Straßenfahrzeugbau, feinmechanische Industrie) in das Ausland. *Solche vom Ziel der Gewinnmaximierung bestimmten Veränderungen* der Industriestruktur, die das Potential ansiedelbarer neuer Betriebe nahezu vernichten, betreffen nicht nur die ohnehin unterentwickelten Regionen, sondern eben auch Verdichtungsräume mit überalterter Industrie-

struktur, die nun durch überdurchschnittliche Arbeitsplatzvernichtung gekennzeichnet sind. Und zusätzlich zur Überlastung einiger Ballungsräume, zur Austrocknung traditioneller Industriegebiete und zum Abzug wirtschaftlichen Potentials aus den unterentwickelten Regionen tritt neuerdings noch eine exzessive Industrialisierung bestimmter Gebiete (so am Oberrhein, an der Unterelbe) mit Anlagen der Energiewirtschaft und der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hinzu, mit der die konkrete Gefahr einer Vernichtung wichtiger Naturräume verbunden ist.

d. Nach den gesetzlich fixierten Zielen der Raumordnungspolitik sollen die räumlichen Ungleichgewichte durch staatliche Maßnahmen abgebaut werden, jedoch wird diese Absicht schon durch die unzureichende regionale Abstimmung bedeutsamer Investitionen des Bundes und der Länder selbst unterlaufen. So wirken z. B. unter dem Druck der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Verkehrspolitik die Investitionen der Deutschen Bundesbahn einer ausgeglichenen Raumentwicklung entgegen. Ebenso werden die Standorte von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in der Regel nach eher einzelbetrieblichen Kriterien festgelegt. Dies hat zur Folge, daß gerade auch der staatliche Dienstleistungssektor zunehmend regional konzentriert wird. Dadurch vermindert sich der „Tertiärisierungsgrad" regionaler Arbeitsmärkte besonders in ohnehin strukturschwachen Räumen. Die derzeitige Raumordnungs- und Regionalpolitik, die – wie zu zeigen sein wird – von ihrer eigenen Anlage her der Verschärfung räumlicher Ungleichgewichte kaum entgegenzuwirken vermag, wird so durch raumwirksame Maßnahmen in verschiedenen fachpolitischen Bereichen selbst sehr nachhaltig beeinträchtigt.

3. Politische Folgeprobleme räumlicher Ungleichgewichte

Die räumlich ungleichgewichtige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik zerstört eine Reihe von Ausgangspositionen, die man bislang für die Verwirklichung angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen überall in der Bundesrepublik noch glaubte nutzen zu können:

a. Die Ballungsräume zeichnen sich in der Regel kaum noch durch die Vorzüge großstädtischer Siedlungsformen aus, sondern werden durch die in ihnen angelegten ökonomischen und sozialen Konflikte beherrscht. In den unterentwickelten Randräumen werden durch eine erhebliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen schließlich elementare Grundrechte – das Recht der freien Berufswahl, der freien Persönlichkeitsentfaltung, vom Recht auf Arbeit gar nicht zu reden – in hierzulande bisher noch unbekannter Weise infrage gestellt. Die räumlichen Auswirkungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung drängen auf einen Abbau des Anspruchsniveaus in bezug auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der arbeitenden Bevölkerung hin, der, wenn er hingenommen wird, über die unmittelbare Verschlechterung der Situation hinaus auch langfristig schwerwiegende Folgewirkungen haben wird.

b. Auf der Grundlage einer zunehmend ungleichgewichtigen großräumigen Entwicklung und der Vorherrschaft privater Gewinninteressen über gesellschaftliche räumliche Nutzungsbedürfnisse verschärfen sich die Probleme kommunaler Planung. Der entwicklungspolitische Handlungsspielraum der Kommunen wird zunehmend eingeengt durch vorangegangene private und zentralstaatliche Investitionsentscheidungen und durch das zunehmende Auseinanderklaffen von kommunaler Aufgaben- und Einnahmenentwicklung. Von einer systematischen Stadtplanung, die sich an den Interessen der abhängig Arbeitenden orientiert, kann wegen der meist nur pragmatischen, kurzfristigen Behandlung jeweils akuter Engpässe und der zunehmenden Finanzkrise der Kommunen immer weniger die Rede sein.

c. Unter dem Druck anhaltend hoher Arbeitslosigkeit verstärken sich derzeit die Bemühungen der Kommunen um die Ansiedlung der geringen Zahl ansiedlungswilliger Industrienunternehmen. Durch diese verschärfte Konkurrenz der Gemeinden wie der Länder untereinander werden im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung – meist außerhalb demokratischer Öffentlichkeit – hohe finanzielle und infrastrukturelle Vorleistungen an private Unternehmen abgegeben (billige Grundstücke, Übernahme der Erschließungskosten, günstige Finanzierungskonditionen usw.), die im krassen Gegensatz zur finanziellen Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte wie auch der erwarteten zusätzlichen Steuereinnahmen sowie Arbeitsplätze stehen.

4. Die drohende Verschärfung der regionalen Probleme und ihre Auswirkung auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Es ist sicher, daß sich die räumlichen Ungleichgewichte und Spannungen in der Bundesrepublik in den nächsten Jahrzehnten verschärfen werden, wenn ihren Ursachen nicht entschieden und wirksam entgegengewirkt wird. Bleibt die Hauptursache der Fehlentwicklungen, die rücksichtslose Nutzung gegebener Standortvorteile durch private Investoren, uneingeschränkt wirksam, dann werden die spezifischen Belastungen der arbeitenden Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen sich zweifellos beträchtlich erhöhen.

a. Schon das Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes aus dem Jahre 1975 (Bundesraumordnungsprogramm) ging davon aus, daß die Zukunft durch großräumige Zusammenballungsprozesse auf der einen und Entleerungsprozesse auf der anderen Seite bestimmt sein wird, wenn dieser Entwicklung nicht wirkungsvoller als bis dahin entgegengewirkt werde (Bundesraumordnungsprogramm III, 4.4.4). Die Raumordnungsprognose 1990 des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aus dem Jahre 1977 geht unter teilweiser Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen davon aus, daß bis 1990, unter Voraussetzung einer Abwanderung ausländischer Bürger in der Größenordnung von 1,9 Millionen zum Ausgleich des gesamtbundesrepublikanischen Arbeitsplatzdefizits, hohe Wanderungsverluste in den Randgebieten durch ökonomisch erzwungene Abwanderung jüngerer deutscher Erwerbspersonen zu verzeichnen sein werden. Dadurch würden viele ohnehin dünn besiedelte Gebietseinheiten im Zeitraum 1974 bis 1990 durch Abwanderung erwerbsfähiger Einwohner bis zu 14% ihrer jetzigen Gesamtbevölkerung verlieren, während einige hochverdichtete Gebiete, vor allem entlang dem Rhein und im Münchener Raum, entsprechende positive Wanderungssalden aufweisen würden (Raumordnungsprognose 1990, 5.1, 5.2). Bei angemessener Berücksichtigung der Perspektiven der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik unter der gegebenen marktwirtschaftlichen Ordnung, insbesondere der anhaltenden oder sich verstärkenden Defizite in den Arbeitsmarktbilanzen, wird man davon ausgehen müssen, daß viele sich entleerende Randräume der Bundesrepublik 1990 durch hohe Anteile von alten Einwohnern und von Dauerarbeitslosen an der Wohnbevölkerung gekennzeichnet sein werden, während in wenigen hochverdichteten Ballungsgebieten das Kapital und die Arbeitskräfte der technologisch und ökonomisch entwicklungsmächtigen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe konzentriert sein werden, ohne daß die dort ebenfalls anstehenden Probleme gelöst werden können.

b. Diese Einschätzung der künftigen raumstrukturellen Entwicklung wird sich allerdings nur dann bewahrheiten, wenn die rücksichtslose Nutzung der gegebenen gesellschaftlichen und natürlichen Raumbedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit durch private Unternehmen künftig nicht durch den demokratischen Druck der Bevölkerung und dadurch erzwungene raumbezogene politische Maßnahmen eingeschränkt wird; also die allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht entsprechend umgestaltet wird. Ohne die politische Einschränkung der Herrschaft des Prinzips der Kapitalrentabilität über die Raumentwicklung werden die – im wesentlichen gesellschaftlich hergestellten – Standortvorteile bestimmter Ballungsräume weiterhin und verstärkt ohne Berücksichtigung der sozialen Kosten und stets zu Lasten der anderen Räume der Bundesrepublik durch die kapitalkräftigen Großunternehmen und Unternehmensverbindungen ausgenutzt werden. Also würden sich die räumlichen Ungleichgewichte noch vergrößern; Ungleichgewichte, die im Grunde nichts anderes sind als eine – von Gebiet zu Gebiet verschieden wirkende – Vergrößerung der Benachteiligung der arbeitenden Bevölkerung im Verhältnis zu kleinen wirtschaftlich mächtigen Bevölkerungsgruppen. Der Widerstand gegen Fehlentwicklungen in der Raumordnung und in der Stadt- und Regionalplanung, der in vielen betrieblichen und lokalen Aktivitäten der Gewerkschaften und in Bürgerinitiativen entfaltet wird, zielt daher in der Regel auf die Verteidigung wichtiger Voraussetzungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung und sollte als ein Beitrag zur Auseinandersetzung um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in der Bundesrepublik begriffen werden. Die Tatsache, daß die räumlichen Fehlentwicklungen im Grunde Ausdruck der gegebenen Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum und wirtschaftlicher Macht sind, besagt aber auch, daß ihnen mit bloßen Bürgerprotesten letztlich ebensowenig beizukommen ist wie mit den herkömmlichen Mitteln raumbezogener Politik. Die tatsächliche Tendenz der Raumentwicklung zielt auf eine hochgra-

dige Konzentration von gesellschaftlichem Reichtum und wirtschaftlicher Macht in wenigen, international zusammenhängenden Industriestandorten und -achsen hin, die durch die herrschende Politik der staatlichen Förderung eines abstrakten Wirtschaftswachstums und kapitalorientierter Technologien nur verstärkt wird. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik ist heute vor die grundsätzliche Alternative gestellt, ob die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich ihrer Auswirkungen in den verschiedenen Teilräumen, allgemein weiterhin im Sinne einer Stützung der Kapitalrentabilität beeinflußt werden oder ob im Gegenteil versucht werden soll, diese Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmer und der arbeitenden Bevölkerung überhaupt in den Griff zu bekommen.

c. Die gegenwärtig vorherrschende Richtung der Wirtschaftspolitik orientiert sich allerdings an einer „Modernisierungsstrategie", die ausschließlich auf die Verbesserung der internationalen Konkurrenzposition der westdeutschen Exportindustrie und damit vor allem der Großkonzerne ausgerichtet ist. Dieses unter dem Stichwort „aktiver Strukturwandel" in der Bundesrepublik praktizierte Modell der Anpassung an die sich verändernden Bedingungen des Weltmarkts ist durch die Konzentration auf technologisch hochwertige, mit hohem Forschungs- und Entwicklungsaufwand verbundene Produktionen und durch die absolute Priorität von Rationalisierungsinvestitionen gegenüber Erweiterungsinvestitionen gekennzeichnet. Konsequenz dieser Entwicklung ist die sprunghafte Erhöhung des Waren- und vor allem des Kapitalexports, der unter anderem in Produktionsverlagerungen ins Ausland seinen Niederschlag findet. Diese Konzeption des „aktiven Strukturwandels" wird zum Teil gegen den aktiven Widerstand der Bevölkerung auch unter Einsatz repressiver Mittel durchgesetzt. Zudem liegt dieser „Modernisierungsstrategie" die unrealistische Annahme zugrunde, die westdeutsche Wirtschaft könne sich in der internationalen Arbeitsteilung zum „Ingenieurschreibtisch" und „Projektierungsbüro" der Länder der Dritten Welt entwickeln und damit einen großen Teil der inländischen gewerblichen Arbeitsplätze ersetzen. Diese Strategie vernachlässigt nicht nur die Interessen derjenigen Lohnabhängigen, die in der inländischen gewerblichen Produktion beschäftigt sind, sondern sie verstößt auch gegen die Interessen der Völker der Dritten Welt an einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Die Konsequenzen dieser Strategie für die regionale Entwicklung in der Bundesrepublik liegen darin, daß der kapitalorientierte „aktive Strukturwandel" bestimmte hochverdichtete Standorte moderner Industrien weiter fördert und die sich entleerenden unterentwickelten Gebiete weiter vernachlässigt.

II. DIE UNZULÄNGLICHKEIT DER HERRSCHENDEN RAUMORDNUNGS- UND REGIONALPOLITIK

Die Raumordnungs- und Regionalpolitik des Bundes und der Länder, die dem Ziel verpflichtet ist, gleichwertige wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in den Teilräumen der Bundesrepublik herzustellen, hat die bisherige Fehlentwicklung nicht verhindern können. Mehr noch: es ist zu fragen, ob nicht die Raumplanung und Strukturpolitik bestehende Mißstände zuweilen noch verschärft haben. Und wenn man sich vor Augen hält, wie kontinuierlich und intensiv in den letzten zwanzig Jahren die Bemühungen um immer neue Planungskonzepte und um deren Wirksamkeit waren, so drängt sich zudem die Frage auf, inwieweit Schwachstellen, wie sie gewöhnlich für die Mißerfolge verantwortlich gemacht werden, nicht tatsächlich in das System dieser Politik gehören. Die raumwirksamen Maßnahmen der staatlichen Politik, von der allgemeinen Wirtschaftspolitik bis hin zu ausdrücklich raumbezogenen Politiken, lassen nämlich eben das Prinzip unangetastet, das entscheidend auf die räumlichen Arbeits- und Lebensbedingungen einwirkt: das Prinzip der freien Standortwahl der privaten Unternehmen. Ansatz und Wirksamkeit der Raumordnung und Regionalpolitik sind unter diesem Aspekt zu betrachten.

1. Unzulänglichkeit der regionalen Strukturpolitik

Als wichtigste Strategie zur Entwicklung einer gleichmäßigen Raumstruktur wird bis heute die Förderung der Industrieansiedlung angesehen. Die regionale Strukturpolitik, kurz Regionalpolitik, ist dem Grundsatz verpflichtet, die Wirtschaftskraft derjenigen Teilräume in der Bundesrepublik zu fördern, die wirtschaftlich schwach oder einseitig entwickelt sind oder dies zu werden drohen. Die Förderung wirtschaftlicher Problemgebiete vollzieht sich auf der Grundlage einer Reihe von landespolitischen Programmen, vor allem aber im Rahmen der Bund-Länder-Gemein-

schaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Die in die Gemeinschaftsaufgabe einbezogenen Fördergebiete umfassen rund 61% der Fläche der Bundesrepublik mit etwa 34% der Bevölkerung der Bundesrepublik; die Zahl der vorzugsweise geförderten Schwerpunktorte in diesen Gebieten beträgt mehr als 300. Hauptmittel der Regionalpolitik in der Gemeinschaftsaufgabe sind: erstens die finanzielle Förderung privater Investitionen eines Großteils der fernabsatzorientierten gewerblichen Wirtschaft und einiger Dienstleistungsarten in den Fällen der Gründung, Erweiterung, Verlagerung und grundlegenden Umstellung von Betrieben; zweitens die finanzielle Förderung von wirtschaftsbezogenen Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinden; darüber hinaus gehört die Förderung des Fremdenverkehrs dazu. Die Strategie dieser Regionalpolitik basiert auf der direkten und indirekten Subventionierung von Investitionen mit dem Ziel, den außerregionalen Absatz zu fördern, wobei die tatsächlichen Entwicklungsbedingungen des jeweiligen Fördergebiets und die tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Branche und des Betriebs fast völlig außer acht bleiben; vor allem aber geraten die tatsächlichen Arbeitsplatzwirkungen der Förderung ganz aus dem Blick. Der Erfolg dieser Politik für die Entwicklung der Fördergebiete war sogar zu der Zeit äußerst gering, als die Zahlen der amtlichen Förderungsstatistik, gespeist aus den unverbindlichen Angaben der geförderten Unternehmen, ungeahnte Erfolge vortäuschten. So wurde wiederholt festgestellt, daß von den zu Beginn der 70er Jahre angesiedelten und verlagerten Betrieben lediglich eine sehr geringe Anzahl die öffentliche Förderung als standortentscheidend eingestuft haben. Darüber hinaus haben inzwischen mehrere Untersuchungen die äußerst problematischen Auswirkungen der Regionalpolitik in der Gemeinschaftsaufgabe deutlich gemacht. Zu beanstanden ist vor allem

– das tatsächliche Schwergewicht der Förderung auf der vorzugsweisen Schaffung von Zweigstellen auswärtiger Konzerne, die meist besonders krisenanfällige Arbeitsplätze bieten und in der Regel keine Verwaltungs-, Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen umfassen;

– die übermäßige Schaffung geringwertiger Arbeitsplätze, die sich zudem vielfach nicht als Dauerarbeitsplätze erweisen, aber unter Umständen zur Vernichtung vorhandener Arbeitsplätze am Förderungsplatz geführt haben;

– die Förderung von technologisch rückständigen Betrieben in ökonomisch wenig entwicklungsfähigen Branchen bzw. Teilbereichen von Wachstumsbranchen, also in Wirtschaftszweigen, die auch bei einer vernünftigen Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung weiterhin schrumpfen würden;

– die Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen (Umstellungsmaßnahmen) und der Ausschluß von Betrieben ohne Fernabsatz von der Förderung;

– die hohen Mitnahmeeffekte der Förderung, bei der vielfach auch Investitionsmaßnahmen gefördert wurden, die bereits beschlossen oder sogar schon begonnen waren;

– die völlig unzureichenden quantitativen Arbeitsplatzwirkungen der Förderungsmaßnahmen; dieser Mangel ist bereits im Prinzip der weitgehend auflagenfreien Investitionsbezuschussung, insbesondere im Rechtsanspruch auf die Investitionszulage, angelegt.

Die Auswirkungen der neuesten Wirtschaftskrise, in der ein großer Teil der im Zuge der regionalen Wirtschaftspolitik geförderten Arbeitsplätze wieder vernichtet wurde, haben jedenfalls gezeigt, daß die Regionalpolitik der Gemeinschaftsaufgabe in ihrer gegenwärtigen Form kein geeignetes Mittel zur nachhaltigen und andauernden Entwicklung der wirtschaftlich schwachen Gebiete in der Bundesrepublik ist. Mit der Strategie, die das Prinzip der freien Standortwahl der privaten Unternehmen nicht antastet, fehlt ihr bereits im Ansatz jede Möglichkeit, die eigentlich bestimmenden Kräfte räumlicher Entwicklung zu beeinflussen. Denn was die Dispositionsfreiheit der großen Konzerne für die Entwicklung bisweilen ganzer Regionen bedeuten kann, mag die Tatsache illustrieren, daß (laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 15. 7. 1977) der deutsche Zweig eines internationalen Konzerns, nämlich das Kölner Ford-Werk, im Jahre 1976 mit 723,5 Mio. DM allein schon mehr als die Hälfte derjenigen Summe als Bilanzgewinn an die Muttergesellschaft überwiesen hat, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im selben Zeitraum als Mittelvolumen für die regionalpolitische Beeinflussung der räumlichen Entwicklung der gesamten Bundesrepublik zur Verfügung stand (1,354 Mrd. DM).

2. Anpassungstendenzen in der Raumordnungspolitik

Zweifellos ist die an die Grundsätze des Raumordnungsgesetzes gebundene Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik dem Ziel der Herstellung gleichwertiger Arbeits- und Lebensbedingungen ausdrücklicher verpflichtet als die verschiedenen fachpolitischen Bereiche (z. B.: Verkehrspolitik, Wirtschaftspolitik). Aufbauend auf der zum punktaxialen Konzept entwickelten Idee, das Gesamtgebiet der Bundesrepublik und ihre verschiedenen Teilräume durch ein Netz von Orten verschiedener Zentralität erschlossen zu halten, stellt die raumordnungspolitische Planung nützliche Mittel für eine Gestaltung der räumlichen Verhältnisse im Interesse der arbeitenden Bevölkerung bereit. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Raumordnung – als Querschnittaufgabe angelegt und mit unzureichenden Durchsetzungsmitteln versehen – gegenüber den allgemeinen fachpolitischen Maßnahmen, gegenüber der wirtschaftlichen Regionalpolitik und vor allem gegenüber der wirklichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend machtlos ist, da sie das Prinzip der freien Standortwahl der privaten Unternehmen nur sehr begrenzt einschränken kann. Man tut ihren Trägern daher wohl kaum Unrecht, wenn man feststellt, daß die Raumordnung die tatsächlich weithin ungezügelte räumliche Entwicklung, deren Fehler gerade für den Raumplaner überdeutlich sind, lediglich mit dem Schein einer planvollen Ordnung versieht. Hinzukommt, daß die Raumordnungspolitik von Reaktionen der Anpassung an räumliche Fehlentwicklungen keineswegs frei ist. So geht das Bundesraumordnungsprogramm aus dem Jahre 1975 zwar von der Zielsetzung aus, unerwünschte Ungleichheiten zwischen den einzelnen Teilräumen der Bundesrepublik, denen bislang unzureichend entgegengewirkt wurde, zu beseitigen und die Raumstruktur entsprechend der zentralörtlichen Gliederung zu entwickeln. Mit der Einführung der noch unausdiskutierten Begriffe des Entwicklungszentrums und vor allem der großräumlich-funktionalen Arbeitsteilung zwischen „Oberzentren" und „Freiräumen" (Vorranggebieten) vollzieht es jedoch einen ersten Schritt der bewußten oder unbewußten Anpassung an die tatsächliche und weiterhin drohende Verschärfung der räumlichen Ungleichgewichte in der Bundesrepublik (Raumordnungsprogramm I, 2.2, 2.3).

Die neuere raumordnungspolitische Diskussion läßt verstärkt die Gefahr erkennen, daß in einer strategischen Umorientierung der Raumordnungspolitik wesentliche Grundsätze wie die Herstellung räumlich gleichmäßig verteilter angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen mehr oder minder fallengelassen werden. Eine solche Raumordnungspolitik würde statt dessen nach dem zynischen Grundsatz verfahren, daß sich die Forderungen der Chancengleichheit für diejenigen unterentwickelten Räume in der Bundesrepublik von selbst erledigt, in denen die Bevölkerung gezwungen wird, schließlich von ihrem Grundrecht auf Freizügigkeit Gebrauch zu machen und abzuwandern.

Auch der Vorschlag, die Raumordnungspolitik zu einer „integrierten Entwicklungspolitik" auszubauen, insbesondere einen „Bundesentwicklungsplan" zu erstellen, bleibt solange formal, wie nach solchen Konzeptionen die wichtigsten Investitionen privatwirtschaftlich gesteuert bleiben.

3. Räumliche Auswirkungen der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Mißerfolge der Regionalpolitik und Schwachstellen der Raumordnung sind nun nicht isolierte Fehlleistung staatlicher Politik. Vielmehr ist die gesamte – Stadt und Land umfassende – Raum- und Regionalentwicklung im Zusammenhang der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu sehen. Unstrittig haben die verschiedenen Fachpolitiken des Bundes und der Länder – von der Verkehrspolitik bis zur Kulturpolitik – und hat die Gestaltung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben insgesamt so große räumliche Auswirkungen, daß die Bemühungen der speziell raumbezogenen politischen Maßnahmen vielfach mühelos durchkreuzt und zunichte gemacht werden können. Belegt sind etwa die räumlich verschiedenen Wirkungen von Beschaffungsmaßnahmen aus dem Rüstungshaushalt. Und von großer Bedeutung sind nicht zuletzt die räumlichen Auswirkungen der Ausgaben für die Förderung von Forschung, Entwicklung und technischem Fortschritt im Rahmen des Bundeshaushalts, die bestimmte hochentwickelte Räume stark bevorteilen und demzufolge zumal unterentwickelte Gebiete weiter benachteiligen. Es ist daher festzuhalten, daß das volle Gewicht der nicht-raumbezogenen Politik des Bundes und der Länder und der mit ihr verbundenen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen einer gleichmäßigen räumlichen Entwicklung eher entgegensteht, als daß es diese fördert. Das gilt, wie gezeigt, in besonderem

Maße für eine allgemeine Wirtschaftspolitik, welche auf eine bedingungslose Förderung der Investitionstätigkeit privater Großunternehmen hinausläuft.

III. KRITIK AN AUSRICHTUNG UND INHALTEN DER FACHWISSENSCHAFTLICHEN DISKUSSION

Die Betrachtung der Haupttendenzen der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion über Probleme der Raumwirtschaftstheorie sowie der Raumordnung, Landesplanung und regionalen Wirtschaftspolitik fordert gerade vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur der BRD und der Unzulänglichkeit der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik eine grundsätzliche kritische Bestandsaufnahme heraus, die hier jedoch nur skizziert werden kann.

1. Raumordnungs- und Regionalwissenschaft in der Nachkriegszeit

Die Entwicklung der Raumordnungs- und Regionalwissenschaft nach 1945 war durch die Verbindung ihrer Vorgänger mit dem Faschismus zunächst stark belastet. Vor allem aber wurde angesichts der breiten Durchsetzung der neoliberalen Ideologie in der Nachkriegsperiode die theoretische Diskussion bis weit in die 50er Jahre hinein von der Frage beherrscht, ob „Raumordnung und Marktwirtschaft" miteinander überhaupt vereinbar seien. Auf diese Weise kam es allenfalls zu der Einsicht, daß der Marktmechanismus als das wesentliche Koordinationsinstrument der Standortverteilung der wirtschaftlichen Aktivität in Ausnahmefällen der Ergänzung und Korrektur bedürfe, nicht aber zu einer umfassenden theoretischen Begründung der verschiedenen regionalpolitischen ad-hoc-Maßnahmen und zu keiner Erarbeitung raumordnungs- und regionalpolitischer „Leitbilder".

Statt dessen lag der Schwerpunkt der theoretischen Diskussion in den 50er Jahren auf Ansätzen zur Integration von Standort- und allgemeiner Gleichgewichtstheorie. Diese Versuche, an Stelle der älteren separaten Einzeltheorien eine allgemeine und integrierte Standorttheorie zu entwikkeln, gingen mit der Verfestigung der These Hand in Hand, daß der Marktmechanismus prinzipiell für eine optimale räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität sorge und daher eine systematische und kontinuierliche Regionalpolitik überflüssig sei.

Das von zyklischen Krisen zunächst kaum beeinträchtigte und in bestimmten Phasen ungewöhnlich schnelle wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik führte in den sich entwickelnden industriellen Ballungsgebieten zu einer weitgehenden Absorption der in den ländlichen Gebieten arbeitslosen, unterbeschäftigten bzw. freigesetzten Arbeitskräfte. Der Bedarf nach einer umfassenden raumordnungspolitischen Konzeption und einem koordinierten Zielsystem für die regionale Wirtschaftspolitik wurde erst sichtbar, als die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in den 60er Jahren zu einer Verschärfung der räumlichen Probleme führte, die mit „passiven Sanierungen" und ungleichgewichtigen Entwicklungen während der Nachkriegszeit in der BRD entstanden waren. Zudem mußten nun in größerem Maßstab umfangreiche Teile der im Staatshaushalt zentralisierten finanziellen Ressourcen zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums mobilisiert werden.

2. Ansätze einer staatsinterventionistischen Raumordnungs- und Regionalwissenschaft

Auf diese Weise entstanden nicht nur die Voraussetzungen für die Entwicklung einer „staatsinterventionistischen" Raumordnungskonzeption, die von einer ökonomischen Regulierungs- und Programmierungskonzeption des Staates als grundlegender und dauernder Aufgabe ausgeht. Es wurden auch die Bedingungen dafür geschaffen, daß die in der BRD geführte wissenschaftliche Diskussion an den weiter fortgeschrittenen Stand von Theorie und Praxis regionaler Wirtschaftspolitik in einigen anderen kapitalistischen Ländern anknüpfen konnte.

Ausdruck dieser Entwicklung war z. B. das Konzept einer „produktivitätsorientierten Regionalpolitik". Diese fordert, die Raumordnungs- und Regionalpolitik ausschließlich in den Dienst der globalen Wachstumsstimulierung zu stellen und dabei die staatlichen Ausgaben und Investitionen räumlich möglichst zu konzentrieren. Damit wird erstmals eine theoretische Legitimation für die Politik der passiven Sanierung und sozialen Erosion in weiten Gebieten der BRD zugunsten

einer beschleunigten Entwicklung von Wachstumszentren gegeben. Für die benachteiligten Regionen werden vor allem sozialpolitische Maßnahmen, beispielsweise Mobilitätshilfen, zwecks Verhinderung sozialer und politischer Spannungen befürwortet.

Alle weiteren Diskussionen über regionalpolitische Ziele und Leitbilder wie z. B. das Konzept der Wachstumspole, der Entwicklungszentren oder auch der ausgeglichenen Funktionsräume werden in der Regel nur in Hinblick auf das wünschenswerte Ausmaß der passiven Sanierung und Standortkonzentration geführt. Von keinem dieser theoretischen Ansätze wird der Markt- und Gewinnmechanismus als zentrales Regulierungsprinzip der Standortverteilung der Produktion in Frage gestellt. Damit wird allen subjektiven Intentionen von Politikern, Wissenschaftlern und Planern, soweit diese eine Induzierung „selbsttragenden Wachstums" in peripheren Regionen anstreben, objektiv die Möglichkeit der Realisierung genommen.

Kennzeichnend für alle genannten theoretischen Ansätze ist ferner die völlige Vernachlässigung der wesentlichen Unterschiede des Standortverhaltens von Großkonzernen sowie mittleren und kleinen Unternehmen und damit zugleich der unterschiedlichen Möglichkeiten seiner Beeinflussung durch den Staat. Überhaupt suggerieren die theoretischen Konstruktionen der ausgeglichenen Funktionsräume und der funktionsfähigen regionalen Arbeitsmärkte völlig unbegründet eine weitgehende Manipulierbarkeit der räumlichen Strukturen.

Soweit Politik zum Gegenstand der mit städtischen und regionalen Problemen befaßten Planungstheorien wird, überwiegen technokratische Ansätze. Politische Probleme wie die Formulierung und Umsetzung von Planungszielen werden kaum unter dem Blickwinkel sozialer Gegensätze und sozialer Bewegungen diskutiert, sondern meist nur im Rahmen einer administrativen Reorganisation von Aufgaben und Kompetenzen gesehen. Das drückt sich auch aus in der Aufspaltung und der Verlagerung der Zuständigkeiten für die räumlichen Probleme wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zwischen bzw. unter den Bundesministerien sowie mit der Einrichtung verschiedenartiger Planungsstäbe und -ämter auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Bestimmte Hoffnungen, daß es allein aufgrund verwaltungsorganisatorischer Maßnahmen zu einer verstärkten Durchsetzung arbeitsorientierter Ziele und Instrumente in der regionalen Wirtschaftspolitik kommen könne, stehen im Widerspruch zu der Erkenntnis, daß letztlich nur die lohnabhängige Bevölkerung selbst ihre Interessen gegenüber den Kapitalinteressen durchzusetzen vermag.

3. Ausgeklammerte Fragestellungen in der Raumordnungs- und Regionalwissenschaft

Noch um vieles schwieriger wird die Bewältigung der sozialen Realitäten auf räumlicher Ebene für diejenigen Wissenschaftler, die sich in erster Linie oder ausschließlich mit der Konstruktion hochformalisierter Modelle z. B. der Stadtentwicklung befassen. Solche Modelle sind in marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaften für Planungszwecke in der Regel untauglich. Zwar hat sich als Gegenbewegung inzwischen eine breite Schule empirisch orientierter Regionalforschung herausgebildet. Diese hat sicherlich wertvolles und unverzichtbares Material, insbesondere Indikatoren aller Art, erarbeitet; doch ist sie andererseits – aufgrund eines eklatanten Defizits an Theorie – in der Regel nicht in der Lage, die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und vor allem die besondere Lage der arbeitenden Bevölkerung sichtbar zu machen, deren spezifische Interessen sie daher faktisch ignoriert. Daß beide Extremformen wissenschaftlicher Arbeit – Modell- wie Faktenfetischismus – durch die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst bedingt sind, ist nicht unmittelbar zu erkennen. Deshalb werden auch für räumliche Krisen aller Art – fälschlicherweise – Wissenschaftler und Planer, nicht aber die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und eine ihnen angepaßte Politik verantwortlich gemacht.

Die Krise der wirtschaftlichen Globalsteuerung, der Raumordnungs- und Regionalpolitik und die Zerstörung der damit verbundenen Reformhoffnung begünstigt darüber hinaus ein wachsendes Gewicht offen reaktionärer und autoritärer Tendenzen, so z. B. die Renaissance mancher bereits überwunden geglaubter Wirtschaftstheorien. Solche theoretischen Ansätze machen auch auf dem Gebiet der Raumentwicklung keinen Hehl aus ihrer Parteinahme für „mehr Markt", für eine Ausweitung privatwirtschaftlicher Entscheidungsbefugnisse, für die Reprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen und für die Eindämmung demokratischer Einflußnahme insbesondere durch die Gewerkschaften.

Verschärfend wirkt sich die Herausbildung und Entwicklung einer bestimmten Forschungsförderungspolitik in der Regionalwissenschaft aus. Diese läuft darauf hinaus, die wissenschaftlichen Fragestellungen auf die kurz- und mittelfristigen Erfordernisse des staatlichen Krisenmanagements und der entsprechenden Politikberatung festzulegen und damit die Arbeiten über grundsätzliche Alternativen, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientieren, zu diskriminieren. Andererseits hat die Zahl derjenigen Wissenschaftler und Planer zugenommen, die aus der Krise der überkommenen regionalen Wirtschaftspolitik und Regionalwissenschaft theoretische, aber vor allem auch wissenschaftspraktische Schlußfolgerungen ziehen, z. B. in der Kooperation mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen. Gerade in einem Klima zunehmender politischer Disziplinierung, von dem auch der Wissenschaftsbereich nicht ausgespart ist, muß daher nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Legitimität einer arbeitsorientierten Wissenschaft unterstrichen werden, die sich zur Aufgabe setzt, die Ursachen und Bewegungsgesetze ungleicher räumlicher Entwicklung offenzulegen und grundsätzliche Alternativen aufzuzeigen.

Für eine solche kritische wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Regional- und Raumentwicklung eröffnet sich dabei ein weites Feld. Festzustellen ist z. B. ein eklatanter Mangel in der Analyse und konzeptionellen Bearbeitung von sozialen Fragestellungen und Problemen, die nicht positiv auf Strategien eines kapitalorientierten „aktiven Strukturwandels" festgelegt sind. Insbesondere fehlt es an Untersuchungen zur Situation der in der gegenwärtigen Krise besonders betroffenen Teile der Arbeitnehmerschaft in regionalen Problemgebieten und an Untersuchungen über die sozialen Zusatzbelastungen, die aus den – überdies staatlicherseits geförderten – zunehmenden räumlichen und sektoralen Mobilitätszwängen resultieren. Die sozialkulturellen Folgen einer durch eine ungehinderte kapitalistische Entwicklung hervorgebrachte räumliche Konzentration von Arbeitsstätten, Beschäftigten und Versorgungseinrichtungen innerhalb der unterentwickelten und strukturschwachen Gebiete haben bislang nur geringe Aufmerksamkeit gefunden. Der theoretische Rahmen einer arbeitsorientierten raumbezogenen Wissenschaft selbst bedarf einer weiteren Ausarbeitung.

Die Umorientierung der Forschungspolitik auf solche Fragestellungen wird jedoch häufig erst dann als notwendig erkannt und ermöglicht, wenn im gesellschaftspolitischen Bereich Druck ausgeübt wird. So haben erst die breiter werdenden Bewegungen zu Umweltfragen erzwungen, daß sich Politiker, Planer und Wissenschaftler eingehender mit den zerstörerischen Folgen monofunktionaler Nutzungen ländlicher und peripherer Gebiete und insbesondere mit räumlichen Auswirkungen der staatlichen Energiepolitik befassen. In diesem Zusammenhang ist es vor allem notwendig, einen Beitrag zur Ausarbeitung der Möglichkeiten und Aufgaben von demokratischer Mitbestimmung und von demokratischer Gestaltung des Verwaltungshandelns zu leisten, der über die sozialtechnisch verengte Behandlung dieser Fragen in der bisherigen regionalwissenschaftlichen Debatte deutlich hinausgeht. Im Unterschied zum Bereich der Regional- und Raumentwicklung sind in der stadtplanerischen und kommunalpolitischen Debatte solche Fragen in wenn auch häufig verkürzter Form immerhin schon zu einem legitimen Bestandteil der Forschung geworden. Was ein Mehr an Demokratie auf dem Gebiet der regionalen Wirtschaftspolitik und Raumordnungspolitik bedeuten könnte und müßte, sollte in das Zentrum regionalwissenschaftlicher Untersuchungen mit einrücken, statt weiterhin an den äußersten Rand verdrängt zu werden.

IV. GRUNDSÄTZE, STELLENWERT UND GESELLSCHAFTLICHE TRÄGER EINER ARBEITSORIENTIERTEN RAUMORDNUNGS- UND REGIONALPOLITIK

1. Ausgangspunkte einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Die Probleme, die mit der ungleichen Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik vor allem in den letzten Jahren entstanden sind, haben bei vielen Betroffenen zu Abwehrmaßnahmen geführt. Es sind Bewegungen zur Verteidigung der Arbeitsplätze und Verhinderung von Betriebsschließungen entstanden, und zwar sowohl in unterentwickelten Räumen der Bundesrepublik z. B. Kalletal (Mannesmann), Speyer (VFW-Fokker), Emden (VW, Nordseewerft), Erwitte (Seibel), als auch in Ballungsgebieten z. B. Düsseldorf-Reisholz (Mannesmann), Oberhausen (Thyssen), Saargebiet (Röchling, Neunkirchner

Eisenwerke) oder Westberlin (Spinnstoffabrik Zehlendorf). Desgleichen hat es eine breite Entfaltung von Initiativen zur Verteidigung und Verbesserung der Umweltbedingungen gegeben, z. B. die Bewegung gegen das Atomenergieprogramm der Bundesregierung, eine Vielzahl von Aktionen gegen die Zerstörung von Wohn- und Erholungsgebieten durch das unkontrollierte Planen von neuen Straßen und Industrieeinrichtungen, gegen die Gefährdung der Lebensgrundlagen durch wildes Giftmülldeponieren sowie gegen die Errichtung von weiteren militärischen Einrichtungen vor allem in Erholungsgebieten (z. B. Garlstädter Heide); schließlich Initiativen zur Verbesserung der Gesundheits-, Bildungs- und Freizeitversorgung vor allem in ländlichen Gebieten sowie in Arbeitervierteln der Ballungsgebiete und Städte. Die Erfahrungen, die in diesen praktischen Auseinandersetzungen gemacht wurden, bilden eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik. Für die Weiterentwicklung und Verbreiterung dieser bislang noch weitgehend isolierten und punktuellen Bewegungen ist es unseres Erachtens wichtig, Klarheit über den inneren Zusammenhang zu gewinnen, der zwischen den verschiedenen Lebensbereichen herrscht, um deren Verbesserung gekämpft wird bzw. deren Verschlechterung abgewehrt werden soll. Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze, für den Schutz der Umwelt, für die Verbesserung der Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsverhältnisse in allen Regionen ist als Kampf um die Erhaltung und die Verbesserung elementarer Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen in dem jeweiligen Teilraum zu begreifen. Weniger denn je kann man in irgendeiner Region auf Bestandteile dieser elementaren Existenzbedingungen verzichten. Dementsprechend müssen die verschiedenen Teilbewegungen für die Verteidigung der räumlich gegebenen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung theoretisch und praktisch zusammengeführt und ihre internen Widersprüche überwunden werden. Dieses ist eine bislang noch weitgehend ungelöste Aufgabe, obwohl sich die Gewerkschaften bereits in wachsendem Maße etwa mit Bildungs-, Gesundheits- und Umweltfragen, Problemen der Verkehrspolitik, Stadtplanung und regionalen Strukturpolitik als wesentlichen Faktoren des Lebensniveaus der abhängig Arbeitenden befassen (vgl. die entsprechenden Beschlüsse des 10. DGB-Bundeskongresses, das Umweltprogramm des DGB, konzeptionelle Arbeiten in verschiedenen DGB-Landesbezirken, die Forderungen der ÖTV zur Verkehrspolitik oder kommunalpolitische Aktivitäten der Gewerkschaften). Noch aber ist es der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik, den raumrelevanten sektoralen Politiken sowie der etablierten wissenschaftlichen Politikberatung, insoweit diese der raumwirksamen Politik der großen Unternehmen zuarbeiten, bislang weitgehend gelungen, mit erheblichem Erfolg und scheinbar unpolitisch auch auf dem Felde der Raumentwicklung die Interessen der kapitalkräftigen Unternehmen zum Zuge zu bringen.

Die räumliche Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu beeinflussen, stellt eine Aufgabe dar, die über die Raumordnungs- und Regionalpolitik weit hinausreicht. In der gegenwärtigen Lage schließt die Bewältigung dieser Aufgabe vor allem ein, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen oder jedenfalls zu verhindern, daß diese in das nächste Jahrzehnt hinein weiter wächst. So, wie die überlieferten konjunkturpolitischen Maßnahmen an der Fortdauer der jüngsten Krise in Gestalt der Beschäftigungskrise nichts zu ändern vermögen, können auch die überlieferten strukturpolitischen Maßnahmen an den regionalen Erscheinungsformen der Massenarbeitslosigkeit nichts ändern. Sie würden allenfalls zu einer leichten räumlichen Umverteilung der Arbeitslosigkeit führen können. Daher schließt die Einleitung einer neuartigen Raumordnungs- und Regionalpolitik eine grundlegende Veränderung der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ein, mit der vor allem eine Beendigung der Massenarbeitslosigkeit in allen Regionen erreicht werden muß. Die Vorschläge, welche von 75 Wirtschaftswissenschaftlern am Vorabend des 1. Mai 1977 zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit vorgetragen worden sind, sowie die Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vom Juli 1977 stellen daher eine unverzichtbare Grundlage für die Neubestimmung der Raumordnungs- und Regionalpolitik im Interesse der Arbeitnehmer dar. Daß der Kampf für die Durchsetzung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik seinerseits zugleich ein praktischer Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist und hierfür die vielfach notwendige räumliche Konkretisierung darstellt, ist offensichtlich. Über die Beendigung der Massenarbeitslosigkeit hinaus erfordert die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in den Regionen aber auch, energische Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Arbeitsverhältnisse und der außerbetrieblichen

Lebensverhältnisse zu unternehmen. Hierzu gehört besonders die Beseitigung inhumaner Arbeitsbedingungen und die Verhinderung einer weiteren Zerstörung der natürlichen Umwelt.

2. Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung als Hauptziel der Raumordnungs- und Regionalpolitik

Der Entwurf und die Durchsetzung einer Raumordnungs- und Regionalpolitik, die den tatsächlichen räumlichen Fehlentwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht hinterherhinkt, sondern sie einzuschränken und schließlich zu vermeiden sucht, setzen eine gründliche Veränderung von Anlage und Vorgehensweise der raumbezogenen Politik voraus. Ihr Grundsatz muß sein, daß die Raumordnungs- und Regionalpolitik nicht ein bloßes Mittel der Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sein darf, sondern unmittelbar auf die Verbesserung und die Entfaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen gerichtet sein muß, was zugleich das oberste Ziel darstellt, das die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überhaupt verfolgen muß. Die Gestaltung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht die Verbesserung der Standortbedingungen für kapitalistische Unternehmungen muß die Hauptaufgabe aller raumbezogenen Politik sein. Diese ist wiederum nur im Rahmen einer gleichgerichteten allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, welche die räumlichen Bedingungen und Ausprägungen der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse bewußt gestaltet, voll zu verwirklichen. Dabei darf der mögliche Widerspruch zwischen den Interessen der Bevölkerung bestimmter Teilräume und den Interessen der Gesamtbevölkerung nicht aus den Augen verloren werden.

Eine vollständig von gesellschaftlichen Bedürfnissen geleitete raumgestaltende Politik setzt eine umfassende sachliche, zeitliche und räumliche Planung und Steuerung der wichtigsten ökonomischen und sozialen Prozesse, insbesondere von Beschäftigung und Investitionen voraus, welche in einer kapitalistisch-marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft mit privatem Produktionsmitteleigentum nicht möglich zu sein scheint. Das Prinzip der Maximierung des unternehmerischen Profits, das die wirtschaftliche Entwicklung einschließlich ihrer räumlichen Auswirkung in einer solchen Ordnung beherrscht und das zu den geschilderten räumlichen Fehlentwicklungen wie zur gegenwärtigen Abwälzung von Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung führt, kann jedoch in seiner Wirksamkeit begrenzt werden. Das setzt natürlich eine Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit jedenfalls bei den großen Unternehmen und Unternehmensverbindungen voraus. Diese Einschränkung besteht darin, das Ziel unternehmerischen Handelns, die möglichst gewinnbringende Verwendung des eingesetzten Kapitals, über bereits gegebene Nebenbedingungen hinausgehend, schrittweise weiteren direkten Einschränkungen und Lenkungsmaßnahmen zu unterwerfen, welche die ausdrückliche Berücksichtigung eines immer größeren Teils der Bedürfnisse der abhängig arbeitenden Bevölkerung in der Unternehmenstätigkeit zum Inhalt haben. Dabei darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß wohl erst die Ersetzung des Prinzips der einzelwirtschaftlichen Rentabilität durch das Prinzip des Gesamtwirtschaftlichen Bedarfs auf die Dauer eine sinnvolle Ordnung der gesellschaftlichen Arbeit und der Raumentwicklung möglich macht.

3. Art und Bedeutung der Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Politische Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und der raumbezogenen Politiken, die auf das Ziel einer bedürfnisgeleiteten ausgeglichenen räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet sind und die Teilziele verfolgen, welche eine Einschränkung des einzelkapitalistischen Rentabilitätskalküls zugunsten von Arbeitnehmerinteressen zum Inhalt haben, können als Mittel einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik bezeichnet werden. Die arbeitsorientierte raumbezogene Politik stellt die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ordnung, die die ungleichgewichtige und krisenhafte Raumentwicklung hervorgebracht hat, somit dadurch in Frage, daß sie eine Bindung von Unternehmensentscheidungen an die Erfordernisse einer räumlichen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzt, welche eine zunehmend ausgeglichene und bedürfnisgemäße Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung ermöglicht. Das wichtigste Mittel hierzu ist, neben der unmittelbaren Bindung der Staatstätigkeit an

dieses Ziel, die Bindung der Tätigkeit der größeren Wirtschaftsunternehmen an eine raumbezogene wirtschaftliche Rahmenplanung bei gleichzeitiger Unterwerfung der Unternehmenstätigkeit unter eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die grundgesetzlich geforderte Sozialbindung des Eigentums bildet hierfür die verfassungsrechtliche Grundlage. Allerdings lehrt die Erfahrung, daß diese Sozialbindung des Eigentums gerade auch im Falle der mächtigsten Wirtschaftsunternehmen, nicht zuletzt wegen des Fehlens voller Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, nur eine Forderung der Verfassung geblieben ist und nicht die Wirklichkeit bestimmt. Daher ist eine wirksame arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik auf die Durchsetzung der Forderung angewiesen, das Produktionsvermögen von Schlüsselindustrien im Einklang mit der entsprechenden Kann-Bestimmung des Grundgesetzes und bei voller Verwirklichung der Mitbestimmung in Gemeineigentum zu überführen. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist diese Forderung von zahlreichen Gewerkschaftstagen und zunehmend auch von Belegschaften bekräftigt worden. Erst so werden schließlich die Voraussetzungen dafür geschaffen, wirkungsvolle Raumordnungs- und Regionalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu betreiben. Zum Beispiel ist eine durchgreifende Sicherung der regionalen Erwerbsbasis einer so monostrukturierten Region wie der des Saarlandes ohne Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Stahlindustrie nicht möglich.

Die Maßnahmen, welche in einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik verwirklicht werden müssen, können sich daher weder in der Forderung nach einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln noch im Verlangen nach einer Minderung gegebener Lasten für die arbeitende Bevölkerung in bestimmten Räumen erschöpfen. Entscheidend ist vielmehr, unter Beachtung der schließlichen Zielsetzung raumgestaltender Politik solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, die die gegenwärtige Lage der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar verbessern können (unmittelbare Maßnahmen) und darüber hinaus solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung mit Aussicht auf weiterreichenden Erfolg fortentwickeln können (weiterreichende Maßnahmen). Unmittelbare Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik beziehen sich in der aktuellen Situation vor allem auf die Bewahrung der vorhandenen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten in den einzelnen Teilräumen vor Schädigung und vor Abbau sowie auf die Vermehrung dieser Möglichkeiten. Weiterreichende Maßnahmen beziehen sich heute vor allem auf die Bereitstellung von bedarfsgerechten Arbeitsplätzen und Wohnungen, von guten und ausreichenden Verkehrs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, von humaneren Arbeitsbedingungen und Umweltbedingungen in einer sinnvollen räumlichen Verteilung.

Derartige Maßnahmen müssen letztlich in eine umfassende und abgestimmte Rahmenplanung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung der einzelnen Teilräume und des Gesamtgebietes der Bundesrepublik eingebettet werden, die eine planvolle allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung notwendig macht. Die von uns geforderte Raumordnungs- und Regionalpolitik ist daher nicht als „Sozialpolitik" für zurückgebliebene Gebiete mißzuverstehen. Der wichtigste Verfahrensgrundsatz einer solchen planvollen Politik ist es, sich unmittelbar auf die zu verbessernden konkreten Inhalte der Arbeits- und Lebenssituation arbeitender Menschen zu beziehen und diese selbst an allen wesentlichen Entscheidungen über diese Situation tatsächlich zu beteiligen. Die Beeinflussung des räumlichen Wirtschaftsgeschehens anhand abstrakter Indikatoren – von der pauschalen Bezuschussung von Investitionen bis zur Förderung eines regionalen Durchschnittseinkommens – mittels eines fachbornierten Verwaltungshandelns muß somit durch gezielte Veränderung der wirklichen, räumlich gegebenen Bedingungen der Arbeit, des Verkehrs, des Wohnens, der Versorgung, der Bildung und der Freizeit ersetzt werden, die durch die Mitwirkung der Betroffenen getragen werden.

Nur diese Ausrichtung der arbeitsorientierten Politik gewährleistet, daß sie der Zielsetzung verpflichtet bleibt, die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt den Bedürfnissen der Gesellschaftsmitglieder gemäß zu steuern. Nur diese Bindung politischer Maßnahmen an konkrete Sachverhalte ermöglicht es, raumbezogene Entwicklungspolitik als aktive Entwicklung aller produktiven Ressourcen einer Region – einschließlich des gesamten verfügbaren Arbeitskräfte- und Arbeitsmittelpotentials – sowie aller Reproduktionsbedingungen für die arbeitende Bevölkerung zu betreiben. Nur diese Politik gewährleistet somit letztlich eine wirksame Ausnut-

zung und Weiterentwicklung aller wissenschaftlich-technischen Potenz für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden, insbesondere der lohn- und gehaltsabhängigen sowie der rentenabhängigen Bevölkerung. Indem hier auf der breiten Grundlage demokratischer Mitbestimmung eine Politik der Entfaltung der wirklich vorhandenen Produktivkräfte in allen Teilräumen der Gesellschaft betrieben wird, wird schließlich der wachsenden Technikfeindlichkeit, die den Fehlentwicklungen einer kapitalorientierten Technologie entspringt, entgegengetreten und die Entwicklung einer arbeitsorientierten Technologie gefördert, welche den raumspezifischen Möglichkeiten einer vernünftigen Naturbeherrschung und einer angemessenen Bedürfnisbefriedigung durch planvolle gesellschaftliche Arbeit Rechnung trägt. Dabei versteht es sich von selbst, daß die arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik am grundgesetzlich verankerten Grundsatz einer möglichst breiten räumlichen Streuung gesunder Arbeits- und Lebensbedingungen festhält und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in räumlich ausgewogener Verteilung anstrebt.

4. Schwierigkeiten der Durchsetzung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Die Chancen, daß eine derartige arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik aufgrund eines Tätigwerdens der zuständigen Ministerialbürokratien entworfen und durchgesetzt wird, sind äußerst gering. Die Fehlleistungen der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik gehen nicht zuletzt auf eine Verselbständigung der zentralen staatlichen Entscheidungen gegenüber den Interessen der Bevölkerung und den Problemen der Teilräume zurück, die sich auch in der Unkenntnis der wirklichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten ausdrückt und die den tatsächlichen Wirkungen nach auf eine Begünstigung von Kapitalinteressen in den raumbezogenen und raumwirksamen Entscheidungen hinausläuft. Die im Bundestag vertretenen Parteien haben dieser verselbständigten Raumordnungs- und Regionalpolitik, die sie weitgehend zu verantworten haben, bislang nichts entgegengesetzt, was eine wirkliche Berücksichtigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung ermöglichen würde. Ohne ein aktives Sichtbarmachen von Mißständen und Entwicklungserfordernissen und ohne ein aktives Eintreten für entsprechende Forderungen und Gegenmaßnahmen durch die Betroffenen selbst lassen sich aber solche verselbständigten Entscheidungsmuster nicht verändern. Regional- und Raumordnungspolitik ist daher ein Feld der sozialen Auseinandersetzung, in dem die betroffene arbeitende Bevölkerung, die von ihr getragenen Initiativen und Organisationen und vor allem die Gewerkschaften als die umfassende Vertretung der abhängig Arbeitenden dazu aufgerufen sind, eine den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Politik selbständig zu entwerfen und durchzusetzen.

Eine Politik, der es darum geht, die für die arbeitende Bevölkerung notwendigen Existenzbedingungen in den einzelnen Regionen wirklich herzustellen, wird mit dem erbitterten Widerstand derjenigen rechnen müssen, deren Entscheidungen bislang die räumlichen Fehlentwicklungen hervorgerufen haben: auf den Widerstand vor allem der kapitalistischen Großunternehmer. Wir sind aber davon überzeugt, daß die arbeitende Bevölkerung mit Hilfe ihrer Vereinigungen und vor allem mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen die Fähigkeit entwickeln kann, in demokratischen Entscheidungen eine arbeitsorientierte Politik der Raumentwicklung zu entwerfen und durchzusetzen, welche auch mit den vorhandenen massiven Schwierigkeiten und Widersprüchen auf diesem Gebiet fertig wird. Denn zweifellos werden im Prozeß der Formulierung und Realisierung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik viele reale Konflikte und Probleme zu bewältigen sein, die gegenwärtig noch unversöhnbar oder unlösbar erscheinen. Hierfür ist gegenwärtig der Gegensatz zwischen Arbeitsplatzerhaltungspolitik und Umweltsicherungspolitik das bekannteste Beispiel. Die arbeitende Bevölkerung und ihre gewerkschaftlichen Organisationen müssen sich aber darüber klar werden, daß solche Widersprüche in der Regel auf ein und dieselbe Ursache zurückgehen: auf die Politik kapitalistischer Unternehmungen; und Bürgerinitiativen müssen erkennen, daß wirkungsvoller Umweltschutz letztlich bereits vorbeugend bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen einzusetzen hat, so daß die Gewerkschaften ihre natürlichen Bündnispartner sind. Die Politik der Arbeitsplatzerhaltung und die Politik der Umweltsicherung werden überhaupt erst deshalb notwendig und geraten in Gegensatz zueinander, weil Arbeitsplatzabbau und Umweltzerstörung typische Ergebnisse einer Unternehmenspolitik sind, die auf das Prinzip der bestmöglichen Kapitalverwertung festgelegt ist, also auf Gewinnsicherung ausgerichtet ist. Eine wichtige Aufgabe wirkungsvoller arbeitsorien-

tierter Raumordnungs- und Regionalpolitik besteht daher darin, derartige Widersprüche als vorübergehende und aufhebbare Widersprüche zu begreifen und in der konkreten Situation zu Lösungen zu kommen, welche allen betroffenen Gruppen der arbeitenden Bevölkerung auf Kosten der Unternehmer, besonders der großen Konzerne, einigermaßen gleichmäßig gerecht werden. Nur so wird wirksam das Ziel verfolgt, die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung durch Eindämmung der Unternehmerwillkür und durch Einschränkung der Zielsetzung des einzelwirtschaftlichen Erfolgs wirksam zu verbessern.

5. Finanzielle Voraussetzungen und wirtschaftliche Auswirkungen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Die fortgesetzte räumliche Fehlentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft wird heute in der Regel mit dem Hinweis auf eingeschränkte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und auf begrenzte Haushaltsmittel der öffentlichen Hand erklärt, wenn nicht sogar gerechtfertigt. Ganz abgesehen davon, daß damit der spezifisch kapitalistische Ursprung der territorialen Disproportionen übersehen wird, steckt in diesem Vorgehen ein doppelter Irrtum: Bei den bekannten Mißständen der Raumentwicklung handelt es sich weder nur um Folgewirkungen privater und öffentlicher Mittelknappheit, noch ist der gesellschaftliche Reichtum selbst derart begrenzt, wie jene Auffassung unterstellt. Grundlage der Fehlentwicklungen sind die mangelnde demokratische Kontrolle der privaten Investitionen und die enge Bindung vieler öffentlicher an die privaten Investitionen, was nur Ausdruck einer funktional und territorial verzerrten Verteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums und die Ursache dafür ist, daß die vorhandenen Quellen dieses Reichtums unzulänglich gepflegt, genutzt und entwickelt werden. Es ist, mit einem Wort, eine Absurdität, daß die Bundesrepublik Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt weite Landstriche des Staatsgebietes in Unterentwicklung hält und andere Teile des Staatsgebietes über Gebühr belastet, mithin viele Teilräume verkommen läßt, und daß sie sich in dieser Lage auch noch langfristig die Arbeitslosigkeit von mehr als einer Million Arbeitskräften und die Brachlegung Tausender Betriebsstätten leistet, anstatt diese Produktivkräfte für die vernünftige Entwicklung aller Teilräume des Bundesgebietes zu nützen. Hinzukommt, daß ein erheblicher Teil der öffentlichen Haushaltsmittel, die für staatliche Investitionen, staatlichen Konsum und staatliche Transferzahlung (insbesondere Subventionen) verwendet werden, die räumliche Fehlentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft eher begünstigt als hemmt oder allenfalls als Verwertungsförderung und Gewinnaufstockung wirksam wird.

Wir sind daher der Auffassung, daß die im folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, soweit sie nicht ohnehin auf der bloßen Ausnutzung oder Verbesserung der Gesetzeslage bestehen, mit den verfügbaren privaten und öffentlichen Mitteln ohne weiteres finanziert werden können. Erforderlich ist vor allem eine wirksame Zweckbindung der verfügbaren regionalpolitischen Mittel und eine raumordnungs- und regionalpolitich sinnvolle Umverteilung und Verwendung der übrigen verfügbaren Haushaltsmittel, erforderlichenfalls unter Einsparung sinnloser Ausgaben, beispielsweise im Rüstungsbereich. Darüber hinaus würde die arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik ungenutzte Produktionspotenzen, nämlich freigesetzte Arbeitskräfte und brachliegende Produktionsmittel, wieder in den Produktionsprozeß einführen und darüber hinaus neue Produktivkräfte erschließen, also auch zur Vermehrung der öffentlichen Haushaltsmittel beitragen. Vor allem aber würde das verfügbare private Investitionspotential raumordnungs- und regionalpolitisch sinnvoll genutzt, also unter Berücksichtigung von Kriterien des Gemeinwohls und seiner Mehrung eingesetzt werden müssen. Daß eine solche Entfaltung und sinnvolle Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums eine wirksame demokratische Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung in allen Bereichen und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens voraussetzt, liegt auf der Hand. Ein Abbau der Zusammenballung und des Übergewichts zentraler administrativer Entscheidungsbefugnisse, die nicht demokratisch kontrolliert werden, gehört daher zu den Voraussetzungen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik.

V. ANSATZPUNKTE EINER ARBEITSORIENTIERTEN RAUMORDNUNGS- UND REGIONALPOLITIK

Will man die herrschende, kapitalorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik durch eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ersetzen, welche die Entwicklung der Regionen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung fördert, dann ist es notwendig, die Forderungen und Werkzeuge einer solchen arbeitsorientierten raumgestaltenden Politik im einzelnen genau zu bestimmen. Dazu ist ein Diskussionsprozeß erforderlich, der mit den folgenden Vorschlägen vorangetrieben werden soll. Dabei ist zu bedenken, daß Veränderungen der Strategie und des Instrumentariums der regionalen Strukturpolitik und eine entsprechende Abstimmung von Raumordnungspolitik, Regionalpolitik und übrigen raumwirksamen Fachplanungen vielfach Zeit brauchen, um wirksam zu werden. Solche Veränderungen werden, selbst wenn sie durch den entschiedenen und wirksamen Druck der abhängig arbeitenden Bevölkerung und ihrer Gewerkschaften erzwungen wird, oft viele Jahre dauern. Daher unterscheiden wir weiterhin zwischen Maßnahmen, die sich unmittelbar verwirklichen lassen und kurzfristig Wirkungen entfalten können, und Maßnahmen, die weiterreichende Bedeutung haben und erst mittel- bis langfristig Erfolge hervorbringen können, aber ebenfalls rasch in Angriff genommen werden müssen.

1. Unmittelbare und kurzfristig wirksame Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Die unmittelbaren Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik müssen heute darauf zielen, die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung in den einzelnen Teilräumen vor weiteren Einschränkungen und Belastungen zu bewahren und, wo irgend möglich, zu erweitern. Der leitende Gesichtspunkt ist hier die Minderung bestehender und die Abwendung drohender zusätzlicher Benachteiligungen von Arbeitnehmern, wie sie vor allem durch den Abbau von Arbeitsplätzen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Einkommenslage erfolgen. Die volle Ausschöpfung der gegebenen rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten raumgestaltender und raumwirksamer Politik zum Zweck der Verteidigung und Vermehrung der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten steht also im Vordergrund.

a. Bei den laufenden und geplanten regionalpolitischen Maßnahmen zur indirekten Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit, vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW), sind die gegebenen Informations-, Koordinations- und Kontrollmöglichkeiten im Interesse der arbeitenden Bevölkerung voll zu nutzen. Nötig sind insbesondere

– die Zugänglichkeit der Informationen über die finanziellen Mittel, welche privaten Unternehmen in Fördergebieten als öffentliche Subventionen oder durch öffentliche Aufträge zufließen oder die ihnen in Form öffentlicher Infrastrukturleistungen zugute kommen, sowie die Beteiligung von Vertretern der Öffentlichkeit, insbesondere der Arbeitnehmer, bei Ansiedlungsverhandlungen;

– die Abstimmung regionalpolitischer Förderungsmaßnahmen mit den Entwicklungsnotwendigkeiten einer jeden Region durch Berücksichtigung der jeweils dringlichsten Entwicklungsziele des Teilraums und durch Ausschluß der Förderung von perspektivlosen Produktionen (z. B. Massenfertigung im Bekleidungsgewerbe), unseriösen Unternehmen (z. B. Abschreibungsgesellschaften) und strukturschädigenden Betrieben (z. B. Mineralölverarbeitung in Fremdenverkehrsgebieten); schließlich durch stärkere Einbeziehung des Dienstleistungsbereichs, soweit beschäftigungsintensive Großinvestitionen infolge der Entwicklung der Datenfernübertragungs- und der Verkehrstechnik dezentral erfolgen und unter Umständen in struktur- und wirtschaftsschwache Regionen gelenkt werden könnten;

– die Überprüfung der Mittelverwendung in den Unternehmen und der Förderungswirkung in den Betrieben, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf Arbeits- und Ausbildungsplätze, durch unmittelbare Erfolgskontrollen seitens der Beschäftigten, der arbeitenden Bevölkerung in der Region sowie des Staates, wozu auch die Erstellung zuverlässiger und aussagekräftiger Statistiken über die Vergabe und Verwendung regionalpolitischer Finanzmittel gehört; ferner die

volle Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Rückforderung und Rückzahlung von Mitteln im Fall der Nichterfüllung von Bedingungen und Zielen der Förderung vorsehen;

– die strikte Bindung einer Finanzierung der „Umstellung oder grundlegenden Rationalisierung von Gewerbebetrieben" (§ 1 [1] GRW-Gesetz) an einen innerregionalen Ausgleich des entstehenden Arbeitsplatzverlustes, also die unbedingte Verwirklichung des Ziels der regionalen Arbeitsplatzsicherung und -förderung unter quantitativem und qualitativem Aspekt, wie das erneut im 6. Rahmenplan GRW als Kriterium der Erfolgskontrolle lediglich gefordert wird (Bundestags-Drucksache 8/759, S. 11).

b. Geplante Standortentscheidungen industrieller Großunternehmen, insbesondere die Verlagerung von Hauptbetrieben oder von Zweigwerken, die Neugründung und die Schließung von Zweigwerken und die Verlagerung von Betriebsteilen, darunter von Verwaltungen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Ausbildungsstätten, müssen von den betroffenen Arbeitnehmern unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Mitbestimmung soweit wie möglich in ihrem eigenen Interesse beeinflußt werden;

– Insbesondere müssen die Ansätze weiterentwickelt werden, mit denen versucht wurde, die Stillegung von Betriebsteilen in benachteiligten Regionen, wie sie häufig nach Firmenaufkäufen durch Konzerne erfolgen, zu verhindern. Drohenden Massenentlassungen und jeder Vernichtung von Arbeitsplätzen, die durch die Schaffung ebenso vieler gleichwertiger Arbeitsplätze nicht mindestens ausgeglichen wird, muß unter voller Ausschöpfung bestehender Mitbestimmungsmöglichkeiten rechtzeitig und planmäßig Widerstand entgegengesetzt werden. Zugleich müssen entsprechend den Forderungen des DGB zur betrieblichen Arbeitsmarktpolitik die Rechte der Arbeitnehmer, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz noch unzulänglich festgelegt sind, ausgeweitet werden;

– die Ansiedlung oder Erweiterung von industriellen Betrieben bzw. Betriebsumstellungen, die etwa in überlasteten Ballungsgebieten die Umwelt-, Wohn- und Verkehrsverhältnisse der Bevölkerung weiter verschlechtern würden, sind ebenso zu verhindern wie die Ansiedlung von Industriebetrieben, die aufgrund ihrer dominierenden Standortanforderungen bzw. überregionalen Abhängigkeiten insbesondere in unterentwickelten Randräumen die vorhandene Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur mit ihren positiven regionspezifischen Entwicklungsmöglichkeiten letztlich schädigen würden. Hierbei sind alle ausnutzbaren Bestimmungen aus dem Bau-, Boden- und Planungsrecht im Sinne einer inner- und zwischenregional ausgeglichenen Entwicklung anzuwenden. In diese Richtung weisen auch die Anträge 59 (Strukturpolitik und Investitionslenkung) und 60 (Ausbau des strukturpolitischen Instrumentariums) des 10. DGB-Bundeskongresses.

c. Alle Möglichkeiten, Arbeitsplätze außerhalb des privatwirtschaftlichen Bereichs entsprechend den jeweiligen Entwicklungserfordernisssen der verschiedenen Teilräume zu schaffen, müssen umfassend genutzt werden, wobei diese Maßnahmen die Förderung privater Unternehmen vor allem dort ersetzen müssen, wo die Unterstützung privater Investionen nur unzureichende oder gar keine Arbeitsplatzerfolge erbringen oder sogar Arbeitsplätze vernichten würde.

– Längerfristige Beschäftigungsprogramme, die auf lokale Initiativen der arbeitenden Bevölkerung und der Kommunen zurückgehen und den Erfordernissen der kommunalen und regionalen Entwicklung dienen, sind aufgrund ausländischer Erfahrungen jedenfalls als brauchbare Mittel zur Verminderung von Notständen anzusehen, sofern sie nicht zu sozial- und einkommenspolitischer Benachteiligung der hier beschäftigten Arbeitnehmer führen;

– die Errichtung und Erweiterung öffentlicher Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, deren Standorte entsprechend den raumordungspolitischen Erfordernissen zu wählen sind, können zur Bestandssicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung entscheidend beitragen. Die Raumordnungs- und Regionalpolitik muß der vielfach drohenden Privatisierung öffentlicher Dienste daher entschieden entgegentreten und auf eine Ausweitung des öffentlichen Produktions- und Dienstleistungssektors dringen;

– die weitere Entwicklung des öffentlichen Dienstes im Verwaltungsbereich und die Verlagerung von Behördenstandorten in benachteiligte Regionen können der weiteren Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen Räumen entgegenwirken.

d. Der Förderung infrastruktureller Investitionen der öffentlichen Hand gebührt Vorrang gegenüber der Förderung privater Investitionstätigkeit. Wo immer möglich, sind dabei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstärkt zu beachten.

– Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind verstärkt solche Infrastrukturmaßnahmen zu fördern, welche tatsächlich einer weiteren Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft unter Berücksichtigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung dienen können, insbesondere die Errichtung oder der Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten;

– im übrigen kommt der Förderung des Ausbaus der bevölkerungsnahen sozialen Infrastruktur für die Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen wie für die Gesamtentwicklung gerade der unterentwickelten Regionen große Bedeutung zu;

– um öffentliche Vorleistungen an Industrieunternehmen zu begrenzen und den Aufbau überschüssiger Infrastruktureinrichtungen im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung zu vermeiden, müssen entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen und ihre Finanzierung, die ebenso wie alle sonstigen öffentlichen Zuwendungen an private Unternehmen offengelegt werden müssen, in kommunalen Entwicklungsplänen ausgewiesen, begründet und entsprechend den regionalen Raumordnungserfordernissen gerechtfertigt werden;

– der öffentliche Personennahverkehr und der regionale Nahschnellverkehr müssen zusätzlich gefördert werden, die Stillegung weiterer Bundesbahnstrecken und die Einschränkung des städtischen Schienenverkehrs müssen verhindert werden. Aufwendige Investitionen in den U- und S-Bahn-Bau sind zu verhindern, besonders, soweit sie nur der konzentrischen Erschließung von Agglomerationen dienen, deren besondere Standortgunst weiter erhöhen und die Verdrängung von innerstädtischem Wohnen nochmals fördern. In die richtige Richtung weist auch die Entschliessung zur Verkehrspolitik des 10. DGB-Bundeskongresses (Antrag 87).

e. Die programmatischen Zielsetzungen der raumordnungs- und regionalpolitischen Gesetzeswerke, soweit sie die Berücksichtigung von Interessen der arbeitenden Bevölkerung erkennen lassen, müssen bekräftigt und in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

– Die Bindung der regionalen Wirtschaftspolitik an die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, insbesondere an den Grundsatz, gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen und entsprechende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in allen Teilräumen zu sichern bzw. herzustellen, wird künftig noch wichtiger sein als bislang. Daher muß eine bessere Angleichung der raumstrukturellen Konzeption der regionalen Aktionsprogramme an die Erfordernisse der Raumordnung gefordert werden;

– die Interpretation, daß die herrschende Strategie der Regionalpolitik in der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ihr hauptsächliches Zwischenziel habe, muß bekräftigt und weiterentwickelt werden. Dabei wird die regionalpolitische Hilfestellung bei der Erhaltung bestehender kleiner und mittlerer Betriebe – unter der Voraussetzung eines vollen Ersatzes wegfallender Arbeitsplätze bei der Umstellungsförderung – sowie bei der Entfaltung sachlicher Schwerpunkte der regionalen Wirtschaftstätigkeit, die den vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten entsprechen, besonderes Gewicht erhalten müssen.

f. Die institutionellen Möglichkeiten der Information, Koordination und Kontrolle in bezug auf regionalpolitische Zusammenhänge müssen wesentlich verbessert werden, wenn unmittelbare Maßnahmen der geschilderten Art kurzfristig Wirkungen erzielen sollen. Dazu gehört, daß endlich eine Verbesserung des regionalstatistischen Instrumentariums in Angriff genommen wird. Voraussetzung einer wirkungsvollen arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik ist aber vor allem eine breite Unterrichtung und Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der jeweiligen Region, wie sie vor allem von den Gewerkschaften und von den ihnen verbundenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu betreiben wäre. Unmittelbar zu fordern ist daher

– die Einleitung einer breiten Bildungs- und Schulungsarbeit zu regionsspezifischen Problemen der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Problemräumen jeder Art;

– die bessere finanzielle und breitere personelle Ausstattung von lokalen und regionalen Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Raumplanung mit dem Zweck, die Kapazitäten für regionsbezogene Informations-, Koordinations- und Kontrollaufgaben zu erhöhen;

– die Förderung dezentraler Forschungseinrichtungen, die in Form von Begleituntersuchungen die angestrebten Maßnahmen initiativ und auswertend unterstützen.

2. Weiterreichende und längerfristig wirkende Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik

Die weiterreichenden Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik richten sich, über die Bestandssicherung und Bestandserweiterung hinaus, auf eine Verbesserung der Bedingungen, unter denen die arbeitende Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen des Bundesgebietes existiert. Sie zielen auf die Schaffung bedarfsgerechter und höher entwickelter Arbeits- und Lebensbedingungen für die abhängig Arbeitenden und die arbeitende Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen, welche die Nutzung und Entfaltung der regional verfügbaren produktiven und reproduktiven Ressourcen einschließt. Eine solche Politik der konkreten Regionalentwicklung setzt Verbesserungen der Werkzeuge und Umverteilung der Mittel für die raumgestaltenden Politiken voraus. Im folgenden werden Ansätze zu einer solchen Verbesserung skizziert, die in der Diskussion von Betroffenen und Fachleuten weiter ausgearbeitet werden müssen.

a. Die indirekte räumliche Lenkung privater Investitionen durch direkte Subventionen, Steuervergünstigungen, Darlehen und Bürgschaften seitens der öffentlichen Hand ist zugunsten wirksamerer Maßnahmen umfangmäßig zu beschränken und sachlich weit gezielter einzusetzen als bisher. Allgemein sind als förderungswürdig nicht vor allem Unternehmen mit Fernabsatz, sondern Unternehmen bzw. Betriebe zu bewerten, die aufgrund ihrer Organisation, ihres Fertigungs- oder Leistungsprogramms und ihrer wirtschaftlichen Verflechtung unmittelbare Beiträge zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftstätigkeit leisten können.

– Für die regionale Entwicklung erwünschte Betriebe können nur dann mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn Auflagen, die sich auf konkrete sachliche Merkmale der Tätigkeit des Betriebs bzw. Unternehmens beziehen, anerkannt und erfüllt werden. Hierfür bieten sich zunächst Anzahl, Dauerhaftigkeit, Art und Wertigkeit der Arbeits- und Ausbildungsplätze an, die mit der geförderten Errichtung, Erweiterung oder Umstellung der Arbeitsstelle geschaffen oder gesichert werden. Auflagenmäßig festgelegt werden müssen in der Regel aber auch bestimmte Mindestanforderungen an Arbeitsbedingungen und Umwelteinwirkungen des Betriebs. Es empfiehlt sich, die Vergabe von öffentlichen Hilfen und Aufträgen unmittelbar mit Auflagen zu solchen Merkmalen zu koppeln und die Einhaltung dieser Auflagen im Betrieb selbst zu überprüfen. Zur Verstärkung der Kontrollmöglichkeiten können eine zeitliche Verteilung von Finanzhilfen oder eine grundsätzliche Umstellung auf Darlehensgewährung sowie eine Begründung öffentlicher Beteiligungsrechte in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sinnvoll sein. In diese Richtung weist auch der Beschluß zur Strukturpolitik und Investitionslenkung des 10. DGB-Bundeskongresses (Antrag 59);

– für die regionale Entwicklung unerwünschte Betriebsansiedlungen oder -erweiterungen können mit Hilfe allgemeiner Investitionsabgaben (Grundabgabe in Ballungsgebieten) oder mit Hilfe besonderer Steuern oder Abgaben, die konkret an sachliche Merkmale der Tätigkeit des Betriebs bzw. Unternehmens anknüpfen, gehemmt werden. In vielen, vor allem für überlastete Ballungsräume bedeutsamen Fällen kann dabei an die tatsächlichen Mehrbelastungen von Infrastruktur, Umwelt und Ressourcen angeknüpft werden. Dabei muß sichergestellt werden, daß eine Übernahme bestimmter gesellschaftlicher Kosten durch entsprechende Abgaben nicht davon befreit, bestimmte Grenzwerte in bezug auf die Inanspruchnahme von Infrastruktur, Ressourcen und Umwelt zu beachten. Unabhängig davon ist zu fordern, daß Großunternehmen als Hauptnutzniesser verstärkt zur Finazierung von Infrastrukturleistungen herangezogen werden (z. B. Verkehrsabgabe). In anderen, eher für unterentwickelte Randräume wichtigen Fällen könnte die Errichtung oder Erweiterung von Betrieben mit strukturschädigenden oder perspektivlosen Produktionsprogrammen, die etwa zur Verstärkung regionaler Monostrukturen führen würden, durch Erhebung entsprechender Abgaben erschwer werden. Die Erweiterung des Instrumenta-

riums der indirekten regionlapolitischen Investitionslenkung durch sogenannte Negativ-Anreize setzt, ebenso wie die weiter unten angeregte Ergänzung des Instrumentariums durch direktere Mittel der räumlichen Beeinflussung der Investitionstätigkeit, eine Ausdehnung des Bezugsraums der Regionalpolitik auf das Gesamtgebiet der Bundesrepublik voraus;

– der Beeinflussung der laufenden Geschäftstätigkeit der Unternehmungen durch regionale Differenzierung öffentlicher Auftragsvergabe oder steuerlicher Maßnahmen ist grundsätzlich ein höherer Wirkungsgrad hinsichtlich der räumlichen Verteilung und Umverteilung privater Investitionen zuzusprechen als der einmaligen Bezuschussung oder Belastung der Investition selbst. Es ist anzustreben, daß die Erteilung öffentlicher Aufträge an Unternehmen mit Auflagen verbunden werden können, welche die Zahl und Art der Arbeitsplätze betreffen.

b. Standortentscheidungen und andere unmittelbar raumwirksame Maßnahmen von Großunternehmen müssen einer rechtsstaatlich verfahrenden Kontrolle unterworfen werden, wobei sich die parlamentarisch legitimierte Kontrollaktivität des Staats und der Gemeinden und die Kontrollaktivität demokratischer Mitbestimmungsorgane der betroffenen Arbeitnehmer ergänzen müssen.

– Regional bedeutsame Unternehmensneugründungen, Neugründungen und Stillegungen von Zweigbetrieben und Verlagerungen von Betrieben und Betriebsteilen müssen genehmigungspflichtig werden. Als Grundlage hierfür müssen bestimmte „Raumordnungsverfahren", wie sie bereits bei bestimmten größeren industriellen und tertiären Ansiedlungsprojekten praktiziert werden, weiterentwickelt und verallgemeinert werden. Das Verfahren dient der Prüfung der Vereinbarkeit der Ansiedlung mit den Erfordernissen der Raumordnung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der jeweiligen Region und muß gewährleisten, daß die betroffene Bevölkerung selbst ihre Ansprüche an die Arbeitsplatzverhältnisse und die Umwelteinwirkungen des Betriebs und an die Art seiner Einbindung in die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Verhältnisse der Region über qualifizierte Mitbestimmung einbringen kann. Betriebsräte, Gewerkschaften und Vertreter der Kommunen müssen an dem Verfahren mit Vetorecht beteiligt werden. Auf der Grundlage einer erweiterten und verstärkten, auf inhaltliche Gesichtspunkte abstellenden Anwendung des Rechts der kommunalen Planung, insbesondere mittels einer Erweiterung der Flächennutzungspläne durch zusätzliche qualitative Planfeststellungen, können auch in regionalwirtschaftlich begründeten Fällen Ansiedlungs- bzw. Verlagerungsverbote ausgesprochen werden;

– bei der Genehmigung von Verlagerungen und Stillegungen müssen entsprechend der Aufstellung innerbetrieblicher Sozialpläne „Regionale Sozialpläne" zwischen Unternehmen, Kommunen und Belegschaften ausgearbeitet werden. Inhaltliche Kriterien müssen umfassende Besitzstandsklauseln der Arbeitnehmer sein, die sich auf die Erhaltung der Wohn- und Mietstandards, die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze in den entsprechenden Regionen, die zumutbare Erreichbarkeit neuer Arbeitsplätze und die Erstattung von Mobilitätskosten beziehen. Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung der Belegschaften muß auch aus diesem Grund auf das Mitwirkungsrecht bei allen raumwirksamen Entscheidungen der Unternehmen ausgeweitet werden;

– ein gesetzliches Verbot von Massenentlassungen und Stillegungen von Großbetrieben, insbesondere von Zweigwerken, in benachteiligten Räumen in den Fällen, in denen nicht hinreichend viele gleichwertige Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung zur Verfügung gestellt werden, ist anzustreben.

c. Der Staat muß durch eine entsprechende Gestaltung des Steuersystems und der Finanz- und Investitionsplanung die raumgestaltende Potenz der öffentlichen Finanzwirtschaft gezielter zur Geltung bringen.

– Zur Vermeidung der Ansiedlungskonkurrenz der Gemeinden ist eine Neuordnung des Finanzwesens vorzunehmen, bei der den Gemeinden das Aufkommen aus der Gewerbesteuer entzogen wird und die Gemeinden durch Neuverteilung des Gesamtaufkommens aus der Gewerbesteuer nach allgemeinen Gesichtspunkten der Raumentwicklung sowie andere Wege eines neuen Finanzausgleichs hinreichende Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben bei der kommunalen und regionalen Entwicklung erhalten;

– der Bereich der öffentlichen Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen sowie der öffentlichen Verwaltung, der im Interesse einer Ausweitung der gewinnunabhängigen, stetigen und gleichgewichtigen Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchswerten und Leistungen planmäßig entwickelt werden muß, ist als wesentliches Mittel zur Herstellung einer auch räumlich ausgeglichenen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen. Der öffentliche Sektor muß zu diesem Zweck langfristige Investitions- und Finanzpläne erarbeiten und ihre sachlichen und räumlichen Schwerpunkte demokratischen Entscheidungen unterwerfen. Es ist selbstverständlich, daß dies grundlegende Veränderungen der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik teils voraussetzt und teils nach sich zieht.

d. Eine in sich abgestimmte raumbezogene Planung der öffentlichen Investitionen muß verstärkt im Bereich der Infrastrukturinvestitionen stattfinden. Dabei gehört die Abstimmung der verschiedenen fachlichen Vorhaben – der einzelnen sozial-, wirtschafts-, verkehrs-, kultur- und umweltpolitischen Infrastrukturmaßnahmen – untereinander und ihre Einbindung in eine inhaltliche Planung der räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu den dringlichsten Aufgaben. Wichtige Voraussetzung einer solchen Abstimmung ist die bewußte Willensbildung der betroffenen arbeitenden Bevölkerung in den Teilräumen, auf die sich die Maßnahmen beziehen. Hauptzielrichtung einer solchen Planung muß es sein, bestehende Überangebote an wirtschaftsbezogener Infrastruktur nicht zu verstärken und die vorhandenen Angebotsrückstände an bevölkerungsbezogener Infrastruktur zu beseitigen. Anstelle überwiegend kapitalorientierter Projekte (Flughäfen, internationale Kommunikationssysteme, Kongresszentren) sind überwiegend arbeitsorientierte Projekte (medizinische Versogungseinrichtungen, Kindergärten und Kindertagesstätten, lokale Kommunikationszentren, Bildungs- und Erholungseinrichtungen), ferner Investitionen zum Umweltschutz und zur Energieersparnis zu fördern.

e. Die Grundsätze der Raumordnung und Regionalpolitik sind durch entsprechende Ausarbeitung ihrer Inhalte und Zielrichtungen genauer als bisher auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auszurichten und in diesem Sinne zu verwirklichen.

– Die Vorstellung, daß die drohende ungleichmäßige räumliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf eine weitere Verstärkung der gegebenen Verhältnisse von teilräumlicher Überentwicklung und teilräumlicher Unterentwicklung hinausläuft, mit den Mitteln der Raumordnungs- und Regionalpolitik noch unterstützt werden müsse, ist entschieden abzuwehren. Entsprechende regionalpolitische „Urbanisierungsstrategien" sind nicht nur wissenschaftlich fragwürdig, sondern führen zwangsläufig auch zur Verschlechterung der Lage großer Gruppen der arbeitenden Bevölkerung in den vielen großflächigen Entleerungsräumen, die durch eine solche Entwicklung zunehmend geschaffen werden. Demgegenüber sind Konzeptionen der raumstrukturellen Entwicklung zu erarbeiten, die es erlauben, an einem System vielfach abgestufter zentraler Orte hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auch in der künftigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft festzuhalten;

– entgegengewirkt werden muß den Tendenzen der weiteren Zersiedlung in Ballungsgebieten wie ländlichen Gebieten, den asozialen Mietpreiserhöhungen – nicht zuletzt durch die Kreditgleitklauseln im sozialen Wohnungsbau – sowie der Gefahr der Verslumung ganzer Wohngebiete, die sich aufgrund der künftig zu erwartender abnormer Mietpreissteigerungen zu vergrößern droht. Mögliche Gegenmaßnahmen sind etwa Mietpreisstopp, Bodenpreisstopp, Kommunalisierung des Großeigentums an Grund und Boden, Verbot der Umwidmung von erhaltenswerten Wohngebieten in Gewerbegebiete sowie ein diese Maßnahmen flankierendes staatliches Wohnungsbauprogramm besonders für kinderreiche Familien, ausländische Bürger und ältere Bürger;

– die Strategie der regionalen Wirtschaftspolitik muß von der Vorstellung freikommen, die öffentliche Unterstützung der privaten Investitionen an räumlichen Schwerpunkten sei ein angemessenes Mittel der regionalen Entwicklung. Die politische Stützung und Steuerung einer Entfaltung und Nutzung regionaler Potentiale für die Erzeugung regional erforderlicher Güter und Leistungen in privaten, in gemeinwirtschaftlichen und in öffentlichen Betrieben, deren Entwicklung sich mittel- und längerfristig weitgehend selbst tragen kann, ist ein mindestens ebenso plausibles Modell der Regionalpolitik. Es zu verwirklichen, erfordert freilich eine Reihe flankierender Maßnahmen und ein prinzipielles Umdenken in der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschafts-

politik. Unter diesen Voraussetzungen würden Förderungsmaßnahmen für eingesessene Betriebe oder Unternehmen ohne Fernabsatzbeziehungen, deren Erzeugnisse und Leistungen sich aber in eine planvolle Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse der Region einfügen, oder Maßnahmen einer räumlich streuenden und auf teilräumliche Entwicklungsbedürfnisse zugeschnittenen Forschungs- und Entwicklungsförderung tauglichere Mittel einer regionalen Entwicklungspolitik sein.

f. Eine arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalplitik läßt sich nicht verwirklichen, wenn sie nicht mittel- und längerfristig in eine gleichgerichtete Rahmenplanung der räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft eingebettet, durch ausreichende Möglichkeiten demokratischer Willensbildung getragen und durch angemessene Maßnahmen politischen Flankenschutzes unterstützt wird.

– für die einzelnen Regionen des Bundesgebietes, deren Abgenzung nach Gesichtspunkten einer möglichst ausgewogenen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu überprüfen ist, sind Gebietsentwicklungspläne zu erarbeiten, die den Rahmen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Entwicklung des Teilraums abstecken und inhaltliche – an die konkreten Verhältnisse im gegebenen Raum anknüpfende – Vorstellungen über den zukünftigen Zustand der Region und die einzuschlagenden Entwicklungswege enthalten. Es versteht sich von selbst, daß solche Gebietsentwicklungspläne untereinander abzustimmen sind und eine entsprechende Rahmenplanung für das gesamte Bundesgebiet erfordern, welche inhaltlich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichtet ist. Dabei muß am Prinzip einer möglichst weitgehenden Dezentralisierung der Raumordnungs- und Regionalpolitik festgehalten werden;

– zur Sicherung einer auch unmittelbaren Mitwirkung der Bevölkerung auf die Raum- und Regionalentwicklung sind Formen der überbetrieblichen, gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung etwa in Form von Wirtschafts- und Sozialräten erforderlich. Dabei haben insbesondere regionale Wirtschafts- und Sozialräte den Sinn, den beherrschenden Einfluß der Indurtrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammer auf die regionale Wirtschafts- und Infrastrukturgestaltung und auf die raumgestaltenden Planungen zu beseitigen. Zum Zweck der Umorientierung der Raumordnungs- und Regionalpolitik von der Bindung an Kapitalinteressen zur Berücksichtigung von Arbeitsinteressen ist es notwendig, daß die Vertreter der Arbeitnehmer in den Wirtschafts- und Sozialräten ein Vetorecht haben;

– bereits in der gegenwärtigen Situation wird die Ungleichmäßigkeit der räumlichen Entwicklung in der Bundesrepublik beträchtlich durch eine unkontrollierte und nicht an den sozialen Interessen des Geber- wie des Empfängerlandes orientierte Verlagerung von Produktivvermögen in das Ausland verstärkt. Es ist davon auszugehen, daß eine Umgestaltung der Raumordnungs- und Regionalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung eine Kapitalflucht auslösen würde, da es geradezu der Sinn dieser Umgestaltung ist, die Herrschaft des Prinzips maximaler Kapitalrentabilität über die Raumentwicklung zugunsten einer an sachlichen Erfordernissen ausgerichteten räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuschränken. Die Verwirklichung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik ist also auf flankierende Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik angewiesen, welche die Kapitalflucht unterbinden. Die wirksame Kontrolle der Investitionen durch Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft ist auch deshalb unabdingbar. Internationalen solidarischen Aktionen der Gewerkschaften kommt bei der Verwirklichung einer solchen Politik große Bedeutung zu.

Folgende Kolleginnen und Kollegen haben die Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet: *)

Dipl.-Ing. Horst Zierold, Raumplaner, Universität Dortmund – Prof. Dr. Volker Kreibich, Universität Dortmund – Dipl.-Ing. Enno Heidtmann, Landschaftsplaner, Universität Dortmund – Dr. rer. pol. Gerd Hennings, Universität Dortmund – Dr. rer. pol. Lutz Schröter, Universität Dortmund – Christoph Wurms M. A., Soziologe, Universität Dortmund – Dr. rer. pol. Hermann Bömer, Universität Dortmund – Dipl.-Ing. Dieter Zimmermann, Universität Dortmund – Rolf Stefaniak, wiss. Mitarb. FHS Dortmund, FB Architektur – Dipl.-Soz. Wieland Jäger, Mitarb.

*) Die in der Vorbemerkung angesprochene Gemeinsamkeit der Einschätzung der Unterzeichner bezieht sich auf die großen Entwicklungslinien der Erklärung. Beispiele und Konkretisierungen werden nicht von allen Unterzeichnern in gleicher Weise vertreten.

FHS Dortmund, FB Architektur – Prof. Dr. Jörn Janssen, Mitarb. FHS Dortmund, FB Architektur – Prof. Dr. Renate Krysmanski, Mitarb. FHS Dortmund, FB Architektur – Prof. Dipl.-Ing. Wolfgang Richter, Mitarb. FHS Dortmund, FB Architektur – Prof. Dr. Helga Fassbinder, TH Eindhoven – Dr. Dieter Läpple, TH Eindhoven – Prof. Herbert Schäfer, Gesamthochschule Kassel – Prof. Wolfgang Sanden, Gesamthochschule Kassel – Prof. Michael Wilkens, Gesamthochschule Kassel – Dipl.-Ing. Albert Pinkrohs, Stadtplaner, Kassel – Dr. Peter Strutynski, wiss. Mitarb., GHS Kassel – Prof. Dr. Alfred Oppolzer, GHS Kassel – Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden, GHS Kassel – Prof. Jürgen v. Reuß, GHS Kassel – Dr. Marlo Riege, Köln – Dr. Ben van Onna, Köln – Prof. Declan Kennedy, TU Berlin – Ing. grad Kamilla Will, Darmstadt – Dr. Harald Meyer, GHS Paderborn – Jürgen Glaubitz, Marburg – Dipl.-Ing. Dietrich Döpping, Architekt/Planer, Berlin – Joachim Brech, wiss. Mitarb., Stadtplanung, Darmstadt – Dipl.-Soz. Marianne Kriszio, Universität Oldenburg – Wolfgang Hein, Politologe, University of Sussex, England – Reinhard Schultz, M. A., Mitglied des Bezirksplanungsrats beim RP Münster – Dipl.-Volkswirt Jan Priewe, Regionalplaner, Essen – Dr. Peter Gissing, Regionalplaner, Hannover – Prof. Dr. Rainer Knigge, FHS für Wirtschaft, Berlin – Dipl.-Ing. Volker Arnold, Raumplaner, Düren – Dipl.-Ing. Jenz Windelberg, Regionalplaner, Universität Oldenburg – Prof. Dr. Klaus Brake, Universität Oldenburg – Prof. Dr. Carlos Ossorio Capella, Universität Oldenburg – Dipl.-Ing. Dietmar Reinborn, Stadt- und Regionalplaner, Universität Stuttgart – Dipl.-Ing. Eckart Güldenberg, TH Hannover – Dipl.-Kfm. Dipl.-Volksw. Ullrich Kaminski, FHS für Wirtschaft, Berlin – Dr. Joachim Petsch, Architekturhistoriker, Bonn – Dr. Sunke Herlyn, Architekt, Bremen – Dipl.-Soz. Jochen Korfmacher, TU Berlin – Dipl.-Ing. Manfred Sinz, wiss. Angestellter, Bonn – Dipl.-Ing. Roswitha Sinz, wiss. Mitarb., Universität Bonn – Hans Jürgen Weisbach, wiss. Mitarb. FU Berlin – Frank Spith, DGB-Kreisvorsitzender, Alsfeld – Horst Kraft, DGB-Sekretär Gießen – Christoph Jetter, Sekretär DGB-Bildungswerk Hessen, Frankfurt/M. – Gottfried Heil, Gewerkschaftssekretär, Kassel – Ralf-M. Lüdtke M.A., Bildungsreferent „Arbeit und Leben", Kassel – Reinhard Schwitzer, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Jochen Hanisch, wiss. Ass., Landschaftsplanung, TU Berlin – Sid Auffarth, Architekt, Hannover – Claus Diekhoff, wiss. Angest., Marburg – Peter Wedemeyer, Gewerkschaftssekretär, Homberg – Manfred Böttger, Gewerkschaftssekretär, Kassel – Kurt W. Weiß, DGB-Kreisvorsitzender, Korbach – Käte Dinnebier, Gewerkschaftssekretärin, Marburg-Biedenkopf – Sybille Koeppler, DGB-Bildungswerk Hessen, Frankfurt/M. – Thorsten Heinsohn, DGB-Bildungsreferent, Frankfurt/M. – Franziska Wiethold, Gewerkschaftssekretär, Ratingen – Dipl.-Volksw. Joachim Binder, Universität Dortmund – Dipl.-Ing. Renate Petzinger, Architektin, Kassel – Dipl.-Ing. Peter Knoch, Planer SLR, München – Dipl.-Ing. Dierk Brandt, Planer SLR, München – Dipl.-Ing. Erhard Becker, freiberufl. Stadtplaner, Oberhausen – Dipl.-Ing. Dieter Töpfer, Raumplaner, Dortmund – Dr. Werner Väth, wiss. Ass., Universität Konstanz – Prof. Onno Poppinga, GHS Kassel – Dipl.-Ing. Heinz Hetschold, Planer/Architekt, Universität Dortmund – Dr. Rolf Tiggemann, Kreisplaner, Münster – Dipl.-Soz. Werner Petrowsky, FU Berlin – Dipl.-Ing. Peter Paul Ahrens, wiss. Ass., Universität Dortmund – Dipl.-Soz. Jürgen Lohmüller, Angestellter, Karlsruhe – Dipl.-Ing. Dieter Bütte, Raumplaner, Saarbrücken – Dipl.-Ing. Bernd Jenssen, Raumplaner, Universität Dortmund – Dipl.-Geogr. Reinhard Kostka, Stadt- und Regionalplaner, Castrop-Rauxel – Dipl.-Ing. Christian Reetz, Raumplaner, Universität Dortmund – Dipl.-Soz. Ulrich Bamberg, wiss. Ang., Marburg – Michael Römer, Baureferendar, RP Hannover, Hemmingen – Prof. Dr. Urs Jaeggi, FU Berlin – Lutz Fecht, Stadtplaner, Darmstadt – Dipl.-Ing. Arnold Voss, Raumplaner, Berlin – Dipl.-Ing. Wilhelm Schräder, wiss. Ang., Berlin – Dipl.-Ing. Franz Pesch, Universität Dortmund – Klaus Schoppe, Stadtplaner, Witten – Dr. Dieter Kleine, wissenschaftl. Angestellter, Göttingen – Dipl.-Ing. Wolf Pannitschka, Stadtplaner, Dortmund – Dipl.-Ing Henning Wolters, Architekt/Sozialplaner, Essen.

„Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote." Abschlußappell der internationalen Konferenz in Oldenburg am 12./13. November 1977

(Wortlaut)

In der Bundesrepublik sind Liberalität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Gefahr. Reaktionäre Kräfte sind in der letzten Zeit dazu übergegangen, unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terror ein Klima der Hexenjagd, Gesinnungsschnüffelei und Verdächtigung zu schaffen, um unter der Parole „Freiheit statt Terrorismus" die in einem mühsamen historischen Prozeß errunge-

nen Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken und Grundrechte abzubauen. Die Verdächtigungen gegen zahlreiche kritische Bürger, Sympathisanten des Terrorismus zu sein, die Verketzerung von Intellektuellen und Schriftstellern, die Diffamierung ganzer Institutionen wie Schulen, Hochschulen, Kirchengemeinden und Presseorgane, die Bezichtigung der Gewerkschaften als verfassungsfeindlich verschärfen das Klima, in dem an zahlreichen Bürgern Berufsverbote verhängt werden. Als Verfassungsfeinde werden diejenigen öffentlich angegriffen, diskriminiert und an der Berufsausübung gehindert, die darauf aufmerksam machen, daß die Forderung auf Verwirklichung der Grundrechte für alle nach wie vor besteht. Gleichzeitig werden neofaschistische Tendenzen und Umtriebe verharmlost und beschönigt.

– Wir erinnern an die historischen Erfahrungen, daß das Vorgehen gegen Demokraten in Deutschland eine Gefahr für die Demokratie und den Frieden in ganz Europa geworden ist.

Die Berufsverbote im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik, die seit nunmehr sechs Jahren praktiziert werden, sind der sichtbarste Teil einer unheilvollen Entwicklung. Mittlerweile gibt es über 1 Million Überprüfungen durch den Verfassungsschutz, Tausende von Berufsverbotemaßnahmen gegen Angehörige zahlreicher Berufsgruppen. Die Gerichtsverfahren zu den Berufsverboten entwickeln sich immer mehr zur Gesinnungsjustiz.

– Wir stellen nachdrücklich fest, daß die Berufsverbote in der BRD zahlreiche Grundrechte verletzen. Da sie insbesondere gegen Art. 20 und 21 des Grundgesetzes verstoßen, setzen sie tragende Verfassungsprinzipien – nämlich die Souveränität des Volkes und die Mitwirkung der Parteien an der Willensbildung des Volkes – de facto außer Kraft.

Die Berufsverbote in der Bundesrepublik treffen in letzter Zeit auch Mitglieder von Organisationen, die sich aktiv für die Entspannung und Völkerverständigung einsetzen. Immer häufiger tauchen in den erspitzelten Dossiers des Verfassungsschutzes solche Tätigkeiten auf, wie Reisen in sozialistische Länder, Teilnahme an Vietnam- oder Chile-Solidaritätsaktionen oder Friedens- und Abrüstungsdemonstrationen. Damit wird der Einsatz für Frieden und Entspannung direkt diskriminiert.

– Wir stellen fest, daß immer offensichtlicher wird, daß die Berufsverbote die KSZE-Schlußakte und völkerrechtliche Verträge und Konventionen verletzen. Die Bundesregierung ist daran zu erinnern, daß sie mit ihrer Mitgliedschaft in der UNO die Verpflichtung übernommen hat, völkerrechtliche Prinzipien durchzusetzen und die Gewährung der Menschenrechte zu gewährleisten hat.

Angesichts dieser Entwicklung in der Bundesrepublik ist es von besonderer Bedeutung, daß sich immer mehr Bürger der BRD zur Verteidigung der durch die Berufsverbotepolitik verletzten Grund- und Menschenrechte zusammenschließen, daß sich immer mehr Bürger zur Wahrung ihrer demokratischen Rechte im gemeinsamen Kampf finden und trennende politische Auffassungen zurückstellen. In einem Klima der Hexenjagd und hysterischen Verfolgung ist es besonders wichtig, daß Einzelne und demokratische Organisationen, vor allem aber die Gewerkschaften, unerbittlich die Einhaltung von Grundrechten überwachen. Es hat sich gezeigt, daß nur der sofortige öffentliche Protest gegen jedes Berufsverbot, die offensive Aufklärung über diese Grund- und Menschenrechtsverletzung, das mutige Standhalten gegen Diffamierungen die Berufsverbieter in ihre Schranken weist.

– Wir rufen dazu auf, die Zusammenarbeit unabhängig von sonstigen politischen Meinungsverschiedenheiten fortzusetzen, zu intensivieren und zu verbessern. Wir werden in Zukunft die Zusammenarbeit demokratischer Kräfte auch über Landesgrenzen hinweg noch verstärken und noch breitere Solidaritätsaktionen organisieren.

Wir Teilnehmer der internationalen Konferenz „Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote" in Oldenburg, aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, aus der Schweiz, Italien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Portugal, den USA und aus der Bundesrepublik, darunter

– Mitglieder und Vertreter von Gewerkschaften, verschiedenen politischen Parteien, von Jugend- und Studentenverbänden, von Widerstands- und Berufsorganisationen, von internationalen Organisationen,

– Vertreter von Bürgerinitiativen und Komitees gegen die Berufsverbote und zur Wahrung demokratischer Rechte aus der BRD und aus zahlreichen Staaten Westeuropas,

– zahlreiche vom Berufsverbot betroffene Bürger der Bundesrepublik appellieren an die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und in Europa, an Einzelne, an Organisationen und Gewerkschaften:

– sich nicht von dem gemeinsamen Protest gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik durch die Berufsverbote abbringen zu lassen;

– nicht zuzulassen, daß diejenigen, die vorgeben die Freiheit zu schützen, sie abbauen;

– der antikommunistischen Hysterie Widerstand entgegenzusetzen;

– überall zu fordern, daß der Ministerpräsidentenbeschluß, die neuen Grundsätze der Bundesregierung und die neuen Verfahrensrichtlinien der Bundesländer ersatzlos gestrichen werden;

– verstärkt zu verlangen, daß die ausgesprochenen Berufsverbote aufgehoben werden;

– die Zusammenarbeit zum Schutze der Demokratie zu verstärken

– und keine Ruhe zu geben, solange noch ein einziges Berufsverbot in der BRD Grund- und Menschenrechte verletzt!

Seid wachsam!

Weg mit den Berufsverboten!

Verteidigt gemeinsam die Grundrechte!

Gegen eine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts.

Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags*)

(Wortlaut)

Millionen Bürger haben sich für die Beendigung des Wettrüstens ausgesprochen und die Forderung erhoben, keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts vorzunehmen. Gewerkschaftstage, Konferenzen von Jugend-, Studenten-, Schüler-, Frauen- und Wissenschaftler-Organisationen haben sich ebenso wie zahlreiche Initiativen von Christen für diese Forderungen ausgesprochen. Darin kommt staatsbürgerliche und moralische Verantwortung für den Frieden, für die Sicherheit unseres Landes, für eine humane und gerechte Zukunft zum Ausdruck.

Nun sollen die Verteidigungsausgaben wiederum erhöht werden. Seit Beginn der 70er Jahre, trotz der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, wurden in der Bundesrepublik die Verteidigungsausgaben von 19 auf 33 Mrd. DM erhöht, dies bedeutet fast eine Verdoppelung. Die gesamten Verteidigungsausgaben (einschließlich der nicht im Haushalt des Verteidigungsministeriums ausgewiesenen Ausgaben nach NATO-Kriterien) sollen im Jahre 1978 auf fast 54 Mrd. DM steigen.

*) Verabschiedet von den 450 Teilnehmern einer Konferenz, die das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 4. Dezember 1977 in Köln veranstaltete. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Politische Entspannung fortsetzen – mit der Abrüstung beginnen – für eine sozial gerechte Zukunft". D. Red.

Es besteht nach Angaben aus Ost und West ein relatives militärisches Gleichgewicht. Notwendig ist daher heute nicht, die Aufrüstung zu eskalieren, sondern das Wettrüsten zu beenden. Notwendig ist es nicht, bis 1981 weitere 70 Mrd. DM für neue Waffensysteme und -programme in der Bundesrepublik zu verplanen, sondern ein Programm zu entwickeln, wie diese 70 Mrd. DM eingespart werden können, um die finanziellen Mittel freizusetzen, mit denen für die über eine Million Arbeitslosen in unserem Lande neue Arbeitsplätze geschaffen, die Renten gesichert werden können und soziale Reformen im Bildungsbereich, in der Gesundheit, im Verkehr und Betreuung der Kinder wie der alten Menschen möglich würden. Überflüssig und gefährlich ist es, immer neue Militärprogramme zu entwickeln. Frieden und sozialer Fortschritt sowie die humane und wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt bedürfen umfassender Anstrengungen, die Beendigung des Wettrüstens durchzusetzen und die Abrüstung einzuleiten, um mit den eingesparten Geldern die drängendsten Probleme unseres Volkes und der Völker in Asien, Afrika und Südamerika zu lösen.

Wir appellieren daher an Ihre Verantwortung und Ihr Gewissen, einer weiteren Erhöhung der Rüstungsausgaben nicht mehr zuzustimmen. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie vor Ihrer Entscheidung den offenen Dialog mit der für den Frieden engagierten Öffentlichkeit aufnehmen, denn deren Argumente müssen für Sie mehr Gewicht haben als zum Beispiel die Behauptungen der Rüstungsindustrie oder der Generale. Wir erwarten, daß Sie als Bundestagsabgeordneter Ihre für Entspannung und Abrüstung engagierten Wähler als Gesprächspartner anerkennen.

Es erscheint uns erforderlich, daß Sie noch vor der Zweiten und Dritten parlamentarischen Lesung in öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden über Ihre Einstellung zu diesen Fragen Rechenschaft ablegen. Denn wir brauchen nicht ein Gleichgewicht des Schreckens, sondern des Vertrauens durch Zusammenarbeit und Abrüstung. Angst und das Gefühl der Bedrohung können nicht abgebaut werden, wenn ständig weiter Waffen angehäuft werden, mit denen gedroht wird, sondern nur durch politische und militärische Entspannung.

Was wurde dazu getan – in unserem Parlament? Jüngst wurde im Bundestag die Anfrage über die Neutronenbombe zur Sprache gebracht – über jene Waffe, die Leben zerstören, Material hingegen weitgehend erhalten soll und genetische und hirnorganische Schäden für kommende Generatonen mit sich bringen kann. Wie wurde diese Anfrage behandelt und diskutiert? Kein Diskussionsbeitrag berücksichtigte die überwiegende Meinung unserer Bevölkerung, die sich gegen dieses neue Massenvernichtungsmittel ausgesprochen hat. Wir vermissen den Mut und die konsequente Haltung der Bundestagsabgeordneten zu diesen Fragen.

Wir fragen: Wurde statt über solche Aufrüstungsprogramme wie die Neutronenbombe im Parlament auch einmal über den Vorschlag diskutiert, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, ein Verbot aller neuen Massenvernichtungswaffen auszusprechen, ein Verbot des militärischen Mißbrauchs der Umwelt, der chemischen Waffen und der Produktion neuer Atomwaffen zu fordern? Wir halten solche Vorschläge für geeignet, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten, ohne der Sicherheit irgendeines Volkes zu schaden. Dies sind Vorschläge, die in den Vereinten Nationen mehrheitlich unterstützt werden, für die über hundert Staaten in der Welt eintreten.

Wir erwarten, daß Sie als Abgeordneter bei der Aufrüstungsdiskussion, mit der wir in der Bundesrepublik täglich konfrontiert werden, endlich die Frage der Abrüstung zur Sprache bringen. Wir appellieren an Sie, dem Beispiel Zehntausender Bürger und zahlreicher Organisationen zu folgen und für die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung einzutreten.

Stimmen Sie gegen jede weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts!

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

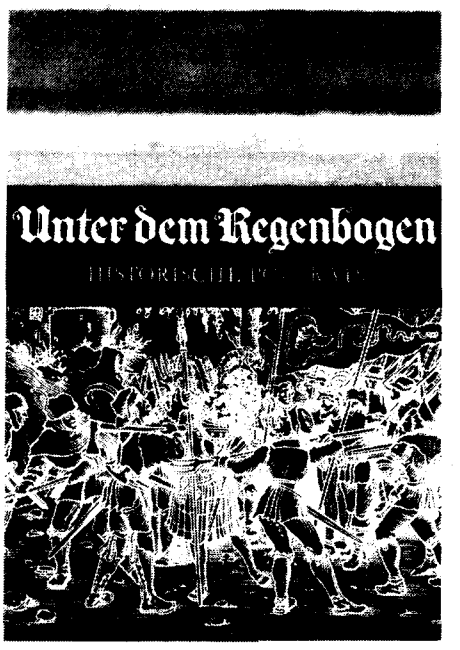
94 **Mannhardt/Schwamborn** Zivildienst Handbuch. 142 S. DM 9,80
95 **Sandkühler** (Hrsg.), Betr.: Althusser. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Unter dem Regenbogen

21 historische Porträts zur deutschen frühbürgerlichen Revolution
Mit zahlreichen zeitgenössischen Illustrationen
Herausgegeben von Helmut Bock und Marianne Thoms

Leinen mit Schutzumschlag
256 S., DM 14,80



Der Regenbogen ist Thomas Müntzers und seiner Anhänger mythisches Symbol: Als Gott durch die Sintflut alle verderbten Menschen auf Erden getilgt hatte, schloß er mit Noah und dessen Söhnen den Bund und setzte in die Wolken den Bogen als das Zeichen dieses Bundes. Im Sinne der alttestamentlichen Geschichtserzählung hofften Müntzers Streiter, ohne Vermittlung der Kirche, gleich zueinander und unmittelbar zu Gott, den Bund zu schließen und die Welt zu erneuern. Ihr Glaube war bewegende Kraft für die Neuzeit, zugleich aber religiöse Befangenheit des Mittelalters. Denn als Müntzer auf dem Berge bei Frankenhausen predigte und in den Wolken das himmlische Zeichen erschien, glaubten die Versammelten mehr als sie wußten: stürzten sie schlecht gerüstet in die unglückliche Schlacht . . . So ist der Regenbogen das Gipfelzeichen zwischen Aufstieg und Niedergang der frühen bürgerlichen Revolution.
Publizisten und Schriftsteller, Historiker der sozialen und politischen Bewegungen, der Wissenschaftsgeschichte, der Philosophie, der Literatur und der bildenden Kunst haben diese Porträts gestaltet, mit individueller Handschrift und freundlicher Genehmigung einer Gesamtredaktion, die das Vielfältige gleichwohl in einen Rahmen der gedanklichen und formalen Einheit faßte. Sie setzten der historischen Porträtkunst das Ziel, die innere und äußere Wesenheit der Individualitäten, ihr Wachsen und Wirken in der Gesellschaft, ihre Bewährung und Verweigerung, ihr Gelingen und Scheitern, ihr Fortleben in den Nachgeborenen mit den Mitteln wissenschaftlicher Erkenntnis und literarischer Gestaltung zu reproduzieren. So hoffen sie, ein altes Genre, das in der Geschichtsschreibung unseres Landes kaum gepflegt wird, zu beleben.

Inhalt

Wegbereitung der Neuzeit: Jan Hus – Johann Gutenberg – Leonardo da Vinci – Niccolò Machiavelli – Nicolaus Copernicus / **Ankündigung der Krise:** Hans Böheim – Joß Fritz – Erasmus von Rotterdam – Johann Reuchlin / **Reformation und Adelsrebellion:** Martin Luther – Franz von Sickingen – Ulrich von Hutten – Albrecht Dürer / **Bauernkrieg:** Thomas Müntzer – Jörg Ratgeb – Florian Geyer – Michael Gaismair / **Zeitgenossen:** Andreas Karlstadt – Veit Stoß – Jürgen Wullenwever – Johann Georg Faust

Pahl-Rugenstein

Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 22. Oktober 1977: Gegen Einschüchterungen und Provokationen

(Wortlaut)

Der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) verurteilt die Diffamierungskampagne, der im Zusammenhang mit den Mordanschlägen auf Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer zahlreiche Schriftsteller und Intellektuelle ausgesetzt sind. Wissenschaftler und Künstler, die seit Jahrzehnten durch ihre berufliche Arbeit und ihre politischen Stellungnahmen sich große Verdienste im Kampf um den Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaats erworben haben, die gegen Atombewaffnung und Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und für Frieden und Entspannung gekämpft haben, werden nun in die Nähe terroristischer Verbrechen gerückt, welche mit der demokratischen Bewegung unseres Landes nichts gemeinsam haben. Die historische Erfahrung zeigt: Immer in der Geschichte des bürgerlichen Deutschland dienten terroristische Attentate objektiv den Interessen der fortschrittsfeindlichen Kräfte und waren oft genug auch subjektiv mit diesen verbunden. Die Verurteilung der Anschläge auf Buback, Ponto und Schleyer entspricht allen Grundsätzen und Interessen der demokratischen Bewegung.

Die gegenwärtige Kampagne gegen Schriftsteller und Wissenschaftler hat den Zweck, engagierte Demokraten zu isolieren und mundtot zu machen. Sie ist Teil einer Politik, zu deren schlimmsten Produkten das Berufsverbot gehört. Die historische Erfahrung zeigt: Vom Mord des Studenten Sand an Kotzebue über die Attentate Nobilings und Hödels gegen Wilhelm I., den Reichstagsbrand bis zu den Anschlägen auf Buback, Ponto und Schleyer bildeten die Aktionen gewöhnlicher Verbrecher und Desperados den Anlaß für die Aufhetzung großer Volksmassen gegen Minderheiten und für staatliche Repression. Von dieser Entwicklung sind gegenwärtig auch die Universitäten bedroht. In einem Moment, in dem diese durch Theorieverbote und finanzielle Austrocknung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben empfindlich behindert sind, werden sie zugleich als „Brutstätten des Terrors" diffamiert. Dies richtet sich gegen die unmittelbaren Interessen aller, die an den Hochschulen arbeiten und die Ziele und Verheißungen der Reformperiode nach 1969 noch nicht vergessen und aufgegeben haben. Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Hochschulangehörigen sowie die drohende Arbeitslosigkeit für die Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen machen einen entschlossenen Kampf für eine Umorientierung der Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik unabdingbar. Die Terroraktionen von Kriminellen richten sich gegen diesen Kampf und die Interessen, die mit ihm durchgesetzt werden sollen, ebenso wie die gegenwärtige Diffamierung von Intellektuellen. Der Terrorismus und die durch ihn ausgelösten Hysterie-Kampagnen gehören gleichermaßen zur Politik der Rechtskräfte in der Bundesrepublik. Sie betreffen die demokratische Bewegung, indem sie deren Kampf behindern.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler versichert die Angegriffenen – unter ihnen *Heinrich Böll, Helmut Gollwitzer, Heinar Kipphardt, Luise Rinser,* aber auch viele Unbekannte, Lehrer und Wissenschaftler, die jetzt in ihrer täglichen Arbeit durch Einschränkungen der Meinungsfreiheit behindert werden – seiner Solidarität. Er ruft alle Wissenschaftler auf, sich nicht einschüchtern zu lassen. Das Aufkommen einer neuen Rechtsbewegung, der Abbau demokratischer Rechte, die Misere der Hochschulen, die neuerliche Gefährdung des Friedens durch die Neutronen-Bombe, die Irrationalitäten der offiziellen Umwelt- und Energiepolitik: sie verlangen das Engagement jedes Demokraten und die umfassende Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Niemand sollte sich in der Ausübung dieses Rechtes einschüchtern, niemand aber auch sich durch Provokationen auf Kampfplätze abdrängen lassen, auf denen gegenwärtig nicht die zentralen Fragen der Verteidigung und des Ausbaus der Demokratie und des Friedens entschieden werden.

Wir werden uns an unserem Ort und Arbeitsplatz gegen die antidemokratische Diffamierungskampagne zur Wehr setzen und tun dies in Übereinstimmung mit der aktiven Vertretung demokratischer und sozialer Interessen durch Gewerkschaften und Studentenbewegung.

Jutta Menschik

Feminismus

Geschichte, Theorie, Praxis
Kleine Bibliothek, Band 87
240 Seiten, DM 12,80

Das Buch soll Information und Orientierungshilfe sein für Frauen, die etwas an ihrer Situation ändern wollen und Fragen stellen wie: Was ist Feminismus? Können Frauen sich nur ohne Männer emanzipieren? Ist Lohn für Hausarbeit eine angemessene Alternative gegen die Forderung: Frauen in den Beruf? etc.

Im ersten Teil wird zum einen nachgewiesen, daß es eine geschlossene Theorie des Feminismus bis heute nicht gibt, wohl aber drei Hauptrichtungen, die teils konkurrierend, teils einander ergänzend nebeneinander bestehen.

Im zweiten Teil werden bestimmte Bereiche wie Sozialisation, Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Alltag und Sexualität, zu denen relevante feministische Autorinnen Aussagen gemacht haben, dargestellt, d. h. die Ergebnisse einer „feministischen" Wissenschaft überprüft.

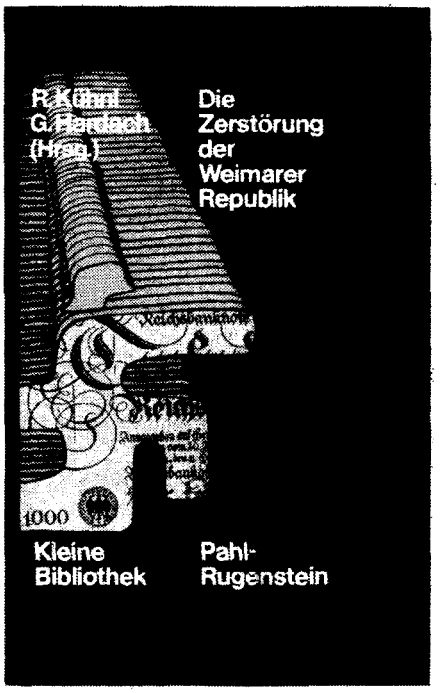
Im dritten Teil werden exemplarisch prominente feministische Schriftstellerinnen diskutiert.

Reinhard Kühnl / Gerd Hardach (Hrsg.)

Die Zerstörung der Weimarer Republik

Kleine Bibliothek, Band 88
240 Seiten, DM 12,80

Die Weimarer Republik ist weder durch das „Votum der Wähler" noch durch die „Lasten des Versailler Vertrages" zugrunde gegangen. Sie ist nicht „zwischen Links- und Rechtsradikalen zerrieben" worden und auch nicht am „Versagen der politischen Mitte" oder des „allzu demokratischen Verfassungssystems" gescheitert. Tatsächlich wurde sie von angebbaren Kräften aus angebbaren Gründen zielbewußt zerstört. Diese Kräfte werden analysiert: in ihrer Struktur, ihren Interessen, ihren Zielen und ihrer politischen Strategie. Die Zerstörung der Weimarer Republik ist zugleich ein Lehrstück für die Gegenwart: Wie 1967 in Griechenland, 1973 in Chile und angesichts noch starker reaktionärer Kräfte in vielen anderen Ländern erkennbar geworden, ist die Demokratie auch heute von rechts her akut bedroht.



Pahl-Rugenstein

Blätter für deutsche und internationale Politik

Jahresregister 1977

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, W., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Abendroth, Wolfgang: Terroristen, Pharisäer und Nutznießer. Überlegungen zur Entführung des BDI/BDA-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer	10	1173
Adamo, Hans: Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus	12	1436
Albers, Detlev: Zur Situation bei den Jungsozialisten	5	522
Albrecht, Richard, und *Reidegeld, Eckart:* Sozialpolitik in der Krise. Ein Literaturbericht	12	1497
Andel, Horst J.: Keine Chance für den Frieden? Zur Lage im Nahen Osten	7	855
— Besorgnis in den Benelux-Ländern (über die politische Entwicklung in der BRD)	11	1303
Arbatow, Georgi: Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen	3	286
Axt, Heinz-Jürgen: Sozialpartnerschaft als Modell für Europa? „Dreierkonferenzen" als Konzertierte Aktion auf EG-Ebene	4	455
Barnaby, F., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Bartsch, H.-W., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Baudissin, Wolf Graf v.: Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus	6	697
Bayertz, Kurt: Alternativlosigkeit als Staatsräson. Zur politischen Situation in der Bundesrepublik	4	406
Bechert, K., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Beyer, Wilhelm Raimund: „Was tun?" Zeitnahe Gedanken zu Lenins gleichnamiger Schrift	3	341
Biondi, Esther: Zur Entwicklung des gemeinsamen Regierungsprogramms in Italien	11	1306
Bispinck, Reinhard, und *Wilhelm, Klaus:* Krise der Sozialpartnerschaft. Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" und ihre politisch-ideologische Bedeutung	2	141

	Heft	Seite
Bloch, E., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Boni, Manfred: „Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"? Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien	7	810
– und *Geißler, Birgit:* Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes	12	1476
Borm, W., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Braun, Bernard: Die Misere der Studenten. Veränderungen der Lebens- und Studienbedingungen	10	1235
Braun, Karl-Heinz: Aufgaben einer Politischen Psychologie	4	470
v. Bredow, W., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
v. Bredow, Wilfried: Zur Münchener Pugwash-Konferenz	9	1034
Bredthauer, Karl D.: Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht	11	1294
Breinlinger, Axel: Vorwärtsverteidigung gegen die Krise. Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland	11	1397
Charlier, Michael: Der Integrationismus in der Krise. Zur aktuellen Situation in der SPD	6	681
Cless, Olaf: „Innerdeutscher" Nervenkrieg und kein Ende	1	4
Deppe, Frank: Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise	1	37
— Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (II)	2	150
— „Der Rubikon ist noch nicht überschritten." Zu einem Gespräch zwischen Heinz Oskar Vetter und Christian Götze über gewerkschaftspolitische Grundsatzfragen	12	1491
Deppe, Hans-Ulrich: Zum Entwurf des „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes"	5	613
Deschner, K., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Dickler, Robert A.: Atomenergie und Arbeitsplätze. Zum Mythos des Zielkonflikts zwischen Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Umweltschutz	9	1075
v. Ehrenstein, D., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Eisbach, Joachim: Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung	6	726
— Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung (II)	7	864
— Kein Konzept gegen die Arbeitslosigkeit. Zur beschäftigungspolitischen Diskussion der Bonner Parteien	9	1039
Ewers, Ulrich: „Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?" Zu einer Studie des Battelle-Instituts	3	262
Falk, Rainer: Aufbruch im südlichen Afrika	7	789
Fülberth, Georg: Zum Entwicklungsstand der Bewegung demokratischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik und Westberlin	10	1226
Gärtner, Edgar: Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich	4	396
— Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich	8	981
— Die Krise der französischen Linksunion	11	1387
Galtung, J., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Geil, Hartmut: Legalität erster und zweiter Klasse?	12	1428
Geissler, Birgit, u. a. vgl. *Boni, Manfred*	12	1476
Gestigkeit, Werner: Die Totalitarismus-Legende. Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD	3	318
Giesenfeld, Günter: Phantom-Lyrik (Medienkritik)	2	237
— Ach, wäre das schön gewesen (Medienkritik)	3	370
— „Das Brot des Bäckers" (Medienkritik)	6	744
— Knallhart (Medienkritik)	9	1140
— Nachrichten-Sperre (Medienkritik)	11	1407
— „Herr Filbinger hier ist keine Gremie . . ."	12	1496
Gottschalk, Hans-Jürgen: Angola im Umbruch	5	525
Gransow, Bettina, und *Suffa-Friedel, Frank:* Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China	1	68
— Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China (II)	2	228

	Heft	Seite
Greiner, Bernd: Konturen der Außenpolitik Präsident Carters	8	948
Grimm, Bodo, und *Siebels, Focko:* Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie	1	94
Grünewald, Guido: Rechtstendenzen in der Bundeswehr	2	182
— 85 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft	12	1431
Günther, Hartmut, u. a.: Geschichte, politische Funktion und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes	9	1094
Guz, Eugeniusz: Sind westliche Journalisten wirklich frei?	5	527
Goldberg, Jörg: Wirtschafts- und sozialstatististische Daten	1	114
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	2	239
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	3	372
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	4	493
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	5	622
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	6	755
— Wirtschaftskrise und Krisentheorie. Eine kritische Literaturübersicht	7	874
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	7	885
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	8	1026
— Zur Lage der Rentner (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	9	1148
— Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	10	1274
— Steuerpflichtige Vermögen in der BRD (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	11	1408
— Zur Entwicklung der Investitionstätigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	12	1506
Gottschalch, Holm: Humanisierte Arbeit? Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt	7	841
— Humanisierte Arbeit? (II) Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt	8	998
Hagen, Johann J.: Internationalisierung des Kapitals und Souveränität der Staaten	1	80
Heimbrecht, Jörg, Kade, Gerhard, Krusewitz, Knut, Moldenhauer, Bernd, Steinhaus, Kurt, und Weish, Peter: Das Problem der Kernenergie. Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung. Eine Diskussion	6	656
Hensche, D., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Hensche, Detlef: Mitbestimmung, Grundgesetz und politisches Kräfteverhältnis. Zur Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz	10	1222
Herde, Georg: Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – Irredenta in der Schule?	3	266
— Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD 1977	5	552
Herzog, Hans-Henning: Arbeitszeitverkürzungen als Elemente einer integrierten Beschäftigungspolitik	6	711
Hölter, Hans Friedrich, u. a.: vgl. *Günther, Hartmut*	9	1094
Holz, H. H., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Holz, Hans Heinz: „Werte" contra Demokratie? Zur Grundwerte-Diskussion	10	1204
Holzkamp, Klaus: Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulrahmengesetzgebung und Hochschulfinanzierung	12	1448
Huffschmid, Jörg: Ökonomie der Abrüstung	5	532
Ipsen, Dirk: Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren. Vom Londoner Wirtschaftsgipfel zur OECD-Ministerratstagung	7	786
Jansen, Mechtild: Aktuelle Probleme der Studentenbewegung	5	566
— (SHB), *Landefeld, Beate* (MSB), *Schmeissner, Albrecht* (Basisgruppen) und *Sieg, Manfred* (LHV): Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD. Eine Diskussion	11	1336
Jentzsch, Barbara: Analphabetismus in den USA	4	403
— Politische Gefangene in den USA. Der seltsame Prozeß gegen die „Zehn von Wilmington"	9	1036
Jochem, Eberhard, u. a.: vgl. *Legler, Harald*	3	270
Kade, Gerhard, u. a.: vgl. *Heimbrecht, Jörg*	6	656
Kade, G., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912

	Heft	Seite
Kaiser, Peter M., Keiner, Dieter, und *Krysmanski, H. J.:* Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD	4	434
Keiner, Dieter, u. a.: vgl. *Kaiser, Peter M.,* u. a.	4	434
Kloppenburg, H., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Koolen, Bernhard: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Transformationsvorstellungen der Italienischen Kommunistischen Partei	5	593
Kreck, W., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Krell, G., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Knorr, Lorenz: Rüstungsabbau in Mitteleuropa? Zum Stand der Wiener M(B)FR-Verhandlungen	4	392
— Friedliche Koexistenz – gestern, heute, morgen. Gedanken anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution	10	1182
Krüer-Buchholz, Wiebke: Steuerrebellen und Rüstungsrekorde. Zur Haushaltsdebatte 1977	7	783
Krusewitz, Knut, u. a.: vgl. *Heimbrecht, Jörg*	6	656
— Motto: Haltet den Dieb! Zum Streit um die Weser-Verschmutzung	10	1167
— Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Energieformel. Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteitagsbeschlüssen	12	1467
Krysmanski, H. J., u. a.: vgl. *Kaiser, Peter M.*	4	434
Kutscha, Martin, u. a.: vgl. *Günther, Hartmut*	9	1094
Landefeld, Beate, u. a.: vgl. *Jansen, Mechtild*	11	1336
Landwehr, Axel, u. a.: vgl. *Günther, Hartmut*	9	1094
Legler, Harald, und *Jochem, Eberhard:* Der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	3	270
Leithäuser, Gerhard: Analysen ökonomischer Staatstätigkeit im Internationalisierungsprozeß des Kapitalverhältnisses	4	498
— Zu wenig – zu spät. Das zweite Aktionsprogramm der Regierung Barre	6	650
Lock, Peter, und *Wulff, Herbert:* Wachstum durch Rüstung? Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit	4	413
Lucht, Dieter: Zur sozialen Lage der Studenten. Anmerkungen zu einer aktuellen Auseinandersetzung	1	10
Maske, Achim: Belgrad und die Entspannung	7	778
Maske, A., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Mattern, Cornelia: Frauen und Arbeitsmarkt	10	1259
Matthiessen, Gunnar: Politische und militärische Entspannung. Entwicklung, ideologische Probleme und Ausblick	1	19
— Zur Auseinandersetzung um die Neutronen-Bombe	10	1162
Meyer, Gert: Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR	2	196
Moldenhauer, Bernd, u. a.: vgl. *Heimbrecht, Jörg*	6	656
Niemöller, M., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Nishikawa, Masao: Japan – Anfang vom Ende der LDP-Alleinherrschaft	1	12
Opitz, Reinhard: Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa	9	1048
Ostrowsky, Jürgen: Militärische Kooperation Bundesrepublik – Südafrika. Zu einem Memorandum des Auswärtigen Amtes	5	574
Ott, Erich: Studentenbewegung und gewerkschaftliche Orientierung	9	1131
Pauling, L., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Peukert, Detlev: Die Entdeckung der Nachkriegszeit. Neue Trends in der Geschichtsschreibung über das Westdeutschland der Jahre 1945 bis 1950. Ein Literaturbericht	6	745
— Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung	11	1367
Poljanow, Nikolai: Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen zwei Jahre nach Helsinki	6	701
Ponomarjow, Boris: Vor einer historischen Wahl. Zur Politik der Sozialistischen Internationale	2	174
Priewe, Jan: Alternativen der Beschäftigungspolitik. Zur Diskussion über Möglichkeiten des Abbaus von Arbeitslosigkeit	1	52
Proft, Hildegard: Zur Entwicklung der „Demokratischen Fraueninitiative"	8	909

	Heft	Seite
Quinteros Yánez, Luis: Die Vereinten Nationen und die chilenische Junta	1	16
Radkau, Joachim: Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse. Historische Anmerkungen aus gegebenem Anlaß	4	481
Reidegelde, Eckart, u. a.: vgl. *Albrecht, Richard*	12	1497
Renz, Gertrud, u. a.: vgl. *Günther, Hartmut*	9	1094
Ridder, H., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Ripken, Peter: UNO-Konferenz gegen Apartheid in Lagos	9	1045
Rodejohann, Josef: Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronen-Bombe (ERW)	8	939
Römer, Peter: Mit den Augen der Männer. Zur Kritik des neuen Ehe- und Familienrechts	9	1115
Rondi, Hans: Konzentrationsprozeß und Überkapazitäten als Gefährdung der Nahversorgung. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des mittelständischen Unternehmens	2	214
Schmeissner, Albrecht (Basisgruppen) u. a.: vgl. *Jansen, Mechtild*	11	1336
Schmitz, Wolfgang: Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen – Gdansk	6	653
Senghaas, D., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Siebels, Focko, u. a.: vgl. *Grimm, Bodo*	1	94
Sieg, Manfred, u. a.: vgl. *Jansen, Mechtild*	11	1336
Sorg, Richard: Gewerkschaften und Bildungspolitik. Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB	3	355
Suffa-Friedel, Frank, u. a.: vgl. *Gransow, Bettina*	1	68
— vgl. *Gransow, Bettina*	2	228
Steinhaus, Kurt, u. a.: vgl. *Heimbrecht, Jörg*	6	656
Strassmann, F., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Stuby, Gerhard: Zum Thema KSZE und Menschenrechte	2	132
— Die „Staatskrise" in der BRD und der Stellenwert der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD	7	793
— Abschied vom Bürgertum? Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel?	11	1309
Studier, Alphons: Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung	8	1014
Teufel, Dieter: Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden	2	135
— Kein Moratorium für die Kernenergie. Das Energieforschungsprogramm 1977–1980 der Bundesregierung	8	906
Tripp, G. Matthias: Bericht über ein wissenschaftsgeschichtliches Symposium der Bremer Universität vom 26.–29. Juni 1977	9	1142
Tumanow, Wladimir: Über die neue Verfassung der Sowjetunion	10	1252
Unger, Karl: Die EG und die Entwicklungsländer. Das Abkommen von Lome als Grundstein einer neuen Weltwirtschaftsordnung?	3	301
Vetter, Heinz Oskar: Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?	8	969
Vilar, Sergio: Die Ohnmacht der Diktatur und die Macht der Demokratie. Zur politischen Lage in Spanien nach den Parlamentswahlen	7	831
Wahsner, Roderich: Stand und Aufgaben einer Geschichte des Arbeitsrechts. Ein Literaturbericht	1	107
Walter, Henning: „Frühling für Hitler" (Medienkritik)	1	106
— Zur „Versachlichung" der Kernkraftidkussion oder : Steter Tropfen höhlt den Stein (Medienkritik)	4	497
— Wenn der Senator erzählt . . . Oder: Müllers Esel, das bist du (Medienkritik)	8	1025
Weish, Peter, u. a.: vgl. *Heimbrecht, Jörg*	6	565
Wiener, Norman R.: Ein problematisches Schutzkomitee	4	401
Wilhelm, Klaus, u. a.: vgl. *Bispinck, Reinhard*	2	141
Wulff, Herbert, u. a.: vgl. *Lock, Peter*	4	413
Wulff, E., u. a.: Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe	8	912
Wulff, Erich: Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika	12	1426
Zschaubitz, Lothar, u. a.: vgl. *Günther, Hartmut*	9	1094

Sachverzeichnis

Innenpolitik der BRD

	Heft	Seite
Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie (Bodo Grimm und Focko Siebels)	1	94
Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden (Dieter Teufel)	2	135
Rechtstendenzen in der Bundeswehr (Guido Grünewald)	2	182
Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – Irredenta in der Schule? (Georg Herde)	3	266
Alternativlosigkeit als Staatsräson. Zur politischen Situation in der Bundesrepublik (Kurt Bayertz)	4	406
Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse. Historische Anmerkungen aus gegebenem Anlaß (Joachim Radkau)	4	481
Zur Situation bei den Jungsozialisten (Detlev Albers)	5	522
Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD 1977 (Georg Herde)	5	552
Das Problem der Kernenergie. Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung. Eine Diskussion zwischen Jörg Heimbrecht, Gerhard Kade, Knut Krusewitz, Bernd Moldenhauer, Kurt Steinhaus und Peter Weish	6	656
Der Integrationismus in der Krise. Zur aktuellen Situation in der SPD (Michael Charlier)	6	681
Steuerrebellen und Rüstungsrekorde. Zur Haushaltsdebatte 1977 (Wiebke Krüer-Buchholz)	7	783
Die „Staatskrise" in der BRD und der Stellenwert der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD (Gerhard Stuby)	7	793
Kein Moratorium für die Kernenergie. Das Energieforschungsprogramm 1977–1980 der Bundesregierung (Dieter Teufel)	8	906
Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe (W. Abendroth, F. Barnaby, H.W. Bartsch, K. Bechert, E. Bloch, W. Born, W. v. Bredow, K. Deschner, D. v. Ehrenstein, J. Galtung, D. Hensche, H. H. Holz, G. Kade, H. Kloppenburg, W. Kreck, G. Krell/D. Senghaas, A. Maske, M. Niemöller, L. Pauling, H. Ridder, F. Strassmann, E. Wulff)	8	912
Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa (Reinhard Opitz)	9	1048
Geschichte, politische Funktion und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes (Hartmut Günther, Hans Friedrich Hölter, Martin Kutscha, Axel Landwehr, Gertrud Renz und Lothar Zschaubitz)	9	1094
Zur Auseinandersetzung um die Neutronen-Bombe (Gunnar Matthiessen)	10	1162
Motto: Haltet den Dieb! Zum Streit um die Weser-Verschmutzung (Knut Krusewitz)	10	1167
Terroristen, Pharisäer und Nutznießer. Überlegungen zur Entführung des BDI/BDA-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer (Wolfgang Abendroth)	10	1173
„Werte" contra Demokratie? Zur Grundwerte-Diskussion (Hans Heinz Holz)	10	1204
Mitbestimmung, Grundgesetz und politisches Kräfteverhältnis. Zur Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz (Detlef Hensche)	10	1222
Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht (Karl D. Bredthauer)	11	1294
Besorgnis in den Benelux-Ländern (Horst J. Andel)	11	1303
Abschied vom Bürgertum? Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel? (Gerhard Stuby)	11	1309
Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD. Eine Diskussion zwischen Mechtild Jansen (SHB), Beate Landefeld (MSB), Albrecht Schmeissner (Basisgruppen) und Manfred Sieg (LHV)	11	1336
Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika (Erich Wulff)	12	1426
Legalität erster und zweiter Klasse? Berufsverbote und Bürgerrechte (Hartmut Geil)	12	1428
Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Energieformel. Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen (Knut Krusewitz)	12	1467

	Heft	Seite
Außenpolitik der BRD		
Die Vereinten Nationen und die chilenische Junta (Luis Quinteros Yánez)	1	16
Politische und militärische Entspannung (Gunnar Matthiessen)	1	19
„Innerdeutscher" Nervenkrieg und kein Ende (Olaf Cless)	1	4
Rüstungsabbau in Mitteleuropa? (Lorenz Knorr)	4	392
Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD 1977 (Georg Herde)	5	552
Militärische Kooperation Bundesrepublik – Südafrika. Zu einem Memorandum des Auswärtigen Amtes (Jürgen Ostrowsky)	5	574
Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen – Gdansk (Wolfgang Schmitz)	6	653
Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus (Wolf Graf v. Baudissin)	6	697
Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe (W. Abendroth, F. Barnaby, H.-W. Bartsch, K. Bechert, E. Bloch, W. Borm, B. v. Bredow, K. Deschner, D. v. Ehrenstein, J. Galtung, D. Hensche, H. H. Holz, G. Kade, H. Kloppenburg, W. Kreck, G. Krell/D. Senghaas, A. Maske, M. Niemöller, L. Pauling, H. Ridder, F. Strassmann, E. Wulff)	8	912
Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa (Reinhard Opitz)	9	1048
Zur Auseinandersetzung um die Neutronen-Bombe (Gunnar Matthiessen)	10	1162
Friedliche Koexistenz – gestern, heute, morgen (Lorenz Knorr)	10	1182
Besorgnis in den Benelux-Ländern (Horst J. Andel)	11	1303
Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika (Erich Wulff)	12	1426
Politik anderer Länder		
Japan – Anfang vom Ende der LDP-Alleinherrschaft (Masao Nishikawa)	1	12
Die Vereinten Nationen und die chilenische Junta (Luis Quinteros Yánez)	1	16
Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China (Bettina Gransow und Frank Suffa-Friedel)	1	68
Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR (Gert Meyer)	2	196
Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China (II) (Bettina Gransow und Frank Suffa-Friedel)	2	228
Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen (Georgi Arbatow)	3	286
Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich (Edgar Gärtner)	4	396
Analphabetismus in den USA (Barbara Jentzsch)	4	403
Angola im Umbruch (Hans-Jürgen Gottschalk)	5	525
Militärische Kooperation Bundesrepublik – Südafrika. Zu einem Memorandum des Auswärtigen Amtes (Jürgen Ostrowsky)	5	574
Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Transformationsvorstellungen der Italienischen Kommunistischen Partei (Bernhard Koolen)	5	593
Zu wenig – zu spät. Das zweite Aktionsprogramm der Regierung Barre (Gerhard Leithäuser)	6	650
Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen – Gdansk (Wolfgang Schmitz)	6	653
Aufbruch im südlichen Afrika (Rainer Falk)	7	789
„Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"? Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien (Manfred Boni)	7	810
Die Ohnmacht der Diktatur und die Macht der Demokratie. Zur politischen Lage in Spanien nach den Parlamentswahlen (Sergio Vilar)	7	831
Konturen der Außenpolitik Präsident Carters (Bernd Greiner)	8	948
Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich (Edgar Gärtner)	8	981
Politische Gefangene in den USA. Der seltsame Prozeß gegen die „Zehn von Wilmington" (Barbara Jentzsch)	9	1036
Über die neue Verfassung der Sowjetunion (Wladimir Tumanow)	10	1252
Besorgnis in den Benelux-Ländern (Horst J. Andel)	11	1303

	Heft	Seite
Zur Entwicklung des gemeinsamen Regierungsprogramms in Italien (Esther Biondi)	11	1306
Die Krise der französischen Linksunion (Edgar Gärtner)	11	1387
Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes (Manfred Boni und Birgit Geissler)	12	1476

Internationale Politik

	Heft	Seite
Die Vereinten Nationen und die chilenische Junta (Luis Quinteros Yánez)	1	16
Politische und militärische Entspannung (Gunnar Matthiessen)	1	19
Internationalisierung des Kapitals und Souveränität der Staaten (Johann J. Hagen)	1	80
Zum Thema KSZE und Menschenrechte (Gerhard Stuby)	2	132
Vor einer historischen Wahl. Zur Politik der Sozialistischen Internationale (Boris Ponomarjow)	2	174
Aussichten und Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen (Georgi Arbatow)	3	286
Die EG und die Entwicklungsländer. Das Abkommen von Lome als Grundstein einer neuen Weltwirtschaftsordnung? (Karl Unger)	3	301
Rüstungsabbau in Mitteleuropa? (Lorenz Knorr)	4	392
Wachstum durch Rüstung? Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit (Peter Lock und Herbert Wulff)	4	413
Sozialpartnerschaft als Modell für Europa? „Dreierkonferenzen" als Konzertierte Aktion auf EG-Ebene (Heinz-Jürgen Axt)	4	455
Ökonomie der Abrüstung (Jörg Huffschmid)	5	532
Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen–Gdansk (Wolfgang Schmitz)	6	653
Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus (Wolf Graf v. Baudissin)	6	697
Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen zwei Jahre nach Helsinki (Nikolai Poljanow)	6	701
Belgrad und die Entspannung (Achim Maske)	7	778
Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren. Vom Londoner Wirtschaftsgipfel zur OECD-Ministerratstagung (Dirk Ipsen)	7	786
Keine Chance für den Frieden? Zur Lage im Nahen Osten (Horst J. Andel)	7	855
Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe (W. Abendroth, F. Barnaby, H.-W. Bartsch, K. Bechert, E. Bloch, W. Borm, B. v. Bredow, K. Deschner, D. v. Ehrenstein, J. Galtung, D. Hensche, H. H. Holz, G. Kade, H. Kloppenburg, W. Kreck, G. Krell/D. Senghaas, A. Maske, M. Niemöller, L. Pauling, H. Ridder, F. Strassmann, E. Wulff)	8	912
Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung (Alphons Studier)	8	1014
Zur Münchener Pugwash-Konferenz (Wilfried v. Bredow)	9	1034
UNO-Konferenz gegen Apartheid in Lagos (Peter Ripken)	9	1045
Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa (Reinhard Opitz)	9	1048
Zur Auseinandersetzung um die Neutronen-Bombe (Gunnar Matthiessen)	10	1162
Friedliche Koexistenz – gestern, heute, morgen. Gedanken anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution (Lorenz Knorr)	10	1182
Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht (Karl D. Bredthauer)	11	1294

Geschichte und Zeitgeschichte

	Heft	Seite
Die Totalitarismus-Legende. Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD (Werner Gestigkeit)	3	318
„Was tun?" Zeitnahe Gedanken zu Lenins gleichnamiger Schrift (Wilhelm Raimund Beyer)	3	341

	Heft	Seite
Aktuelle Aspekte der Hexenprozesse. Historische Anmerkungen aus gegebenem Anlaß (Joachim Radkau)	4	481
Geschichtsschreibung über das Westdeutschland der Jahre 1945 bis 1950. Ein Literaturbericht (Detlev Peukert)	6	745
Friedliche Koexistenz – gestern, heute, morgen. Gedanken anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution (Lorenz Knorr)	10	1182
Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht (Karl D. Bredthauer)	11	1294
Antifastistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung (Detlev Peukert)	11	1367
85 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (Guido Grünewald)	12	1431
Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus (Hans Adamo)	12	1436

Bildungs- und Kulturpolitik

Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein" – Irredenta in der Schule (Georg Herde)	3	266
Gewerkschaften und Bildungspolitik. Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB (Richard Sorg)	3	355
Ein problematisches Schutzkomitee (Norman R. Wiener)	4	401
Analphabetismus in den USA (Barbara Jentzsch)	4	403
Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD (Peter M. Kaiser, Dieter Keiner und H. J. Krysmanski)	4	434
Aufgaben einer Politischen Psychologie (Karl-Heinz Braun)	4	470
Sind westliche Journalisten wirklich frei? (Eugeniusz Guz)	5	527
Aktuelle Probleme der Studentenbewegung (Mechtild Jansen)	5	566
Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? (Heinz Oskar Vetter)	8	969
Studentenbewegung und gewerkschaftliche Orientierung (Erich Ott)	9	1131
Zum Entwicklungsstand der Bewegung demokratischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik und Westberlin (Georg Fülberth)	10	1226
Die Misere der Studenten. Veränderungen der Lebens- und Studienbedingungen (Bernard Braun)	10	1235
Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD. Eine Diskussion zwischen Mechtild Jansen (SHB), Beate Landefeld (MSB), Albrecht Schmeissner (Basisgruppen) und Manfred Sieg (LHV)	11	1336
Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulgesetzgebung und Hochschulfinanzierung (Klaus Holzkamp)	12	1448

Gesellschaftspolitik

Zur sozialen Lage der Studenten. Anmerkungen zu einer aktuellen Auseinandersetzung (Dieter Lucht)	1	10
Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (Frank Deppe)	1	37
Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie (Bodo Grimm und Focko Siebels)	1	94
Krise der Sozialpartnerschaft. Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" und ihre politisch-ideologische Bedeutung (Reinhard Bispinck und Klaus Wilhelm)	2	141
Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (II) (Frank Deppe)	2	150

	Heft	Seite
„Vom Schülerberg zum Rentnerberg – Die programmierte Dauerkrise?" Zu einer Studie des Battelle-Instituts (Ulrich Ewers)	3	262
Gewerkschaften und Bildungspolitik. Zur Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB (Richard Sorg)	3	355
Hochschulrahmengesetz, hochschulpolitische Lage und Klassenauseinandersetzungen in der BRD (Peter M. Kaiser, Dieter Keiner und H. J. Krysmanski)	4	434
Aufgaben einer Politischen Psychologie (Karl-Heinz Braun)	4	470
Aktuelle Probleme der Studentenbewegung (Mechtild Jansen)	5	566
Das Problem der Kernenergie. Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung. Eine Diskussion zwischen Jörg Heimbrecht, Gerhard Kade, Knut Krusewitz, Bernd Moldenhauer, Kurt Steinhaus und Peter Weish	6	656
Steuerrebellen und Rüstungsrekorde. Zur Haushaltsdebatte 1977 (Wiebke Krüer-Buchholz)	7	783
Humanisierte Arbeit? Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt (Holm Gottschalch)	7	841
Zur Entwicklung der „Demokratischen Fraueninitiative" (Hildegard Proft)	8	909
Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? (Heinz Oskar Vetter)	8	969
Humanisierte Arbeit? (II) Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt (Holm Gottschalch)	8	998
Atomenergie und Arbeitsplätze. Zum Mythos des Zielkonflikts zwischen Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Umweltschutz (Robert A. Dickler)	9	1075
Mit den Augen der Männer. Zur Kritik des neuen Ehe- und Familienrechts (Peter Römer)	9	1115
Die Misere der Studenten. Veränderungen der Lebens- und Studienbedingungen (Bernard Braun)	10	1235
Frauen und Arbeitsmarkt (Cornelia Mattern)	10	1259
Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus (Hans Adamo)	12	1436
Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes (Manfred Boni und Birgit Geissler)	12	1476
„Der Rubikon ist noch nicht überschritten." Zu einem Gespräch zwischen Heinz Oskar Vetter und Christian Götze über gewerkschaftspolitische Grundsatzfragen (Frank Deppe)	12	1491
Sozialpolitik in der Krise. Ein Literaturbericht (Richard Albrecht und Eckart Reidegeld)	12	1497

Wirtschaft

Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (Frank Deppe)	1	37
Alternativen der Beschäftigungspolitik. Zur Diskussion über Möglichkeiten des Abbaus von Arbeitslosigkeit (Jan Priewe)	1	52
Internationalisierung des Kapitals und Souveränität der Staaten (Johann J. Hagen)	1	80
Konzentrationsprozeß und Überkapazitäten als Gefährdung der Nahversorgung. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des mittelständischen Unternehmens (Hans Rondi	2	214
Krise der Sozialpartnerschaft. Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" und ihre politisch-ideologische Bedeutung (Reinhard Bispinck und Klaus Wilhelm)	2	141
Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise (II) (Frank Deppe)	2	150
Der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (Harald Legler und Eberhard Jochem)	3	270
Die EG und die Entwicklungsländer. Das Abkommen von Lome als Grundstein einer neuen Weltwirtschaftsordnung? (Karl Unger)	3	301
Wachstum durch Rüstung? Zum Zusammenhang von wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit (Peter Lock und Herbert Wulf)	4	413

	Heft	Seite
Ökonomie der Abrüstung (Jörg Huffschmid)	5	532
Zum Entwurf des „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes" (Hans-Ulrich Deppe)	5	613
Das Problem der Kernenergie. Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung. Eine Diskussion zwischen Jörg Heimbrecht, Gerhard Kade, Knut Krusewitz, Bernd Moldenhauer, Kurt Steinhaus und Peter Weish	6	656
Arbeitszeitverkürzungen als Elemente einer integrierten Beschäftigungspolitik (Hans-Henning Herzog)	6	711
Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung (Joachim Eisbach)	6	726
Steuerrebellen und Rüstungsrekorde. Zur Haushaltsdebatte 1977 (Wiebke Krüer-Buchholz)	7	783
Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren. Vom Londoner Wirtschaftsgipfel zur OECD-Ministerratstagung (Dirk Ipsen)	7	786
Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung (II) (Joachim Eisbach)	7	864
Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung (Alphons Studier)	8	1014
Atomenergie und Arbeitsplätze. Zum Mythos des Zielkonflikts zwischen Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Umweltschutz (Robert A. Dickler)	9	1075
Kein Konzept gegen die Arbeitslosigkeit. Zur beschäftigungspolitischen Diskussion der Bonner Parteien (Joachim Eisbach)	9	1039
Mitbestimmung, Grundgesetz und politisches Kräfteverhältnis. Zur Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz (Detlef Hensche)	10	1222
Frauen und Arbeitsmarkt (Cornelia Mattern)	10	1259
Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Energieformel. Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen (Knut Krusewitz)	12	1467
Vorwärtsverteidigung gegen die Krise. Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Axel Breinlinger)	11	1397

Tagungsbericht

Bericht über ein wissenschaftsgeschichtliches Symposion der Bremer Universität vom 26.–29. Juni 1977 (G. Matthias Tripp)	9	1142

Chronik der Monate Dezember 1976 und Januar bis November 1977

1/1, 2/129, 3/259, 4/389, 5/519, 6/647, 7/775, 8/903, 9/1031, 10/1159, 11/1291, 12/1423

Medienkritik

„Frühling für Hitler" (Henning Walter)	1	106
Phantom-Lyrik (Günter Giesenfeld)	2	237
Ach, wäre das schön gewesen (Günter Giesenfeld)	3	370
Zur „Versachlichung" der Kernkraftdiskussion oder: Steter Tropfen höhlt den Stein (Henning Walter)	4	497
„Das Brot des Bäckers" (Günter Giesenfeld)	6	744
Wenn der Senator erzählt . . . Oder: Müllers Esel, das bist du (Henning Walter)	8	1025
Knallhart (Günter Giesenfeld)	9	1140
Nachrichten-Sperre (Günter Giesenfeld)	11	1407
„Herr Filbinger hier ist keine Gremie . . ." (Günter Giesenfeld)	12	1496

Heft Seite

Bücher

Stand und Aufgaben einer Geschichte des Arbeitsrechts. Ein Literaturbericht (Roderich Wahsner) ... 1 107
Analysen ökonomischer Staatstätigkeit im Internationalisierungsprozeß des Kapitalverhältnisses (Gerhard Leithäuser) ... 4 498
Die Entdeckung der Nachkriegszeit. Neue Trends in der Geschichtsschreibung über das Westdeutschland der Jahre 1945 bis 1950. Ein Literaturbericht (Detlev Peukert) 6 745
Wirtschaftskrise und Krisentheorie. Eine kritische Literaturübersicht (Jörg Goldberg) 7 874
Sozialpolitik in der Krise (Richard Albrecht und Eckart Reidegeld) ... 12 1497

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

2/238, 3/371, 4/504, 6/745, 7/884, 9/1141, 10/1273, 12/1504

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 1 114
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 2 239
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 3 372
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 4 493
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 5 622
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 6 755
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 7 885
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) ... 8 1026
Zur Lage der Rentner (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) ... 9 1148
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) ... 10 1274
Steuerpflichtige Vermögen in der BRD (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) ... 11 1408
Zur Entwicklung der Investitionstätigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) ... 12 1506

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entwurf eines Vertrags zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, bekanntgegeben am 26. November 1976 in Bukarest (Wortlaut) ... 1 117
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 9. und 10. Dezember 1976 in Brüssel (Wortlaut) ... 1 118
Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1976 ... 1 122
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.: Vierzig Fragen zur Energiepolitik (Wortlaut) ... 2 242
Kommuniqué des Weltforums der Friedenskräfte in Moskau vom 14.–16. Januar 1977 (Wortlaut) ... 2 252
„Beendet das Wettrüsten" – Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (Wortlaut) ... 2 256
Reden auf einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote in Bonn am 19. Januar 1977 (Prof. Dr. Grünwald und Prof. D. Kreck) ... 3 377
Aufruf zum Kongreß der Demokratischen Fraueninitiative am 16. April 1977 in Oberhausen: „Für die Gleichberechtigung der Frau in einer humanen Gesellschaft" (Wortlaut) ... 3 384

	Heft	Seite
Aufruf: Verteidigt das Bremer Modell (Wortlaut)	3	385
Aufruf des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Fachtagung „Probleme der Abrüstung und die Aufgabe der Wissenschaftler" am 6. und 7. Mai 1977 in Darmstadt (Wortlaut)	3	387
Stellungnahme von 22 Strafrechtsprofessoren zur Abhörpraxis in der BRD (Wortlaut)	4	506
Deklaration zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland (Wortlaut)	4	507
Madrider Erklärung der Kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens und Frankreichs vom 3. März 1977 (Wortlaut)	4	510
Dokumente zur Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. und 22. Mai 1977	4	511
Aufruf zum Internationalen Kongreß Kritische Psychologie am 14. und 15. Mai 1977 in Marburg (Wortlaut)	4	518
Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit. Vorgelegt im Namen von 75 Wirtschaftswissenschaftlern von Prof. Dr. Edgar Uherek (Berlin), Prof. Dr. Axel Zerdick (Berlin), Prof. Dr. Herbert Schui (Bremen) und Prof. Dr. Rudolf Hickel (Bremen) auf einer Pressekonferenz am 29. April 1977 in Bonn (Wortlaut)	5	625
Erklärung des Kongresses der Demokratischen Fraueninitiative in Oberhausen am 16. April 1977 (Wortlaut)	5	646
Erklärung der Gipfelkonferenz von London (Treffen der Staats- und Regierungschefs) vom 8. Mai 1977 (Wortlaut)	6	759
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 10. und 11. Mai 1977 in London (Wortlaut)	6	760
Dokumentation zur innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. Mai 1977 (Wortlaut)	6	762
Erklärung der Teilnehmer an den Abrüstungsdemonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt/M. und München vom 23. Mai 1977 (Wortlaut)	6	771
Erklärung der Brühler Jungsozialisten zur Lage der SPD vom 11. Mai 1977 (Wortlaut)	6	772
Gedenken in Dachau (Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung")	6	774
Französisch-sowjetische Deklaration vom 22. Juni 1977 (Wortlaut)	7	889
Offener Brief von Dr. Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann und 145 weiteren Persönlichkeiten an die Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP anläßlich der Beratung des Rüstungsetats im Mai/Juni (Wortlaut)	7	894
Antwortschreiben von 24 Bundestagsabgeordneten an Dr. Ingeborg Drewitz und Bernt Engelmann vom 23. Juni 1977 (Wortlaut)	7	895
Entschließung des Ortsvereins Bonn-Poppelsdorf/Venusberg der SPD zu den Parteiordnungsverfahren wegen der Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 30. Juni 1977 (Wortlaut)	7	896
Artikel des ehemaligen Generalbundesanwalts Max Güde über Berufsverbote und Verbotsdrohungen gegen DKP und „K-Gruppen" in der „Stuttgarter Zeitung" vom 5. Juli 1977 (Wortlaut)	7	897
Neue Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe (Deklaration der 27. Pugwash-Konferenz in München vom 24.–29. August 1977. – Erklärung von Prof. Dr. h.c. Manfred v. Ardenne, Dresden. – Schreiben von Prof. Dr. Alfred Kastler, Universität Paris, an Prof. Dr. Fritz Strassmann, Universität Mainz. – Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler [BdWi] zum 1. September 1977)	9	1151
Offener Brief von 98 Mitarbeitern des Hahn-Meitner-Instituts vom 24. Februar 1977 an den Bundesminister des Äußeren zum Energieabkommen Brasilien – Bundesrepublik Deutschland (Wortlaut)	9	1156
Schlußdokument der Vorbereitungstagung vom 15. Juni bis zum 5. August 1977 zum Folgetreffen der KSZE in Belgrad ab 4. Oktober 1977 (Wortlaut)	10	1278
Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung zur Nahost-Frage vom 1. Oktober 1977 (Wortlaut)	10	1282
Französisch-sowjetische Deklaration über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 22. Juni 1977 (Wortlaut)	10	1283
Aufruf zur Konferenz am 12./13. November 1977 in Oldenburg: „Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote" (Wortlaut)	10	1284

Heft Seite

Offener Brief von 521 Angehörigen des Lehrkörpers der Hamburger Hochschulen zur Neuordnung des Hochschulwesens vom September 1977 (Wortlaut) 10 1286

Dokumente zur Auseinandersetzung um Ursachen und Folgen des Terrorismus (Aufruf: Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens! [Wortlaut]. – Erklärung des Abgeordneten Manfred Coppik am 29. September 1977 im Deutschen Bundestag zur Ablehnung des „Kontaktsperregesetzes" [Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz] [Wortlaut]. – Rede von Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller in der Industriegewerkschaft Druck und Papier anläßlich der Buchmesse am 12. Oktober 1977 in Frankfurt/M. – Erklärung des Parteivorstands und der Parlamentsfraktion der niederländischen Pazifistisch-sozialistischen Partei vom 18. Oktober 1977 zu den Ereignissen in Stammheim [Wortlaut]. – Aufruf italienischer Intellektueller vom 21. Oktober 1977: Für die Bürgerrechte in der BRD [Wortlaut]). 11 1412

Aufruf zum Hochschulpolitischen Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi): „Gegen die Diffamierung der Hochschulen und der kritischen Intelligenz – Für eine expansive, demokratische und soziale Wissenschaftspolitik" am 25./26. November 1977 in Hamburg (Wortlaut) 11 1420

Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik. Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet von 93 Wissenschaftlern und Gewerkschaftern (Wortlaut) 12 1509

„Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen Berufsverbote." Abschlußappell der internationalen Konferenz in Oldenburg am 13./13. November 1977 (Wortlaut) 12 1534

Gegen eine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts. Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags (Wortlaut) 12 1536

Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 22. Oktober 1977: Gegen Einschüchterungen und Provokationen (Wortlaut) 12 1539

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Erich WULFF, Professor für Psychiatrie an der Medizinischen Hochschule Hannover, Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta gegen die Menschlichkeit. • • • *Hartmut GEIL,* geb. 1948, Assessor, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Gießen; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Guido GRÜNEWALD,* geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK. • • • *Hans ADAMO,* geb. 1931 in Duisburg, Dipl.-Soziologe, Referent beim Parteivorstand der DKP; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Klaus HOLZKAMP,* geb. 1927, Professor für Psychologie an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Knut KRUSEWITZ,* geb. 1941 in Hildesheim, Lehrbeauftragter an der TU Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. • • • *Dr. Manfred BONI,* geb. 1947 in Düsseldorf, Studium der Soziologie an den Universitäten Bochum, Berlin (FU) und Marburg, Promotion in Politischer Wissenschaft. • • • *Birgit GEISSLER,* geb. 1949, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Pädagogik an der Universität Tübingen; Doktorandin an der Universität Bremen; 1976/77 Studienaufenthalt in Mailand. • • • *Dr. Frank DEPPE,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Richard ALBRECHT,* geb. 1945, Diplom-Sozialwissenschaftler, Angestellter und Lehrbeauftragter in Köln. • • • *Eckart REIDEGELD,* geb. 1947, Sozial- und Erziehungswissenschaftler (Diplom-Handelslehrer), Angestellter und Lehrbeauftragter in Köln.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS
0567
80311
RETHELSTR 147
4000 DUESSELDORF 1

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz